M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 86 Juni 1980 DM 4,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte WElt, Postfach 5328 Kronenstraße 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br. Telefon: 0761 / 74003 Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 und 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Gero Erdmann, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Götz Nagel, Christian Nevendu Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmidt, Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Georg Wacker, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzetttel bei.

Satz:
Composer-Satz-Service, Bonn, Tel. 282619
Bundschuh-Licht-Satz, Freiburg, Tel. 53556
Druck:
Soak-Druck, Hannover, Tel. 1 76 18

Redaktionsschluß der nächsten Nummer: 10.6.1980

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,- (für Rentner, Arbeitsllose, SChüler, Studenten, Wehr-und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,-

Schweiz: SFR 35,-(bzw 25,-)
Österreich: ÖS 260,- (bzw. 190,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 (bzw. 42.60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,- DM (bzw. 49,-)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bz. 55,40)
Einzelpreis: DM / SFR 4,-
ÖS 30,-

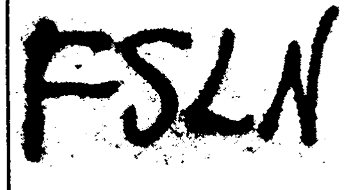
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist se dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spendenaufruf

Die größte Massenorganisation Nicaraguas, die Landarbeitergewerkschaft ATC mit rund 60 000 Mitgliedern, verfügt bisher über keine eigenen Kommunikationsmittel. Deshalb hat es sich das Westberliner Nicaragua-Komitee zur Aufgabe gemacht, dieser Organisation die Grundausstattung für eine kleine Offsetdruckerei im Werte von ca. 80 000 DM zum 1. Jahrestag der Revolution - am 19. Juli 1980 - zu überreichen. Etwa 55 000 DM sind bereits gesammelt worden. Wir bitten um weitere Spenden an das: Informationsbüro Nicaragua e.V.



Friedrichstraße 10
D-5600 Wuppertal 1



Konto 976 738
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00
Kennwort:
Druckerei, Projekt 20

Südkorea

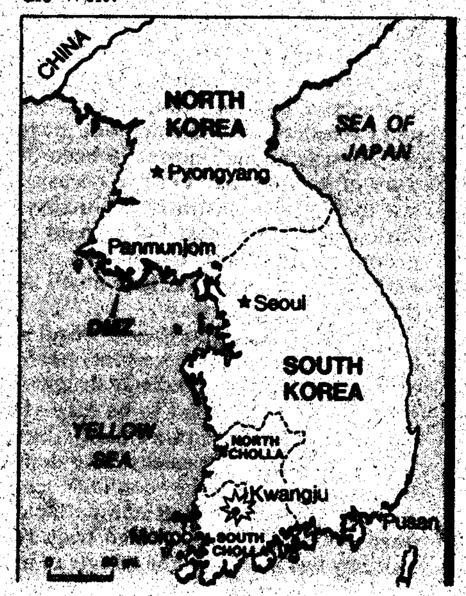
Hintergründe des Volksaufstandes von Kwangju

Der Widerstand in Südkorea wird weitergehen, obgleich die Schlacht um Kwangju verloren ging. Denn die Gründe für den Aufstand existieren weiter und verschärfen sich sogar noch: völlige Rechtlosigkeit, weitere Verschlechterung der sozialen Lage von Arbeitern, Bauern und kleinen Gewerbetreibenden, Zerbröckeln der Lüge von der Bedrohung aus Nordkorea, fehlende auch nur scheinbare Legitimation der Regierenden.
Die Hunderttausende, die in den letzten Wochen in Südkorea auf die Straßen gegangen sind, — denn dem Aufstand in Kwangju gingen wochenlange Massendemonstrationen in ganz Südkorea voraus — forderten an erster Stelle die Aufhebung des Kriegsrechts, den Rücktritt der Militärs von der Macht und die Demokratisierung der Gesellschaft. Demokratisierung heißt für die Koreaner ganz praktisch: Menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Schutz vor hemmungsloser Ausbeutung; das Recht, sich frei in Gewerkschaften zu organisieren und sich ohne Angst politisch betätigen zu können; Schluß mit der Bespitzelung in Schule, Universität und am Arbeitsplatz, Aufhebung der Pressezensur und schließlich das Recht, die politische Führung des Landes frei zu wählen und über die Zukunft der Nation zu bestimmen.

In den wenigen Tages der Massendemonstrationen bis zum totalen Machtantritt Chon Du Hwas am 17. Mai bildete sich eine landesweite demokratische Studentenvertretung, organisierten demokratische Gewerkschafter im Hauptquartier der Staatsgewerkschaft eine freie, demokratische Gewerkschaft und kam ein politisches Bündnis von gemäßigten Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten unter Führung des populären Politikers Kim Dae Jung zustande. Dies zeigte deutlich, welche Resonanz und welche Dynamik hinter dem Wunsch nach Demokratie steht.

Industrialisierung auf dem Rücken des Volkes

Im Jahre 1961 hatte sich der General Park Chung Hee an die Macht geputscht, um — wie er angab — das Land von Parteienstreit, politischer Vetternwirtschaft und Korruption zu säubern. Er versprach, die Gesellschaft unter starker Führung zu einigen, ihr einen „neuen Geist" zu geben und Südkorea zu einer aufstrebenden Industrienation zu machen. Schon bald darauf macht Parks Südkorea mit beeindruckenden Wirtschaftswachstumszahlen, rascher Steigerung des Bruttosozialproduktes und in die Höhe schnellenden Exportziffern von sich reden. Das „Wirtschaftswunder vom Han - Fluß" beeindruckte die Welt.



Wie sah es jedoch hinter den Fassaden aus? Die Strategie Parks, durch rasche Industrialisierung des Landes einen aufnahmefähigen Binnenmarkt zu schaffen und so ein stetiges Wirtschaftswachstum zu erreichen, erwies sich bald als erfolglos. Daher blieb nur die bedingungslose Orientierung auf den Aufbau einer Exportindustrie. Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, gab es nur ein Mittel: die rücksichtslose Ausbeutung des einzigen natürlichen Reichtums den Südkorea vorweisen konnte: der menschlichen Arbeitskraft. Und genau diesen Weg beschritt der Diktator Park mit unbarmherziger Entschlossenheit. Ausländisches Kapital aus Japan, den USA und auch in Höhe von 13,5 Millionen US - Dollar westdeutsche Privatinvestitionen wurden ins Land geholt. 535 Millionen DM Kredite, durch Bürgschaft der Bundesregierung abgesichert oder von dieser direkt gegeben, halfen Park bei der Durchsetzung seines Programms. (Die Bundesregierung läßt sich dabei auch vom Volksaufstand in Kwangju nicht irre machen: als der Aufstand seinen Höhepunkt erreichte, wurden in Bonn 28 Millionen DM Kredite für 1980 vereinbart.) Vergünstigungen wie Steuerfreiheit, die Möglichkeit von Gewinntransfers ins Ausland und fehlende Umweltschutzbestimmungen dienten als Anreiz. Vor allem aber lockte die Aussicht auf billige, rechtlose Arbeitskräfte. Und dafür sorgte Park zuverlässig. In seiner „neuen Gesellschaft" war jegliche demokratische politische Tätigkeit verboten. Gewerkschaftliche Organisation von Arbeitern wurde brutal unterdrückt. Hunderttausende schufteten unter menschenunwürdigen Bedingungen für einen Lohn, der gerade eine Reismahlzeit erlaubt. Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung waren Fremdworte in dieser „neuen Gesellschaft". Wer es wagte zu protestieren, verschwand in den Kellern des allmächtigen Geheimdienstes KCIA.
Wegen der einseitigen Exportorientierung der südkoreanischen Wirtschaft reagierte sie auf jede Veränderung des Weltmarktes überempfindlich und führte zum anderen zu zahllosen Bankrotten der kleinen Geschäftsleute und Händler, die auf Grund der Politik des knappen Geldes, die vom IWF gefordert worden war, kei-

ne realistische Finanzierungsmöglichkeit für ihre Geschäfte mehr sahen. 1979 mußten über 50 % mehr Konkurse und Bankrotte von kleinen Geschäftsleuten verzeichnet werden als im Jahr zuvor.

Auch die Bauern trugen ihren Teil an diesem „Wirtschaftswunder". Um die Löhne niedrig halten zu können, andererseits die Industriearbeiterschaft nicht verhungern zu lassen, hielt die Regierung den Reispreis künstlich niedrig. Eine Landreform, nach der Befreiung vom japanischen Kolonialismus angekündigt, wurde nie konsequent durchgeführt. Im Laufe der Industrialisierung verarmte die südkoreanische Landwirtschaft, die einmal die Lebensgrundlage des Landes gewesen war, zunehmend. Hunderttausende, meist junge Männer und Frauen, zogen vom Land in die Städte, in der Hoffnung, dort ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Sie vergrößerten dort jedoch nur das Heer derer, die sich für einen Hungerlohn in der Fabrik verschlissen.

Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß es selbst im perfekten Polizeistaat Parks zu kriseln begann. Mit dem Mut der Verzweiflung begannen die Menschen sich zu wehren.

Der Kwangju - Volksaufstand ist nur der Höhepunkt eines langandauernden Widerstandes

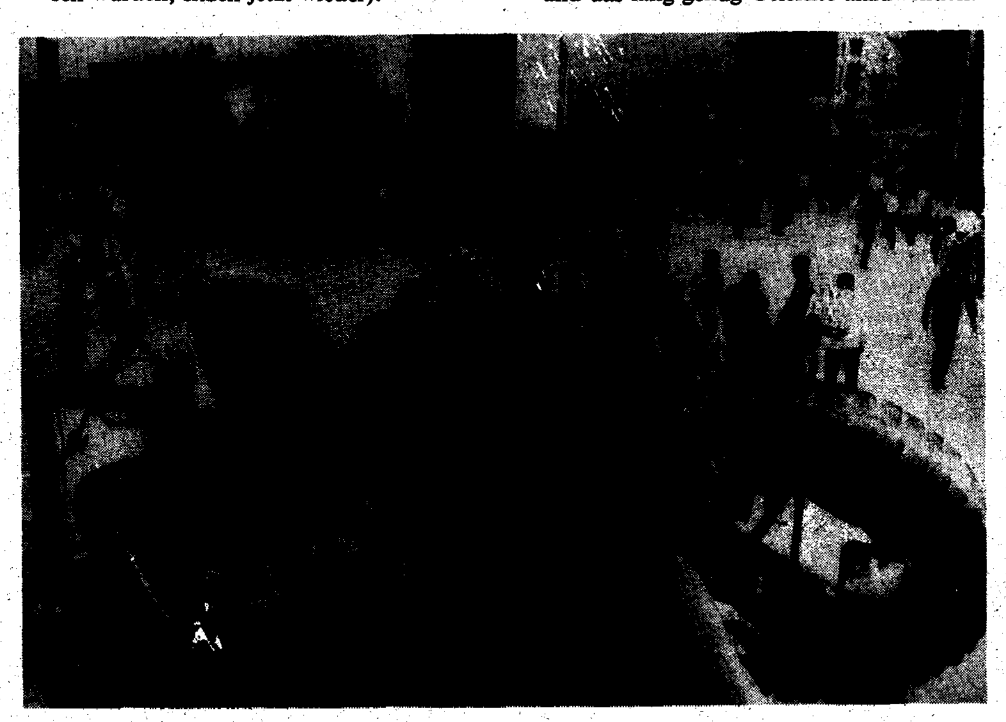
Um der wachsenden Unruhe Herr zu werden, griff Park zu immer härteren Mitteln, zu Kriegsrecht und Notverordnungen. Sein Geheimdienst warf tausende von Priestern, Studenten, Professoren, Arbeitern und Bauern ins Gefängnis. Und doch flackerte immer wieder Protest auf.

Der Arbeiter Chon Tae Ill verbrannte sich 1970 selbst aus Protest gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Seine Mutter und seine Brüder gründeten daraufhin ein illegales gewerschaftliches Schulungszentrum am Friedensmarkt von Seoul, das heute noch besteht. Mit Unterstützung der protestantischen Urban Industrial Mission organisieren Arbeiterinnen Streiks und freie Gewerkschaften. Die Catholic Farmers Association half Bauern Vereinigungen zu gründen, die wirklich ihre Interessen vertraten. Im Sommer letzten Jahres besetzten Arbeiterinnen der YH - Fabrik, die, ohne Löhne erhalten zu haben, auf die Straße gesetzt worden waren, aus Protest das Büro der konservativ - liberalen Oppositionspartei NDP. Bei der Räumung des Gebäudes durch die Polizei wurde eine von ihnen getötet. Als schließlich im Herbst vergangenen Jahres in Pusan und Masan, zwei wichtigen Industriestädten im Süden des Landes, die Wut der Bevölkerung offen ausbrach und zigtausende trotz Kriegsrecht auf die Straßen gingen und die Polizeistationen stürmten, als der Massenprotest auf die Hauptstadt Seoul überzugreifen drohte, war Park Chung Hee entschlossen, ein Blutbad anzurichten, um seine Macht zu retten.

Parks eigener Geheimdienstchef Kim, ein getreuer Gehilfe der ersten Stunde, versuchte zu retten, was noch zu retten war. Er erschoß seinen Herrn und Meister. Damit war der Volkszorn tatsächlich zunächst beschwichtigt ... Parks ehemaliger Ministerpräsident Choi wurde Präsident und versprach Demokratisierung. Doch bald zeigte sich, daß dies nur hohle Wortewaren. Parks alte Kampfgenossen saßen noch immer an den Hebeln der Macht. Der Diktator war tot, sein System lebte jedoch weiter. Das zeigte sich z.B. daran, daß der Dichter Kim Chi Hwa, ein Katholik, der es gewagt hatte, sich in Gedichten sozialkritisch zu äußern, weiter im Gefängnis blieb, in dem er schon viele Jahre sitzt. Auch die übergroße Zahl der politischen Gefangenen blieb in Haft. (Die wenigen, die in diesem Jahr freigelassen wurden, sitzen jetzt wieder).

Damit war das Maß voll. Die Bevölkerung von Kwangju, Hauptstadt der Provinz, Heimat des populären Oppositionspolitikers Kim Dae Jung, erhob sich. Studenten gingen auf die Straßen und erhielten sofort die Unterstützung der kleinen Geschäftsleute. Die Arbeiter streikten. Es schlossen sich auch Vertreter der christlichen Kirchen dem Aufstand an.

Nicht nur in Kwangju, sondern in allen Städten der Provinz Süd - Cholla ging die Bevölkerung zum bewaffneten Aufstand über. Das Militär mußte sich zurückziehen. Der Übergang zum bewaffneten Kampf ist ironischerweise Park Chung Hee zuzuschreiben. Er setzte nämlich das wöchentlich vierstündige Militärtraining aller Studenten durch. So brauchten die Studenten nur ihre Offiziere zu verjagen und das lang genug Gelernte anzuwenden.



Aufstand in Kwangju: Aus dem Protest wurde ein Bürgerkrieg

In einem blutigen Machtkampf im Militär setzte sich am 12. Dezember 1979 ein Mann durch, der Park wie seinen Vater verehrt hatte: Chon Du Hwan. Zunächst hielt er sich im Hintergrund und ließ den Präsidenten Choi weiter von Demokratisierung reden. Als jedoch im Frühjahr dieses Jahres die Unruhen im Volk wieder zunahmen, als Bergarbeiter im Kampf für höhere Löhne die Stadt Sabuk vier Tage lang besetzten und die Polizei vertrieben, als Studenten in allen Teilen des Landes in Massendemonstrationen Demokratie forderten, als Arbeiter in Seoul Sitzstreiks veranstalteten und als die Zivilregierung geneigt schien, den Forderungen der Bevölkerung teilweise nachzugeben, griff er zu.

Während die demonstrierenden Studenten in die Universitäten zurückgekehrt waren, um der Regierung Zeit zu geben, über die Forderungen zu verhandeln, marschierte das Militär in Seoul auf, überzog das Land mit einer Verhaftungswelle und Chon Du Hwan ergriff offen die Macht.

Die Beschränkung des Aufstandes auf die Provinz Süd -Cholla brachte das Scheitern. Die Gründe dafür, warum der Aufstand sich nicht auf das benachbarte Gebiet von Pusan und Masan ausbreitete, sind noch nichtvollständig klar. Doch spielte dabei sicherlich das Ansehen der Leute von Cholla in Kora eine Rolle. Diese werden nämlich — noch schlimmer als die Ostfriesen und die Sachsen bei uns — als dumm und engstirnig angesehen. Auch hatte Chon Du Hwan durch die Nichtinhaftierung des NDP - Vorsitzenden Kim Young Sam, der seinen Wahlkreis im Gebiet Pusan -Masan hat, eine mögliche Spaltung der Widerstandsfront zu forcieren versucht.

Immerhin war der Aufstand der bedeutendste in der jüngeren Geschichte Koreas und nur der Höhepunkt eines lang andauernden Widerstandes.

Die USA halfen bei der Errichtung der Militärdiktatur

Die US - Regierung trägt die Mitverantwortung für die Niederschlagung des Kwangju - Aufstandes. Sie ist nicht von den Ereignissen überrollt worden, sondern hat sich bewußt auf die Seite Chon Du Hwans gestellt. Dies zeigt sich nicht nur in der Freistellung von Truppen zur Niederschlagung des Aufstandes. Der US - Botschafter in Seoul, Mansfield, erklärte auf dem Höhepunkt der Kämpfe in Kwangju, Südkorea sei ein Freund der USA und diese würden der Regierung in Seoul solange beistehen, wie es nötig sei. US - Präsident Carter äußerte in einem Interview, man könne seine Alliierten nicht aufgeben, nur weil diese die Frage der Menschenrechte anders handhaben, als er sich das vorstelle.

Gerade wenn man sich die Rolle der US - Streitkräfte in Südkorea ansieht, wird die direkte Mitverantwortung der USA - Regierung für das Massaker an der Bevölkerung von Kwangju — über 1 000 Tote und mehrere tausend Verletzte — deutlich. Seit dem Korea - Krieg stehen in Südkorea Truppen der USA. Wenige hundert von ihnen tragen die blauen Helme der Vereinten Nationen und sind direkt an der Demarkationslinie stationiert. 1975 beschloß die UN - Vollversammlung den Rückzug dieser Soldaten aus Korea. Doch der Beschluß kann nicht durchgeführt werden, weil nur der UN - Sicherheitsrat, in dem die USA bisher durch ihr Veto -Recht einen solchen Beschluß verhinderten, endgültig über den Abzug bestimmen kann.
Der größte Teil der 39 000 US - Soldaten in Südkora steht aber aufgrund des 1954 zwischen den USA und Südkorea geschlossenen Verteidigungsabkommens dort. Diese amerikanischen Einheiten sind zum Teil mit südkoreanischen Soldaten aufgefüllt, die ihren Wehrdienst ableisten. Die US - Truppen, die gemischten Truppen und die 600 000 Mann starken südkoreanischen Truppen stehen unter dem Oberbefehl des US - Generals Wickham. Nur zwei Divisionen Territorialverteidigung im südlichen Korea stehen unter südkoreanischem Oberbefehl. Diese konnten aber allein nichts gegen die Bevölkerung von Kwangju ausrichten. Um den Widerstand der Bevölkerung zu brechen und ihre Forderungen nach Freiheit und Demokratie im Blut zu ertränken, mußte US -General Wickham erst mehrere Divisionen Elite - Soldaten aus seinem Befehlsbereich frei- und Chon Du Hwan unterstellen. Damit hatte er freie Hand für seinen Kampf gegen die Bevölkerung von Kwangju.

Die Militärs sind die Oligarchen Südkoreas

Die führenden Militärs Südkoreas, also die Generäle und Obristen, haben spätestens seit dem Militärputsch von 1961 die politisch entscheidende Rolle übernommen. Seitdem passiert bis heute nichts, an dem die Militärs nicht entscheidend beteiligt sind. Die jetzige Machtübernahme durch Chon Du Hwan ist nur ein erneuter Beleg dafür.

Handfeste ökonomische Interessen paaren sich mit primitivem Antikommunismus, der auf einer feudalistisch - autoritären Einstellung beruht. Militärs, die arm in die Armee eintreten, sind bei ihrem Ausscheiden als General stets so reich, daß sie grösseren Landbesitz und Aktien ihr eigen nennen können. Am Sold kann es nicht liegen, denn der ist vergleichsweise gering. Bisher hat noch kein General die südkoreanische Armee in Ehren verlassen, der nicht während seiner Dienstzeit Millionär geworden wäre. Die Generäle erhalten bevorzugt Aufsichtsratposten in staatseigenen Unternehmen, insbesondere in denen, die für die Rüstung arbeiten. Die „Entschädigung" für die dort geleistete „Arbeit" ist außergewöhnlich hoch. Hinzu tritt die Korruption. So haben z.B. bei der Anschaffung von Flugzeugen der Firma Lockheed Millionenbeträge eine Rolle gespielt, die in die Privatschatullen einzelner Generäle flossen. Es ist zudem üblich, daß ausländische Unternehmen, die in Südkorea investieren wollen, namhafte Geldbeträge verteilen, um für ein „gutes Geschäftsklima" zu sorgen. Als Gegengabe erhalten diese z.B. die Streikfreiheit in ihren Betrieben zugesichert. Gegenwärtig geizen bekannte Unternehmen in der westlichen Welt, die Kernkraftwerke herstellen, z.B. die Siemens -Tochter KWU nicht mit „Spesen" um den Auftrag für die Lieferung von AKWs zu ergattern.

Die entsprechenden einkommenden Beträge werden je nach Einfluß verteilt. Daher ist es natürlich, daß es unter den Militärs eine starke Konkurrenz um mehr Einfluß gibt.

Die Generäle halten sich für die einzige Elite, die die Nation retten kann. Dieses Elitebewußtsein ist ihnen in der Militärakademie eingetrichtert worden, die nach dem Vorbild der US - Kadettenanstalt West Point zu einer menschenverachtenden und arroganten Haltung erzieht. Daher gestehen sie außer sich selbst niemandem das Recht auf Vertretung ihrer Interessen zu. Fixpunkt ihres Weltbildes ist eine vermeintliche ständige Bedrohung aus Nordkorea, die selbst nach Angabe des US - Gemeindienstes CIA nicht existiert. Immer wenn die Lage für die südkoreanischen Generäle kritisch wird, gelingt es rechtzeitig einen Tunnel an der Demarkationslinie zu entdecken oder einige eingeschleuste „Agenten" zu erschießen. Die Tunnels wurden in den sechziger Jahren entdeckt und werden nach Bedarf von den südkoreanischen Militärs der Öffentlichkeit vorgestellt. Die erschossenen „Agenten" sind Zuchthäusler, die man für diese Aufgabe abknallt.
Ruhe, Ordnung und Wirtschaftswachstum sind ihre Leitwerte. Jede Unruhe, aus welchen Gründen auch immer, gilt ihnen als schädlich und kann ihrer Ansicht nach nur dem Feinde, den nordkoreanischen Kommunisten, dienen. Die Generäe halten also nichts von Demokratie, Gewerkschaften und Menschenrechten. Da sie arrogant sind, zeigen sie dies auch offen. Sie sind Totengräber jeglicher demokratischer und sozialer Bestrebungen, gleich ob diese christlich, liberal oder sozialistisch begründet werden. Über alle Zwietracht hinweg eint sie ihre privilegierte ökonomische und politische Rolle.

Was können wir tun?

Das Korea - Komitee hat mit einer Spendenkampagne zur Unterstützung der Arbeiterinnen in Südkorea begonnen. Diese zu unterstützen, hilft dem Widerstand in Südkorea, denn es zeigte sich, daß gerade diese Arbeiterinnen den Kern der freien Gewerkschaftsbewegung Südkoreas bilden, die im Mai für wenige Tage an die Öffentlichkeit trat.

Einzahlungen mit dem Vermerk „Arbeiterinnen" werden erbeten auf folgendes Konto: Korea - Kreis Osnabrück e.V. Stadtsparkasse Osnabrück Kto. - Nr. 606 095. Die Spende ist steuerbegünstigt. Spendenquittungen werden unaufgefordert ausgestellt.

Das Korea - Komitee ist eine Gemeinschaft von unabhängigen Persönlichkeiten aus Kirche, Wissenschaft, Kultur und Politik, dem u.a. der Pfarrer Gerhard Breidenstein, der Bundestagsabgeordnete Emmerlich, der Philosophieprofessor Günter Freudenberg, der Gewerkschafter Jacob Moneta und die Schriftstellerin Luise Rinser angehören.

A.L.

Südafrika

Schülerunruhen und Streiks

In Südafrika waren es bisher nur die Schwarzen, die durch Unruhen die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Medien erregten. Wenig bekannt ist hingegen, daß auch die „Farbigen" — Menschen, die in der Definition der südafrikanischen Regierung weder „schwarz" noch „weiß" sind — die repressive Politik nicht mehr ruhig hinnehmen. Mitte April wandten sich die farbigen Schüler in Streiks und Unruhen gegen die Diskriminierung des weißen Rassistenregimes. Präsident Bothas Strategie, die Farbigen durch Privilegien an das Apartheidssystem zu binden, scheint zu scheitern.

Die 2,5 Millionen Farbigen Südafrikas nehmen die Diskriminierung im Bildungswesen und politischen Bereich nicht länger hin. Seit Mitte April reißt die Kette von Schulstreiks und Demonstrationen im ganzen Land nicht ab. Bisher waren die Farbigen relativ ruhig, da sie als Puffer zwischen Schwarz und Weiß von der Minderheitsregierung etwas besser behandelt wurden als die Afrikaner. Als Afrikaner bezeichnen sich die Ureinwohner Südafrikas — die „Schwarzen" — von der weißen Minderheit geringschätzig „Bantus" genannt.

Die Ungleichheiten im Bildungswesen seien durch einige Zahlen verdeutlicht:

	Weiße	Farbige	Afrikaner
Ausgaben des Staates für die Schulbildung je Kind (Schj. 78/79) in US$	677	227	66
Lehrer - Schüler - Verhältnis	1:23	1:50	
Schulpflicht	ja	nein	nein

Mitte April entlud sich die Unzufriedenheit über diese Zustände im Boykott der farbigen Schulen von Kapstadt, an denen sich zunächst 5 000 Schüler beteiligten (taz, 23.4.80). Hier hatte der Versuch der Regierung, einen zentralen Stadtteil von Farbigen zu „säubern", die Spannungen besonders verschärft. Zudem hatte Premierminister Botha im Februar den „Farbigenrat" nach Meinungsverschiedenheiten aufgelöst. (Guardian, 30.5.80)

Die Streikenden stellten folgende Forderungen auf:
— gleiche Bildungsausgaben für alle
— gleiche Lehrpläne für alle
— gleiche Löhne für alle Lehrer
— mehr Lehrer, mehr Lehrbücher
— Instandsetzung und -haltung von Schulgebäuden
— unabhängige Schülervertretungen
— das Recht, jedes Schulgebäude ohne besondere Erlaubnis zu betreten
— Verbot körperlicher Züchtigung
— Verbot des willkürlichen Eindringens von Polizei in Schulen
— Ende der willkürlichen Lehrerentlassungen
(taz, 23.4.80; Le Monde, 23.4.80)



Farbige Volkswagen-Arbeiter bei Port Elizabeth

Die Bewegung griff rasch auf den Rest des Landes über. Nach einer Woche waren bereits 100 000 Schüler im ganzen Land daran beteiligt (taz, 23.4.80). Bald begannen afrikanische Jugendliche, sich den Streiks anzuschließen (NZZ, 26.4.80). Anfang Mai traten auch 1 000 Lehrer in Streik. Mitte Mai soll zwar der Streik der farbigen Schüler vorläufig ausgesetzt worden sein; doch führten die Afrikaner z.B. von Durban ihre Aktionen fort. (NZZ, 22.5.80).

Inzwischen hatten die 3 000 farbigen und schwarzen Arbeiter der Kapstädter Fleischindustrie für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft zu streiken begonnen, wobei sie durch den Fleischboykott der afrikanischen Bevölkerung unterstützt wurden. In Durban beantworteten die Frametex - Werke den Streik der Textilarbeiter mit 6 000 Entlassungen (KVZ, 2.6.80). Dies zeigt einmal mehr, daß die unterdrückten Südafrikaner sehr wohl bereit sind, für den Kampf um ihre Rechte vorübergehende Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen in Kauf zu nehmen. Dies gilt es bei der Diskussion um Boykottaktionen gegen Südafrika zu beachten.

Reaktionen

Die Regierung beantwortete den Streik der Schüler zunächst mit der Drohung, die Schulen schließen zu lassen (taz, 24.4.80). Trotz der Warnungen von Opposition und Presse vor einer Wiederholung der Zusammenstöße von Soweto ging die Polizei mit Tränengas und brutalen Schlagstockeinsätzen gegen Demonstranten vor (NZZ, 25.4.80). Botha drohte der Presse mit Zensur (NZZ, 3.5.80). Bis Anfang Juni waren mindestens 1 500 Leute verhaftet worden, von denen einige hundert noch in Haft sein müssen (IHT, 3.6.80). Ende Mai wurden erstmals zwei Todesfälle im Zusammenhang mit den Unruhen bekannt, als in Kapstadt die Polizei in die Menge schoß, die sie mit Steinen beworfen hatte. (Guardian, 30.5.80). Unterdessen versprach die Regierung, den Schulbau voranzutreiben und mehr Geld für Lernmittel zur Verfügung zu stellen, um die Schüler zu besänftigen (Guardian, 30.5.80).

Doch ein Ende der Unruhen ist nicht in Sicht. Obwohl durch widersprüchliche Pressemeldungen über die Aussetzung der Streiks Verwirrung entstanden ist, werden die Aktionen an den meisten Schulen fortgesetzt (Guardian, 9.6. u. 10.6.80).

Auf dem gesetzgeberischen Weg sucht sich die Regierung durch das Verbot jeglicher Berichterstattung über Verhaftungen und Verhaftete nach dem „Terrorismus - Gesetz" zu rüsten. Ein Oppositionssprecher bezeichnete den Gesetzentwurf als eine Möglichkeit, Leute aus der Gesellschaft verschwinden zu lassen, ohne daß jemand auch nur davon erfährt (Evening Press, 22.5.80). Dies bedeutet,

daß jegliche Solidarität mit den Verhafteten im In- wie Ausland unmöglich gemacht werden soll. Daran zeigt sich wieder einmal der Zynismus, der hinter dem Geschwätz von einer Liberalisierung der südafrikanischen Regierungspolitik steht.

Neuerdings verhängte der Innenminister Alwyn Schlebusch ein politisches Versammlungsverbot — für mehr als 10 Personen gültig von Samstag, den 14. Juni bis Ende Juni — das sich offensichtlich gegen die Aktion der schwarzen Mehrheit zum Gedenken an die schwarzen Unruhen in Soweto im Jahre 1976 richtet (FR 16.6.80). Außerdem wurden die Vorstädte der Schwarzen und Farbigen am Montag zu Militärzonen erklärt, zu denen kein Journalist zugelassen ist. Trotz oder vielleicht gerade wegen des Versammlungsverbotes, des Pressebannes und des massiven Polizeiaufgebotes kam es in den Vorstädten zu schweren Unruhen. Es ist zu befürchten, daß dabei wieder viele Menschen verletzt und getötet wurden (Guardian, 18.6.80).

Verfassungsänderungen

Es ist daher auch zweifelhaft, ob die neuerdings von der sog. Schlebusch - Kommission vorgeschlagenen Verfassungsänderungen noch wesentlich zur Entschärfung der Konflikte durch Verschleierung beitragen können.

„Das politische Prinzip ‚one man, one vote' läßt sich nach Ansicht der Kommission zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Südafrika nicht verwirklichen, da in diesem Fall Minderheiten des Landes diskriminiert würden" (NZZ, 11./12.5.80). Solchermaßen erleuchtet, schlägt die Kommission folgendes vor: „Der südafrikanische Senat soll am 1. Januar 1981 aufgelöst und durch einen Präsidentenrat ersetzt werden. Vorsitzender dieses Rates soll ein stellvertretender Staatspräsident werden. (...) Der Präsidentenrat soll durch 60 **nominierte** (Hervorhebg. d. Red.) Vertreter der weißen, farbigen, indischen und chinesischen Bevölkerung des Landes gebildet werden. Eine separate Vertretung für Schwarze ist für eine späteren Zeitpunkt vorgesehen." (NZZ, 11./12.5.80) Postminister Smit entblödete sich nicht, dies vor dem Parlament damit zu begründen, daß die Schwarzen „weniger entwickelt" und ihre „Denkprozesse langsamer" seien (Guardian, 6.6.80 p.6). Sehr schnell jedoch haben sie erkannt, was von solchen „Reformen" zu halten ist: Der Rat der Schwarzen soll lediglich den Präsidentenrat, der seinerseits eh nur beratende Funktion haben wird, beim Beraten beraten (taz, 12.5.80).

Demnach scheint das Konzept der Botha - Regierung zur Rettung der weißen Privilegien unverändert: Aus Farbigen und einem kleinen Teil der afrikanischen Bevölkerung soll sich eine relativ privilegierte Mittelschicht bilden. Dadurch hofft man, die Solidarität der entrechteten Mehrheit zu verhindern. Im Ausland soll zugleich der Eindruck erweckt werden, die Rassenschranken würden fallen und es entwickle sich in Südafrika ein sozial durchlässiger, demokratischer „multinationaler Staatenbund".

Die Bedrohung der weißen Vorherrschaft durch das gemeinsame Vorgehen der unterdrückten Mehrheit während der Unruhen veranlaßt viele Weiße, eine solche Politik zu unterstützen, die bewaffnete Auseinandersetzungen zu vermeiden sucht (Guardian 5.6.80 p.15). Dazu gehören Kreise des Militärs (IHT, 31.5.80) und Teile der weißen Schüler- und Studentenschaft. Letztere z.B. haben ihre Sympathie für die Forderungen der streikenden Schüler bekundet (Neue, 20.5.80).

Südafrikanische Verwandlungskünste

Insgesamt 102 Personen wurden im Vorjahr nach der „Rassenlehre" des Apartheidstaates „neu eingeschätzt". Dies geht aus einer Veröffentlichung des Innenministeriums hervor.

101 Cap - Farbige und ein Chinese wurden zu Weißen erklärt. Umgekehrt wurden zwei bisher als weiß geltende staatlicherweise zu Cap - Farbigen, sechs Weiße zu Indern, 10 Malayen zu Indern, 11 Inder zu Malayen, 3 Cap - Farbige zu Chinesen und zwei Chinesen zu Farbigen erklärt (Neue, 17.5.80).

Südafrika

Die Widerstandsaktionen werden gezielter

Dem südafrikanischen Regime ist klar: Westliche Regierungen können sich der Forderung der UNO, der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) und den Befreiungsbewegungen nach einem Embargo auf allen Ebenen auf Dauer nicht widersetzen.
Die Forderung des UN - Sicherheitsrates hebt nochmals hervor, daß das Waffenembargo ergänzt werden muß durch ein Ölembargo und den sofortigen Stopp von Neuinvestitionen. Der Direktor des UN - Zentrums gegen die Apartheid E.S. Reddy wirft den westlichen Regierungen vor:
— daß sie nichts gegen Unternehmen, Banken und Konzerne tun, die geschickt diese UN - Forderungen umgehen und dem Regime dadurch die Möglichkeit geben, eine eigene Waffenproduktion aufzubauen;
— daß sie Geld und technisches know how vermitteln, wodurch das Regime den Bereich der Ölversorgung durch andere Verfahren (z.B. Kohleverflüssigung) ersetzt;
— daß sie durch Neuinvestitionen die Autarkie der RSA (Republik Südafrika) fördern und dadurch den Status quo, nämlich das System der Apartheid, stützen.
Diese Autarkiebemühungen erlauben den Banken, Konzernen und Unternehmen in kürzester Zeit Superprofite herauszuziehen, da das Regime in Zugzwang steht.
Als durch die Revolution im Iran die Rohöllieferungen zu 90% ausfielen, geriet das Regime zum ersten Mal unter massiven Druck. Denn zum einen braucht der riesige Polizei- und Militärapparat einen großen Teil des Ölimports für sich, und zum anderen reicht der Rest kaum hin, um die Wirtschaft, Transport und Industrie einigermaßen in Gang zu halten.

Interviewausschnitt mit E.S.Reddy, Direktor des UN - Zentrums gegen Apartheid, FR 7.9.79

„Schlupflöcher"

Welche Maßnahmen wurden nach dem vom UN - Sicherheitsrat im September 1977 verhängten Waffenembargo ergriffen?

Der Sicherheitsrat setzte ein Komitee zur Überwachung des Waffenembargos ein. Gleichzeitig forderte die UN - Vollversammlung das Sonderkomitee gegen Apartheid auf, Kampagnen zur öffentlichen Unterstützung des Waffenembargos aufzubauen. Das Sonderkomitee vertritt die Ansicht, daß das Embargo sicherlich eine positive Maßnahme ist, insofern es bewirkte, daß zwei Länder, die bis dahin offen Südafrika mit militärischem Material beliefert hatten, diese Lieferungen beendeten. Gleichzeitig ist das Sonderkomitee der Meinung, daß das Embargo an verschiedenen Punkten verstärkt werden muß, um effektiver zu sein.

Als erstes gibt es natürlich einige illegale Waffenlieferungen nach Südafrika. Dieses Schlupfloch muß durch striktere nationale Gesetzgebung gestoppt werden. Die auf das Embargo bezogene Gesetzgebung einiger Länder muß deshalb untersucht werden. Zweitens definieren einige westliche Regierungen unzureichend, was als „Waffe" und „militärisch verwendbares Material" gilt. Zum Beispiel wird eine Menge elektronischer Ausrüstungsgegenstände offen an Südafrika geliefert und dort für militärische Zwecke verwandt. Drittens stellt sich die gesamte Frage des Technologie - Transfers; denn Südafrika hat jetzt eine ziemlich große

Waffenindustrie selbst entwickelt und ist in der Lage, ohne größere Schwierigkeiten Kapital und Technologie zu erhalten, die für die interne Waffenproduktion investiert werden. Schließlich gibt es auch solche Firmen, die in Südafrika Waren produzieren, die militärisch genutzt werden. Derartige Investitionen sind eventuell angewachsen. In einigen Fällen haben Unternehmen Aktienanteile an Südafrikaner verkauft und behaupten nun, daß sie als Minderheitsaktionäre nicht mehr für die Produktion des Unternehmens verantwortlich zu machen sind. Im Bereich der nuklearen Zusammenarbeit vertritt das Sonderkomitee die Ansicht, daß das Embargo auch die Ausbildung von Wissenschaftlern und jede Art von Ausrüstungsgegenständen im Bereich der Nuklearenergie einschließen sollte. Wenn das Waffenembargo volle Wirkung zeigen soll, muß es durch ein Öl - Embargo ergänzt werden.

In diesem Zusammenhang müssen die Ölembargoaktionen der verschiedenen Solidaritätsgruppen sowie des ANC (African National Congress — Afrikanischer Nationalkongress: die größte Befreiungsbewegung Südafrikas) gesehen werden.

Wie in den „Blättern" des iz3w (Nr. 83) dargestellt, hat die Aktionsgruppe „Holland Comittee on South Africa" und die „Working group Kairos" 1979 eine massierte Öffentlichkeitsarbeit betrieben mit dem Erfolg, daß das holländische Parlament ab 1.6.80 selbständige Ölembargoaktionen ergreifen wird, wenn bis dahin Konsultationen innerhalb der EG zu keinem gemeinseman Vorgehen geführt haben.

In einer Linie hiermit steht auch der Anschlag auf die SASOL - Anlagen: Am 2. Juni 89 wurden gleichzeitig Bombenanschläge auf die Kohleverflüssigungsanlagen SASOL I und II, sowie auf Tanks des petrochemischen Konzerns NATREF (Tochtergesellschaft der SASOL) verübt. (Suid Africaanse Steenkol, Olie en Gaskorporasie)

Bei diesem bisher größten Anschlag auf Industrieanlagen in RSA wird deutlich, wo der ANC in Zukunft den Befreiungskampf durch gezielte Aktionen intensivieren wird (1): Nämlich durch Sabotage an Südafrikas Achillesferse; der Ölversorgung!

Zwar besorgt die RSA 80 % ihrer elektrischen Energie mit Hilfe von Kohlekraftwerken — auch die Eisenbahnen werden vorwiegend mit Kohle oder elektrisch betrieben — im übrigen Transportsektor ist Öl aber unerläßlich (55 % des gesamten Ölbedarfs [2]). Vor allem die Mobilität des Militärs und der Polizei ist nur übers Öl gewährleistet: Ohne Treibstoff keine Überfälle auf Angola, Mocambique, Zambia und Botswana, keine Totalpräsenz im Caprivistrip (Namibias Grenze zu Angola) und auch keine Hubschraubereinsätze in SOWETO.



Brennende Öltanks in Sasolburg

Daher hat das Regime inzwischen alle in RSA arbeitenden Töchter der Ölmultis **gesetzlich** verpflichtet das Militär mit genügend Treibstoff zu versorgen (3). Um sich aber auf Dauer aus der 100 %igen Abhängigkeit von importiertem Öl zu lösen, entwickelte die RSA v.a. seit dem ersten Ölembargo (1973 durch die arabischen OPEC Staaten) hektische Betriebsamkeit auf verschiedenen Gebieten:

„Alternativenergien" zur Stabilisierung des Regimes

— Die Ölsuche im eigenen Land wurde drastisch verstärkt, blieb aber bis heute erfolglos.
— Der Benzinverbrauch im Individualverkehr wurde durch Verkaufsbeschränkungen und Tempolimits geringfügig gesenkt.
— Äthanol- und Methanolprojekte wurden gestartet: Äthanol wird aus pflanzlichen Produkten gewonnen; in RSA kämen dafür Zucher, Mais (!) und Cassava (!) in Frage. Äthanol kann direkt mit Benzin vermischt werden. (So wird z.B. heute schon der städtische Verkehr in Brasilien zu 16 % mit Äthanol betrieben). Methanol ist nicht benzinlöslich, die Fahrzeuge müssen also umgerüstet werden. Es wird aus Kohle oder Gas gewonnen. Auch hier sei an das Entwicklungsprogramm von VW mit Methanol erinnert (Technologietransfer!). Die hohen Investitionskosten sind durch den stark gestiegenen Goldpreis nun abzudecken, so daß Anfang dieses Jahres optimistische Zahlen in Südafrikas Presse zu lesen waren: Bis zu 20 % des Treibstoffbedarfs könnten durch Alkohol gedeckt werden (Argus, 8.2.80).
— Am intensivsten und frühesten aber begann man mit der Kohleverflüssigung. Schon seit 1955 arbeitet eine Versuchsanlage der SASOL, das von der US amerikanischen Firma M.W.Kellog und den deutschen Firmen Lurgi und Ruhrchemie gebaute SASOL I. (Spiegel, Nr. 12/80). Nachdem man mit dieser Versuchsanlage ca. 4 000 b/d (gut 1 % des gesamten Ölbedarfs) nach der Fischer Tropsch Methode (4) herstellte, sollte die nach 1973 begonnene und im April 1980 in Betrieb genommene Großanlage SASOL II mindestens den zehnfachen Ausstoß bringen. Zusammen mit der an gleicher Stelle geplanten Anlage SASOL III (5) hofft das Regime schließlich 50 % des gesamten Ölbedarfs aus heimischer Kohle herzustellen (Citizen, 23.2.79). Weniger propagandaträchtige Angaben sprechen immerhin von 30 % des Gesamtbedarfs. Der Finanzaufwand für diese Anlagen beträgt runde 15 Milliarden DM an Vorabinvestitionen. Gerade rechtzeitig, so muß man sich wundern, ist also der Goldpreis in schwindelerregende Höhen spekuliert worden. An diesem Mamutprojekt sind übrigens die Dresdner Bank, die Bayrische Vereinsbank, die Berliner Handelsbank und die Frankfurter Bank durch Kreditvergabe an den „State oil fund" beteiligt.(6)

„Die Mitwirkenden"

Obwohl, oder gerade weil die RSA auf dem besten Wege ist, sich auf dem Ölsektor mehr und mehr aus der Abhängigkeit manchmal unsicherer Ölquellen zu lösen, fordern Widerstands- und Aktionsgruppen dazu auf, endlich das Embargo voll anzuwenden. Denn außer den arabischen OPEC Staaten und seit der Revolution auch dem Iran, wird weiterhin, trotz andersartiger Lippenbekenntnisse, munter Öl an das Apartheidregime geliefert.

Nach einer kurzen Übergangszeit im ersten Halbjahr 1979, in der die RSA durch das relativ plötzliche Versiegen des Ölstroms aus Iran (7) gezwungen war, teures Öl in Rotterdam zu kaufen, gibt es inzwischen wieder eine Reihe fester Lieferverträge (Financial Mail, 15.5.79)
Doch damit nicht genug: Auf dem West-

gipfel Anfang 79 in Gouadeloupe sicherten Großbritannien und die USA dem Regime seinen gesamten Ölbedarf von jährlich 15 Millionen Tonnen zu, als Gegenleistung für den „Druck" den RSA auf Ian Smith zur Durchsetzung, der von den Westmächten favorisierten „internen Lösung" ausüben sollte (Financial Mail, 9.2.79).

Und als dann Maggie Thatcher Mitte 79 die Regierung übernahm, machte nicht nur die Johannesburger Börse einen deutlichen (Freuden)sprung, sondern die RSA bekommt nun Nordseeöl, das durch die südafrikanische BP - Tochter importiert wird. (Die britische Regierung hält 51% der BP Aktien). All dies kam für das Regime — wohl auf Grund entsprechender Vorgespräche — „nicht überraschend" (Citizen, 30.6.79)

Das immer wiederkehrende Argument, ein Embargo würde als Druckmittel nicht recht taugen, da immer wieder neue Kanäle für den Ölfluß geschaffen würden, erstaunt etwas, wenn man gleichzeitig von (Markt)graf Lambsdoff hört: „Je strenger man Embargos einhält, desto größer ist ihre Erfolgsaussicht", welche also offensichtlich eingeräumt wird. Der Schönheitsfehler des Zitats: Es war auf den Iran gemünzt (BZ vom 21.5.80)

Letztlich gibt es jedenfalls keine Zweifel, daß die Militär- und Polizeimaschinerie des Regimes nach wie vor nur deshalb so gut läuft, weil der Ölhandel von der „freien" Welt zumindest toleriert, in vielen Fällen aber offen unterstützt wird. Und es gibt auch keinen Zweifel, daß ein konsequentes Ölembargo das Regime nach wie vor in die Knie zwingen würde! Hierauf sollte der Anschlag auf die SASOL - Anlagen alle Welt aufmerksam machen und ähnliche Anschläge werden wahrscheinlich folgen 8).

Anmerkungen:

1) Der ANC Präsident Oliver Tambo kündigte kurz nach den Anschlägen weitere Offensiven in dieser Richtung an: „Der Zeitpunkt der Befreiung ist nahe." (FR 10.6.80) Ebenso der Generalsekretär des ANC A. Nzo: „Es wird noch viele Sasols geben." (FR 16.6.80)
2) Dokumentation des ANC zum „ Internationa1 Seminar on an oil embargo against South Africa", das vom 14. - 16. März in Holland stattfand.
3) „Die Chemiker F. Fischer und H. Tropsch entwickelten 1926 die Kohlewasserstoffsynthese. Dabei wird Kohle unter Druck in Wassergas umgewandelt und anschließend in verschiedene Mineralöle zerlegt." (Spiegel Nr. 12 / 80)
4) Sasol liegt ca. 50 km südöstlich von Johannisburg; Sasol II und III liegen bei Sekunda, etwa 200 km nördlich von Johannisburg.
5) Zu diesen Krediten stellte Ehmke am 7.12.78 bereits eine Anfrage im Bundestag, die aber von der Staatssekretärin Hamm - Brücher unvollständig bzw. falsch beantwortet wurde. (ISSA Infodienst 1,2 / 79)
6) Die Ölimporte aus IRAN (90 % des Gesamtbedarfs) gingen schon gegen Ende des Schahregimes bedingt durch Streiks stark zurück. (ISSA Informationsdienst 1,2 / 79)
7) Stellvertretend sei hier der Vertrag zwischen Shell International Petroleum und SASOL genannt, durch den immerhin 25000 b/d (ca. 10 % des Gesamtbedarfs) von der britischen Kolonie Brunei nach RSA geliefert werden. (Financial Mail 15.6.79)
8) Ziel für solche Anschläge hat der 'Spiegel' bereits ausgemacht: Chemie Anlagen, die RSA von Gummie Einfuhren unabhängig machen soll; Methanolproduktionsstätten; Reaktoren in Pelindaba und Valindaba, sowie die Ölpipeline von Durban zum Witwatersrand!! (Spiegel Nr. 24 / 80)

Namibia

Südafikas militärische Präsenz in Namibia ist stärker denn je. Entgegen den UNO - Beschlüssen vom September 78 hat sich Südafrika nie an die Abmachungen für eine friedliche Lösung gehalten. Über 3/4 des Landes ist der Kriegszustand verhängt. alle Namibier wurden zum Militärdienst eingezogen und müssen gegen die SWAPO kämpfen. Die Zahl der südafrikanischen Truppen und Polizeikräfte ist auf 75 000 angestiegen, dazu kommt ein Heer von Söldnern.
Für die SWAPO wurde eine offene Arbeit in Namibia unmöglich gemacht. Die gesamte Führung der SWAPO in Namibia und 5 000 SWAPO - Mitglieder wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen. Sie arbeitet im Untergrund weiter. Im letzten Monat wurde eine Kampagne mit Flugblättern gestartet, die die Bevölkerung ganz Namibias stärker in den Befreiungskampf einbeziehen sollen und Anweisungen geben, wie man die Guerrillas unterstützen kann. (Windhoek Observer, 22.3.80)
Im Augenblick befinden sich 55 000 Namibier in Lagern in Angola und Sambia, z.T. als Flüchtlinge, z.T. um sich für die SWAPO ausbilden zu lassen (issa 11, Nov. 79, S.16 - 19)

Rede von Sam Nujoma, Präsident der SWAPO von Namibia vor Solidaritätsgruppen im Amsterdam, 16. März 1980 (aufgenommen und übersetzt von Gottfried Wellmer)

Wir fordern die Durchführung der Resolution 435 des UN - Sicherheitsrates!

„Der Kampf für die Befreiung Namibias hat eine sehr kritische Phase erreicht. Das liegt nicht nur an der Unterdrückung und der Brutalität des rassistischen Regimes Pretorias über Namibia, sondern gerade auch an den Intrigen und Manövern des Imperialismus, einschließlich der Multinationalen Gesellschaften, welche die Bodenschätze Namibias und Südafrikas ausbeuten; denn die meisten von ihnen stammen entweder aus England, den USA, Frankreich, Westdeutschland oder kleineren Ländern Westeuropas.
Während der letzten zwei Jahre hatten wir Verhandlungen, die von den Westmächten initiiert wurden, d.h. England, Frankreich, Westdeutschland, Kanada und USA; sie endeten in der Annahme der Resolution 435 durch den UN - Sicherheitsrat. Diese Resolution behandelt den gesamten Dekolonisations - Prozeß in Namibia. Ziel der Resolution ist es, daß mit Hilfe der Vereinten Nationen ein Waffenstillstansabkommen zwischen der SWAPO und Südafrika unterzeichnet wird, gefolgt von der Ankunft einer UN - Friedenstruppe und zivilen Komponenten der UNTAG in Namibia. Daraufhin sollen unterdrückerische Gesetze aufgehoben und politische Gefangene freigelassen und die Rückkehr von Exil - Namibiern in ihre Heimat ermöglicht werden. Schließlich soll die Wahlkampagne daraufhin beginnen.

Angeblich soll Südafrika sich mit der UNO über das Ankunftsdatum der UN - Friedenstruppe in Namibia geeinigt haben. Leider spielt aber Südafrika eine Verzögerungs - Taktik: es lehnt die Durchführung der UN - Sicherheitsrats - Resolution 435 nicht glatt ab, sondern stellt ständig neue Bedingungen: zunächst forderte Südafrika, daß die Guerrilla - Truppen der SWAPO, die in Namibia kämpfen, das Land verlassen sollen und sicheres Geleit erhalten sollen zu Lagern in Angola und Sambia, wo sie von der UNO überwacht werden sollen. Das ist aber nicht Bestandteil der Übereinkunft oder des UNO - Plans. Ferner forderte Südafrika, daß auch die Teile unserer Truppen, die sich jetzt in Sambia und Angola befinden, in festen Lagern gehalten und von UNO Truppen bewacht werden sollen.
Wir lehnten diese Forderung als Verletzung internationalen Rechts ab: aufgrund politischer Unterdrückung mußten wir aus unserem Land fliehen. Wir baten Angola und Sambia um politisches Asyl. Uns wurde Asyl gewährt. Wir werden Südafrika nicht gestatten, die UNO dazu zu mißbrauchen, das namibische Volk weiterhin zu unterdrücken, indem poitische Flüchtlinge in den Asylländern von fremden Truppen überwacht werden. Deshalb haben wir dies abgelehnt. Die erste Forderung Südafrikas, daß unsere Truppen, die in Namibia für die Befreiung des Landes kämpfen, dort herausgetrieben werden sollen, können wir nicht akzeptieren. Namibia ist das einzige Land, das wir haben! Eher werden wir den Kampf fortsetzen und sterben, als das Land verlassen.
Die Situation ist aufgrund der Beteiligung der Westmächte sehr komplex und schwierig geworden. Angeblich verhandeln sie mit Südafrika über die Durchsetzung der UN - Resolution 435. In Wirklichkeit haben sie effektiv überhaupt nichts getan. Sie geben nur Lippenbekenntnisse ab.
Und diejenigen Westmächte, die ständige Mitglieder des UN - Sicherheitsrates sind, stehen hinderlich jeder Aktion im Wege, die vom UN - Sicherheitsrat beschlossen werden könnte. Wenn kleinere Staaten den Versuch unternehmen, den Sicherheitsrat dazu zu bewegen, Kapitel 7 der UN - Charta gegenüber Südafrika anzuwenden (d.h. Wirtschaftssanktionen gegenüber

Südafrika verpflichtend zu verhängen), dann werden die USA, Frankreich oder Großbritannien ihre Veto - Vollmacht ausüben.

Letzte Woche reiste ein Team von hochrangigen UN - Beamten zusammen mit dem UNO - Kommissar für Namibia nach Kapstadt, um in Verhandlungen mit Südafrika einen Weg zu finden, auf dem der UNO - Dekolonisierungsplan für Namibia verwirklicht werden kann. Sie kamen mit leeren Händen zurück. Südafrika weigerte sich, Stellung zu beziehen zur Frage der Durchsetzng der UN Sicherheitsrats - Resolution. Angeblich will Südafrika weitere militärische Details diskutieren. Aber es ist schon über ein Jahr her, daß im September 1978 die UN - Sicherheitsrats - Resolution angenommen wurde.

Südafrika muß zur Annahme der UN - Sicherheitsrats - Resolution 435 gezwungen werden!

Wir bitten besonders Euch, Freunde, die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und die der UNO dazu aufzurufen, Anstrengungen zu unternehmen, damit der UN - Sicherheitsrat im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen Maßnahmen ergreift, um so Südafrika wirklich dazu zu zwingen, die Durchführung der Sicherheitsrats - Resolution 435 zu akzeptieren. Wir sind davon überzeugt, daß es aufgrund eines konzertierten Drucks auf Südafrika möglich ist, eine Verhandlungslösung für Namibia mit Hilfe der Vereinten Nationen zu finden.Wahlen müssen unter der Aussicht und Kontrolle der Vereinten Nationen stattfinden und zur Unabhängigkeit Namibias führen. Mobilisiert für dieses Ziel die Weltöffentlichkeit des Westens. Unabhängigkeit muß nicht zwangsnotwendig allein durch den bewaffneten Kampf, sondern kann mit allen möglichen Mitteln erreicht werden. In diesem Zusammenhang möchte die SWAPO an Euch, Freunde, appellieren: Helft uns, die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren. Mobilisiert die Studenten und Schüler, die Arbeiter und die Gewerkschaften. Gewerkschaften in bestimmten Ländern könnten die Initiative ergreifen in Be- und Entladen südafrikanischer Waren. Sie könnten sich weigern, südafrikansiche Flugzeuge zu be-oder entladen, wenn diese in den Flughäfen westlicher Länder landen.

Unser wirkliches Problem ist, daß die Großmächte im Westen Südafrika unterstützen und auch in der Lage sind, die UN - Bemühungen scheitern zu lassen. Gegenwärtig sagen die USA, Frankreich und Großbritannien: laßt uns abwarten, gebt Südafrika Zeit, sich vom Schock über die Wahlergebnisse in Zimbabwe zu erholen. Ich meine, wir können das nicht zulassen. Wir können nicht bereit dazu sein, unserem Gegner die Zeit zu geben, seine Kräfte wieder zu sammeln, um uns dann weiter zu unterdrücken.

Jetzt ist der Zeitpunkt für die demokratischen Kräfte in Westeuropa, uns zu unterstützen. Es wird uns eine überaus große Hilfe sein. Mobilisiert die Weltöffentlichkeit an ihrer Basis. Eure Regierungen haben ihre Probleme angesichts der wirtschaftlichen Interessen und Investitionen ihrer Industrién in Namibia und Südafrika. Deshalb liegt es an Euch, die Öffentlichkeit in diesem Teil der Welt zu mobilisieren.

Chemie

Erbveränderungen durch Herbizide des Vietnamkrieges

Im Vietnamkrieg sind von den USA etwa 40 000 Tonnen Herbizide (Entlaubungsmittel) über Südvietnam versprüht worden, um den Befreiungskämpfern des Vietkong den natürlichen Schutz der tropischen Vegetation zu nehmen. In den letzten Wochen wurden über die gesundheitlichen Spätfolgen für US - amerikanische und australische Vietnamveteranen in der Presse berichtet. Wenn die US - Veteranen, die ja nicht Ziel des Einsatzes von chemischen Kampfstoffen waren, sondern nur mehr oder weniger zufällig mit ihnen in Berührung kamen, heute zu Recht über die Folgen und gegen die Hersteller dieser Kampfmittel klagen, um wieviel verheerender müssen die Auswirkungen für hunderttausende Vietnamesen sein, über die Millionen Liter Herbizide versprüht wurden?

Im Entlaubungsmittel „Agent Orange" war als „Verunreinigung" das Gift Dioxim (TCCD) enthalten. Dieses Gift hat äußerst zerstörende Auswirkungen auf den menschlichen Organismus, weil alle Organe, besonders die Leber, angegriffen werden. Damit jedoch nicht genug. Langjährige Vermutungen sind zur traurigen Gewißheit geworden: Dioxim bewirkt krankhafte Veränderungen der Erbsubstanzen.

„Die Nachkommen früherer Soldaten im Süden Vietnams, die Frauen des Nordens geheiratet haben, wurden in großem Maßstab untersucht. 670 solcher Paare hatten 836 Kinder, davon wurden 43 (3,6 %) mit angeborenen Mißbildungen geboren. Bei der Vergleichsgruppe (116 Paare, alle ohne Herbizid - Kontakt) gab es keine Mißbildungen. Während bei der letzten Gruppe in 10,4 % Fehlgeburten und Frühgeburten auftraten, waren es bei den 670 Paaren der „Giftgruppe" 15,3 %. Auch die Sterilität der TCCD - Kontaktierten war mit 3,32 % der Paare deutlich höher. Unter den mißgebildeten Kindern waren allein 15 mit Herzfehlern und 9 mit Zentralnervensystemschäden. Außerdem eine erschreckende Zahl von Kindern ohne Gehirn, mit kleinem Gehirn, ohne Augen, ohne Ohren und allen Arten von Gesichtsspalten und anderen Anlagefehlern.

„Normalerweise" (statistisch) gibt es ein gehirnloses Neugeborenes auf 2777 Geburten. Bei den Herbizid - besprühten Vietnamesen kommt aber 1 Gehirnloses bei 197,8 Geburten vor. Gehirnmangel kommt 1 mal bei 25 000 Neugeborenen vor. Bei TCCD - Kontakt - Vätern aber 1 auf 1187 Geburten." (Demokratisches Gesundheitswesen 1 / 80, weitere Literatur bei Karl - R. Fabig, Immenhöven 19, 2000 Hamburg 62)

wo

Giftmüll in die Dritte Welt?

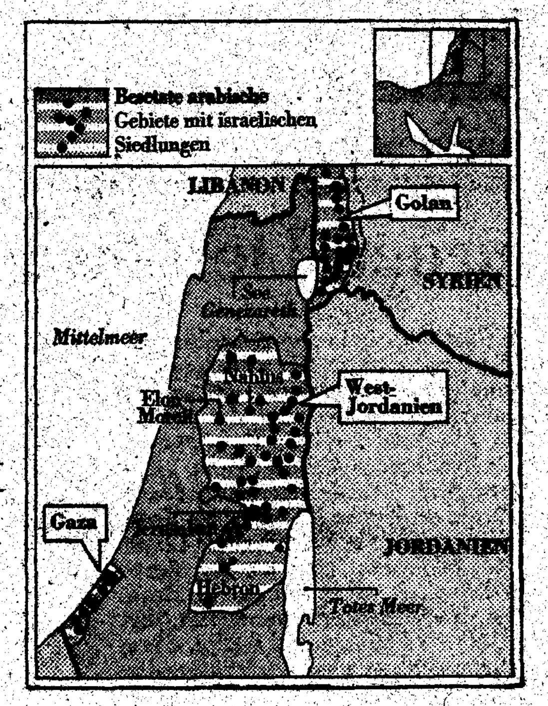
US - amerikanische Chemie - Multies versuchen chemische Abfallstoffe, deren Lagerung aufgrund der relativ höheren Sicherheitskosten in den USA zu teuer würde, in Entwicklungsländer zu „exportieren". Bisher haben Haiti, Chile, Liberia, Jemen und Nigeria derartige Angebote von verschiedenen Firmen erhalten. Eine in Colorado ansässige Firma hat versucht, ihren Giftmüll in Sierra Leone loszuwerden. 25 Millionen Dollar sollen dem Präsidenten der westafriaknischen Republik für das Privileg, überflüssigen und gefährlichen Müll der USA entlagern zu dürfen, geboten worden sein. (FAZ 12.3.80)

wo



Palästina

Eskalation der Gewalt



Während die israelisch-ägyptischen Verhandlungen über einen Autonomieplan für die von Israel seit dem Sechstage-Krieg von 1967 besetzten arabischen Gebiete Westjordanland und Gazastreifen, die laut Vertrag am 26. 5. 1980 zum Abschluß kommen sollten, ergebnislos auf unbestimmte Zeit abgebrochen wurden, haben die Israelis – entgegen der vertraglichen Vereinbarung – ihre Siedlungspolitik fortgesetzt. Sie haben in der Westband die Repression derartig verschärft und einen Zustand provoziert, der die endgültige Annektion befürchten läßt.

Eskalation der Gewalt in Westjordanland

Die widerrechtliche, von den Vereinten Nationen häufig verurteilte Siedlungstätigkeit[1] der Israelis in den seit 1967 besetzten Gebieten – Westbank, Gazastreifen und Golanhöhen – hat innerhalb der letzten Monate ihre blutigen Opfer gefordert. Am 2. Mai sind in der arabischen Stadt Hebron in Westjordanland Angehörige der radikalen zionistischen Siedlerbewegung Gush Emunim (Block der Treuen) von einem palästinensischen Kommandounternehmen überfallen worden, sechs starben, sechzehn wurden verletzt.

Am 2. Juni, dem nach 30 Tagen üblichen jüdischen Gedenktag an die Opfer des Überfalls, wurden in Nablus und Ramallah zwei arabische Bürgermeister durch die Explosion von Sprengladungen, die an ihren Autos versteckt waren, schwer verletzt. Ein Kollege der beiden entging am selben Tag nach einem Hinweis einem ähnlichen Mordanschlag. Der ihm zugedachte, rechtzeitig entdeckte Sprengkörper explodierte jedoch beim Versuch der Entschärfung und verletzte einen israelischen Sprengstoffexperten schwer. Am gleichen Tag wurden sieben Araber verletzt, als in Hebron ein nahe dem Markt versteckter Sprengkörper hochging (Bad. Ztg. 3. 6.; FAZ 3. 6.).

Vorausgegangen sind diesen schweren Anschlägen monatelange zusätzliche Provokationen gegen die sowieso schon unter den israelischen Besatzern und deren alltäglichen Terror leidenden arabischen Bevölkerung durch Mitglieder der religiös fanatischen Siedlerbewegung Gush Emunim besonders in Hebron, dem derzeitigen Zentrum zionistischer Siedlungspolitik. Dort wollen sich erstmals in der Geschichte der besetzten Gebiete Zionisten innerhalb einer rein arabischen Stadt einsiedeln. Die religiösen Eiferer von Gush Emunim, die aus der Religionsgeschichte Heimatrechte ableiten, haben das Ziel, Judäa und Samaria, wie das Westjordanland in ihrem biblischen Vokabular genannt wird, zu besiedeln und zu annektieren nach dem Grundsatz: „Das Land Israel dem Volk Israel laut der Tora Israels". Während die staatliche Siedlungspolitik sicherheitspolitische Gründe vorschiebt und sich an Land hält, das angeblich schon zur Mandatszeit als Staatseigentum klassifiziert war, berufen sich die Gush Emunim-Siedler auf ihre angeblich heilige Mission und besetzen in nächtlichen Aktionen, mit Gewehren bewaffnet, arabisches Privatland. Von den etwa 60 jüdischen Siedlungen in der Westbank (12 000 Bewohner) hat Gush Emunim 23 errichtet (4000 Siedler).

Hebron in Judäa ist für die Glaubensfanatiker des Blocks der Treuen besonders attraktiv, weil sich hier für die Besiedlung ein besonders gewichtiges religiöses Motiv vorschieben läßt. Hebron ist die Stadt Abrahams, des Erzvaters der Juden – ein besonders heiliger Platz nach Meinung der Block-Anhänger, wobei sie gerne verschweigen, daß Abraham auch als der Erzvater der Christen und Moslems gilt (TAZ 13. 5. 80; Spiegel Nr. 48, 1979).

Ausgangspunkt der blutigen Ereignisse der letzten Zeit ist die illegale Besetzung eines Gebäudes der ehemaligen jüdischen Gemeinde im April 1979 in dem Zentrum von Hebron. Sie fiel 1929 bei den Aufständen palästinensischer Araber, die sich gegen das britische Kolonialregime und die zunehmende zionistische Besiedlung Palästinas richteten, einem Pogrom zum Opfer. Die Besetzer – Frauen und Kinder aus der gettoartigen Gush Emunim-Siedlung vor Hebron, deren Bau 1970 der Regierung abgepreßt wurde – wollten mit ihrer Aktion die Wiederbesiedlung des Kerns der rein arabischen Stadt durch Juden erzwingen. Als die Regierung diesen Rechtsbruch und die Provokation schließlich stillschweigend duldete, gab sie damit das Signal zur Eskalation: Schlägertruppen der Siedler terrorisierten die arabischen Einwohner durch Überfälle, es kam zu Strassenschlachten, zwei Palästinenser, darunter ein junges Mädchen, wurden erschossen. Die Täter wurden wegen angeblichen Mangels an Beweisen freigesprochen. Die jüdischen Siedler, die das Recht haben, Waffen zu tragen, gingen daran, weitere seit dem Pogrom von 1929 leerstehende Häuser des ehemals jüdischen Viertels zu besetzen. Ein Angehöriger der Gush Emunim wurde erschossen – der erste Mord an einem israelischen Siedler in der Westbank. Die Militärverwaltung reagierte mit Kollektivstrafen gegen die arabischen Bewohner Hebrons: 12 Tage totale Ausgangssperre für die Innenstadt, wovon 35 000 Einwohner betroffen waren.

Die Siedler dagegen wurden mit der Erlaubnis zum Einzug in die leerstehenden, ehemaligen jüdischen Häuser der Innenstadt ‚entschädigt'. Im Herzen Hebrons darf eine Jeschiwa-Schule gegründet werden, ein jüdisches Religionsinstitut, deren Studenten gleichzeitig ihren Wehrdienst ableisten, also bewaffnet sind (DWMD 25. 3. 80; Stern 17. 4. 80).

Die palästinensische Reaktion auf diese erneute Provokation war – nach erfolglosen friedlichen Protestaktionen – der erwähnte Anschlag am 2. Mai, bei dem sechs Angehörige der Gush Emunim starben, Verwandte und Gesinnungsgenossen der Frauen und Kinder, die im April 1979 das erste Haus in Hebron besetzt hatten. Die Antwort der Siedler und deren Sympathisanten darauf waren die geschilderten Attentate vom 2. Juni gegen arabische Einwohner Hebrons und arabische Bürgermeister der Westbank.

Organisierter israelischer Terror

Verantwortlich für die Eskalation der Gewalt ist die israelische Regierung und ihre den besetzten Gebieten verschriebene ‚Politik der starken Hand', die selbst in israelischen Zeitungen als „eiserne Logik von Gewalt und Repression" kritisiert wird, die zwangsläufig den Haß der arabischen Bevölkerung provoziere (DWMD 3. 6. 80; Stern 8. 5. 80).

In den besetzten Gebieten, in denen die israelischen Streitkräfte Militärcamps eingerichtet haben, die neben der ‚Sicherheit' Israels auch den reibungslosen Ablauf allen sozialen Geschehens im Sinne Israels garantieren sollen (s.

Kasten ‚Brief der Soldaten‘), werden zunehmend die illegal errichteten Siedlungen (in den Westbanks etwa 60 mit über 12 000 Siedlern) in das Verteidigungssystem eingegliedert. Die Siedler werden von der Armee bewaffnet, bilden private Milizen, führen eigenständige Patrouillen in den arabischen Dörfern und Städten durch und üben Selbstjustiz.

Bisher wurden in die Siedlungen der Gush Emunim, die mit Stacheldraht gegen befürchtete arabische Angriffe umzäunt und gleichzeitig gegen soziale Kontakte mit der arabischen Bevölkerung abgeschirmt werden (selbsterwählte Ghettos), von der Regierung 300 Millionen Mark investiert, pro Familie etwa 250 000 Mark. Mittel, mit denen nach Ansicht eines gemäßigten israelischen Abgeordneten, die Armutsviertel vieler Städte saniert werden könnten (DWMD 13. 6. u. 23. 5. 80; Spiegel Nr. 48, 1979)[2].

Begin – 1948 Anführer einer Terrorgruppe des zionistischen Verbandes Irgun, die am 9. April in dem arabischen Dorf Deir Yassin über 250 Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, massakriert hat; heute Ministerpräsident und zur Zeit gleichzeitig Verteidigungsminister seit dem aus Protest gegen die Siedlungspolitik erfolgten Rücktritt Weizmanns – dieser Begin bedauerte zwar die Attentate auf die arabischen Bürgermeister, verkündete aber gleichzeitig die Fortführung der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten[3], die ja zu dem gegenwärtigen Zustand geführt und die Bildung von bisher nicht in Erscheinung getretenen israelischen Terrorgruppen begünstigt hat (DWMD 13.6.80). Gleich mehrere dieser gut bewaffneten Untergrundorganisationen, wie die ‚Söhne Zions‘ oder die ‚TNT‘-Einheit (Terror gegen Terror‘), die sich im Umkreis der gewalttätigen Gush Emunim und der Gruppe ‚Kach‘ (der sog. Jüdische Verteidigungsliga) gebildet haben, nahmen die Täterschaft für die Attentate für sich in Anspruch. Sie haben weitere Angriffe und „Aktionen, die die Araber niemals vergessen werden“, angekündigt (Spiegel 9. 6. 80; TAZ 6. 6. 80).

Für die Jüdische Verteidigungsliga waren die Attentate nur ein „Vorgeschmack auf Entwicklungen nach der Verwirklichung der vorgesehenen Autonomielösungen in den besetzten Gebieten“. Wortführer der Gush Emunim hatten „Verständnis für die Täter“ und wünschen in Anlehnung an den Bibelspruch, daß „alle ihre Feinde so zugrunde gehen“ (FAZ 4. 6. 80; Spiegel 19. 6. 80).

Beide Gruppen konnten bisher in aller Öffentlichkeit, mit stillschweigender Duldung durch die Regierung, für die gewaltsame Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten agitieren und agieren und mittels ihrer Privatarmee gewaltsam privaten arabischen Landbesitz enteignen und besiedeln. Damit wurden von der Regierung sowohl Vergehen gegen israelisches Gesetz gedeckt (laut Gesetz ist die Enteignung von privatem arabischen Besitz verboten), als auch Verstöße gegen das Völkerrecht geduldet. Das Völkerrecht untersagt der Besatzungsmacht die Umsiedlung der eigenen Zivilbevölkerung in besetzte Gebiete und macht sie für den Schutz der Bevölkerung in diesen Gebieten verantwortlich (BadZ 3. 6. 80; FAZ 4. 6. u. 16. 6. 80; DWMD 20. 5. 80).

Brief der Soldaten

. . . Uri Avnery, ein israelischer Parlamentarier, der mit den Palästinensern sympathisiert, hat die Knesset (israelisches Parlament) aufgefordert, Vorwürfe wegen Brutalität zu untersuchen, die von einer Gruppe junger israelischer Rekruten erhoben wurden. Diese waren in eine Stadt der Westbank geschickt worden, um eine Ausgangssperre aufrechtzuerhalten. In einem Dokument, bekannt als der ‚Brief der Soldaten‘, haben sie beschrieben, was geschehen ist:

„Gleich nachdem wir den Lastwagen verlassen hatten . . . wurden uns Polizeiknüppel aus Holz ausgehändigt und . . . wir erhielten Richtlinien von einem älteren Offizier, der uns sagte: ‚Jedem, den ihr außerhalb seines Hauses findet, schlagt ihr zuerst mit dem Knüppel auf den ganzen Körper außer auf den Kopf. Fühlt kein Mitglied mit ihnen! Brecht ihnen ihre Knochen! Zuerst schlagt sie, dann erklärt warum. Wenn ihr ein Kind erwischt, holt seine ganze Familie aus dem Haus, stellt sie auf und schlagt den Vater vor den Augen des Kindes . . .‘ “ (Newsweek 9. Juni 1980).

Während die zahlenmäßig kleine Kampfgruppe ‚Kach‘ (ca. 300 Mitglieder), die die Auswanderung der Palästinenser aus Israel und aus den besetzten Gebieten erzwingen will, weil sie jegliche Verständigung zwischen Juden und Arabern aus rassistischen Motiven ablehnt, über keinen politischen Rückhalt verfügt und sich auf terroristische Einzelaktionen gegen die arabische Bevölkerung konzentriert[4], verfügt die Bewegung Gush Emunim über beträchtlichen Anhang (sie hat 11 000 Mitglieder und etwa 20% der Bevölkerung hinter sich) und politischen Einfluß durch ihre Fürsprecher im Kabinett, z.B. den Minister für Landwirtschaft und Kolonisation Scharon und den Erziehungsminister Hammer. Mit Begin haben sie den reaktionären Grundsatz der zionistischen Siedlungspolitik gemeinsam; der Ministerpräsident bekräftigte erst kürzlich wieder das Recht, „uns in Judäa und Samaria niederzulassen, weil diese Gebiete der Torah zufolge israelisches Land sind“ (DWMD 14. 2. 80; BadZ 7. 6. 80).

Hinter der ‚Politik der starken Hand‘, die die Zusammenarbeit mit der militanten Siedlerbewegung einschließt und damit den Terror gegen die arabische Bevölkerung in den besetzten Gebieten mobilisiert hat, steht als langfristiges Konzept die Annektion dieser Territorien, das Prinzip der zionistischen Staatsideologie. Die israelische Regierung lehnt trotz der – offensichtlich nur zum Schein – geführten Autonomieverhandlungen mit Ägypten die Herausgabe der widerrechtlich besetzten arabischen Gebiete ab. Sie unterstützt deshalb Bewegungen, die den Boden für die Annektion vorbereiten z.B. durch weitere Enteignungen von privatem arabischen Landbesitz, durch Besiedlung und Provokation von Widerstand und Unruhen, die dann den Vorwand liefern für massenhafte Ausweisungen von Palästinensern und immer massiveren militärischen Einsatz rechtfertigen sollen, um – wie immer im Namen der Sicherheit Israels – den als Terror diskriminierten Widerstand der arabischen Bevölkerung zu brechen, für den die Opfer der Attentate vom 2. Juni repräsentativ sind.



Israelische Soldaten über Hebron

„Widerstand ist unser Recht“

Die Anschläge galten unter anderem drei Repräsentanten der einheimischen arabischen Bevölkerung in Westjordanland, die sich besonders engagiert hatten im Widerstand gegen die Siedlungspolitik

Israels – dem Bürgermeister von Nablus, Bassam Schakaa, der durch das Attentat beide Beine verlor; seinem Kollegen aus Ramallah, Karim Chalaf, dem ein Fuß amputiert werden mußte, und Ibrahim Tawil aus Bira, der dem Attentat entging.

Bassam Schakaa, einer der insgesamt 25 arabischen Bürgermeister, die zusammen mit rund 8000 arabischen Bürgern als Beamte unter der Oberaufsicht des israelischen Militärs die Verwaltung der Westbank ‚ausüben', war Ende 1979 nur knapp der Ausweisung entgangen. Die Deportation war von der israelischen Regierung angeordnet, weil er in einem vertraulichen Gespräch, das dann von den Israelis an die Öffentlichkeit gebracht und hochgespielt wurde, Verständnis für die Motive der palästinensischen Widerstandskämpfer – für die das Völkerrecht mißachtenden Israelis natürlich Terroristen – geäußert hatte. Nach 24 Tagen Haft, seinem 14-tägigen Hungerstreik und der solidarischen Amtsniederlegung aller 24 Kollegen der Westbank und 4 Kollegen des Gazastreifens – der ersten gemeinsamen Protestaktion seit der Besetzung von 1967 – und einigem politischem und gerichtlichem Hin und Her wurde der Befehl rückgängig gemacht, offensichtlich um noch stärkere Proteste und größeres internationales Aufsehen zu vermeiden. Die Besetzer hatten einen ihnen unbequemen Politiker kaltstellen wollen, der wie seine Kollegen durch mutiges Auftreten gegenüber der Besatzungsmacht Anerkennung in der arabischen Öffentlichkeit gefunden hatte. Sie bewirkten jedoch das Gegenteil, er wurde zu einer Integrationsfigur des Widerstands, der in der Bevölkerung immer stärkeren Anhang findet und sich immer besser organisieren kann (BadZ 5. 7. 79; FR 23. 11. 79 u. 14. 12. 79; FAZ 3. 6. 80).

Bassam Schakaa, Karim Chalaf und Ibrahim Tawil waren von der israelischen Militärverwaltung mehrfach vor politischer Tätigkeit gewarnt und aufgefordert worden, sich auf kommunale Aufgaben zu beschränken (FAZ 3. 6. 80). Alle drei sind Mitglieder des ‚Komitees für nationale Führung' (KNF), das als Antwort auf die Unterzeichnung des Camp David-Abkommens[5] im Oktober 1978 gegründet wurde. Sein Ziel ist die Koordination der Opposition in den besetzten Gebieten gegen den israelischen Autonomieplan, der den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung verweigert und ihr Recht auf einen unabhängigen Staat in Palästina ignoriert. Das Komitee – das sich zwar als ein Arm der PLO in den besetzten Gebieten versteht, aber trotzdem abweichende Positionen in bestimmten Punkten einnimmt – hat 22 Mitglieder, die die verschiedensten Regionen und Gesellschaftsschichten der Westbank und des Gazastreifens vertreten. Ihre Mitglieder sind Bürgermeister, Vertreter von Gewerkschaften und Berufsvereinigungen, Frauenvereinigungen, Schüler- und Studentenverbänden und Parteien. Das KNF organisiert die Opposition gegen den alltäglichen Terror der israelischen Besetzer, der sich erstreckt von schikanösen, überflüssigen Kontrollen, Benachteiligungen im Arbeitsleben der ca. 100 000 Pendler gegenüber ihren israelischen Kollegen (weniger Lohn für gleiche Arbeit, keine Rentenzahlung, keine Versicherungen, keine Gewerkschaftsvertretung) über Enteignung von Haus- und Landbesitz, Sprengung von Häusern, willkürlicher Prügel, Verhaftung und Folter bis zur Deportation oder Liquidation (s.a. Kasten ‚Brief der Soldaten'; FAZ 12. 6. 80; Die Neue 17. 11. 79; FR 3. 8. 78 u. 23. 11. 79)6) .



Israelische Soldaten mit arabischem Schuhputzer

Besonders gern wird von dem Mittel der Kollektivstrafe, wie z.B. Verhängung von Ausgangssperren und Sippenhaft Gebrauch gemacht. So ist es üblich, z.B. für den – oft unbewiesenen Steinwurf von Jugendlichen gegen ein Militärfahrzeug die ganze Familie zwangsweise auf unbestimmte Zeit und ohne Einschaltung von Rechtswegen in oft halbverfallene Flüchtlingslager zu verschleppen (FAZ 20. 5. 80; TAZ 8. 5. 80).

Der Haß und der Widerstand der immer noch unter Kriegsrecht lebenden arabischen Bevölkerung gegen die Besatzer wächst. Selbst von der israelischen Presse als ‚gemäßigt' eingestufte Palästinenser bekennen sich immer mehr zur Anwendung von Gewalt im Sinne des Widerstandsrechts. So z.B. der ausgewiesene Bürgermeister von Hebron, Fahd Kawasmeh, Mitglied des KNF, deportiert in der Nacht nach dem Überfall auf zionistische Siedler am 2. Mai in ‚seiner' Stadt: „Wenn die Israelis nicht ihre tagtäglichen Aktionen beenden . . . dann haben wir das Recht, uns mit allen Mitteln zu wehren: Mit Demonstrationen, passivem Widerstand, mit Streiks, mit sit-ins und mit Gewehren . . . Jede Bevölkerung unter der Okkupation hat das Recht, sich zu wehren . . . Sie können nicht sagen, daß das französische Volk den Besatzern im 2. Weltkrieg hätte Pralinen geben sollen. Sie mußten kämpfen und sich wehren, mit allen Mitteln. Und eines dieser Mittel sind Gewehre. Widerstand ist unser Recht" (TAZ 12. 6. 80).

hst

Anmerkungen:

1) Zur israelischen Siedlungspolitik, Landeinteilung der Westbank und widerrechtlichen Enteignung von privatem arabischen Landbesitz s. ‚blätter' Nr. 82, 1979;
2) Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in seiner letzten Resolution, in der Israel beschuldigt wird, der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten nicht ausreichend Schutz zu gewähren, alle Staaten aufgerufen, Israel keine Hilfe zu gewähren, die für israelische Siedlungen verwandt werden könnte (BadZ 7./8. 6. 80);
3) Die Errichtung von 10 neuen Siedlungen in Westjordanland und 5 Siedlungen im Gazastreifen. Die Fortführung der Siedlungspolitik wurde auch institutionell verankert; das Kabinett hat beschlossen, den zeitlich befristeten Ministerausschuß, der sich mit der Festlegung von Flächen für Siedlungen befaßt, in einen ständigen Ausschuß umzuwandeln (DWMD 10. 6. u. 13. 6. 80; NZZ 12. 6. 80; BadZ 13. 6. 80);
4) Der Führer der Liga wurde kürzlich verhaftet, als Attentatspläne der Gruppe bekannt wurden. Neben Anschlägen auf palästinensische Politiker war die Sprengung der EL-Aksa-Moschee in Ost-Jerusalem vorgesehen – dem nach den Gedenkstätten von Mekka und Medina am meisten verehrten Heiligtum des Islam (DWMD 20. 5. 80; FAZ 4. 6. u. 16. 6. 80).
5) Zum Camp David-Abkommen und den Folgeverhandlungen zwischen Ägypten und Israel und ihre unterschiedlichen Autonomie-Auslegungen s. ‚blätter' des iz3w Nr. 73, Nov. 1978; Nr. 74, Dez. 1978, Nr. 77, Mai 1979.
6) Übliche Maßnahmen, die u.a. dem „Bericht der Sonderkommission (der Vereinten Nationen) zur Untersuchung israelischer Praktiken bezüglich der Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten" vom 25. Sept. 1972 entnommen sind.

NICARAGUA – bröckelt die Solidarität ab?

Überlegungen zum Verhältnis von Kritik und Solidarität

Wird die Nicaragua - Solidaritätsbewegung ebenso schnell, wie sie entstand, auch wieder zerfallen? Es gibt einige Anzeichen dafür, nicht zuletzt die nervöse Reaktion bei uns auf die Politik der FSLN gegenüber Linksradikalen in Nicaragua. Deshalb scheint es nötig und nützlich, über den bisherigen Charakter und die heutigen Gefährdungen der Nicaragua - Solidarität nachzudenken. Denn Solidarität mit Nicaragua ist nach dem siegreichen Ende des Befreiungskampfes gegen die Somoza - Diktatur noch lange nicht erledigt. Der militärische Sieg wurde am 19.7.1979 errungen, der Kampf gegen die von Somoza hinterlassene Armut und Not und um den Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft begann am nächsten Tag und wird noch lange dauern. Es wäre fatal, wenn die Internationalisten in der BRD, die ohnehin weniger geworden und teilweise demoralisiert sind, denselben Fehler wie bei Vietnam und Kambodscha oder den ehemaligen portugiesischen Kolonien wiederholten, nämlich mit ihrer Solidarität am Tag des militärischen Sieges aufzuhören und damit ein viel zu enges Verständnis von Befreiung und Revolution zu praktizieren.

Bisheriger Charakter der Nicaragua -Solidarität

Die erstaunlich breite und spontane Solidaritätsbewegung mit dem kleinen, vor zwei Jahren noch völlig unbekannten Volk von Nicaragua entstand bei uns, im übrigen Westeuropa und in Latein - Amerika nach dem Volksaufstand in Nicaragua und dessen brutaler Niederwerfung durch Somozas Nationalgarde im September 1978. Unsere Identifikation mit dem Kampf der Nicaraguaner wurde bestärkt durch die relative Einheitlichkeit und Unabhängigkeit der Befreiungsbewegung FSLN, deren Guerilla - Strategie offenbar breiteste Unterstützung in allen Schichten der Bevölkerung genoß. Hinzu kam die Überlegung, daß — fünf Jahre nach dem blutigen Ende der UP - Regierung in Chile — Erfolg oder Mißerfolg der Entwicklung in Nicargua eine Schlüsselbedeutung für ganz Latein -Amerika haben würde. (Diese Überlegung gilt übrigens auch heute noch!)
So entstanden alleine in der BRD an die 50 Nicaragua - Solidaritätsgruppen, und im Laufe eines Jahres wurden ca. 1,5 Millionen DM gespendet. Eine wichtige Rolle spielte dabei sicherlich die Bekanntheit des nicaraguanischen Dichters und Priesters Ernesto Cardenal, der — dank der Veröffentlichungen des Jugenddienst - Verlages — besonders in kirchlichen Kreisen schon vorher sehr geschätzt war und der nun persönlich zur Solidarität mit dem Befreiungskampf seines Volkes aufrief.
Der besondere Charakter der bisherigen Nicaragua -Solidaritätsbewegung in der BRD liegt aber zum einen in der ungewöhnlich starken Rolle kirchlicher Gruppen und Personen — evangelischer wie katholischer — und zum anderen in der auffallenden Zurückhaltung der K - Gruppen bei starker Beteiligung von Einzelpersonen und Gruppen aus der „undogmatischen Linken", insbesondere aus den „Basisgruppen" der jüngeren Studentenbewegung. Aber auch Leute aus DKP - nahen Organisationen engagierten sich in der Nicaragua - Solidarität stärker als an anderen Stellen des Internationalismus. Auffallend ist schließlich die Dominanz jüngerer Aktivisten, die sich — offenbar relativ unbelastet von den deprimierenden Erfahrungen des Internationalismus der letzten Jahre — bei Nicaragua zum ersten Mal für ein fernes Volk einsetzten.

Gefährdungen der Nicaragua - Solidarität

Die Solidaritätsbewegung für Nicaragua leidet heute bereits unter jenem Problem, das jeder Solidaritätsbewegung zu schaffen macht: sobald das betreffende Land nicht mehr in den Schlagzeilen steht und nur noch selten in Korrespondenten - Berichten der Zeitungen und Fernsehanstalten dargestellt wird, lassen das öffentliche Interesse und auch die Motivation der Aktivisten rasch nach. Auch hartnäckige und breite Informationsarbeit kommt dagegen kaum an, wie z.B. bei Azania, Namibia oder Chile.
Eine stärkere Gefährdung der Nicaragua - Solidarität kommt aber von „innen": nämlich aus allzu schneller Enttäuschung mit einem Revolutionsprozeß, in den man allzu hohe Erwartungen gesteckt hat. Offenbar vollzieht es sich immer wieder neu, daß wir, wenn wir uns mit einem Befreiungskampf solidarisieren, alle unsere eigenen Freiheitswünsche, alle unsere Träume von einer wirklich freien Gesellschaft in das betreffende Land projezieren. Was hier bei uns so aussichtslos zu



sein scheint, die Überwindung des Kapitalismus und die Verwirklichung von Sozialismus, das erwarten wir dann von der Revolution im fernen Land. Und zwar in kürzester Zeit! Mit Ungeduld, ja Unduldsamkeit verfolgen wir jeden Schritt der neuen Regierung und messen ihn an unseren sehr theoretischen Vorstellungen von Revolution und Sozialismus. Die Enttäuschung kommt dann schnell. Allzu leicht vergessen wir dabei, daß unsere Schwierigkeiten hier natürlich auch dort bestehen: Macht der Reaktion, die Trägheit der „Massen", die Verankerung des Kapitalismus in unseren eigenen Köpfen, das Prestige- und Machtstreben der „Revolutionäre", die internationalen Verklammerungen. Hinzu kommen in Nicaragua Analphabestismus und unglaubliches Elend. Diese Schwierigkeiten zwingen diejenigen, die am Ort die Revolution praktisch durchführen, immer wieder zu Kompromissen oder zu Teilschritten, die aus der Entfernung wie „Verrat an der Revolution" aussehen.
Da es bereits etliche gibt, die sich von der Revolution in Nicaragua enttäuscht abwenden, sollen im folgenden einige Konflikte in Nicaragua, die bei uns z.T. heftige Kritik auslösten, etwas ausführlicher dargestellt und bewertet werden.

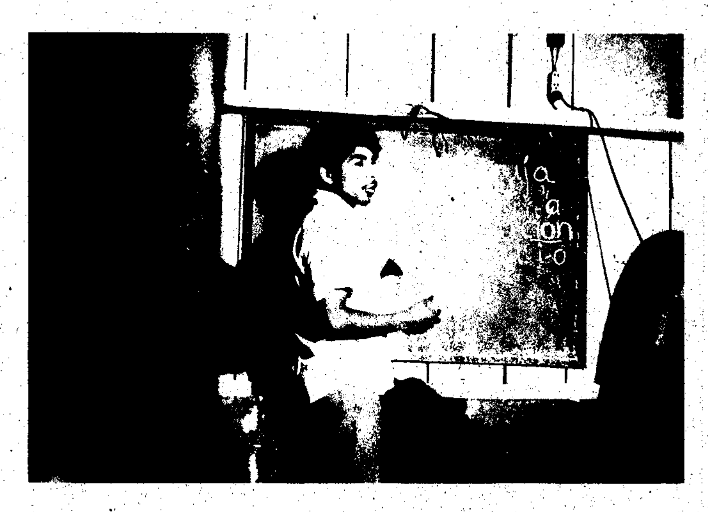
Kritisierte Maßnahmen der neuen Regierung
Die erste, aber bereits ziemlich entsetzte linke Kritik an der neuen Regierung Nicaraguas erhob sich, als im Oktober 1979 bekannt wurde, daß einige (trotzkistische?) Mitglieder der Internationalen Brigade „Simon Bolivar" aus Nicaragua ausgewiesen wurden, obwohl sie teilweise noch an den Schlußkämpfen teilgenommen hatten. Damals auch wurde die linke Tageszeitung „El Pueblo" zum ersten Mal, wenn auch nur vorübergehend, verboten. Ende Januar/ Anfang Februar dieses Jahres wurde diese Zeitung endgültig verboten, ihr Herausgeber und zwei weitere Mitarbeiter sowie der Generalsekretär der Gewerkschaft „Frente Obrero" wurden am 12.2.80 sogar zu zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Leider war in diesen Fällen wie auch bei der weniger beachteten Verhaftung des früheren FSLN - Kommandanten der Nordfront „Ruben" im Dezember 1979 die Informationspolitik der Regierung und der FSLN sehr unbefriedigend, so daß vieles unklar blieb. Aber die Auseinandersetzungen um „Simon Bolivar", „El Pueblo" und „Frente Obrero" wie anscheinend auch die Konflikte mit militärischen Führern im Norden lassen sich ziemlich deutlich auf einen für die Revolution Nicaraguas zentralen Grundkonflikt zurückführen: das zumindest temporäre Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie.

Der Grundkonflikt
Es ist ja bekannt, daß Somozas besonders raffgierige und speziell auf seinen Clan bezogene Politik dazu führte, daß erhebliche Teile der Großgrundbesitzer, der Händler, Industriellen und Freiberuflichen sich gegen ihn stellten und sogar in ein Bündnis mit der radikalen Befreiungsorganisation FSLN eintraten.
Bei der Bildung der Junta kurz vor dem Sturz Somozas wie bei der Ernennung der Regierung des „Nationalen Wiederaufbaus" wurden prominente Vertreter der nicht - somozistischen Bourgeoisie (sogar in zahlenmäßiger Überlegenheit) berücksichtigt. Dadurch wurde deutlich, daß die FSLN, die freilich mit Armee, Polizei und Rundfunk die entscheidenden Machtmittel in Händen hielt, dieses ursprünglich nur gegen Somoza gerichtete Bündnis auch für die Zeit des „Wiederaufbaus" für notwengig hielt. Insbesondere auf das ökonomi sche und technische Wissen, auf Initiative und Auslandsbeziehungen des Bürgertums glaubten die FSLN - Führer angesichts der außerordentlichen Not und Zerstörung im Lande nicht verzichten zu können. Und so kam es, daß nicht aller Großgrundbesitz, sondern nur der somozistische enteignet, und nicht das gesamte private Industriekapital, sondern nur das des Somoza - Clans verstaatlicht wurde.

Genau dagegen richtete sich die Politik der Leute der Brigade „Simon Bolivar", der Gewerkschaft „Frente Obrero" und der Zeitung „El Pueblo". Denn sie erhoben Lohnforderungen gegen die noch verbliebenen Kapitalisten und organisierten Streiks auch in der großen verstaatlichten Zuckerfabrik! unterstützten nicht - offizielle Landbesetzungen und forderten weitere Enteignungen in der Industrie. Die Zeitung „El Pueblo" ging soweit, die Regierung und ihren Wirtschaftsplan für 1980 als volksfeindlich zu attakieren und kündigte an, daß sie im Falle einer ausländischen Intervention nicht die jetzige Regierung unterstützen, sondern die Einsetzung einer wahren „Arbeiter- und Bauernregierung" fordern werde.

Versuch einer Beurteilung der Konflikte
Das Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie und vor allem seine Auswirkungen in der praktischen Politik bedürften sicher einer anhaltenden Diskussion. Schlimme Erfahrungen gab es z.B. in Chile und in Portugal, wo jeweils entmachtete Bourgeoisie die Staatsmacht zurückerobern und auf diese Weise alle revolutionären Ansätze ersticken konnte. Das erinnert uns daran, daß es bei der Frage nach der Rolle der Bourgeoisie in der Übergangszeit zum Sozialismus um eine Überlebensfrage der sozialistischen Revolution geht. Dasselbe gilt für die schwierige Frage nach dem richtigen Tempo einer sozialistischen Revolution. Man darf z.B. nicht vergessen, daß die meisten Menschen in Nicaragua weder lesen noch schreiben können und nach 40 Jahren Diktatur jetzt zum ersten Mal das Wort Sozialismus hören. Welche Veränderungen gehen zu schnell, welche zu langsam?
Sicher wäre die FSLN gut beraten, wenn sie der Diskussion über diese schwierigen und wichtigen Fragen und auch der Kritik an ihrer Politik breiten Raum liesse. Allerdings kann man kaum von ihr erwarten, daß sie die Kritik derer ernst nimmt, die ihrerseits die FSLN als „volksfeindlich" angreifen, ihre Vertreter niederschreien, wie geschehen, und sich selbst außerhalb der Solidarität der sandinistischen Revolution ansiedeln.
Jene „linksradikalen Kräfte haben sich nicht auf theoretische Kritik beschränkt, sondern mit der Organisation von Landbesetzungen und Streiks praktische, gegen die Regierung gerichtete Politik betrieben. Mit der Gründung nicht - sandinistischer Gewerkschaften haben sie die jetzt so wichtige Einheit des Volkes gefährdet, sich also spalterisch betätigt. Gegenüber den bürgerlichen Bündnispartnern geriet die FSLN in den Zwang, die Ernsthaftigkeit ihrer Bündnisbereitschaft beweisen zu müssen. Bedenkt man schließlich, welch verheerende wirtschaftliche und politische Folgen eine Welle von Streiks und eine nicht planvolle Landreform hätten, insbesondere im Hinblick auf den nachlassenden revolutionären Elan und die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den materiellen Schwierigkeiten, dann kann man durchaus verstehen, weshalb FSLN und Regierung die erwähnte Politik der „linksradikalen Kräfte" als „konterrevolutionär" einstufte und eine landesweite Kampagne gegen sie startete.
Insofern ging es m.E. bei dem Prozeß gegen die Verantwortlichen von „El Pueblo" und „Frente Obrero" nicht primär um ein Problem von Pressefreiheit wie dies bei uns von Liberalen und Linken dargestellt wurde, sondern um die Sicherung des anscheinend noch unentbehrlichen Bündnisses mit bürgerlichen Kräften und um die Erhaltung der Einheit der politischen Bewegung im Volk. Wenn diese Einschätzung zutrifft, wäre das Verbot einer sehr kleinen linken Tageszeitung bei gleichzeitiger Duldung großer bürgerlicher Oppositionszeitungen besser einzuordnen, obgleich es aus der Entfernung eine sehr schwer verständliche Maßnahme bleibt.
Aber eben aus der Entfernung! Was verstehen wir hier in der BRD von der Revolution in Nicaragua? Natürlich brauchen und dürfen wir in der Solidaritätsarbeit mit Nicaragua nicht zu kritiklosen Sprachrohren der FSLN werden. Und in Gedanken an die schweren, tief sitzenden Enttäuschungen, die viele von uns mit Vietnam, Kampuchea, China, Kuba, Albanien, Äthiopien usw. erlebten und in Erinnerung an die vielen gescheiterten Revolutionen z.B. in Nassers Ägypten, in Lumumbas Kongo, Allendes Chile, in Portugal, Peru usw. ist eine Überempfindlichkeit gegenüber möglichen Gefährdungen von Befreiung verständlich und wichtig. Aber wir sollten uns dabei nicht leichtfertig zu Rich-

tern über anderer Völker Revolutionen aufschwingen. Es ist nicht unsere Revolution, nicht wir haben gekämpft und gelitten für ein neues Nicaragua. Wenn wir uns dennoch mit dem dortigen Befreiungsprozeß solidarisieren, dann ist dies nur sinnvoll und möglch bei einem erheblichen Vertrauensvorschuß gegenüber den Führern der nicaraguanischen Revolution und dem Volk von Nicaragua selbst. Nur so bleibt unsere Kritik eine solidarische, auch wenn unsere Solidarität eine kritische sein sollte.
Es bleibt zu wünschen, daß die zukünftige Berichterstattung über Nicaragua sich nicht mehr kopflastig fast nur noch mit der FSLN - Politik gegenüber „Linksradikalen" befaßt (wie z.B. in den Korrespondenten - Berichten der taz), sondern sich direkt mit den zentralen Maßnahmen der neuen Regierung auseinandersetzt und diese auf „revolutionären Gehalt" abklopft: insbesondere die Planung und Durchführung der Agrarreform, die Organisation des Volksheeres und Aufstellung der Volksmilizen, den Inhalt der Alphabetisierungskampagne und der neuen Kultur, das Ausmaß der



Frauenemanzipation, die Politik zur Sicherung des Lebensunterhaltes der Bevölkerung (Senkung und Kontrolle der Lebensmittelpreise, Streichung des 13. Monatsgehaltes in der Verwaltung zwecks Finanzierung neuer Arbeitsplätze) und anderes. Im Gehalt und Vollzug dieser Politik zeigt sich m.E. eher und direkter, ob Nicaragua auf dem Weg in eine neue Gesellschaft ist oder von diesem Wege abweicht. Bisher allerdings gibt es viel Grund, unsere hohen, oft zu hohen Erwartungen in das Neue Nicaragua enttäuscht zur Seite zu legen.

Zur praktischen Solidarität
Nicaragua „verdient" also weiter unsere Solidarität und braucht sie noch einige Zeit dringend. Das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal, Friedrichstraße 10, verschickt gerne an interessierte Gruppen eine umfangreiche Liste mit konkreten Projekten, aufgrund derer man dann für einzelne der mehr politischen oder mehr wirtschaftlichen oder mehr karitativen Vorhaben in Nicaragua genauere Beschreibungen anfordern kann. Mit diesen Projektbeschreibungen sollten wir dann an zahlungskräftige Personen und Organisationen herantreten. Besonders wichtig und „attraktiv" ist die gerade beginnende Alphabetisierungskampagne in Nicaragua. Alle Spenden überweist man mit entsprechendem Vermerk auf das zentrale Spendenkonto (Nr. 976 738 bei der Stadtsparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 000). In Wuppertal kann man auch die Adressen der Nicaragua - Solidaritätsgruppen im deutschsprachigen Raum erfahren, die sich alle über neue oder alte Mitarbeiter freuen werden, die zu ihnen stoßen. Vom 18. - 20.1.1980 tafen sich Vertreter von etwa 20 dieser Komitees beim 3. Bundestreffen in Münster. Zwar tat man sich schwer mit einer zielstrebigen, strukturierten Diskussion, und gegen Vorschläge zu einer strafferen Koordination der autonomen Gruppen bestanden starke Vorbehalte. Aber schließlich einigte man sich darauf, statt der schwerfälligen Bundestreffen lieber häufigere und überschaubarere Regionaltreffen einzuberufen und zusätzlich regional wie auf Bundesebene Koordinationsgremien zu bilden. Kontaktadresse ist auf jeden Fall das Wuppertaler Büro. Unbestritten blieb die enge Zusammenarbeit aller Nicaragua - Gruppen mit der FSLN und deren Vertreter in der BRD und Westeuropa.

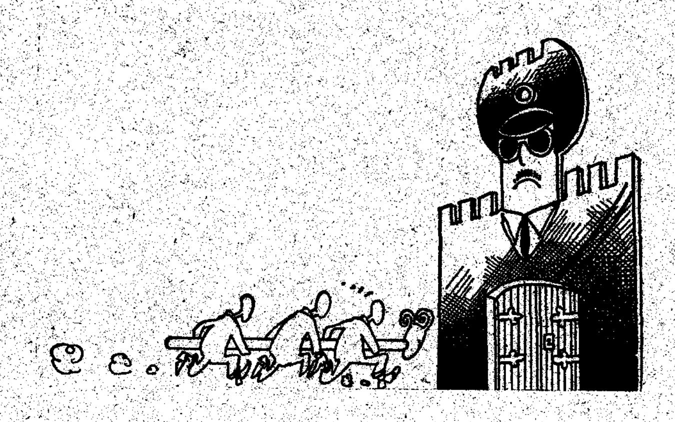
Unsere Solidarität mit dem befreiten und sich befreienden Volk von Nicaragua muß weitergehen.

Gerhard Breidenstein

Betr.: Gerhard Breidenstein
Nicaragua — Bröckelt die Solidarität ab?
Überlegungen zum Verhältnis von Kritik und Solidarität

Lieber Gerhard Breidenstein,
wir — die Arbeitsgruppe Internationalismus beim iz3w — haben ziemlich lange über den von Dir eingesandten Artikel diskutiert.
Auch wir meinen, daß die angesprochene Problematik von Kritik und Solidarität innerhalb der Internationalismus - Arbeit unerhört wichtig ist, deshalb auch in den „blättern" zur Diskussion gestellt werden sollte. Inhaltlich allerdings stimmen wir in einigen zentralen Punkten ganz und garnicht mit Dir überein, deshalb sollte der Artikel nicht *so* — oder zumindest nicht kommentarlos — abgedruckt werden.
Unsere Kritik bezieht sich auf
1. Deine Einschätzung von Geschichte, Art und Wirksamkeit der Solidaritätsbewegung hier für revolutionäre Prozesse in den Ländern der 3. Welt
2. Deine Einschätzung der nicaraguensischen Regierungspolitik, auch die der FSLN (in Deinem Artikel der Abschnitt „Versuch einer Beurteilung der Konflikte").

ad.1
Du setzt voraus, daß die „Internationalisten in der BRD ohnehin weniger geworden und demoralisiert" sind, daß ihre Solidarität mit revolutionären Bewegungen „am Tag des militärischen Sieges aufhört" und daß — bezogen auf die Nicaragua - Solidarität — sie bereits an Breite verliert und abbröckelt.
Es ist u.E. ausgesprochen gewagt, anzunehmen, die BRD - Internationalisten seien frustriert und im Untergang begriffen. Man sollte doch unterscheiden können zwischen sehr breitenwirksamen konjunkturellen Aufschwüngen auch dieser Bewegung zu Zeiten aktuell aufflammender Befreiungskämpfe, in denen die politische Emanzipation eines Volkes unmittelbar ansteht (Nicaragua/Portugal/Vietnam etc.) und ihrer kontinuierlichen „institutionalisierten" täglichen Kleinarbeit in den Folge- bzw. Zwischenzeiten. (So wie gegenwärtig in Nicaragua der mühselige Alltag des Wiederauf-



baus begonnen hat, wird auch hier vom Kern der Bewegung mit der mühseligen Kleinarbeit der jetzt notwendig anders gearteten Solidaritätsarbeit begonnen). Auch das ist kein Zerfall der Bewegung, sondern ihre „Institutionalisierung".
Wir haben doch gerade in jüngster Zeit — im Falle Nicaragua — erfahren, daß sich erfreulich viele Leute für die internationale Solidarität mobilisieren, daß also die Bewegung in der BRD lebendig ist. Daß viele junge Aktivisten hinzugekommen sind, sollte optimistisch stimmen, wenn einige „alte" wegbleiben, läßt das sicher auch auf Fehler der Bewegung schließen, aber Fehler sind korrigierbar und wir sollten auch in Zukunft weiter aus ihnen lernen!
Daß ein solcher Lernprozess bereits eingesetzt hat, zeigt sich besonders in der Arbeit der Internationalismus - Gruppen (die übrigens zu- und nicht abzunehmen scheinen, Bsp. Hamburg, Berlin, Frankfurt, München), die sich in den letzten Jahren verschoben hat, ohne daß dieser Prozess schon abgeschlossen wäre. Sehr viele Gruppen begreifen sich viel stärker als vorher als „Nicht - Nur - Internationalisten". Sie beziehen ihre Solidaritätsarbeit stärker in ihren politischen BRD-Alltag ein, arbeiten zusammen mit anderen Basisgruppen oder politischen Organisationen. Gerade auch, weil sie nicht erneut den „Vietnam - Fehler" begehen wollen: An ihrer frustrierenden BRD - Realität vorbei ihre Wünsche und Bilderbuchvorstellungen in möglichst weit entfernte Drittweltländer zu projizieren. Denn nur, wenn sie das tun, sind sie gezwungen, die Revolution dort „gelingen" zu lassen, oder nur dann sind sie — andersherum — gezwungen, ihre Solidarität im Falle partieller politischer Enttäuschung zu versagen. Weiterhin verlagert sich die Arbeit vieler Gruppen von einer globalen politischen Unterstützungsarbeit auf eher sachbezogene Orientierung auf Projekte, wobei die Herstellung eines hundertprozentigen politischen Konsensus mit der Befreiungsbewegung nicht unbedingt notwendig ist.
In dem hier angedeuteten Lern- bzw. Umwälzungsprozess ist nach unserer Einschätzung die „Krise des Internationalismus" angesiedelt. Einer ihrer zentralen Ansätze ist es gerade, auch ohne Idealisierungen und Projektionen auszukommen. Langfristig aktivieren sich die Frustrierten oder Zweifelnden wohl eher wieder, wenn ihnen nicht das Bild eines idealisierten revolutionären Staates vorgegaukelt wird.
Und gerade hier liegt u.E. Deine Fehleinschätzung: Die augenblickliche Wandlung in der Internationalismus - Arbeit siehst Du als schwerwiegende Krise und begründest diese Einschätzung damit, daß die Aktivisten an ihrer bisherigen politischen Arbeit zweifeln und die (blauäugigen) Internationalisten zu schnell enttäuscht seien, ohne zu fragen, warum das so ist.

„Eine stärkere Gefährdung der Nicaragua - Solidarität kommt aber von ‚innen': nämlich aus allzu schneller Enttäuschung mit einem Revolutionsprozess, in den man allzu hohe Erwartungen gesteckt hat. Offenbar vollzieht es sich immer wieder neu, daß wir, wenn wir uns mit einem Befreiungskampf solidarisieren, alle unsere eigenen Freiheitswünsche, alle unsere Träume von einer wirklich freien Gesellschaft in das betreffende Land projizieren. Was hier bei uns so aussichtslos zu sein scheint, die Überwindung des Kapitalismus und die Verwirklichung von Sozialismus, das erwarten wir dann von der Revolution im fernen Land. Und zwar in kürzester Zeit! Mit Ungeduld, ja Unduldsamkeit verfolgen wir jeden Schritt der neuen Regierung und messen ihn an unseren sehr theoretischen Vorstellungen von Revolutionen und Sozialismus. Die Enttäuschung kommt dann schnell...".

Vor diesem Hintergrund begründest Du die Notwendigkeit unbedingter, globaler und letztendlich kritikloser (ja!) Solidarität mit der FSLN. In diesem irrigen Zusammenhang erscheint es Dir plausibel, zuviel Kritik oder die Praxis der Kritik sei der Anfang vom Ende der Solidarität mit Nicaragua. Deine Furcht vor Mündigkeit und Kritikfähigkeit ist Deine Furcht vor ihrem Zerfall.
Wie sonst ist es verständlich, daß Du zahlreiche Widersprüche und Konflikte nicaraguensischer Regierungspolitik klar anreißt, um sie sogleich wieder zu übertünchen und das Bild eines „heilen Nicaragua", einer unfehlbaren FSLN und einer idealen Revolution zeichnest? Trotz aller Fragwürdigkeit vieler Maßnahmen sollen wir uns nicht „leichtfertig zu Richtern über anderer Völker Revolutionen aufschwingen. Es ist nicht unsere Revolution...". Nein, es ist nicht unsere Revolution, darum dürfen wir uns erst recht unsere eigenen Gedanken machen! (Es wäre ohne Zweifel besser gewesen, wenn wir uns die auch schon gemacht hätten, bevor die indochinesischen Völker übereinander hergefallen sind und vor der Intervention der Cubaner in den eritreischen Befreiungskampf).
Wenn wir uns solidarisieren, ist „dies nur sinnvoll und möglich bei einem erheblichen Vertrauensvorschuß gegenüber den Führern der nicaraguensischen Revolution und dem Volk von Nicaragua selbst". Das Volk von Nicaragua ist auch die linke Opposition, sind auch streikende Fabrikarbeiter und ihr Land fordernde landlose Bauern! Kompromißbereitschaft mit den Rechten erfordert erst recht Diskussionsbereitschaft mit den Linken. Solange wir dies laut fordern können, besteht für die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua hier keine Gefahr des Absterbens.
Kann unsere Kritik überhaupt schaden?
Wir glauben, daß — je differenzierter und realistischer Einschätzungen über Prozesse einer sich verändernden Gesellschaft sind — sich desto eher inhaltlich begründbare und sachbezogene Hilfen entfalten lassen (besonders im Falle projektorientierter, eben nicht global-propagandistischer Solidaritätsarbeit). Und das in wesentlich breiteren gesellschaftlichen Kreisen, als im Falle einer globalen Unterstützung, was entweder die hundertprozentige Übereinstimmung mit politischen Inhalten voraussetzt oder aber ihre „Verfälschung", um diesen Konsens herzustellen.

ad.2

Die Auseinandersetzung mit Deiner politischen Einschätzung der gegenwärtigen Entwicklung in Nicaragua steht eigentlich auf einem anderen Blatt (uns ist zu-



nächst einmal die Diskussion um die Solidaritätsbewegung wichtiger gewesen). Wir wollen deshalb nur einige Aspekte kurz herausgreifen, um eine intensivere Auseinandersetung später zu ermöglichen.
Die Rolle der Bourgeoisie in der Übergangszeit zum Sozialismus und das richtige Tempo der Revolution.
Zu diesem Komplex führst Du genau die beiden Beispiele an, die für uns alle ein Lehrstück dafür geworden sind, wie eine Revolution erstarrt und sich in ihr Gegenstück verkehrt: Chile und Portugal. Wir sind uns alle darüber im klaren, daß die Gefahr der Kooperationsphase mit der Bourgeoisie wenn überhaupt, dann nur unter Kontrolle der Bewegung bleibt, wenn sich eine starke linke Kritik dazu entfalten kann. Entsteht eine solche Opposition wie im Falle von „El Pueblo", nimmt es nicht wunder, wenn die Regierung, die immerhin von der Bourgeoisie mit besetzt ist, sie mit allen Mitteln ersticken will. Stellt sich die FSLN hinter diesen Vorwurf der „Konterrevolution", und mehr noch: Entzieht sie der Opposition durch Verbote und Verhaftungen den Boden, wird es zur Pflicht, sich Chile und Portugal wieder ins Gedächtnis zu rufen. Wenn Du hier den „Vertrauensvorschuß" ins Feld führst, lehnst Du es ab, aus historischen Erfahrungen zu lernen.
Ähnlich voreilig — so scheint uns — unterschreibst Du den Vorwurf der „Spaltung der Einheit des Volkes" durch protestierende Bewegungen von Teilen der Arbeiter und Landarbeiter, beklagst aber zugleich den „nachlassenden revolutionären Elan ... der Bevölkerung".
Was sonst spricht denn für den revolutionären Elan, wenn nicht das *selbstbewußte* Eintreten verarmter Arbeiter und Bauern für ihre materiellen Interessen?

Wir lassen die angerissenen Problematiken in dieser Kürze erstmal stehen, weil wohl auch so schon klar wird, worauf es uns ankommt.
Hier noch eine Bemerkung zum Schluß:
Unser Brief ist nicht der Ausdruck bereits vorgefertigter Wahrheiten, sondern er spiegelt lediglich den Stand unserer Diskussion wider. Wir fänden es sehr wichtig und produktiv, wenn Du ihn beantworten würdest. Wir haben dabei auch die Vorstellung, eine Diskussion über die „Krise des Internationalismus" demnächst in den „blättern" zu beginnen. Vielleicht könnte sie mit unserem Meinungsaustausch begonnen werden. Wie stehst Du dazu?

Für heute sei herzlich gegrüßt!

Die Internationalismus - AG beim iz3w
(André, Bea, Christian, Florence, Mariele, Wilfried, Wolfgang)

Veranstaltungshinweise

Work - Camp in Tansania, 20.7. - 20.8.1980 und 17.8. - 17.9.1980
Vorbereitungsseminar vom 11. - 13.7. in Rentorf bei Lemgo Information und Anmeldung bei Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Postfach 1109, 4973 Vlotho

Seminar in der Türkei vom 1. - 22.9.1980, Vorbereitungsseminar vom 4. - 6.7.80, Anmeldung und Information bei AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

Veranstaltung: Am 18.7. spricht in Frankfurt/M. auf einer Veranstaltung der GEW der Generalsekretär der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP, Horacio Zeballos

AGAPE

xx. EUROPA - AFRIKA TREFFEN SÜDAFRIKA

Mindestalter: **17 Jahre**
Datum: **26.7 - 3.8.1980**
Sprachen: **italienisch, französisch, deutsch, englisch**

DAS PROGRAMM:

26. Juli	Ankunft zum Abendessen, Vorstellung der Teilnehmer und des Zentrums.
27. "	*„Geschichte von Südafrika und ideologische Entwicklung der Apartheid".*
28. "	*„Die wirtschaftliche Bedeutung der Apartheid und ihr soziales Bild".*
29. "	*Der politische Zusammenhang im südlichen Afrika: Probleme und Perspektiven",* Beitrag eines Mitglieds der Befreiungsbewegungen.
30. "	Gruppenarbeit
31. "	Gruppenarbeit; Nachmittag frei; am Abend: *„Die Erfahrungen der Kirche in Südafrika; religiöse Matrize des Rassismus und die Theologie der Befreiung".*
1. August	*„Die Struktur des Eingriffs des europäischen Kapitals in Südafrika und die Rolle der Linken".*
2. "	Gruppenarbeit; Abschluss des Treffens.
3. "	Abfahrt nach dem Frühstück.

Die Kosten des Lagers
Um allen eine Teilnahme an den Tagungen von Agape zu ermöglichen, haben wir ein Quotensystem ausgearbeitet, nach dem jeder Teilnehmer nach seinem Einkommen taxiert wird und den entsprechenden Tagungsbeitrag leistet. Wir verlassen uns dabei ausschließlich auf die Ehrlichkeit jedes Einzelnen. Man trage der Jahresbilanz von Agape Rechnung. Das monatliche Einkommen wird durch die Zahl der Familienmitglieder geteilt.
Anmeldungen an: SEGRETERIA DI AGAPE — 10060 PRALI (Torino), Italien Tel. 0039/121 85 14

Das ausgefüllte Anmeldeformular zurücksenden, Anzahlungen auf Postscheckkonto Nr. 20378105 **Agape, Centro Ecumenico, 10060 PRALI** überweisen, oder als Scheck dem Anmeldeformular beilegen.

TOURISMUS

Einleitung

Trotz großer Anspannung in den letzten Wochen haben wir es geschafft, den zweiten Teil der Tourismus -Artikelserie fertigzustellen. Im ersten Beitrag „Das Geschäft mit dem Tourismus" wird dargestellt, daß von der Planung über den Bau bis hin zum laufenden Betrieb die Tourismusindustrie in den „Entwicklungsländern" von den großen Konzernen der Industriestaaten bestimmt und beherrscht wird. Im darauffolgenden Artikel werden am Beispiel Tunesiens die sozialen und kulturellen Auswirkungen des Tourismus auf ein Land der Dritten Welt aufgezeigt. Auch wenn dabei überwiegend der Massentourismus angesprochen wird, so kann kein Zweifel bestehen, daß auch der Alternativ - Tourismus ähnliche Wirkungen mit sich bringt. Obowhl über die von den Alternativen bewirkten Veränderungen bisher kaum empirische Studien vorliegen, kann jeder Globetrotter die beschriebenen Entwicklungen auch an seinem eigenen Reiseziel beobachten und wird bestätigen müssen, daß auch er selbst zu diesen Veränderungen beigetragen hat. Die anschließenden Beiträge sind aus der Diskussion über Tourismus, Reisen etc.in der Redaktion entstanden. Bertina hat sich daran gemacht, ihren Mexiko - Aufenthalt aufzuarbeiten. Sie stellt ihren polsitiven Erfahrung während eines intensiven Projektstudiums die Erlebnisse als Touristin in Mexiko gegenüber. Gero und Dagmar üben eine prinzipielle Kritik an der Artikelserie. Wegen des Zeitdrucks konnten wir uns nicht ausführlich mit dem Beitrag beschäftigen, doch erscheint uns die Argumentation wenig stichhaltig oberflächlich und polemisch.

Viele Leser haben uns Briefe und Beiträge geschickt. Die meisten Leser bestätigten unsere Einschätzung; einige brachten wichtige neue Aspekte in die Diskussion ein. Aus Platzgründen könne wir nicht alle Zuschriften abdrucken. Wir danken aber allen Lesern für die Briefe und fordern Euch auf, weiter an der Diskussion teilzunehmen.

Für Leute, die in diesem Sommer anstatt zu reisen etwas lesen wollen, haben wir eine Literaturliste und einige kurze Rezensionen zusammengestellt. Anspruch auf Vollständigkeit besteht nicht.

Eine ganze Reihe von Gesichtspunkten konnten wir nicht ausführlich behandeln. Gänzlich unserer Arbeitsüberlastung zum Opfer fiel der angekündigte Beitrag zur Tourismus - Werbung. Ursprünglich in Aussicht genommen waren auch Beiträge über die Bedeutung des Ferntourismus für die Dritte - Welt - Arbeit; Umweltzerstöung durch die Tourismusindustrie; Tourismus - Konzeptionen sozialistischer Länder. Ferner die Darstellung einer Karriere vom bettelnden Kind zur Prostitution; eine Analyse der ungleichen Tauschbeziehungen zwischen Touristen und Einheimischen; eine Darstellung, wie sich Vorurteile gegenseitig aufbauen und bestätigen können, wenn locker gekleidete und in westlichen Sexualnormen verhaftete Globetrotter auf Menschen aus anderen Kulturen mit anderen Wertvorstellungen treffen.

Schickt uns auch weiterhin Eure Briefe und Beiträge. Auch wenn wir nicht allen persönlich danken — wir freuen uns darüber! Eventuell werden wir einmal eine Broschüre zusammenstellen, in der noch Raum für neue Beiträge ist.

Viel Spaß beim Lesen!

AK Tourismus

URLAUBSZEIT – FOTOZEIT

Auf Fotojagd gehen	**Warum?**
Beweisen	– ich war wirklich dort
Informieren	– so war's dort
Dokumentieren	– ich hab auch das durchgestanden
Erinnern	– dieses einmalige Erlebnis kann mir keiner mehr nehmen
Ans Objekt heranpirschen	**Wie?**
Mensch als Beute	– der muß aufs Bild; den muß ich haben
Kamera als Gewehr	– ein gelungener Schnappschuß
Angriff	– den hab ich gut getroffen; den hab ich im Kasten
Abschirmen	– wie sieht der denn aus? Fotographier ihn mal!
Zielen im Fadenkreuz	– Paß auf, daß der Leitungsmast die Palme nicht verdeckt!
Vernarbte Schußwunden	**Und danach?**
Technologiemythos	– Hätte ich doch auch die Kraft so zu zaubern!
Reduzierte Zwischenmenschlichkeit	– Jäger: In Wirklichkeit sah er ganz anders aus Opfer: Das Bild hat mir meine Seele geraubt
Beute als Geschenk	– Du freust dich doch, wenn ich dir einen Abzug schicke
Wert – Schöpfung	– Jäger: Lächeln kostet doch nichts Opfer: no money, no picture!
Freude am Reisen	**Aber wann?**

Der DIA-ABEND wird bestimmt schön.
Mit mehr ABSTAND krieg' ich's bestimmt besser drauf.
Wo WAR denn das nochmal?

Das Geschäft mit dem Tourismus

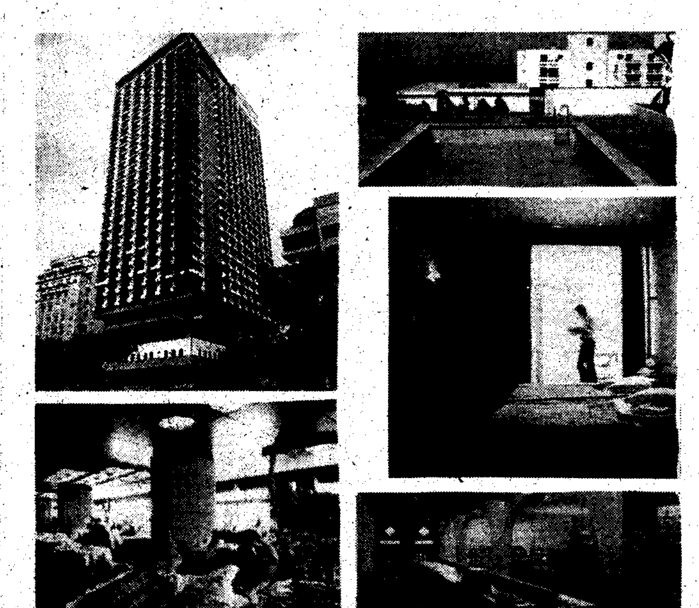
Wer sich heute für eine Reise in ein fernes Urlaubsland interessiert, dem steht eine große Anzahl von Katalogen ganz verschiedener Veranstalter zur Verfügung. Doch die Vielzahl der Kataloge täuscht. Was sich hinter den verschiedenen Namen (Airtours, Hummel, Scharnow, u.a.) verbirgt, ist der größte deutsche Reisekonzern, die „Touristik Union International" (TUI). Die TUI-Gruppe tätigt heute den Löwenanteil am deutschen Reisegeschäft, und immer mehr kleinere Reiseveranstalter müssen vor dieser starken Konkurrenz kapitulieren.
Und wer im fernen Urlaubsland im klimatisierten Hotel mit der deutschen Speisekarte und auch sonstigem europäischen Komfort seine „kostbaren Tage des Jahres" verbringt, dem ist meistens nicht bewußt, daß alles um ihn herum von Europa oder Nordamerika aus geplant, realisiert und verwaltet wird, d.h. daß zunächst nicht die Urlaubsländer, sondern die ausländischen Touristikbetriebe an den Reisen verdienen. Den Urlauber wird es auch meist wenig interessieren, daß durch den Genuß seines geliebten „Becks-Bier" oder anderer heimatlicher Waren kein einheimischer Betrieb sondern die Brauerei in Bremen und der deutsche Exporteur ihr Geschäft machen.
Im folgenden Artikel soll zunächst dargestellt werden, wie ein Entwicklungsland mit dem Aufbau einer Tourismuswirtschaft systematisch in ausländische Abhängigkeit gerät. Im zweiten Teil wird dann näher die zunehmende Konzentration auf wenige große Reiseveranstalter und die wachsende Bedeutung der Fluggesellschaften beschrieben werden.

Abhängigkeit durch Tourismus: Von der Planung. . .

Der Beschluß eines Entwicklungslandes, am internationalen Reisegeschäft teilzuhaben, führt nicht automatisch zu großen Deviseneinkünften. Zunächst muß eine Tourismuswirtschaft in einem solchen Land aufgebaut werden, und dazu ist es auf westliches Know-how und Geld angewiesen. Die Abhängigkeit eines Urlaubslandes beginnt mit der Planung für die touristische Erschließung des Landes. Weil jegliche Erfahrung im Tourismusgeschäft fehlt, ist das Entwicklungsland auf die „Hilfe" ausländischer Beratungsfirmen angewiesen (das führende Unternehmen in der Bundesrepublik ist die STEIGENBERGER Consulting GmbH in Frankfurt). Die Experten dieser Organisationen versuchen zunächst, sämtliche Möglichkeiten einer touristischen Nutzung zu erfassen. Dabei kann sich diese Beratungstätigkeit von Vorschlägen bis zur Verwaltungsstruktur des zuständigen Ministeriums bis hin zur Einrichtung eines einzelnen Hotelzimmers erstrecken.
Auf der Basis eines solchen „Masterplans" werden dann konkrete Projekte ausgearbeitet, über deren Realisierung die lokalen Regierungsstellen dann zu entscheiden haben. Mangels entsprechender Erfahrung werden diese Stellen dem Vorschlag der Consulting-Gruppe meistens weitgehend zustimmen.

. . .über den Bau . . .

Bei der nun anstehenden Realisierung und Finanzierung der Projekte treten ebenfalls wieder die Touristikkonzerne in Aktion. Sie geben nicht nur die hohen Darlehen, sondern übertragen ihren Tochterunternehmen auch den Bau der ganzen Anlagen. Die meisten Baumaterialien werden wiederum aus den Metropolen importiert, obwohl manchmal im jeweiligen Land selbst gleichwertige oder bessere Materialien vorhanden wären.



So wurden beispielsweise für den Bau eines großen Prestige-Hotels in der Hauptstadt des westafrikanischen Staates Togo ausschließlich importierte Baumaterialien verwendet — angefangen von den Maschinen und Kränen bis hin zu der kompletten Einrichtung der Zimmer, für deren künstlerische Ausgestaltung mit afrikanischen Motiven ein Innenarchitekt aus Paris zuständig war. Außer den billigen Hilfsarbeitern waren auch keine weiteren einheimischen Arbeitskräfte am Bau beteiligt. Sämtliche Bauarbeiten wurden von großen französischen und belgischen Firmen ausgeführt, obwohl die einheimischen Schreinereien oder Installationsbetriebe sicher hätten beteiligt werden können. Daß die europäische Planung dabei häufig die lokalen Bedürfnisse nicht beachtet, zeigt das folgende kleine Beispiel: Für die Außeneinrichtung eines am Meeresstrand gelegenen Hotels in Lome (Togo) wurden Leichtmetall-Gartenmöbel aus Europa importiert. Die „Spezialisten" aus Deutschland hatten allerdings nicht bedacht, daß der Wind vom Meer ständig Salzwasser mit sich führt, was innerhalb kürzester Zeit den Lack der Metallgestänge angriff und die Möbel dem zerstörenden Rost preisgab. — Einheimische Handwerker hätten wohl schon zu Beginn die Verwendung von Holzmöbeln empfohlen!

. . . bis zum laufenden Betrieb

Nach der Fertigstellung der Hotelanlagen muß mangels einheimischer Fachkräfte auch das Management in ausländische Hände abgegeben werden. Neben den vertraglich garantierten Zahlungen sind diese Betriebe vielfach zusätzlich am erwirtschafteten Gewinn beteiligt, ohne natürlich bei Verlusten auch dafür zu haften.

Insgesamt entsteht also zunächst ein hoher Devisenabfluß, bevor überhaupt der erste Tourist ins Land kommt. Zieht man auch die zum Unterhalt notwendigen laufenden Devisenabflüsse in Betracht, so wird deutlich, daß zunächst mit weiteren Zahlungsbilanzproblemen zu rechnen sein wird, bevor die eingegangenen Devisen für andere (eventuell direkt der Bevölkerung zu Gute kommende) Zwecke verwendet werden können.
Die Devisenabflüße durch Nahrungsmittelimporte seien an folgendem kleinen Beispiel illustriert: Ein Urlauber, der morgens im Hotel „Tropicana" in Lome (Togo) sein Frühstück zusammenstellt, hat zunächst die Auswahl zwischen „Nescafe", „Nesquick" oder Tee – eben wie zu Hause, nur, Togo ist selbst ein bedeutender Produzent von Kakao und Kaffee, kann jedoch weder das eine noch das andere Produkt im Land selbst verarbeiten. Aus Frankreich kommt der Würfelzucker, dies obwohl es im Lande große Zuckerrohranbaugebiete gibt und auch Marmelade und Käse sind aus der ehemaligen Kolonialmacht eingeführt. Allein die frischen Früchte trägt das Land selbst zu einem solchen Frühstücksbuffet bei.

„Intercontinental" baut Luxushotels in China

Im November 1978 wurde zwischen dem staatlichen chinesischen Touristenbüro und der amerikanischen „Intercontinental Hotel Corporation" (einer Tochter der Pan American World Airlines) ein Vertrag über die Errichtung mehrerer Luxushotels unterzeichnet. Danach sollen in einer ersten Phase fünf oder sechs Hotels mit je 1000 Zimmern in verschiedenen Großstädten der Volksrepublik errichtet werden. Der Investitionsaufwand wird auf rund 500 Mio Dollar geschätzt. Die „Intercontinental" ist für die Planung, den Bau und die Finanzierung verantwortlich. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich von der amerikanischen „Turner Construction Company" ausgeführt. China selbst stellt nur die Arbeitskräfte und teilweise Rohmaterial zur Verfügung, während alle anderen Baustoffe und Einrichtungsmaterialien im Ausland gekauft werden sollen. Nach Fertigstellung wird die „Intercontinental" die Hotels auch betreiben, wobei sie am Gewinn beteiligt sein wird. Nach Angaben der „Neuen Zürcher Zeitung" ist dies der größte bisher von China an ein amerikanisches Unternehmen erteilte Auftrag (NZZ 11.11.1978).

Abhängig in alle Zukunft . . .

Die ungleichen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zeigen sich auch an der Preisgestaltung der Reisegesellschaften. Aufgrund der starken internationalen Konkurrenz sind alle Zielgebiete möglichst kostengünstig anzubieten, d.h. es muß äußerst knapp kalkuliert werden. Die Leidtragenden sind auch hier wiederum die Entwicklungsländer, sie müssen sich den Preisvorstellungen der großen Reiseveranstalter unterwerfen. Als beispielsweise 1970 in Kenia staatliche Auflagen (neue Hotelsteuern, höhere Flughafengebühr, u.a.) die Preise in die Höhe trieben, sank die Zahl der Ostafrikareisenden sofort um mehr als 25 % und gleichzeitig erlebte Fernost (insbesondere Bangkok) wegen der günstigeren Preise eine stürmische touristische Entwicklung.(2)
Immer wieder werden solche neuen Ferienparadiese „entdeckt", günstigere Preise und entsprechen intensive Werbung bringen dem einen Land kurzfristig Zuwachsraten, während in einem anderen Land plötzlich die Touristen ausbleiben. Sicher ist die Zahl der Fernreisenden insgesamt in den letzten Jahren stark gestiegen, doch bietet der Tourismus keinem Land eine sichere Einnahmequelle.

Hotelgiganten

Die Mehrzahl der Touristen wohnt im Urlaub in Hotels. In früheren Zeiten waren es zumeist kleine Familienbetriebe, die den fremden Reisenden Übernachtungsmöglichkeiten boten und noch heute besteht die Mehrzahl der Hotels aus solchen Kleinbetrieben.
Erst mit Beginn des internationalen Tourismusgeschäfts, insbesondere vorangetrieben von Reisenden aus den USA, entstanden rund um den Erdball riesige Hotelkomplexe, die heute mehr als 80 % des gesamten internationalen Reiseverkehrsgeschäfts bestreiten. Weil es zunächst vor allem die Amerikaner waren, die den Ferntourismus in großem Maßstab betrieben, ist es nicht verwunderlich, daß 18 der 25 größten Hotelgesellschaften ihren Sitz in den USA haben.

Tabelle 1

Die größten internationalen und nationalen Hotelgesellschaften (1975)

Name, Hauptsitz	Zahl der Zimmer	Zahl der Niederlsgn.
Holiday Inns, Memphis/USA	274.969	1.714
Sheraton, Boston/USA	109.000	385
Ramada Inns, Phoenix/USA	94.621	683
Hilton Hotels, Los Angeles/ USA (nat.)	61.632	162
Trust Houses Forte, London/GB	60.705	776
Howard Johnson, Boston/USA	59.800	539
Balkantourist, Sofia/Bulgarien (nat.)	51.800	316
Days Inns of America, Atlanta/ USA (nat.)	37.983	240
Quality Inns Intern., Silver Springs/USA	32.954	310
Travelodge Intern., El Cajon/ USA	31.492	472
Intercontinental, New York/ USA	26.682	71
Hilton International, New York/USA	24.592	64
Western Intern., Seattle/USA	23.791	45
Red Carpet Master, Daytona Beach/USA	23.000	201
Motel 6, Los Angelos/USA (nat.)	22.323	226
Club Mediterranee, Paris/Frankreich	10.178	72
Hyatt Corp., Burlingham/USA	20.000	44
Intourist, Moskau/UdSSR (nat.)	19.846	60
Rodeway Inns, Dallas/USA	18.490	160
Mariott Corp. Washington/USA	16.327	44
Commonwealth Holiday Inns, Ontario/Canada	13.590	65
Topeka Inns, Kansas/USA (nat.)	11.996	75
Novotel, Evry/Frankreich	11.861	105
Cedok, Prag/CSSR (nat.)	11.550	199
Americana Hotels, New York/ USA	11.150	21

Quelle: Revue technique des Hotels et Restaurants, Paris 1976)

Diese Hotels sind in Einrichtung und Verwaltung standardisiert und bieten ihren Gästen überall auf der Welt den gleichen Komfort. Abgesehen von der geographischen Lage besteht praktisch kein Unterschied zwischen einem „Hilton" in New York, Rom oder Istanbul. Die Niederlassungen dieser Hotelketten befinden sich ebenso in Industrieländern wie in Ländern der dritten Welt. Nahezu alle großen Hotels in Entwicklungsländern gehören diesen Hotelgiganten oder werden zumindest von ihnen verwaltet.
Allein die hinter diesen Gesellschaften stehenden Banken, Versicherungsgruppen und Verkehrsbetriebe sind heute in der Lage, die hohen Investitionssummen für derartige Bauten aufzubringen. Für ein Luxushotel (200 Zimmer) werden die Kosten pro Zimmer mit 50.000 bis 150.000 DM beziffert, je nach Land und Standort. Die abgebildete Tabelle gibt Aufschluß über die größten nationalen und internationalen Hotelgesellschaften.

„Reisemacher"

Der internationale Fremdenverkehr erlebte in den letzten 20 Jahren einen ungeheuren Aufschwung. Zählte man im Jahre 1963 noch 93 Mio Ankünfte, so erhöhte sich diese Zahl bis 1979 auf rund 270 Mio, dies entspricht einem Anstieg von insgesamt ca. 300 % oder von jährlich durchschnittlich 7 %. In wesentlich höherem Maße stiegen die Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft (=Ausgaben der Touristen). Hier liegen die jährlichen Zuwächse zwischen 12 und 15 %, allein 1979 gaben die Touristen 75 Mrd. Dollar aus. (3) Die Entfernungen zwischen Wohnort und Urlaubsziel werden immer größer und die Urlaubsreise mit dem Flugzeug ist längst nicht mehr das Privileg einer kleinen Oberschicht.
Gleichzeitig zeichnete sich jedoch ein Prozeß zunehmender Konzentration auf der Seite der Reiseveranstalter ab. Die kleinen Veranstalter werden vom Markt verdrängt und die Großbanken und andere starke Finanzierungsgruppen (z.B. Transportgesellschaften) drängen immer stärker in den Reisemarkt. Diese Konzerne sind zum einen in der Lage, besser auf Marktschwankungen zu reagieren und können zum anderen selbst expansiv tätig werden und neue Tourismusgebiete erschließen.
Wie sehr ein Entwicklungsland den Reisegiganten gegenüber machtlos ist, erfuhr Tunesien im Jahre 1972: Der damals stark im Tunesien-Geschäft engagierte Veranstalter Neckermann verlangte von den tunesischen Behörden einen höheren Profitanteil. Als sich Tunesien weigerte, reduzierte Neckermann kurzerhand die Zahl der Tunesien-Urlauber von 60.000 auf 12.000, d.h. auf ein Fünftel der Vorjahresmenge. (4)
In der Bundesrepublik ging die Bedeutung der ehemals führenden, oftmals in Familienbesitz befindlichen Reisebüros vor etwa zehn Jahren zurück. Heute sind es vor allem die Großbanken, die Kaufhauskonzerne und die Bundeseigenen Verkehrsbetriebe (Bundesbahn/Lufthansa), die über die größten Anteile am Gesellschaftskapital der wenigen Reiseveranstalter verfügen und damit den Reisemarkt kontrollieren.
Dieser Prozeß begann Ende der sechziger Jahre, als sich sechs führende Reisebüros (Touropa, Scharnow, Airtours, Dr. Tigges, Hummel und Twen Tours) zu einer Gesellschaft zusammenschlossen, der „Touristik Union International GmbH KG" (TUI). Diese Gruppe beherrscht seither mehr als 40 % des deutschen Reisemarktes. Zur gleichen Zeit stiegen auch die Kaufhauskonzerne in das Touristikgeschäft ein. Das Haus „Neckermann" begann mit den NUR-Reisen (Neckermann und Reisen), gegen Ende des Jahres 1970 kam der KAUFHOF mit den „Kaufhof-Reisen" hinzu und wenig später QUELLE gemeinsam mit KARSTADT mit ihren „Transeuropa-Reisen". Drei der vier Großbanken waren durch ihre Beteiligungen an der KAUFHOF AG (Dresdner Bank mit über 25 % und Commerzbank mit über 25 %) und bei KARSTADT (Deutsche Bank mit über 25 % und nochmals die Commerzbank mit über 25 %) indirekt ins Reisegeschäft eingestiegen.

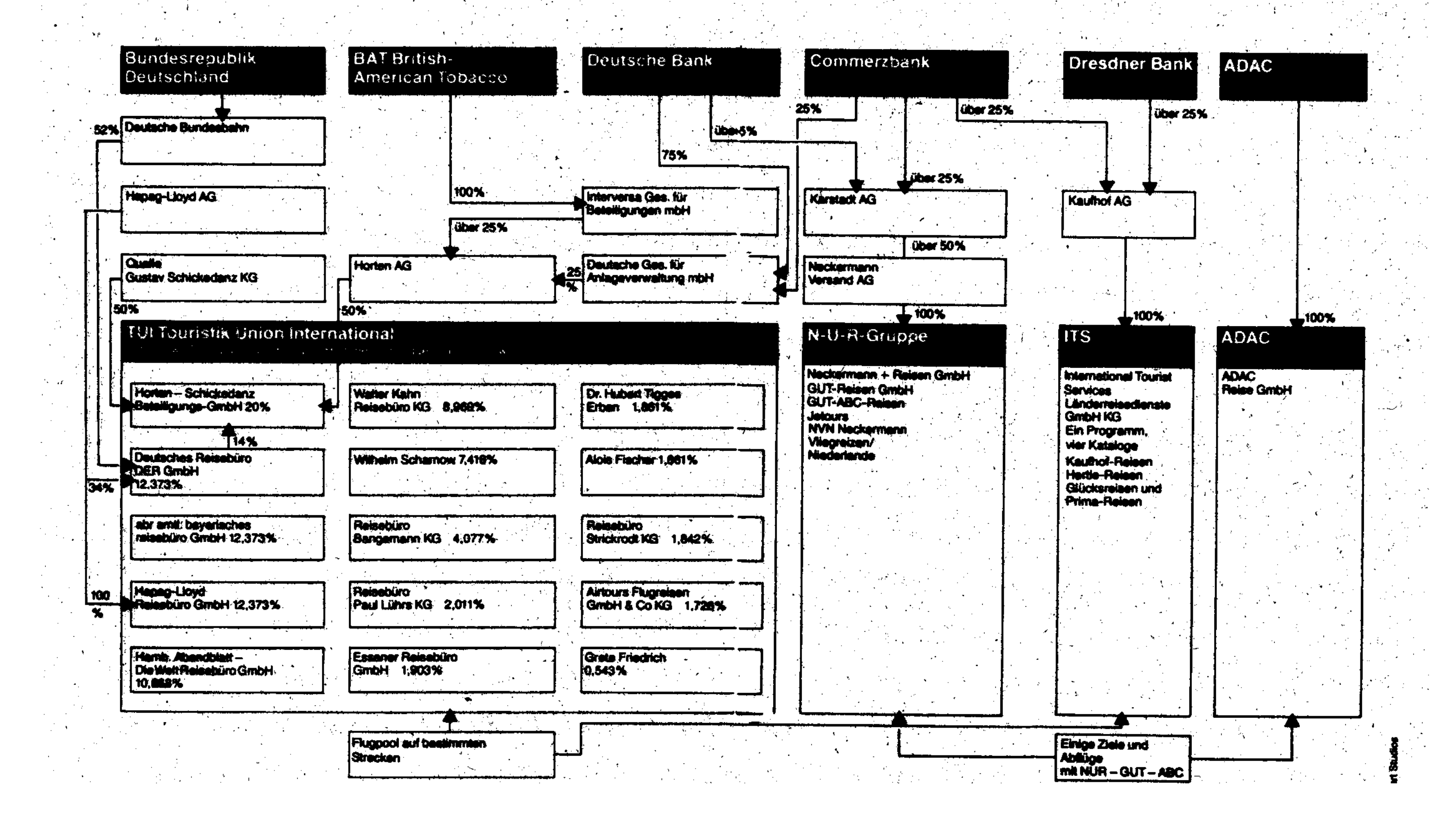
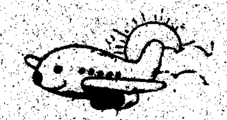


Tabelle 2



Die größten deutschen Reiseveranstalter im Geschäftsjahr 1978/79

Veranstalter	Teilnehmer	Veränd. z. Vorjahr	Umsatz in Mio DM	Veränd. z. Vorj.
Tui-Gesamt	2.247.200	+ 7,6 %	1.980,0	+ 18,4 %
aufgeschlüsselt:				
Airtours	243.200	+ 8,1 %	238,0	+ 17,2 %
Hummel	260.600	+ 3,9 %	125,0	+ 13,5 %
Scharnow	457.600	+ 5,5 %	326,5	+ 10,8 %
Tigges	110.000	– 5,3 %	140,0	+ 1,0 %
Touropa	531.400	+ 5,0 %	635,0	+ 20,7 %
Transeuropa	360.800	+ 11,4 %	326,1	+ 20,2 %
Twen Tours	107.800	+ 6,6 %	39,2	+ 5,9 %
Sonstige (HIT, Hotel-Agent, Arka)	175.800	+ 33,6 %	150,2	+ 62,9 %
NUR-Neckermann (einschl. GUT)	1.262.959	– 1,3 %	1.173,0	+ 9,5 %
ITS (Kaufhof-Reisen, Hertie-Reisen, Glücksreisen)	481.073	+ 16,5 %	342,0	+ 21,5 %
ADAC	398.000	+ 13,1 %	242,0	+ 36,0 %
Tjaereborg	293,029	+ 31,8 %	195,0	+ 39,3 %
Hetzel	210.000	+ 15,2 %	176,5	+ 58,3 %
Ameropa	194.273	+ 19,2 %	67,6	+ 15,8 %
Wulf	138.919	+ 8,3 %	34,8	+ 11,9 %
Wolters	112.071	+ 2,2 %	46,8	+ 11,4 %
Jet-Reisen	109.000	+ 0,9 %	47,0	+ 27,0 %
Berliner Flugring	92.315	+ 1,4 %	78,5	+ 1,9 %
Gesamt	5.529.839	+ 7,8 %	4.383,2	+ 18,6 %

(Quelle: „Fremdenverkehrswirtschaft", Dezember 1979)

Die gewerkschaftseigene „Bank für Gemeinwirtschaft" (BFG) gründete mit GuT (Gemeinwirtschaftliches Unternehmen für Touristik) ihr eigenes Reisebüro. Kleine Veranstalter wurden mit diesen Maßnahmen gänzlich vom Massenreisemarkt verdrängt. Allein im Bereich der Sonder- und Spezialprogramme sind heute noch eine Reihe von kleineren Reiseveranstaltern tätig. (5)
Der Konzentrationsprozeß ist in den vergangenen Jahren währenddessen weiter fortgeschritten:

- „Transeuropa" wurde von seinen Gesellschaftern (QUELLE und KARSTADT) in die TUI eingebracht;
- KAUFHOF bietet nun unter dem neuen Namen ITS-Reisen (International Tourist Services Länderreisedienste) ein Programm in drei Katalogausführungen (Kaufhof-Reisen, Hertie-Reisen, Glücksreisen), wobei einige Programmteile (z.B. Fernost) vollständig von TUI übernommen werden;
- GUT-Reisen wurde von der „Bank für Gemeinwirtschaft" in die Neckermann-Gruppe eingebracht, wobei letztere selbst wiederum zu 50 % von KARSTADT aufgekauft wurde.

Neu im Reisegeschäft ist der ADAC mit einem eigenen Reisedienst, daneben existieren noch sechs weitere Veranstalter mit mehr als 100.000 jährlichen Buchungen.
Im Geschäftsjahr 1978/79 verzeichneten die zehn größten deutschen Reiseveranstalter insgesamt 5,4 Millionen Buchungen. Branchenführer ist die TUI-Gruppe mit einem Marktanteil (nach Buchungen)von 44 %, gefolgt von NUR/GUT mit 23 %, auf ITS-Reisen entfallen 9 %, der ADAC ist noch mit 7 % am Geschäft beteiligt. Den Rest (20 %) verteilt sich auf die verbleibenden sechs Veranstalter (Tjaereborg, Hetzel, Ameropa, Wulf, Wolters, Jet-Reisen). Der Umsatz dieser 10 Veranstalter belief sich im selben Zeitraum auf 4,3 Mia DM, dies entspricht einem Zuwachs von mehr als 18 % bezogen auf das vorangegangene Geschäftsjahr.
Die genaueren Zahlen können der abgebildeten Tabelle entnommen werden. Noch interessanter und aufschlußreicher wären sicher die Angaben über den erwirtschafteten Gewinn, doch hierzu verhüllen sich alle Veranstalter in tiefes Schweigen.
Während die Konzentration auf wenige große Veranstalter ständig zunimmt, steigt in letzter Zeit auch zunehmend der Einfluß großer Verkehrsbetriebe. So sind die beiden bundeseigenen Schienen- bzw. Luftfahrtverkehrsgesellschaften Bundesbahn und Lufthansa, zusammen mit 60 % an der „Deutschen Reisebüro GmbH" (DER)/„Amtliches Bayerisches Reisebüro GmbH" (abr) beteiligt. Diese Gruppe ist ihrerseits wiederum größter Einzelgesellschafter bei TUI.
Seit November 1979 ist die Lufthansa auch mit 50 % an der FIRST-Gruppe, einem Zusammenschluß von 22 selbständigen Reisebüros, beteiligt und erwarb die Mehrheitsanteile des „Kühne- und Nagel"-Reisebüros. (6)
In der Schweiz ist die Situation ähnlich. Die „Swissair" verfügt seit kurzem über eine 50 %ige finanzielle Beteiligung am Reisebüro „Kuoni" (allerdings mit nur 26 % Stimmrechtsanteil) und ist ebenfalls bei den „Popularis Tours" beteiligt. (7)
Die Reisebüros sind also häufig nur ein Glied eines großen übergeordneten Konzerns. Die Ökonomen bezeichnen dies als die Methode der vertikalen Integration, d.h. durch den Zusammenschluß von vor- und nachgelagerten Betriebseinheiten soll die Kontrolle des gesamten Touristikmarktes gefestigt und das Risiko gestreut werden.
So gehören alle „Intercontinental"-Hotels zur amerikanischen Fluggesellschaft „Pan American", während „Hilton International" eine Tochtergesellschaft von „Trans World Airlines" (TWA) ist. Der Elektrikkonzern ITT ist ebenfalls im Touristikgeschäft stark engagiert, seine „Sheraton"-Hotels bilden mit 385 Niederlassungen die zweitgrößte Hotelkette der Welt. In diesem Zusammenhang sei schließlich noch die „American Express Company" erwähnt. Sie gehört zu den größten Banken der USA, besitzt weltweit ein dichtes Netz von Reisebüros und Transportunternehmen und wickelt den

Großteil des internationalen Reisescheckverkehrs ab.
Die Zusammenfassung von gleichartigen Unternehmen (= horizontale Integration) und die Eingliederung in große, oft marktbeherrschende Unternehmen versetzt die Touristikkonzerne in die Lage, Angebot und Nachfrage entsprechend ihren Vorstellungen zu steuern.. Während das Reisegeschäft für die meisten Zielländer ein sehr unsicheres Aktionsfeld darstellt, das zunächst hohe Investitionen erfordert und in der Folgezeit stetig sowohl auf der Seite der Anbieter als auch der Nachfrager vom Ausland abhängig ist, sind die Touristikkonzerne die wahren Nutznießer am internationalen Reisegeschäft.

psc.

1) Ein sehr anschauliches Beispiel derartiger Beratungstätigkeit bietet der Artikel von Dr. H. Prechtl/Steigenberger Consulting: Probleme der touristischen Entwicklungsplanungen; dargestellt am Beispiel von Marokko; in: StfT (Hg.): Ferntourismus; Starnberg 1974, S. 87-114
2) Vgl. G. Kaul: Die Entwicklung der Urlaubsreisen nach Afrika 1963-73; in: StfT (Hg.): Ferntourismus; Starnberg 1974, S. 36
3) Errechnet nach Angaben der Welttourismusorganisation (WTO) zitiert in: R. Languar: Le tourisme international; Paris 1977, S. 98 und „Le Monde" vom 29.12.1979
4) Vgl. W. Ruf (Hg.): Introduction a l'Afrique du Nord Contemporaine; Paris 1976, S. 399-411
5) Vgl. W. Resch: Fremdenverkehr und Dritte Welt; Stein bei Nürnberg 1977, S. 69 f.
6) Nach „Südwest-Presse/Ulm" vom 23.11.1979
7) Nach „Basler Zeitung" vom 14.12.1979

Tunesien zwischen Tradition und Tourismus

Die sozialen und kulturellen Auswirkungen des Tourismus am Beispiel Tunesiens.

Die negativen sozialen und kulturellen Auswirkungen des Tourismus sind krasser als die Befürworter des Tourismus wahrhaben wollen. Sie preisen ihn als Möglichkeit zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, meinen jedoch oft nur privatwirtschaftliche Gewinnmöglichkeiten. Die Auswirkungen sollen im folgenden am Beispiel Tunesiens ausführlicher dargestellt werden. Tunesien ist dazu besonders geeignet. Denn nur in wenigen Ländern der Dritten Welt weist der Tourismus so hohe Wachstumsraten auf. Die sozio - kulturellen Auswirkungen treten deshalb besonders deutlich in Erscheinung.
Immer mehr Touristen benutzen die schnellen und billigen Pauschalreisen nach Tunesien dazu, ihren Badeurlaub (Sonne, See und Sand) dort zu verbringen. So stieg der Touristenstrom seit 1962 von rund 50 000 Einreisen auf etwa 750 000 Einreisen im Jahre 1972. 1978 wuchs die Zahl der Einreisenden immerhin noch auf 1,23 Mio. an. Dabei erhöhte sich die Anzahl der Übernachtungen von fast 400 000 im Jahre 1962 auf über 6,6 Mio. im Jahre 1972. 1978 betrug die Anzahl der Übernachtungen 9,6 Mio. Die Zahlen verdeutlichen, daß sich die Übernachtungen innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren mehr als verfünfzehnfacht haben. In dieser Zeit entwickelte sich der Tourismus zur wichtigsten Devisenquelle und zwar stellt er seit 1966 den wichtigsten Posten bei den „Exporteinnahmen" dar. Während die Deviseneinnahmen sich 1970 noch auf 31,6 Mio. tunesische Dinar beliefen, erreichten sie 1975 eine Höhe von 115,2 Mio. Dinar und wuchsen 1979 auf ungefähr 166,7 Mio. Dinar an (Länderkurzbericht,1979, 24). Es muß bei diesen Zahlen u.a. auch berücksichtigt werden, daß sie Kursverschlechterungen enthalten und ihnen wachsende Importausgaben für und aufgrund des Tourismus gegenüberstehen.

Übergewicht der Badereisen

Die Vorstellungen der Touristen darüber, wie sie ihren Urlaub in den jeweiligen Zielländern zu verbringen wünschen, prägt den Ausbau des dortigen Tourismusgewerbes entscheidend. Denn die Touristikunternehmen greifen einige Bedürfnisse der touristischen Konsumenten auf, verstärken sie mit ihrer Werbung und richten die touristische Infrastruktur in dem Zielland entsprechend aus. Auch das Beispiel Tunesien bestätigt diese Erfahrung. In einer Motivationsuntersuchung wurde die Bevorzugung Tunesiens vor anderen Urlaubsorten überwiegend mit der immer scheinenden Sonne und den schönen Stränden begründet (22 %) was ja für einen reinen Badeurlaub besonders wichtig ist. (Nettekoven, 1972, S.169ff)

Darum ist es nicht erstaunlich, daß im Vergleich zum Badetourismus an der Mittelmeerküste alle anderen Fremdenverkehrsarten Tunesiens an Bedeutung verloren haben. Es waren die Küstenstandorte, in denen sich die Ausweitung der Touristikindustrie vollzog. Denn die Strände bilden zusammen mit der klimatischen Begünstigung die wichtigsten naturgeographischen Vorzüge des Landes für den Fremdenverkehr. (Arnold, 1972, S.178) Als beliebteste Urlaubsbeschäftigung wurde insofern auch von 83 % der befragten Tunesien - Urlauber die Strandaktivitäten, wie im Meer baden, am Strand liegen und braun werden, genannt. Diese „Tätigkeit" wird von fast allen Touristen durchschnittlich sechs (6!) Stunden ausgeübt (Nettekoven, 1972, S.178 und S.228f).Das tunesische Ministerium für Fremdenverkehr (ONTT) unternimmt immer wieder Versuche, noch andere Fremdenverkehrsarten im Zusammenhang mit den naturgeorgraphischen und kulturellen Möglichkeiten des Binnenlandes zu entwickeln. So wurden die Ausgrabungen der antiken Ruinenstädte wie Dougga, Sbeitla, El Djem mit erheblichem Aufwand betrieben.Auch die Restauration kunstgeschichtlich wertvoller Bauten der arabischen Kultur — Moscheen, Ribats (Wehrklöster), Kasbahs, Souks, Stadtmauern — zielte daraufhin, Touristen auch in das Inland Tunesiens zu holen. Außerdem wurde eine Entwicklungsgesellschaft zur Förderung des Saharatourismus gegründet. Diese stellt die Landschaftstypen der Wüste und Wüstensteppe, die Dünenfelder, die Schotts (ausgetrocknete Salzseen) und die Oasen in der Werbung als Touristenattraktion in den Vordergrund und sorgt dafür, daß in den meisten Oasen nach westlichen Ansprüchen ausgestattete Hotels gebaut werden.
Diese Bemühungen dienen dazu, die Gefahr zu verringern, daß der Touristenstrom irgendwann zurückgeht. Denn andere Länder werden bald ebenso günstig zu erreichen sein. Zudem macht die Verschmutzung der Mittelmeerküste und eine übermäßige Ausdehnung der Hotels bisher entscheidende Vorteile Tunesiens auf Dauer zunichte.
Trotzdem gelingt es nur selten, Touristen in größerer Zahl zu einem längeren Daueraufenthalt im Binnenland zu bewegen. Diese Stätten sind vorwiegend nur Zielpunkt einer Rundreise — und Ausflugverkehrs, der von den Badeorten der Küste ausgeht (Arnold, 1972, S.466). Einzelne dieser Orte werden dabei von fast allen Tunesientouristen besichtigt, die immerhin zu 88 % an zumindest einem organisierten Ausflug teilnehmen und zu 87 % während ihres Urlaubaufenthaltes in Tunesien auch die Initiative zu einem privaten Ausflug ergreifen. Allerdings bleiben diese Ausflüge — in einer Art

Tagesexkursion durchgeführt — aus Kostengründen meist regional beschränkt. Sie gehen also kaum über die weitere Umgebung des Hotels hinaus (Nettkoven, 1972, S.285ff).
Die touristischen Ziele im Inland sind dennoch für den Fremdenverkehr des Landes von großer Wichtigkeit. Die Ausflugsmöglichkeiten in Wüste und Steppe, zu Nomadenzelten, Römerstädten, orientalischen Märkten und arabischen Kulturstätten verleihen den Hotelsiedlungen an der Küste ein Image von Orient und Wüstenromantik, das Tunesien zur Unterscheidung von den mediterranen Konkurrenzgebieten benötigt. (Arnold, 1972, S.466f).



„Ghettocharakter" des Tourismus

Das Übergewicht des Badetourismus führt dazu, daß der Fremdenverkehr in Tunesien auf vier Kostenregionen konzentriert bleibt, nämlich Tunis und Umgebung, Hammamet - Nabeul, Sousse - Monastir und Djerba - Zarzis. Auf diese entfielen 1970 93 % aller Übernachtungen und 84 % der Bettenkapazitäten (Arnold, 1942, S.478). Hinzu kommt, daß sich mit der Ausdehnung des Badetourismus die Anforderungen an den Standort der Beherbergungsbetriebe radikal gewandelt haben. Außer in Tunis werden Hotels kaum noch in den Städten errichtet. Da die Strandnähe heute entscheidend ist, entstehen die Hotelbauten höchstens am Rande der Küstenstädte, wie beispielsweise in Sousse, meistens aber völlig losgelöst vom überkommenen Siedlungsgefüge, wie etwa auf Djerba.
Die Hotelkomplexe sind zwar in das Landschaftsgefüge eingepaßt, weil sie sehr weiträumig angelegt werden und im arabisch - maurischen Stil mit Kuppen und Tonnengewölben gebaut sind. Aber als Folge ihrer Lage und gleichzeitigen Unabhängigkeit bleiben sie von der übrigen Entwicklung des Landes isoliert. In den landschaftlich schönsten Gebieten entstehen künstliche Paradiese. Diese liegen wie Inseln in einem Land, in dem ein niedriger Lebensstandard überwiegt und ein Ausbau der Infrastruktur zugunsten der Bevölkerung kaum stattfindet.
Die Hotelkomplexe sind mit Einrichtungen ausgestattet, die alle Bedürfnissse der 200 bis 1 200 Gäste befriedigen können: Verschiedene Bars und Restaurants auch mit arabischen Speisen und Getränken, Läden — besonders Souvenirgeschäfte — Friseursalons, Kinos, Sportanlagen etc. (Minder, 1973, S. 157). Durch das Bestreben der Beherbergungsbetriebe ihre Gäste vollständig zu versorgen, bleiben die Kontakte zum arabischen Kulturkreis beschränkt. Verstärkt wird dieser „Ghettocharakter" der Hotelsiedlungen aufgrund des Vorherrschens von Flugreisenden, die zu Pauschalpreisen bei Reiseagenturen gebucht haben. So waren 1969 ungefähr 84 % der Tunesientouristen Gruppenreisende, die Vollpension buchen und deren Bindung an das Hotel von daher schon sehr eng ist (Nettekoven, 1972, S.102; Arnold, 1972, S.471). Hinzu kommt, daß die öffentlichen Verkehrsmittel für Europäer wenig attraktiv sind. Sie werden von den Touristen schon allein aus Sprachschwierigkeiten ungern benutzt und das Mieten eines Leihwagen ist doch zu teuer, so daß nur jeder fünfte Tourist auf diese Möglichkeit, das Hotel zu verlassen, zurückgreift.
Aus diesen Gründen läßt sich feststellen: Der Tourist ist viel stärker an seine Hotelsiedlung gebunden, als in europäischen Fremdenverkehrsbetrieben. Die Hotelsiedlungen führen ein Eigenleben neben dem bestehenden Siedlungsgefüge. Dies führt dazu, daß der aus der Kolonialzeit bekannte Dualismus zweier Wirtschaftsformen teilweise wieder auflebt (Arnold, 1972, S.470 - 473; Klug, 1973, S.71f; Minder, 1973, S.157).

Wichtige Kennzeichen der tunesischen Kultur

Die beschriebene Zweiteilung wird jedoch nicht allein durch die Tourismusindustrie hervorgerufen, sondern findet ihre Ergänzung in der arabischen, besonders auch der tunesischen Lebensweise. Diese verunmöglicht die in europäischen Fremdenverkehrsgebieten so wichtige Vermietung von privaten Zimmern. Besonders die Abgeschlossenheit der arabischen Familie und die selbst in westlich orientierten Familien weiter bestehende, zurückgezogene Stellung der arabischen Frau trägt dazu bei (Arnold, 1972, S.462). Beides sind Merkmale der sich vor allem in städtischen Regionen wandelnden patriarchialischen Großfamilie.
Sie ist bis in die Gegenwart die lebenskräftigste soziale Einheit der tunesischen Gesellschaft geblieben, da sie für alle wirtschaftlichen Belange der Familienmitglieder die Verantwortung übernimmt. Gestützt auf einen gemeinsamen Besitz, übt die Familie für alle ihre Angehörigen die wichtigsten wirtschaftlichen Funktionen aus. Sie ist zugleich Ausbildungsstätte, Stellenvermittlung, Bank, Sozialversicherung und Altersversorgungskasse. Dafür steht ihr aber meist auch heute noch die Verfügungsgewalt über alle erzielten Einkommen aus Besitz, Land, Arbeit und sonstigen Tätigkeiten zu.
Aufgrund dieser fundamentalen Bedeutung ist die zugleich Vorbild für alle, über ihren eigenen Bereich hinausgehenden, sozialen Beziehungen geworden. Beispielsweise waren die Großfamilien die am deutlichsten hervortretenden Gruppierungen im Staat, indem dieser mit einer von ihnen verschmolz und Gruppen auch sonst dazu neigten, sich wie Familien zu organisieren. Ihren stärksten Einfluß übt die Großfamilie auf die Gesellschaft dadurch aus, daß sie Ausgangspunkt und Bezugspunkt der Wertvorstellungen ist. An der Spitze stehen die Werte des Gehorsams gegenüber dem Älteren bzw. dem Mann und der Wert der Beachtung der Familie als Mittelpunkt allen Handelns. Auf diese Weise wird ein festgefügtes System sozialer Kontrolle garantiert.
Die Zentrierung auf die Familie macht auch die ursprüngliche Geringschätzung aller Beziehungen, die ausschließlich auf erwerbswirtschaftlichem Tausch beruhen, verständlich. Endogamie als bevorzugte eheliche Verbindung unterstreicht dies, da ein Tropfen gemeinsamen Blutes für wichtiger als alles andere gehalten wird. Hieraus läßt sich auch erklären, daß fast der gesamte Handel in der Hand der Juden oder aber besonders die Sekte der Ibaditen liegt. Die letzteren sind

überwiegend Bewohner der Insel Djerba (Bodenstedt, o.Jhg., S.57ff).
Unterstützt wird die beschriebene Einheit und Geschlossenheit der Familie zusätzlich durch die Wohnweise, da sie als Siedlungsgemeinschaft häufig in Ansammlungen von Lehmhütten oder Steinhäusern abseits der großen Verkehrswege leben.

Bedeutung des Tourismus für den Kulturwandel

Obwohl die traditionelle Familienverfassung einem Wandel unterliegt, bestärkt sie das Verhalten der Touristen, sich der Isolation in einem fremden Land durch eine Anpassung an das Verhalten der anderen Touristen hervorgerufen und die Anpassung an die gastgebende Gesellschaft verhindert. Bezugsgruppe bleiben die Touristen, nicht die besuchte Gesellschaft (Nettekoven, 1971, S.45ff). „Der Tourist fügt sich an seinem vorübergehenden Aufenthaltsort eben nicht in das dortige Leben ein, sondern erwartet dort Betreuung durch einen besonderen Zweig von Dienstleistungen, der ihn der Notwendigkeit eines Einfügens in einen anderen normalen sozialen Zusammenhang enthebt" (Scheuch, 1969, S.803).
Der einzelne Tourist ist zwar nur recht kurz im Land, in Tunesien durchschnittlich zwei Wochen. Die Einheimischen aber sind während der ganzen Urlaubssaison mit Ausländern konfrontiert, erleben Generation um Generation von 2 - Wochen - Pauschalreisenden. Trotz der wenigen Kontakte der Touristen zur Bevölkerung, ist jene also viel häufiger und länger durch alle möglichen Arten von Begegnungen betroffen als der einzelne Tourist, der schon bald wieder abreist. Die Bereisung eines kleinen Landes mit ungefähr 6,2 Mio. Einwohnern durch jährlich über eine Million Touristen (1978 1,23 Mio.) hinterläßt deshalb allein schon durch ihre Massenhaftigkeit bei der dort immer lebenden Bevölkerung „tiefe Spuren" (Nettekoven, 1972, S.40; Länderkurzbericht, 1979, S.24). Teilweise kann allerdings nur von einer Verstärkung des Akkulturationsprozesses gesprochen werden, da durch die französische Kolonialzeit und auch durch die heutige wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich hierfür schon die entscheidenden Grundlagen gelegt wurden. Verstärkt wird diese Tendenz zur Verwestlichung, auch im Sinne der Übernahme fremder Werte und Normen, durch das Ziel Habib Burgibas, eine Modernisierung und Industrialisierung nach europäischem Vorbild zu erreichen. Entscheidend setzt sich der Einfluß der europäischen Kultur jedoch erst durch den Tourismus durch. Denn dieser ist mehr als die Verdinglichung fremder Kulturen in Produktionsweisen und Maschinen. Im Gegensatz zu den oft negativen Folgen der Industrialisierung (u.a. entfremdete, harte Arbeit), wird durch ihn die Attraktivität eines fremden Lebensstils aufgezeigt, der einem höherem wirtschaftlichen Niveau entspricht und darum nachahmenswert erscheint (Lehmkuhl, 1974, S.70).

Einfluß des Tourismus über die Beschäftigten des Tourismusgewerbes

Noch besteht ein krasser kultureller Unterschied zwischen den Besuchern aus den europäischen Industriestaaten und den Bewohnern des wirtschaftlich unterentwickelten, vom Islam geprägten, nordafrikanischen Landes. Dies trifft auch für die Angestellten des engeren Hotelbereichs und der weiteren Tourismusindustrie (z.B. Souvenirhandel) zu, die am häufigsten mit den Touristen zusammentreffen. Ihre Arbeit dient dazu, deren Vergnügungen und Wohlbefinden zu ermöglichen. Auf diese Weise erhält ihr Kontakt zu den Touristen eine Art Zwangscharakter, der ihnen besonders bei



der harten Arbeit in der Saison bewußt wird. Darüber täuscht auch nicht das verhältnismäßig hohe Ansehen hinweg, das ihnen die andauernde Nähe zu den wirtschaftlich überlegenen Ausländern bei den Tunesiern verschafft.
Um auch an der touristischen Scheinwelt teilzuhaben, verwenden sie anfangs oft ihren ganzen Verdienst. Denn sie sind meist sehr beeindruckt von dem Leben der Touristen, in dem Geldscheine ihren Charakter als Gegenwert für geleistete Arbeit verloren haben, indem sie einzig dafür bestimmt sind für Vergnügungen aller Art ausgegeben zu werden (Nettekoven, 1972, S.413ff). Aus diesem Grunde können sie aber der Großfamilie nicht einen Teil ihres Einkommmens zur Verfügung stellen, wie es der Tradition entspricht. So wird ein Entfremdungsprozeß vieler Hotelangestellter von ihrer Familie eingeleitet, der bestehende Auflösungstendenzen weiter bestärkt. Die Auflösung der Großfamilie ist für Tunesien schon zu einem sozialen Problem geworden. Darauf weist auch die Diskussion über die Möglichkeiten einer versicherungsrechtlichen Regelung der Altersversorgung hin.
Unterstützt wird die Trennnung der im Hotelgewerbe Arbeitenden von ihrer Familie durch die unstrukturierte Situation in der Tourismusindustrie. Diese bringt die Möglichkeit mit sich, die Einschränkung, die die Zugehörigkeit zu einer niedrigen sozialen Schicht mit sich bringt, zu durchbrechen (Lehmkuhl, 1974, S.72f.). Eine Untersuchung ergab, daß 40 % der Hotelangestellten die Söhne von Tagelöhnern, Unterbeschäftigten oder Arbeitslosen waren. 27 % ihrer Eltern waren Bauern. Da der einzelne nicht mehr auf den Besitz oder die Verbindungen der Familie angewiesen ist, aber vergleichsweise gute Verdienstchancen hat, werden viele der genannten traditionellen Funktionen der Familie bedeutungslos. Wie gewichtig die davon ausgehenden sozialen Veränderungen sind, zeigt sich darin, daß im Jahre 1977 immerhin rund 25 000 Personen direkt im Hotelbereich arbeiteten und mehr als 8 000 Beschäftigte im sonstigen Tourismusgewerbe ihr Geld verdienen (Lehmkuhl, 1974, S.36ff; Sympathie - Magazin 1978, Nr.17). Grosse Bedeutung für die sozialen Wandlungen, die durch den Tourismus ausgelöst werden, kommt den vielen im Hotelbereich beschäftigten Frauen zu. Ihre Zahl ist hier mit über 14 % höher als in allen anderen Arbeitsbereichen. Ansonsten sind etwa 11 % aller erwerbstätigen Frauen berufstätig (Länderkurzbericht, 1979; Lehmkuhl, 1974, S.37). Die Berufstätigkeit

der Frau wird nur gering bewertet. Dies läßt sich schon daran erkennen, daß sie, wenn sie ihre Arbeit verliert, nicht in der Arbeitslosenstatistik geführt wird.

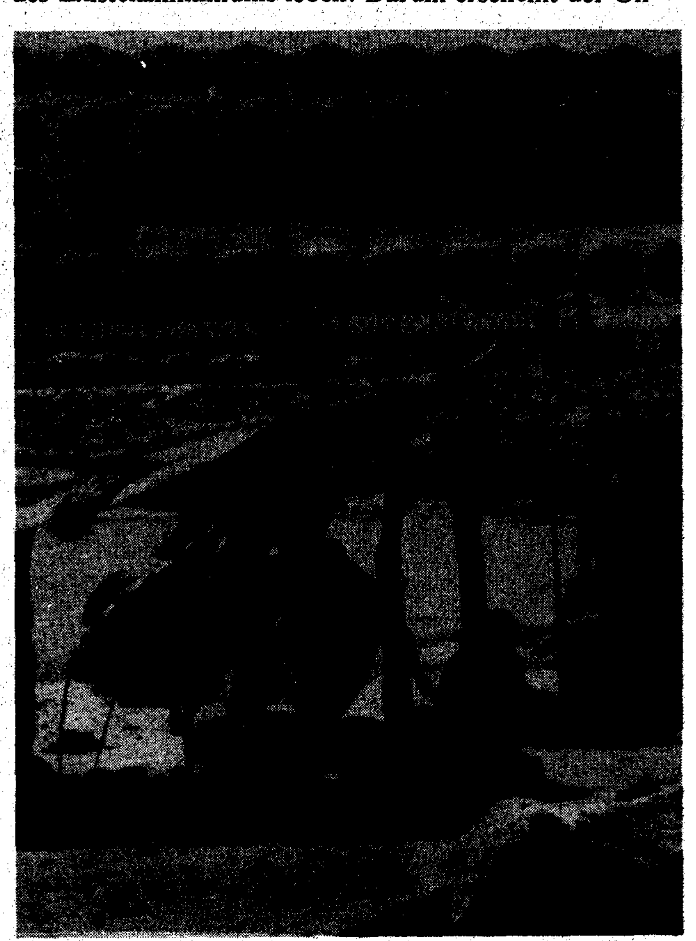
Allein die Trennung vom Wohnsitz der Familie und das Verdienen eines persönlichen Einkommens führt zu einer Auflösung der traditionellen Aufgabenverteilung, bei der die Frau nur für den innerfamiliären Bereich zuständig war. Wenn sich bei der hohen Arbeitslosigkeit in Tunesien (etwa 15 %) Fälle ergeben, in denen Frauen Hauptverdiener der Familien werden, sind diese Veränderungen besonders weitgehend (Lehmkuhl, 1972, S.72f.).

Entstehung erwerbswirtschaftlichen Verhaltens

Anfangs wurde die Geringschätzung aller sozialen Beziehungen, die auf erwerbswirtschaftlichem Tausch beruhen, hervorgehoben. Gerade diese Eigenschaft werden die meisten Touristen nicht mehr bestätigen können. Denn diejenigen Tunesier, die längere Zeit im touristischen Sektor beschäftigt sind, lernen die Schwächen und Unsicherheiten der Fremden kennen. Diese Schwächen sind eine Folge davon, daß Touristen unvorbereitet in ein fremdes Land kommen und sich dann an dessen besonderen Eigenarten während ihres kurzen Aufenthaltes nicht gewöhnen wollen und können. Insofern sind viele Touristen, besonders in den ersten Tagen ihres Aufenthaltes auf die Informationen und Hilfsdienste des Hotelpersonals angewiesen. Dieses Angewiesensein erhöht sich und bleibt während der ganzen Urlaubsdauer bestehen, wenn sie nicht über entsprechende Sprachkenntnisse verfügen.
Durch die Kenntnis der Schwächen der Europäer neutralisiert sich die vormals uneingeschränkte Bewunderung für das europäische Leitbild. Es beginnt der Versuch, von den Schwächen der Touristen persönlich zu profitieren. Dieser „Lernprozeß" hilft jenen Tunesiern, die vorherige Unsicherheit zu überwinden, und ruft ein den meisten Tunesiern unbekanntes, gewinnorientiertes Verhalten hervor (Nettekoven, 1972, S.414f.). Mit diesem werden die Europäer mittlerweile oft in einer Art und Weise konfrontiert, die bei ihnen tiefe Vorurteile hinterläßt, obwohl es erst durch sie ausgelöst wurde. So geschieht es immer wieder, daß sie beim Besichtigen der Souks (Märkte) aufdringlich zum Kauf angehalten werden. Die angebotenen Waren erhalten sie dann häufig zu überhöhten Preisen bei gleichzeitig minderwertiger Qualität. Möglich ist dies nur, weil der verunsicherte Tourist über zu wenig Kenntnisse verfügt und schnell wieder seine Ruhe haben will. Hat ein Tourist diese Erfahrung mehrere Male gemacht, hält er dieses Verhalten für typisch tunesisch, obwohl es nur auf den eigentlichen Touristenstraßen vorkommt. Abseits von diesen wird man weder aufdringlich angesprochen noch ist es dort beim Handeln mit den Fremden üblich, völlig überhöhte Preise zu fordern. Diejenigen Tunesier, die durch ihr Verhalten gegenüber den Touristen die Erfahrung gemacht haben,daß durch eigennütziges Handeln kurzfristig persönlich Vorteile zu gewinnen sind, versuchen dies auch gegenüber anderen Tunesiern zu praktizieren. Besonders, wenn sie dieses Verhalten auch in die Großfamilie hineintragen, indem sie beispielsweise Abgaben verweigern oder die Aufteilung des Familienbesitzes durchsetzen, führt dies zu tiefergehenden sozialen Konflikten und Wandlungen. Denn dadurch ist die Möglichkeit der Familie, ihren ursprünglichen Aufgaben nachzugehen, nicht mehr gewährleistet.

Kulturelle Entfremdung als Folge des Tourismus

Im Gegensatz zu den Beschäftigten der Tourismusindustrie sind die meisten anderen Tunesier nicht in der Lage, sich von dem Gefühl der Unterlegenheit zu befreien. Ihr Verhältnis zur eigenen Kultur kann, ähnlich wie bei den Hotelangestellten, als kulturelle Entfremdung bezeichnet werden. Dabei ist unter Kultur das Wertsystem der Bevölkerung eines Landes zu verstehen und die damit verbundenen Verhaltensweisen (Ruf, 1976, S.321f).
Die Bewußseinsbildung, die der kulturellen Entfremdung zugrunde liegt, entsteht, wenn Touristen aus einer hochindustrialisierten Gesellschaft bei einem Urlaub in einem wirtschaftlich unterentwickelten Land wie Tunesien Konsumgewohnheiten und Verhaltensweisen praktizieren, die auch für diese Urlauber durchaus ungewöhnlich sind. Sie ragen beträchtlich über den alltäglichen Konsumstandard in ihrer eigenen Gesellschaft hinaus und sind deshalb auch nur während der kurzen Ferienzeit zu verwirklichen. Solche kurzfristig überhöhten Konsumgewohnheiten werden aber in einer Gesellschaft gezeigt, in der noch viele Menschen am Rande des Existenzminimums leben. Darum erscheint der Un-



terschied zwischen den einheimischen und den touristischen Konsumgewohnheiten noch weit größer, als er in Wirklichkeit ist.
Bei den Teilen der Bevölkerung, die sich in den Städten, Marktplätzen oder der weiteren Umgebung touristischer Zentren ständig aufhalten und daher Kontakte mit touristischen Ausländern haben, entsteht durch den beschriebenen krassen Unterschied ein starkes Minderwertigkeitsgefühl. Es führt zu der genannten kulturellen Entfremdung, da die von ihrer eigenen Minderwertigkeit überzeugten Tunesier sich von ihrer eigenen Kultur lossagen und mit der Kultur der Europäer iden-



tifizieren (Nettekoven, 1972, S.401ff). Indem die Tunesier Auffassung und Verhaltensweisen der Touristen übernehmen und ihre ursprüngliche Lebensweise verachten, zerstören sie aber ihr eigenes kulturelles Bezugssystem. Besonders problematisch ist dabei, daß für sie eine neue eindeutige Persönlichkeitsbildung nicht möglich ist, weil ihnen immer die Tatsache bewußt bleibt, daß sie ihr Ideal, ein Europäer zu sein, nicht erreichen können.
Einschränkend muß gesagt werden, daß dieses Phänomen der „Akkulturation" nicht notwendigerweise alle Verhaltensweisen in gleichem Maße umfaßt, sondern vom sozialen Milieu und von der jeweiligen Situation abhängig ist. Ein und derselbe Tunesier richtet seine Handlungen in unterschiedlichen Situationen einmal nach dem Wertesystem der westlichen Touristen, ein anderes mal nach seinen ursprünglichen Normen aus. Dieser Sachverhalt, auch als „Kulturschizophrenie" bezeichnet (Ruf, 1976, S.324f), macht viele, oft widersprüchlich erscheinende Verhaltensweisen von Tunesiern erklärbarer. So läßt sich beispielsweise be obachten, daß europäisch gekleidete Tunesier, die in der Öffentlichkeit Alkohol trinken und sich allem Westlichen gegenüber „aufgeschlossen" zeigen, ihr Auftreten im Bereich der Familie völlig ändern. Hier machen sie wie früher den Älteren Platz, bedienen sie und ziehen sich auch wieder die traditionelle Kleidung an, z.B. die „Dschebba", ein meist weißer Überwurf, und die „Scheschia", eine Kopfbedeckung aus rotem Filz.

Nachahmung europäischer Konsumgewohnheiten

Es sind hauptsächlich männliche Jugendliche, — immerhin sind 50 % der Bevölkerung Tunesiens jünger als zwanzig Jahre — die dem Prozeß der kulturellen Entfremdung als Folge der beschriebenen Bewußtseinsbildung unterliegen. Denn sie sehen in dem materiellen Wohlstand der Europäer ein Vorbild und eine Hoffnung, ihre eigenen Lebensmöglichkeiten zu verbessern. Zudem haben Schüler und Studenten fast drei Monate Ferien und zwar genau in der Zeit, in der die meisten Touristen im Lande sind, nämlich im Sommer. So sind im Monat August jeden Tag über 30 000 Touristen im Lande gewesen. Auch die anderen Jugendlichen werden mit den Touristen besonders oft konfrontiert, da sie nur selten über eine feste, kontinuierliche Beschäftigung verfügen. Denn die Arbeitslosigkeit beträgt etwa 15 % (Länderkurzbericht 1979; Nettekoven, 1972, S.403f).
Der Tourismus aus Europa zeigt den jungen Tunesiern völlig neue Vergnügungen, Konsumgewohnheiten, Kleidungsmoden und eine für tunesische Verhältnisse unbegreifliche sexuelle Freizügigkeit. All dies hat sich in den Industriegesellschaften allmählich, parallel zum wirtschaftlichen Wachstum, entwickelt. Es erscheint vielen Tunesiern aufgrund ihrer Unzufriedenheit mit der eigenen Situation und Kultur besonders nachahmenswert. Ihre Bereitschaft, von Touristen vorgetragene Verhaltensweisen zu übernehmen, ist daher sehr hoch. Fast alles, was diese tun und besitzen, ist begehrenswert und imitationswürdig. Denn die Übernahme touristischer Kleidungssitten und Verhaltensweisen dokumentiert die geistige Identifikation mit Europa auch äußerlich. So versuchen sie sich von dem „kulturbrüchigen" Tunesien zu befreien, da es für viele, im „franko - arabischen Kulturdualismus" erzogene Jugendliche keine eindeutige Orientierung bieten kann (Freund, 1969, S.131; Nettekoven, 1972, S.405).
Für wohlhabende Tunesier ist die Nachahmung der Touristen verhältnismäßig unproblematisch. Veranlaßt durch den sog. Demonstrationseffekt, verändern sie ihre eigenen Konsumgewohnheiten, indem sie ebenfalls Produkte kaufen, die von Touristen nachgefragt werden. Als Kennzeichen hierfür kann der verstärkte Im port europäischer Konsumgüter angesehen werden, der schneller gestiegen ist als die Anzahl der Touristen. Beispiele lassen sich besonders im Bereich der Mode finden. So hat die Demonstration der häufig wechselnden Mode durch Touristen dazu geführt, daß auch ein Teil der tunesischen Jugendlichen den sich ändernden, europäischen Moden folgt (Lehmkuhl, 1974, S.70f).
Der Alkoholgenuß stellt ein besonderes Problem dar, das auch viele westlich orientierte Tunesier in Konflikte bringt. Denn nach strenger Auslegung des Korans ist den Rechtgläubigen der Alkoholgenuß zu Lebzeiten versagt. Trotz Verwestlichung fühlen sich aber die meisten Tunesier noch ihrem islamischen Glauben verpflichtet. Deshalb trinken nur wenige Alkohol, obwohl

Tunesien selbst ein wichtiges Weinanbaugebiet ist, ohne sich eine Rechtfertigung zurechtzulegen. Derartige Rechtfertigungen lauten beispielsweise: Wein oder Bier sei kein richtiger Alkohol, sondern nur Schnaps; nur öffentliches Trinken von Alkohol sei nicht erlaubt oder der Prophet habe nur verboten betrunken zu sein (Nettekoven, 1972, S.407ff).
Obwohl viele Tunesier kein Geld haben, sich beispielsweise neue, importierte Kleidung zu kaufen, versuchen sie, sich entsprechend europäischer Mode anzuziehen. Dies ist der Grund für die auffälligen Bemühungen, den ausländischen Touristen ihre Hosen, Hemden, Gürtel, Schuhe, Sonnenbrillen etc. abzukaufen oder, wenn gar keine materiellen Gegenleistungen möglich sind, abzubetteln. Sie versuchen teilweise sehr aggressiv in Kontakt mit Ausländern zu kommen, dessen Sinn diese kaum erkennen können. Auch Diebstahl ist dabei nicht unbedingt selten. Ebenfalls diesem Zweck dient u.a. die männliche Prostitution junger Tunesier gegenüber Touristen beiderlei Geschlechts. So ist denn auch Homosexualität einer der Sachverhalte auf denen der Fremdenverkehr in Tunesien, vor allem in Hammamet, zurückzuführen ist (Nettekoven, 1972, S.405).

Veränderungen der sexuellen Moral

Mindestens ebenso kennzeichnend für die kulturelle Entfremdung der Tunesier ist das Streben, an Unterhaltungsmöglichkeiten der Touristen teilzunehmen. Ein Nachtleben im europäischen Sinne ist in ganz Tunesien nicht zu finden, selbst in Tunis nicht, und auch in den touristischen Zentren nur im Ansatz vorhanden. Da nun die Preise für den sich entwickelnden touristischen Vergnügungssektor für Tunesier nicht bezahlbar sind, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich selbst oder vielmehr ihren Körper zu verkaufen. Auf diese Weise haben sie die Chance, unter dem finanziellen Patronat eines Touristen die Vergnügungen der europäischen Urlauber zu genießen. Auch stellt die, aus der Sicht der Tunesier, sexuelle Freizügigkeit der Touristinnen schon für sich ein Anreiz dar, mit diesen in Kontakt zu kommen. Dies hängt mit den strengen islamischen Moralgesetzen zusammen. Denn tunesische Frauen haben zur Tageszeit schon wenig, nachts aber gar nichts auf der Straße zu suchen, auch nicht in Begleitung. Insofern kann das Ansprechen von Frauen selbst in Städten heute noch Schwierigkeiten mit sich bringen und ein sog. sexuelles Abenteuer wird unter der sozialen Kontrolle kleindörflicher Gemeinschaften entweder mit Prügeln oder mit einer Ehe bestraft. Europäische Frauen üben schon in ihrer Alltagskleidung einen starken sexuellen Anreiz auf Tunesier aus. Denn ältere Frauen, außer in Großstädten, tragen meistens noch den Schleier. Auch die jüngeren gewöhnen sich erst daran, sich ohne diesen in der Öffentlichkeit zu bewegen. Bis auf das Gesicht bleibt meistens auch dann der ganze Körper durch die weite Kleidung neugierigen Blicken entzogen. Insofern haben Miniröcke, enge Hosen, ärmellose und halsfreie Blusen und Hemden, wie sie von Europäerinnen häufig getragen werden, für viele Tunesier schon fast pornographischen Charakter. Vorgeprägt durch die Medien wie Fernsehen, Film, Werbung etc., in denen besonders europäische Frauen oft als sehr freizügig dargestellt werden, erwarten viele Tunesier, sexuelle Wünsche bei diesen erfüllen zu können. Leichte und luftige (durchsichtige) Kleidung, die Touristinnen häufig in heißen Ländern tragen und auch die Blicke europäischer Männer auf sich ziehen, empfinden Tunesier deshalb als klares Symbol einer Aufforderung zur sexuellen Annäherung. Da aber die meisten Touristinnen nicht über ausreichende Information über die tunesische Kultur und deren Sitten verfügen, sind sie, wenn Tunesier dieser „Aufforderung" durch Ansprechen, Anfassen oder Anrempeln nachkommen, überrascht und empört.





Auch wenn Mann und Frau miteinander tanzen, wird dies im islamischen Raum als sexuell anzüglich empfunden. Hier hat, neben dem Tanz von Einzelpersonen, nur der gemeinschaftliche Tanz mit dem eigenen Geschlecht eine Tradition (Nettekoven, 1972, S.406f).
Die Einrichtung eines FKK - Strandes im letzten Jahr wird vor dem Hintergrund der islamischen Moral auch in Zukunft kein zurückhaltenderes Auftreten der Tunesier gegenüber den Europäerinnen zur Folge haben. Dies läßt sich schon jetzt voraussagen, zumal sie hierzu höchstens als Zaungäste Zugang erhalten.

Wandlung der Gastfreundschaft

Die tunesische Bevölkerung ist aus islamischer Tradition heraus betont gastfreundlich. Dies wird auch noch vielfach europäischen Besuchern gegenüber gezeigt (Nettekoven, 1972, S.402). So werden immerhin rund 28 % der Touristen zum Besuch bei einer tunesischen Familie eingeladen und ungefähr 24 % aller Touristen nehmen sogar an einer tunesischen Hochzeit teil (Nettekoven, 1972, S.333f).
Touristen wirken deshalb wesentlich stärker, wenigstens in der Umgebung touristischer Zentren, in das tunesische Familienleben hinein als man aufgrund der ghettoartigen Situation hätte vermuten können. Denn das ausgiebige „Klatschen" über den Besuch eines Fremden in der arabischen Großfamilie bewirkt, daß das Verhalten der Touristen nicht nur die Einstellung der besuchten Familie verändern kann, sondern durch die Erzählungen über weitverzweigte familiäre Kanäle auch darüber hinaus Auswirkungen hat.
Allerdings ist die islamische Gastfreundschaft heute häufig zweckorientiert, als es für den einzelnen erkennbar ist. So gewinnt eine Hochzeit an Ansehen, wenn europäische Ausländer daran teilnehmen. Auch dienen Einladungen in tunesichen Familien mittlerweile oft dazu, besseren Kontakt zu Touristen zu bekommen. Auf Initiative der Tunesier werden dann schließlich die Adressen getauscht. Dies ermöglicht die Urlaubskontakte über Briefe fortzusetzen und erhöht die Sammlung ausländischer Adressen des jeweiligen Gastgebers. Diese sind für die Tunesier ein Prestigesymbol, mit dem sie sich selbst und ihren Bekannten vorspielen, in Europa Freunde zu haben, die ihnen in Notfällen helfen würden. Die Anzahl und die Qualität der Adressen soll dazu beitragen, sich wengistens psychisch aus der tunesischen Wirtschaftsmisere zu befreien und mit den „reichen" europäischen Freunden zu identifizieren. Obendrein eröffnet der Adressentausch die Möglichkeit, den größten Erfolg der Kontakte zu Touristen zu erreichen, nämlich deren Hilfe für eine zeitweilige „Flucht" aus Tunesien. Die Suche nach einem mögli-

chen Arbeitgeber in Europa oder einfach nur einem Geldgeber, der die Reise zahlt, ist ein nicht zu unterschätzendes Leitmotiv für die tunesische Kontaktfreudigkeit zu europäischen Touristen (Nettekoven, 1972, S.331 und S.410).

Tendenzen zur Ablehnung des Tourismus in Tunesien

Auch heute gibt es noch eine große Anzahl arabisch - islamisch orientierter Tunesier, die teilweise den traditionellen Eliten zuzurechnen sind. Diese stehen den touristischen Zentren ablehnend gegenüber, verhalten sich aber bei persönlichen Kontakten mit den Touristen traditionell gastfreundlich. Sie empfinden das Verhalten der ausländischen Besucher als abstoßend und sehen den Tourismus als Fremdkörper in Tunesien an, der die islamisch - tunesische Tradition verfälscht. Für sie stellen die touristischen Verhaltens- und Konsumgewohnheiten elementare Verstöße gegen die religiösen Vorschriften des Islam dar. Am meisten aber lehnen sie die Demonstration der wirtschaftlichen Überlegenheit der westlich - christlichen Kulturen ab. Nach ihrer Auffassung wurden zu deren Entwicklung die arabischen Länder kulturell und materiell ausgenutzt. Ihr Hauptanliegen ist es, den Vorsprung wieder aufzuholen, den Europa durch Aneignung islamischer Elemente erzielen konnte. Für sie stellt deshalb der Tourismus eine Gefahr dar, die einen nach der Unabhängigkeit möglichen eigenen islamischen Fortschritt bedroht und mit seinen Auswirkungen die arabisch - islamische Kultur zersetzt (Simson, 1969, S.136ff).
Hier liegt die große Chance, daß von seiten dieses islamischen Nationalismus Anstöße ausgehen, der weiteren Ausdehnung des Tourismus entgegenzutreten und seine sozio - kulturellen, zerstörenden Wirkungen zu korrigieren. Problematisch ist allerdings die damit auch verbundene Gefahr, daß vorhandene Ungleichheiten bei Besitz, Macht und Ausbildung innerhalb der tunesischen Gesellschaft, von denen besonders auch die Frauen betroffen sind, weiterhin erhalten bleiben.

Literatur

Arnold, Adolf, 1972, Der Fremdenverkehr in Tunesien. Entwicklung, Struktur, Funktion und Fremdenverkehrsräume; in: Braun, Gerhard (Hrsg.), 1972, Räumliche und zeitliche Bewegungen, Würzburg

Bodenstedt, A. u.a., o.Jhg., Staatlich geplante Produktionsgenossenschaften. Das tunesische Modell

Freund, Wolfgang Slim, 1969, Erziehung in Tunesien; in: Institut für Auslandsbeziehungen (Hrsg.), Zeitschrift für Kulturaustausch, Heft 2, Jg. 19, Stuttgart

Klug, H., 1973, Die Insel Djerba. Wachstumsprobleme und Wandlungsprozesse eines südtunesischen Kulturraumes; in: Stewig, R. u.a. (Hrsg.), Kulturgeographische Untersuchungen im islamischen Orient, Kiel

Länderkurzbericht Tunesien, 1979, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden

Lehmkuhl, Erhard, 1974, Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Tourismus in Tunesien, München

Minder, Fredy, 1973, Tunesien. Orient an der Schwelle Europas, Bern

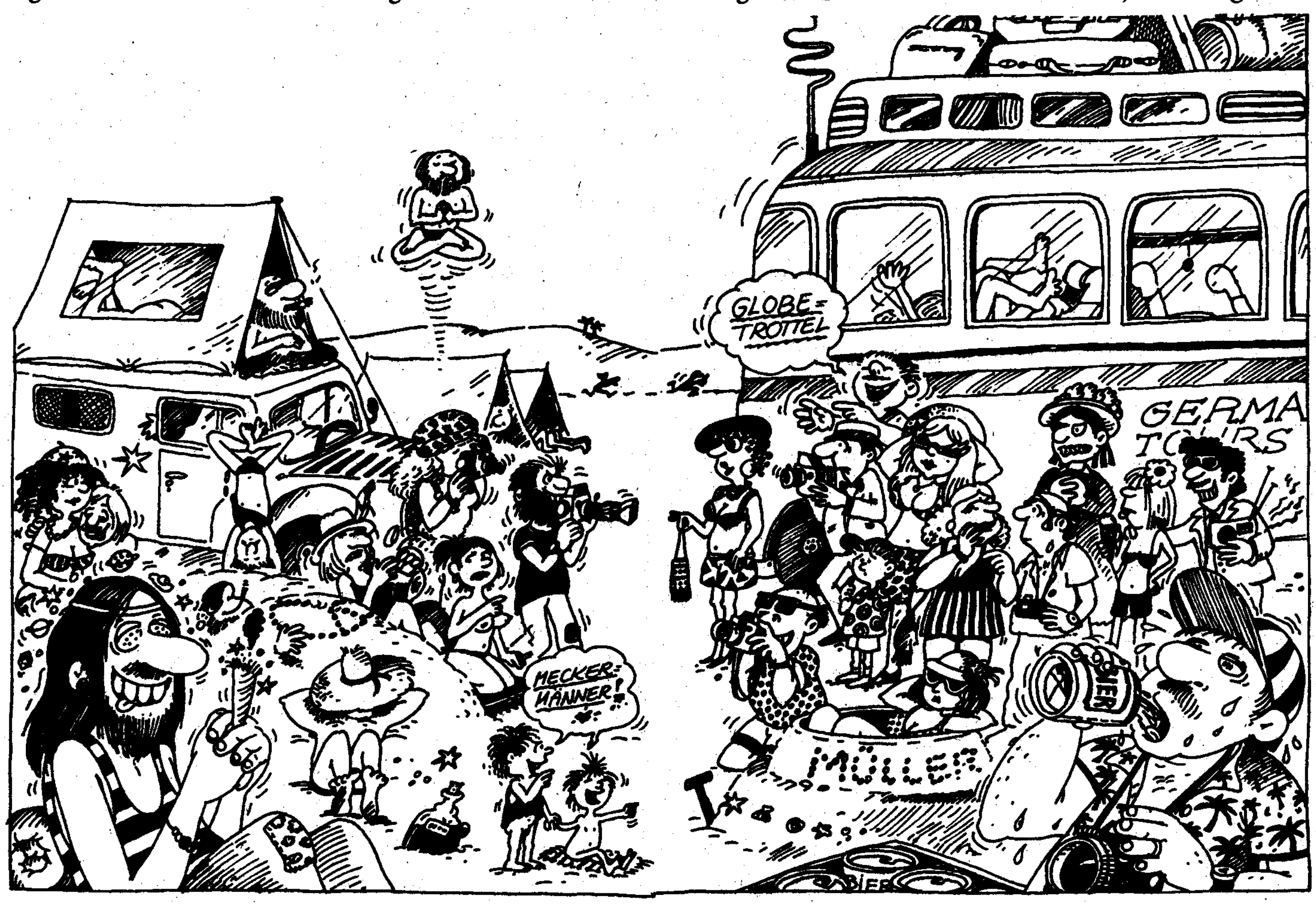
Nettekoven, Lothar, 1972, Massentourismus in Tunesien. Soziologische Untersuchungen an Touristen aus hochindustrialisierten Gesellschaften, Starnberg

Ruf, Werner, 1976, Kulturelle Entfremdung und Reproduktion der Abhängigkeit — Zum Beispiel Marokko; in: Gantzel, Klaus (Hrsg.), Afrika zwischen Kolonialismus und Neokolonialismus

Scheuch, Erwin K., 1969, Soziologie der Freizeit; in: König, René (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung II, Stuttgart

Simson, Uwe, 1969, typische Reaktionen arabischer Intellektueller auf das Entwicklungsgefälle; in: König, René u.a. (Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Köln

Sympathie - Magazin Nr. 4, 1978, Tunesien verstehen, hrsg. vom Studienkreis für Tourismus, Starnberg



Besuch im Valle del Mezquital

Erfahrungsbericht

Seit fünf Jahren mache ich 3. Welt-Arbeit. Innerhalb dieser Arbeit interessiert mich besonders das Problem der Indianer Lateinamerikas. Seit dem Kolonialismus erfahren die Ureinwohner Amerikas Verfolgung, Unterdrückung und Vernichtung. Dieser Zustand hat sich für die Indianer des südamerikanischen Tieflands, wenn sie nicht bereits ausgerottet sind, bis heute erhalten. Die Folge für die meisten war und ist materielle und psychische Verelendung.
Letztes Jahr endlich habe ich mich bei einer Stiftung beworben, die es jedes Jahr einer geringen Zahl von Studenten ermöglicht, Entwicklungshilfearbeit in einem der Länder der drei unterentwickelten Kontinente kennenzulernen. Bei dem Projekt, das ich besuchen will, handelt es sich um eine Erwachsenenbildungsstätte für Indios des Stammes der Otomi im mexikanischen Valle del Mezquital. (vgl. dazu ‚Bildung an der Basis : Projekt für Indigena-Frauen', Blätter des iz3w, Nr. 73)
Ich habe auch tatsächlich Glück gehabt, in die engere Auswahl zu gelangen, doch während ich noch mit Reisevorbereitungen beschäftigt bin, beschleicht mich arger Zweifel, ob dieses Unternehmen politisch gesehen auch wirklich das Richtige ist.
Da ich mich zuvor ein wenig mit dem Thema ‚Tourismus' auseinandergesetzt habe, kenne ich seine Bedeutung für die Länder der 3. Welt : verstärkte Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt, Vordringen bis zu den letzten eigenständigen Naturvölkern, um sie als Touristenattraktion zur Schau zu stellen, Zerstörung von Landschaften, Zerfall traditioneller Werte, Prostitution etc..
Nun würde auch ich, egal ob mit Rucksack oder Koffer, zu den Touristen zählen, denn ich muß, will ich möglichst zeitsparend nach Mexiko gelangen, die Möglichkeiten, die die Tourismusindustrie bietet, in Anspruch nehmen : die Dienstleistungen eines Reisebüros, verbilligte Flugpreisangebote, Hotelaufenthalte etc.. Zudem gilt Mexiko unter Rucksacktouristen als abgegrast, denn etablierte Touristikunternehmen haben in dem Land bereits fußgefaßt, so daß unzählige Touristen alljährlich dorthin reisen können. Unterstützt wird dieser Trend von der mexikanischen Regierung, die ihre ausgebeuteste und diskriminierteste Bevölkerungsschicht, die Indianer, als Werbegag vermarktet, indem sie zum einen mit den Überresten der zerstörten Hochkulturen, zum anderen mit folkloristischen Darbietungen Besucher ins Land lockt. Durch die Touristen werden die Indianer mit der europäisch-amerikanischen Zivilisation konfrontiert, und die Entfremdung von der eigenen Kultur wird deshalb begünstigt.
Auch ich würde den Indianern begegnen. Da ich mir ein Entwicklungshilfeprojekt anschauen will, habe ich sicher intensiveren Kontakt zu ihnen als gewöhnliche Touristen und beeinflusse sie damit vielleicht stärker durch meine europäische Kultur. Meine Zweifel werden dadurch verstärkt, daß ich es für unwahrscheinlich halte, mit Entwicklungshilfeprojekten die Situation der Menschen verbessern zu können. Ein staatlich gefördertes oder zumindest geduldetes Entwicklungshilfeinstitut soll doch wohl eher dazu dienen, die indianische Bevölkerung dem System der nationalen Gesellschaft anzupassen und damit die traditionelle Kultur aufzulösen.

Zu den Positionen gelangte ich, weil ich mich in den letzten Jahren mit der 3. Welt-Problematik auseinandergesetzt habe. Mir ist schon seit längerem bewußt gewesen, daß die 3. Welt-Arbeit eine ziemlich kopflastige politische Arbeit ist ohne direkte persönliche Betroffenheit, und daß ich sie nicht zuletzt aus Angst vor der Konfrontation mit meiner eigenen Wirklichkeit in der BRD gewählt habe. Ich merke nun, daß ich mich vor dem Schritt fürchte, die Wirklichkeit am eigenen Leib zu erfahren, mit der ich mich bisdahin nur über meinen Kopf beschäftigt habe. Gerade aufgrund dieses Gefühls erscheint mir die Reise doch als notwendige Konsequenz, denn ich will erleben, was ich bisher zu einem Bestandteil meines Lebens gemacht habe, nämlich mit meiner politischen Arbeit hier für die Rechte der Indianer einzutreten.
Dennoch bleibt für mich die wider sprüchliche Haltung gegenüber meiner Reise bestehen, sodaß ich Widerstände habe, mich gründlich vorzubereiten. Als ich losfahre, sind meine Spanischkenntnisse katastrophal, und über das Projekt weiß ich kaum mehr, als daß es existiert.
In Mexico - Stadt angekommen bin ich noch ganz benommen von der Reise. Die vierzehn Flugstunden verteilt auf 2 Tage sind mir zu kurz und erschweren es, mir die weite Entfernung von zu Hause bewußt zu machen. Die technische Möglichkeit des Fliegens reduziert den „Sprung" über den Ozean zur Alltäglichkeit. zusätzlich hindert mich das europäische Stadtbild Mexicos, ein Gefühl für die unbekannte Fremde zu entwickeln und die Hektik der Riesenstadt läßt mich nicht zur Ruhe kommen. So beschließe ich, dem Chaos so schnell wie möglich wieder zu entfliehen.
Auf dem Wege von Mexico - Stadt ins Valle del Mezquital fällt mir auf, daß die Landschaft,die teils von schroffen Bergketten, teils von sanften Hügeln durchzogen ist, allmählich grauer, staubiger und karger wird. Ab und zu verlaufen Bewässerungskanäle umweit der Straße, dort erscheint der Boden grüner und fruchtbarer. Wälder und mannshohes Buschwerk sehe ich nirgends, allenfalls ein bißchen Gestrüpp und Kakteen.
Als ich aus dem Bus steige, ist es heiß und trocken. Die kleine Stadt mit ihren 20000 Einwohnern ist die größte im Valle del Mezquital und somit sein wirtschaftliches und kulturelles Zentrum. Es ist der Ort, an dem ich die nächsten 2 Monate verbringen werde, denn hier befindet sich das Zentrum für Erwachsenenbildung. Die Ruhe und Überschaubarkeit der Stadt tun mir gut und ich kann mir vorstellen, einen Eindruck vom mexikanischen Leben zu bekommen.
Als ich in den ersten Tagen durch die Straßen gehe, begegne ich den Menschen mit Vorsicht, beinahe Ehrfurcht. Sie ihrerseits verhalten sich mir gegenüber entweder zurückhaltend oder extrem freundlich, oft verspüre ich ihre neugierigen Blicke und neugierig schaue ich in die mir fremdartigen Gesichter. Meine Angst, daß ich in Mexiko als Frau häufig angemacht werde, wovor ich in Deutschland gewarnt worden bin, erscheint mir unbegründet.
Bei meinen anfänglichen Kontakten mit dem Projekt bin ich teils distanziert, teils schüchtern. Erstens bin ich aufgrund meines Vorurteils dem Entwicklungshilfe-

projekt gegenüber skeptisch, zweitens bleibt mir kaum eine andere Haltung übrig, denn ich beherrsche die Sprache zu wenig um sicher und locker auftreten zu können.
Abgesehen von meinen Verständigungsschwierigkeiten stehe ich in einer mir völlig unbekannten Situation. Bisher habe ich noch nicht erfahren, wie sich das Leben unter den geographischen Bedingungen einer Halbwüste wie dem Valle del Mezquital abspielt. Zudem lebe ich in einer mir fremden Gesellschaft, in der mir die Umgangsformen der Menschen teilweise neu sind und deren Strukturen ich erst erkennenlernen muß. Außerdem fehlt unter den Verhältnissen, in denen ich jetzt lebe, das Maß an Sicherheit, das ich von zu Hause gewöhnt bin.
Ich wundere mich über das ‚laissez faire' der Mexikaner bezüglich der gefährlichen Seiten der Technologie. Auf recht drastische Weise werde ich damit bereits in der ersten Woche konfrontiert. Als ich die Kreuzung zweier Nebenstraßen überqueren will, fällt mir eine Hochspannungsleitung, die ein riesiger Lastwagen bei seinem Wendeversuch durchreißt, ca. einen Meter vor meine Füße. Bei den Mexikanern erregt der Vorfall kein großes Aufsehen und ich gehe nach einem Satz rückwärts mehr verblüfft als besorgt weiter. Noch eine Woche die beiden Enden der Leitung auf den Bürgersteigen, bevor sie repariert werden.
Ich nehme bei den Mexikanern nicht nur eine Nachlässigkeit gegenüber Gefahren wahr, sondern sogar den Spaß daran, gefährliche Situationen herauszufordern. Ich merke, daß ich mich mich nicht darauf verlassen kann, daß mein Leben hier in wohlgeordneten Bahnen verläuft, Sicherheit hat keinen Vorrang mehr. Ich bin nun weitgehend auf mich gestellt und es kommt darauf an, meiner eigenen Art, die mir bisher fremd gewesen ist.
Ich verspüre bei den Menschen auch ein mir neues Zeitverständnis, eine Verschiebung meiner europäischen Zeitwerte quasi. In Momenten, in denen mit aus Sicherheitsgründen Besonnenheit und Ruhe vernünftig erscheinen, handeln sie häufig hektisch und können in Situationen warten, in denen ich eher in Unruhe und Hetzte verfalle. Im Vergleich zu dem Leben, das ich kenne, scheinen sie mehr Zeit zur Verfügung zu haben. WEnn ich in den zwei Monaten meines Aufenthaltes in der Stadt das Projekt soweit kennenlernen wollte, daß ich im Rahmen meines Stipendiums eine Evaluierung durchfürhen könnte, wäre ich gezwungen, mit meinem europäischen Zeitverständnis an die Aufgabe heranzugehen. Diese Anforderung steht aber im Widerspruch zu meinem Bedürfnis, das Leben der Bevölkerung mit ihrem Zeitverständnis auf mich wirken zu lassen, denn dazu muß ich Geduld aufbringen und brauche Zeit.
Es wird mir bewußt, daß selbst wennn es möglich ist, die Lage der armen Bevölkerung durch die Arbeit am Projekt zu verbessern, ich nicht dazu beitragen kann. Die Mitarbeiter des Projektes, meist Mexikaner, denen das Leben im Valle del Mezquital vertraut ist, haben am ehesten die Voraussetzungen für die Arbeit am Erwachsenenbildungszentrum und ich befürchte, ihnen mit meiner Unwissenheit im Weg zu sein.
Dennoch habe ich das Interesse, die Arbeit des Projektes kennenzulernen, denn es zeigt sich darin die Möglichkeit, etwas über das Leben der Otomi zu erfahren. In den ersten Wochen bin ich reichlich frustriert, da ich nicht durchschaue, worum es bei der Arbeit am Erwachsenenbildungszentrum geht. Nur sehr mühsam erkenne ich den Zusammenhang zwischen seiner Existenz und dem Leben der indianischen Bevölkerung.
Als ich die Gelegenheit whrnehme, mit den Mitarbeitern des Zentrums auf die Dörfer der Umgebung zu fahren, empfinde ich bei den Menschen, die mir als Otomi - Indianer begegnen, in erster Linie materielle Armut. Ihre Häuser, die heute zum großen Teil aus Stein mit Wellblechdach gebaut sind, machen einen armseligen Eindruck auf mich. Die Erde dient meist als Fußboden, und es gibt kaum Mobiliar. Die Otomi schlafen auf Matten auf dem Fußboden, die Küchen haben häufig nur eine offene Feuerstelle. Ich sehe die Menschen in zerrissenen Kleidern, und sie kommen mir schmutzig vor, in geschlossenen Räumen empfinde ich ihren Geruch als unangenehm. Die Armut wirkt bedrückend auf mich, und es fällt mir schwer, mich gut zu fühlen. Beherrschte ich die spanische Spreche, hätte ich die Möglichkeit mit den Menschen über das, was ich als Armut empfinde zu sprechen. Vielleicht könnte ich erfahren, daß es in ihrem Leben Bereiche gibt, in denen sie sich wohlfühlen, die ihnen Spaß machen. So kann sich es nur erahnen, an den freundlichen und geduldigen Gesten ihren Kindern gegenüber, an den lachenden Gesichtern im Gespräch untereinander. Mir



Eine Gruppe Otomi - Frauen

fehlen jedoch die verschiedenen Voraussetzungen zur Kommunikation und deshalb wirken die Menschen und die Verhältnisse, in denen sie leben, hauptsächlich optisch auf mich, ich sehe nur ihre Armut. Würde ich mir einbilden, sie empfänden ihre Armut weit weniger bedrückend als sie auf mich wirkt, müßte ich doch einsehen, daß sie unter den Krankheiten, die Folge ihrer Armut sind, leiden. Mangelnde Hygiene und Mangelernährung verursachen bei vielen Otomi Magen- und Darmerkrankungen. Amöbenruhr tritt sicher am häufisten auf, aber auch Fälle von Typhus kommen vor.
Bald erkenne ich, daß es die Otomi - Kultur meiner Vorstellung nicht gibt. Ich bin davon ausgegangen bei den Otomi eine Gesellschaft vorzufinden, die zwar der Akkulturation preisgegeben ist, die jedoch noch viele traditionelle Elemente und kulturelles Selbstbewußtsein kennzeichnet. Nun erwecken die Indianer durch ihr schüchternes, manchmal fast ängstliches Auftreten bei mir eher das Gefühl als seien sie sich ihrer Armut bewußt und schämten sich ihrer. Ihre Kleidung ist nicht so bunt und farbenprächtig, wie die der Indios vieler Werbeprospekte, sondern erscheint mir so grau und karg wie die Landschaft des Valle del Mezquitals. Die heute als Kunsthandwerkgegenstände von den Otomi gefertigten Blusen, Hemden und Hosen stammen außer den traditionellen Mustern im ältesten Fall aus früher Kolonialzeit.
Die materielle Kultur der Otomi scheint von dem unfruchtbaren Land, das sie schon in vorkolonialer Zeit bewohnt haben, geprägt zu sein. Der anspruchslose Maguey - Kaktus, eine Agavenart, der auch wild auf



Otomi - Mann saugt den Pulque aus dem Kaktus .

dem unergiebigen Boden wächst, ist ihre am vielfältigsten genutzte Pflanze geworden. Aus ihm gewinnen die Otomis das traditionelle Rauschgetränk, den Pulque.

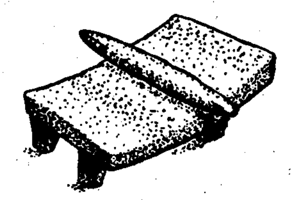


Die Maguey - Blätter werden bis zur Grundfaser geschabt

Seine Blätter verwenden sie zu ihrem herkömmlichen Hausbau und zur Herstellung eines Gewebes, das sie „Ixtle" nennen. Dazu müssen sie die Blätter in mühevoller Handarbeit bis zur Grundfaser schaben, die sie dann spinnen. Oft sehe ich die Frauen auf ihrem Weg zur Stadt oder zum Markt mit einer Spindel in der Hand, von der sie den Faden, das Ixtle, zwirbelnd ziehen. Es erstaunt mich, als ich auch Männer sehe, die unterwegs Ixtle spinnen. Von den Frauen wird das Ixtle dann zu einem Stoff gewoben, der, um ihn auf der Haut zu tragen, zu rauh und kratzig ist. Deshalb verwenden die Otomi das Gewebe in der Hauptsache für Tragetücher und Matten.

Bei meinen Spaziergängen über den vorwiegend indianischen Wochenmakrt fällt mir kaum auf, daß die Indianer diese, aus Ixtle gewebten, traditionellen Produkte dort verkaufen. Neben einigen handgefertigten Waren, wie Flechtwerk und tönernem Geschirr, stechen mir in erster Linie die Plastikeimer-, -taschen und -matten in die Augen. Im Vergleich zu dem eher friedlichen Treiben an den Ständen mit den herkömmlichen Waren, wird der Verkauf der Plastikprodukte aggressiv betrieben. Marktschreier fordern über Lautsprecher lauthals zum Kauf dieser Produkte auf. Da die Herstellung von Ixtle eine ziemlich zeit- und kraftaufwendige Arbeit ist, leuchtet es mir ein, daß es den Otomi verführerisch einfach erscheinen muß — haben sie gerade das nötige Kleingeld — die relativ billigen Plastiktaschen und -matten zu kaufen.
Ich begreife, daß die materielle Kultur dieser Indianer den industriell produzierten Waren unterlegen ist und sich besonders in der Konfrontation mit ihnen als Armut erweist. Sie ist für mich das entscheidende Merkmal der Otomi - Kultur geworden, die ich nunmehr als eine Kultur der Armut empfinde.
Aufgrund dessen verändere ich meine Einstellung zum Erwachsenenbildungsprojekt, denn ich beginne seine berechtigten Seiten zu entdecken. Das Erwachsenenbildungszentrum versucht, der indianischen Bevölkerung zu helfen, mit ihren Lebensbedingungen besser fertig zu werden. Im Rahmen einer Volkschulausbildung lernen die Otomi Lesen, Schreiben, Rechnen und Naturkunde. Darüberhinaus werden Anleitungen zur Bearbeitung des unfruchtbaren Bodens und Anregungen zur Bildung von Kooperativen auf verschiedenen Gebieten gegeben, z.B. Konsumoperativen, Kunsthandwerdskooperativen oder Maismühlenkooperativen. Bestechend finde ich zum einen das projekteigene Unterrichtsmaterial, das auf der Methode Paolo Freires beruht, zum anderen die Form, in der die theoretischen und praktischen Lerninhalte vermittelt werden. Unter dem Begriff „Hilfe zur Selbsthilfe" werden Otomi, Frauen sowie Männer, im Zentrum zu Promotoren ausgebildet, um auf ihren Dörfern zusammen mit mexikanischen „Entwicklungshelfern" die indianischen Gruppen zu unterrichten. Nehmen die Otomi die Hilfe an, müssen sie Bereiche ihres traditionellen Lebens verändern. Das zeigt das Beispiel der Maismühlenkooperative. Tortillas, Maismehlfladen, bilden die Nahrungsgrundlage. Es gibt keine Mahlzeit ohne Tortillas. Die Otomi - Frauen sind darum eine beträchtlichen Teil des Tages damit beschäftigt, mittels der traditionellen Steinwerkzeuge die Maiskörner von Hand zu Maismehl zu mahlen. Das ist eine anstrengende Arbeit, weil sie Kraft kostet und in gebückter Haltung ausgeübt wird. Zudem bindet sie die Frauen an die Küche. Deshalb haben sich die Frauen eines Dorfes zusammengetan und mit Hilfe des Erwachsenenbildungszentrums in einem der Häuser eine elektrische Maismühle aufgestellt. Mit der Maschine

ist eine Frau in der Lage, das Maismehl für das ganze Dorf zu mahlen.



Maiskornmahlstein

Dieses Beispiel zeigt, daß die Veränderung traditioneller Bereiche ohne schädliche Auswirkungen möglich sein kann. Es gibt aber Eingriffe in die ursprüngliche Lebensform, die keineswegs eindeutige Verbesserungen mit sich bringen, wie beispielsweise das Bewässerungsproblem.

Aufgrund des trockenen Klimas können die Otomi den Mais nur in regenreichen Jahren in ausreichendem Maß ernten. Von den 10 Wochen, die ich mich in der Stadt im Valle del Mezquital aufhalte, regnet es schätzungsweise eine Woche, das ist sehr viel für die Gegend.

Um der Unfruchtbarkeit des Bodens Herr zu werden, führt die mexikanische Regierung ein Bewässerungsprogramm durch, das aber erst in einigen Regionen des Valle del Mezquital verwirklicht worden ist. Die Menschen in den trockenen Zonen haben weiterhin mit den klimatischen Widrigkeiten zu kämpfen. Obwohl das Bewässerungsprojekt der Regierung eine Kehrseite hat, denn das Gebiet der Otomi wird dabei als Abflußrohr für Mexiko - Stadt benutzt, indem die Abwässer der Millionen - Kapitale ungeklärt in die tiefer liegende Halbwüste entwässert werden, ist dennoch der landwirtschaftliche Anbau in den bewässerten Zonen leichter möglich.



Bauer bei der Bearbeitung des trockenen Bodens

Bei uns sind die Abwässer, die Höchst oder andere Chemie - Konzerne in den Rhein ablassen, in jedem Fall schädlich, es gibt keine nützlichen Nebeneffekte. Im Valle del Mezquital sind die Lebensbedingungen derart miserabel, daß selbst ein Produkt (für das schmutzige Wasser müssen die Otomi bezahlen), das offensichtlich gesundheitsgefährdend ist, den Menschen zumindest kurzfristig eine Verbesserung der Lebensqualität bringen kann.

Innerhalb der neuen alternativen Bewegung wird häufig die Auffassung vertreten, die Tradition der indianischen Kulturen solle aufrecht erhalten werden.

Diese Meinung entspringt sicher der Erkenntnis, daß das Leben in der BRD mit dem technologischen Potential und der materiellen Übersättigung zu Umweltzerstörung und psychischer Verelendung führt. In meiner bundesdeutschen Umwelt habe ich die Anwendung von Technik nur auf wenigen Gebiete unter dem Aspekt der Lebenserleichterung betrachtet. Angesichts der materiellen Realität der Otomi sehe ich ein, daß das Verfügen über Technik auch eine Chance bedeuten kann. Nachdem ich die Arbeit am Projekt ein wenig näher kennengelernt habe, wird mir allerdings klar, wie beschränkt seine Möglichkeit ist, Entwicklungshilfe leisten zu können.

Die ideale Konzeption der Projektarbeit, der „solidarische Autodidaktismus', nach Paolo Freire, der die Form der „Hilfe zur Selbsthilfe" enthält, wird durch die hierarchische Gliederung der Projektmitarbeiter, an deren unterster Stelle die Otomi - Promotoren stehen, sicher behindert.

Oft haben die Lerngruppen keine Kontinuität, da die Projektmitarbeiter flukturieren und die Otomi - Promotoren ab und zu, begründet oder unbegründet, ihre Arbeit am Erwachsenenbildungszentrum aufgeben. Die Effektivität des Unterrichts hängt jedoch fast ausschließlich von dem Engagement der einzelnen Promotoren ab. Bei den Otomi - Gruppen, die sich auflösen, weil die Promotoren aufgehört haben zu arbeiten, gerät das Erlernte bald in Vergessenheit, so daß bei einer eventuellen späteren Neugründung alles noch einem von vorn gelernt werden muß.

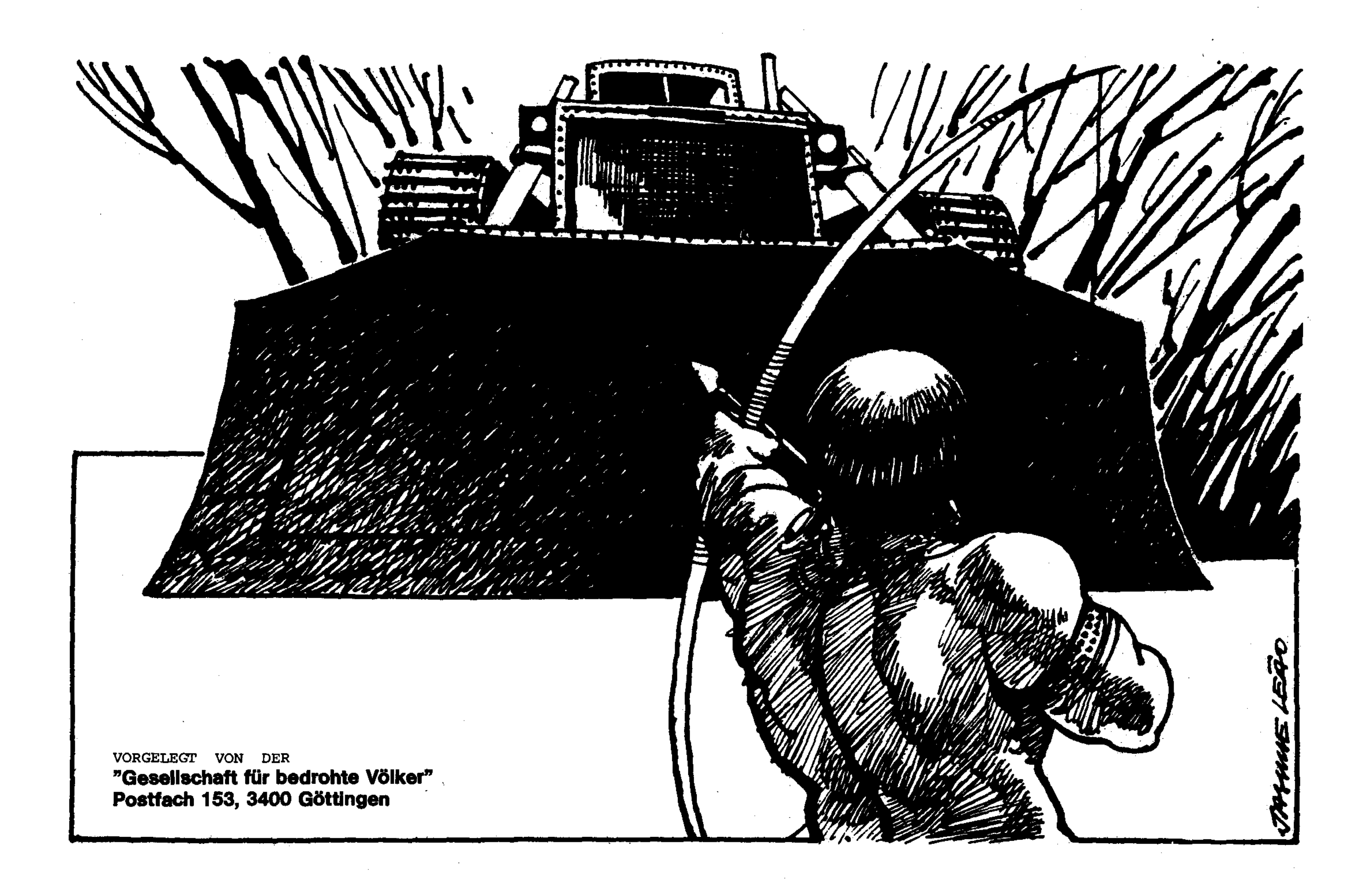
Letztlich müssen die Otomi selbst entscheiden, inwieweit sie die Neuerungen annehmen wollen. Sie haben einen Mechanismus entwickelt, sich gegen Veränderungen, die sie wahrscheinlich in vielen Fällen nicht überschauen können, zu wehren: den passiven Widerstand, die Verweigerung. Sie besteht hauptsächlich darin, keine Information über sich preiszugeben. Sie sprechen ihre Sprache, das Otomi, wenn sie von Außenstehenden nicht verstanden werden wollen. Abgesehen von den indianischen Promotoren wird Otomi nur von wenigen Mitarbeitern des Projektes verstanden. Ihre verschlossene Haltung bietet ihnen die Möglichkeit, sich bei direkten zwischenmenschlichen Kontakten vor fremden Kultureinflüssen zu schützen. Dieser Schutz funktioniert auf anderen Ebenen der Kontakte mit der westlichen Zivilisation nicht mehr.

Viele Otomi - Familien verfügen über ein Kofferradio (diese Radios können auch mit Batterien betrieben werden), und fast jedes Dorf hat einen Fernseher. Gerade aufgrund dieser, für die Otomi undurchsichtigen industriegesellschaftlichen Einflüsse, kann ihnen ihre Verweigerung gegenüber Mitarbeitern des Projektes, die an einer Verbesserung der Lebensgrundlagen interessiert sind, ein Hindernis sein.

Meine Erfahrungen, die ich im Laufe meines Aufenthaltes im Valle del Mezquital mache, räumen allmählich meine Zweifel aus, ich könne durch meine Anwesenheit zur Akkulturation der Otomi - Indianer beitra-

AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG DES IV. RUSSELL-TRIBUNALS ÜBER DIE RECHTE DER INDIANER NORD-, MITTEL- UND SÜDAMERIKAS

24. - 30. NOV. 1980 IN ROTTERDAM



Am 21.2.1980 wurde der Beschluß der Russell-Peace-Foundation veröffentlicht, daß sich das IV. Russell-Tribunal mit den Rechten der indianischen Völker Nord- und Südamerikas befassen wird.
Im folgenden hier einige kurze Informationen über die R.P.Foundation:
Sie wurde von dem englischen Mathematiker und Nobelpreisträger Bertrand Russell ins Leben gerufen, der selbst jahrelang gegen Menschenrechtsverletzungen und gegen Aufrüstung gekämpft hatte, aber feststellte, daß er als Einzelperson die zahllosen Appelle und Bitten, die international an ihn gerichtet wurden, nicht mehr entsprechend bearbeiten konnte. So kam die Idee einer Stiftung auf, die im September 1963 ins Leben gerufen wurde, unterstützt von einer großen Zahl internationaler Schirmherren, unter ihnen Prof. Linus Pauling (Friedensnobelpreisträger), Präsident K. Kaunda, Präsident Julius Nyerere, Präsident L. Senghor, Dr. Max Born (Nobelpreisträger Physik), Pablo Casals (Cellist), Premierminister J. Nehru, Dr. Albert Schweitzer u.a.
Diese Organisation unterstützt im internationalen Rahmen den Kampf gegen Krieg und Wettrüsten (vor allem auch im atomaren Bereich) und gegen Unrecht, das Einzelnen oder ganzen Völkern angetan wird. Sie tut dies durch Öffentlichkeitskampagnen, durch Informationen mittels Büchern und Broschüren, durch Vermittlungstätigkeiten - und durch Tribunale.
Die Tribunale sollen öffentlich die Situation der Menschenrechte auf der Grundlage von entsprechenden Verträgen, Konventionen und Gesetzgebungen analysieren und zu Vorschlägen kommen, wie eventuelle Verletzungen dieser Rechte abgestellt werden können. Dabei urteilen sie nicht in einem allgemein moralischen Rahmen; Grundlage ihrer Arbeit ist immer der gesetzlich-juristische Hintergrund des Völkerrechts und der Menschenrechte sowie ggf. die Gesetze der betroffenen Länder.
Nachdem sich das erste Tribunal mit dem Vietnamkrieg auseinandersetzte (1967), das zweite mit der Unterdrückung in Südamerika (1973-76) und das dritte mit der Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland (1978), wird sich das vierte nun mit den Rechten der Ureinwohner Amerikas befassen.
Die Russell-Peace-Foundation wird dieses Tribunal in Zusammenarbeit mit der Workgroup Indian Project Foundation (WIP) in Holland durchführen.
Andere unterstützende Gruppen sind u.a. die Gesellschaft für bedrohte Völker (Bundesrepublik), Survival International (Großbritannien), International Work Group Indigenous Affairs, (= IWGIA, Dänemark), der International Indian Treaty Council (USA) und Incomindios (Schweiz).
Die obengenannte Workgroup Indian Project (WIP) bildete sich Ende 1978 in Amsterdam. Sie ist ein Zusammenschluß verschiedener Organisationen und Einzelpersonen, die sich mit der Information über die Lage der eingeborenen Völker Amerikas befassen. Ihr Ziel ist es, den Eingeborenen-Völkern Nord-, Mittel- und Südamerikas zu helfen, ihre Menschenrechte durchzusetzen. Da diese Völker gemäß dem Völkerrecht einen Anspruch auf eigene Sprache, eigene Kultur und eigenes Land haben, hält es die WIP für notwendig, Verletzungen dieser Menschenrechte an die Öffentlichkeit zu bringen, sie in ihrem historischen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhang darzustellen und die

Weltöffentlichkeit mit diesen Tatsachen zu konfrontieren.
Zu diesem Zweck soll nun das IV. Russell-Tribunal durchgeführt werden.
Die Notwendigkeit für ein solches Tribunal ergibt sich nach Auffassung der WIP auch aus der Schlußresolution der Genfer Konferenz der Non-Governmental Organisations (NGOs) zur Situation der eingeborenen Völker beider Amerika (1977), die weitere Aktivitäten empfiehlt, um die angeschnittenen Probleme in der Öffentlichkeit bewußt zu halten.
Der ständige Kampf der Indianer um ihre Rechte wird allgemein von der Presse unterschlagen; berichtet wird nur von spektakulären Ereignissen wie z.B. von Wounded Knee, dem Massaker von Panzos, der Botschaftsbesetzung in Guatemala.
Die Schlußresolution der Genfer NGO-Konferenz (inkl. Anhang „Prinzipielle Erklärung zur Verteidigung der eingeborenen Nationen und Völker der westlichen Hemisphäre") kann als Ausgangspunkt für das Tribunal betrachtet werden:

- dort sind die Rechte der eingeborenen Völker beider Amerika genau definiert (das Tribunal wird darüber hinaus internationale, lokale und regionale Gesetzgebungen mit einbeziehen);
- diese Dokumente stellen den Orientierungsrahmen dar für die zu präsentierenden Fälle und sollen integraler Bestandteil der Anklagen sein, die der Jury vorgelegt werden. Jeder Einzelfall steht dann zugleich stellvertretend für andere, ähnlich gelagerte Fälle, so daß eventuelle positive Ergebnisse des Tribunals dann auch nicht nur auf die jeweiligen Einzelfälle anwendbar sind, sondern auf alle Fälle, die gleiche oder ähnliche Strukturen aufweisen;
- die Verbindung von NGO-Konferenz und Tribunal ist so auch inhaltlich hergestellt.

Die Notwendigkeit eines solchen Tribunals wird von indianischen Organisationen und Repräsentanten unterstützt, wenn auch mehr „von außen", da sie - wie einer es ausdrückte - „voll beschäftigt sind mit dem Versuch zu überleben."
Natürlich könnte der Einwand kommen, die für ein Tribunal aufgewendeten Kosten sollten besser für direkte Hilfe in bestimmten Fällen benutzt werden. Damit wäre jedoch nur einigen vorübergehend geholfen - das Tribunal dagegen dient ihnen allen. Es wird anhand einiger konkreter Fälle überprüfen, inwieweit die Rechte eingeborener Bevölkerungsgruppen verletzt worden sind und noch werden.
Durch das Vorbringen von Rechtsverletzungen vor einem solchen Tribunal hofft man,

- bessere Lebensbedingungen für die Betroffenen zu erreichen, so daß sie sich kulturell, politisch und ökonomisch ihren eigenen Vorstellungen entsprechend entwickeln können;
- Solidarität sowie Hilfe und Unterstützung für ihren Kampf gegen Kolonisierung, Ausbeutung und Ausrottung zu gewinnen;
- über ihre Situation sachlich zu informieren, um gegen Vorurteile anzukämpfen, die aus den verschiedensten Gründen entstanden sind und auch jetzt noch weiterbestehen;
- Aufmerksamkeit zu erreichen für andere Minderheiten, die sich in vergleichbaren Situationen befinden.

Eine ausführliche Begründung für das Tribunal stellen die folgenden Ausführungen dar, die von Mitgliedern der WIP erarbeitet wurden.

DAS RECHT DES SCHWACHEN

Argumentation für die Veranstaltung eines internationalen Tribunals über die Rechte und die Lage der eingeborenen Völker in der Welt unter besonderer Berücksichtigung der Urbevölkerung Nord- und Südamerikas

Trotz des gegenwärtigen Prozesses politischer Entkolonialisierung, durch den viele sogenannte Dritte-Welt-Länder politisch unabhängig geworden sind, leiden die verschiedensten Länder immer noch unter den Folgen der früheren Kolonialpolitik vieler europäischer Staaten sowie unter den Auswirkungen der wirtschaftlichen Hegemonie dieser und anderer Staaten auf dem Weltmarkt.
Der täglich steigende Bedarf der westlichen Konsumgesellschaften an Rohstoffreserven und Energiequellen wird zur Folge haben, daß bald auch die letzten mehr oder weniger autonom lebenden eingeborenen Volksgruppen von ihren angestammten Gebieten vertrieben werden. Und dies, obwohl man weiß, daß das Land die wichtigste Existenzgrundlage für ein Volk ist, gleichgültig ob es sich um ein Volk von Bauern, von Jägern oder von Sammlern handelt. Landrechte der Urbevölkerungen werden oft von Regierungen und staatlichen Autoritäten nicht anerkannt oder verletzt.
Die zwangsweise (politische, ökonomische, soziale und kulturelle) Integration in die sie umgebenden, stärker technologisch entwikkelten Gesellschaften wird eine Folge all dessen sein; sie entbehrt jedoch jeglicher Rechtsgrundlage und stützt sich schlicht auf das althergebrachte „Recht des Stärkeren" - genau wie zu Zeiten des europäischen Kolonialismus.
Im Nachfolgenden werden wir näher auf die spezielle Situation der eingeborenen Völker Nord- und Südamerikas eingehen. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß deren Situation viele Parallelen in der ganzen Welt hat.
Vom 20. - 23. September 1977 fand in Genf die Internationale Konferenz der nichtstaatlichen Organisationen über die Diskriminierung der Urbevölkerung Amerikas statt. Die Situation der eingeborenen Völker in Süd- und Nordamerika wurde in der Schlußresolution dieser Konferenz folgendermaßen dargestellt:
„Die Situation mag von Land zu Land unterschiedlich sein, die Grundzüge sind überall die gleichen; sie beinhalten die gewaltsame Kolonisierung, die den Weg zur Ausplünderung des Landes und seiner Reichtümer zur Befriedigung der Profitinteressen des Handels ebnet; das jahrhundertelange Hinmorden von Millionen von Ureinwohnern und das fortgesetzte Greifen nach ihrem Land, das sie daran hindert, ihre eigenen Rohstoffquellen und Lebensmölichkeiten auszuschöpfen und zu entwickeln; die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für eingeborene Völker, wodurch ihr traditionelles Wertsystem und ihre sozio-kulturellen Strukturen zerstört werden." (vgl. dazu den vollständigen Text der Schlußresolution in pogrom Nr. 54/55/56, 9. Jg., Sonderausgabe „Indianer in Europa")
Dieses traditionelle Wertsystem und die soziokulturelle Struktur werden außerdem zerstört durch die Einflüsse von Missionierung und Evangelisation. Darüber hinaus läßt die gesundheitliche Situation in vielen Eingeborenengemeinden sehr zu wünschen übrig. Das in Genf vorgetragene Beweismaterial erwies deutlich das Fortbestehen solcher Unterdrückung, die die immer noch andauernde Vernichtung eingeborener Völker zur Folge hat.
Diese Konferenz empfahl Maßnahmen, die von den nicht-staatlichen Organisationen entsprechend ihren Aufgaben und Möglichkeiten verwirklicht werden sollten. Eine dieser Empfehlungen war, daß nicht-staatliche und zwischenstaatliche Organisationen Konferenzen, Lehrgänge und Kolloquien auf verschiedenen Ebenen - regional, national, global - veranstalten sollten, und zwar unter vollberechtigter Teilnahme eingeborener Völker, um so die durch die Konferenz weltweit bekannt gewordenen Probleme in der Öffentlichkeit präsent zu halten und um in Zukunft ein Forum für neue Aussagen dazu zu schaffen.
Die Veranstaltung eines Tribunals über die oben erwähnten Probleme ist ganz im Sinne dieser Empfehlung, und es sollte deshalb von nicht-staatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen unterstützt werden. Im Verlauf des Tribunals könnte nicht nur die auch nach der Genfer Konferenz andauernde Unterdrückung der eingeborenen Völker Nord- und Südamerikas (und vielleicht auch anderswo) vor der Weltöffentlichkeit dokumentiert werden, sondern es könnte auch untersucht werden, welche Rolle das Ausland bei der Beendigung oder Erleichterung der Mißstände spielen könnte und warum das Ausland eine solche Rolle übernehmen müßte.
Die Eingeborenenvölker Nordamerikas wie auch die Indianervölker Südamerikas waren zur Zeit der Ankunft von Columbus politisch unabhängige, eigenständige Gemeinschaften. Die Souveränität der Eingeborenenvölker Nordamerikas wurde zuerst von Holland, Frankreich und Großbritannien anerkannt, die alle Verträge abschlossen mit der Konföderation der Sechs Nationen, auch Irokesenkonföderation genannt. Diese Souveränität wurde in der Folge auch von der unabhängigen Republik der Vereinigten Staaten von Amerika anerkannt, die zwischen 1778 und 1871 371 Verträge mit Indianernationen abschloß. Diese Verträge waren und sind internationale Dokumente, die zwischen souveränen Partnern abgeschlossen worden sind. Es ist nie die Intention der amerikanischen Verfassung gewesen, den amerikanischen Kongreß mit der Gesetzgebung für die indianischen Völker zu beauftragen, genausowenig wie über andere ausländische Staaten. Wenn eine Indianernation einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten abschloß, handelte es sich hierbei lediglich um einen Friedensvertrag, bei dem die betreffende Indianernation ihre Souveränität behielt.
Eingeborenennationen im heutigen Canada schlossen ebenfalls Verträge ab (11 mit der britischen Krone).
Demnach ist die Situation der Eingeborenenvölker in Nordamerika nicht die eines internen Konfliktes mit Kanada oder mit den Vereinigten Staaten, sondern die eines internationalen Konfliktes. Die fortgesetzte Verletzung der Souveränität dieser Nationen wie auch das Verwehren von vertraglich festgelegten Rechten (z.B. Land-, Fischerei- und Jagdrechte) ist deshalb eine Angelegenheit, die die gesamte Staatengemeinschaft angeht.

Die Regeln des Völkerrechts und die darunter fallenden Verträge bestimmen in erster Linie die Beziehungen der souveränen Staaten innerhalb der Völkergemeinschaft. Diese Regelungen sollen kleinere und / oder schwächere Nationen in den Stand versetzen, ihre Souveränität und politische Unabhängigkeit zu bewahren. Deshalb sollte es Pflicht und Interesse jedes souveränen Staates sein, darauf zu achten, daß diese Regeln des Völkerrechts eingehalten werden. Es ist unannehmbar, daß Verletzungen dieser Regeln toleriert werden, denn dies würde ein Aushöhlen der Basis internationaler Beziehungen bedeuten und eine zunehmende Rechtsunsicherheit zur Folge haben. Es ist demnach von größter Wichtigkeit, daß Repräsentanten der Weltöffentlichkeit Gelegenheit gegeben wird, sich über Vertragsverletzungen und über Verletzungen von Menschenrechten und anderen Rechten der eingeborenen Völker Nord- und Südamerikas zu informieren und diese Verletzungen zu verurteilen.

Nicht nur der Kolonialstatus der Eingeborenenvölker mit Vertragsrechten, sondern auch der Kolonialstatus jener ohne Vertragsrechte muß zu einer Angelegenheit der Weltöffentlichkeit werden. Denn Kolonialismus ist eine Bedrohung für jede souveräne Nation. Eingeborene Völker mit oder ohne Vertragsrechte gründen ihr Recht auf Souveränität auf die Tatsache, daß sie immer eigenständig gewesen sind, und nicht auf die Anerkennung (oder Nichtanerkennung) ihrer Souveränität durch den Staatsapparat. Für die Repräsentanten und Regierungen der 35 Staaten, die die Schlußakte von Helsinki am 1. August 1978 unterzeichneten, war es besonders wichtig, die Lage der eingeborenen Völker Nordamerikas in einen internationalen Rahmen einzubinden, denn die Verletzungen der Vertragsrechte dieser Völker durch die Regierungen der Vereinigten Staaten und Kanadas stehen im Widerspruch zu Par. 10 der Schlußakte. Dieser Paragraph besagt, daß die Unterzeichnerstaaten in gutem Glauben ihre Verpflichtungen gemäß dem Völkerrecht erfüllen werden, die ihnen aus Verträgen oder anderen Übereinkünften erwachsen. Die Kritik einer Reihe dieser 35 Staaten bezüglich der Verletzung der Schlußakte durch die Sowjetunion würde an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sich diese Kritik auch auf die Länder selbst oder andere Unterzeichner beziehen würde. Weiter muß auf die besonderen Verbindungen zwischen einer Anzahl europäischer Staaten und Eingeborenennationen Nordamerikas hingewiesen werden. Erwähnt wurden schon die internationalen Verträge zwischen der Irokesenföderation und Holland, Frankreich und Großbritannien, wobei diese Staaten die Souveränität der Konföderation anerkannten. Diese europäischen Staaten machen sich selbst unglaubwürdig und verstärken die Rechtsunsicherheit, wenn sie nicht den Kampf der Irokesen um internationale Anerkennung ihrer Souveränität unterstützen.

Die Existenz dieser besonderen Verbindungen kam 1924 wieder zum Tragen, als Holland als eines der wenigen westlichen Länder den Souveränitätsanspruch der Sechs Nationen der Irokesen im damaligen Völkerbund unterstützte. Außerdem schlossen kanadische Indianernationen 11 Verträge mit der britischen Krone ab. Verletzungen dieser Verträge durch den kanadischen Staat fallen demnach unter die direkte Verantwortlichkeit Großbritanniens.

Europäische und andere Industriestaaten sind auch tief verwickelt in die Unterdrückung eingeborener Völker in Südamerika. Brasilien ist in den letzten Jahren dabei, weite Teile des Amazonasgebietes zu erschließen. Straßenbau, Ausbeutung von Naturreichtümern und Kolonisierung des Gebietes bedeuten für die noch überlebenden Eingeborenen die Alternative: Tod oder erbarmungslose Integration. Der Präsident der FUNAI, der nationalen Indianerstiftung, machte dies deutlich, als er sagte: „Es wird meine Aufgabe sein, die Indianer in die nationale Gesellschaft zu integrieren, denn es ist unmöglich, die Entwicklung dieses Landes mit der Begründung aufzuhalten, daß Indianer beschützt und in ihren ursprünglichen Lebensbedingungen belassen werden müßten." Der brasilianische Innenminister, Mauricio Rangel Reis, ließ ebenfalls keinen Zweifel bestehen: „Unsere Politik



ist auf eine möglichst rasche Integration der indianischen Bevölkerung in die nationale Gesellschaft ausgerichtet." In voller Übereinstimmung mit dieser Politik war FUNAI gezwungen, indianische Landrechte den größeren ökonomischen Interessen des Straßenbaus, des Bergbaus und der Agrarindustrie zu opfern. In allen drei Bereichen ist ausländische Beteiligung von grundlegender Bedeutung. Die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID) und die Weltbank stellen Geld zur Verfügung, multinationale Unternehmen investieren, und die brasilianische Regierung sorgt für die Infrastruktur.

In Bolivien bestehen genau ausgearbeitete Pläne für die Einwanderung von 150.000 Südafrikanern. Viele Weiße, denen die Zukunft in Südafrika zu unsicher ist, suchen eine Ausweichmöglichkeit in Südamerika. Hierüber haben Verhandlungen zwischen der ICEM (Intergovernemental Committee for European Migration), der Bundesrepublik Deutschland und mehreren südamerikanischen Staaten stattgefunden. Mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland sollen ca. 30.000 Familien aus Rhodesien, Namibia und Südafrika im östlichen Teil Boliviens angesiedelt werden. Laut Berichten sollen die ersten 50 Familien schon eingetroffen sein.

Das Ansiedeln so vieler Weißer mit zweifelhaftem politischem Hintergrund bedeutet eine Bedrohung der indianischen Bevölkerung Boliviens. Jan Voley, der Leiter einer Delegation der Südafrikanischen Nationalpartei, die kürzlich in Bolivien war, erklärte, die örtlichen Indianer hätten einen Entwicklungsstand, der „dem der schwarzen Südafrikaner vergleichbar ist", und man könne ihnen leicht manuelle Tätigkeiten beibringen. „Sie sind nicht gerade die produktivsten Menschen, die ich je gesehen habe. Sie haben ein bißchen mehr Selbstwertgefühl als unsere Schwarzen, und ansonsten laufen sie ziemlich sauber rum" - soweit Foley. Rassistische Weiße aus Südafrika könnten die neuen Unterdrücker in Bolivien werden.

Die neuen Kolonisatoren erhalten Kredite, landwirtschaftliche Ausbildungen und alle Erleichterungen, die die indianischen Bauern in Bolivien nie hatten. Die Ankunft der Weißen wird die Vertreibung der Eingeborenen zur Folge haben; diese müssen dann auf weißen Anwesen als Arbeiter ihr Geld verdienen. So wird der Kampf der bolivianischen eingeborenen Völker um eine selbstgestaltete ökonomische Entwicklung und um die Erhaltung ihrer kulturellen Identität noch schwerer werden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß jeder souveräne Staat mehr oder weniger in die Problematik der eingeborenen Völker Amerikas verwickelt ist - oder auch anderswo. In Hinblick auf die internationalen Aspekte des Problems erscheint das Zustandekommen eines internationalen Tribunals über die Lage der Eingeborenen sehr wünschenswert. Dieses Tribunal kann langfristig dazu beitragen, daß alle Staaten ihren Standpunkt bezüglich des Konflikts zwischen eingeborenen und nicht-eingeborenen Völkern überdenken und ihre Außenpolitik daran ausrichten. Internationale Solidarität mit eingeborenen Völkern ist ein großer Schritt in Richtung auf die Anerkennung ihrer Souveränität, sofern sie sie fordern. Weiterhin kann die durch ein Tribunal erreichte Solidarität zur Folge haben, daß Verletzungen von Menschenrechten und von Vertragsrechten wie Land-, Fischerei-Jagd- und anderen Rechten seltener vorkommen. Ein Tribunal könnte die oben angesprochenen Probleme in den Köpfen von Politikern, Beamten und Bürgern bewußt machen - und das bedeutet für viele Leben oder Tod.

Amsterdam, 26.6.78 - Steef Davidson (Publizist), Wessel Huisman (NANAI), Ben Vermeer (WIZA)

Das Tribunal soll, wie schon gesagt, nicht als Forum für allgemeine Klagen dienen, sondern es sollen ganz konkrete Rechtsverletzungen dargestellt und verhandelt werden. Dazu war es notwendig, das Ganze in einen juristischen Rahmen zu stellen, der auch als Leitlinie für die Aufarbeitung der einzelnen Fälle dient. Diese juristische Grundlage wird im nachfolgenden Artikel aufgezeichnet. Der Verfasser ist Rechtsberater von Survival International.

WARUM EIN INTERNATIONALES TRIBUNAL ?
Der juristische Hintergrund

Eingeborenen werden im Völkerrecht weitreichende Rechte zugestanden, aber die Mittel zu ihrer Durchsetzung werden ihnen verwehrt. Diese Ungereimtheit ist darauf zurückzuführen, daß die eingeborenen Völker eher als Objekt denn als Subjekt des Völkerrechts betrachtet werden. Diese Tatsache verdeutlicht die dringende Notwendigkeit des Internationalen Tribunals über die Rechte der amerikanischen Indianer.

Im 19. Jahrhundert wurde die Souveränität eingeborener Völker oft anerkannt. Dies war z.B. die Haltung Großbritanniens gegenüber den Maoris vor dem Verzicht auf Neuseeland im Jahr 1840. Die Vereinigten Staaten haben einst ihre Indianervölker als eigenständige Nationen behandelt, und noch 1885 hat der amerikanische Delegierte bei der Berliner Afrikakonferenz bemerkt, daß ,,modernes Völkerrecht stark dahin tendiert, das Recht der eingeborenen Völker anzuerkennen, frei über sich und ihr ererbtes Gebiet zu verfügen. In Übereinstimmung mit diesem Prinzip würde meine Regierung umfassendere Verordnungen begrüßen, die auf dem Grundsatz basieren, eine freiwillige Übereinkunft mit den Völkern zu erreichen, deren Land in Besitz genommen worden ist; dies jedenfalls in allen Fällen, in denen sie keine Gewalt provoziert haben."

Aber die Berliner Konferenz verwarf kurzerhand den Vorschlag, daß ,,unzivilisierte" Völker Rechte erhalten sollten, die ihre freiwillige Zustimmung erforderlich machten, wenn eine international anerkannte Regierung über sie verfügen wollte, und in vielen Ländern schlug die Rechtsprechung einen ähnlichen Kurs ein. Typisch für die paternalistische Haltung der Gerichte war Oberrichter Marshalls Beschreibung der nordamerikanischen Indianer in ,,Cherokee Nation versus State of Georgia" (1831). Er sagte, daß indianische Stämme betrachtet werden müssen als ,,einheimische, abhängige Nationen, . . . die sich im Stadium der Minderjährigkeit befinden. Ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten läßt sich mit dem eines Mündels zum Vormund vergleichen. Sie erwarten Schutz vor unserer Regierung . . . und betrachten den Präsidenten als ihren Großen Weißen Vater."

Gegen Ende des Jahrhunderts wurde diese Auffassung weitgehend von Völkerrechtlern übernommen. Im Rechtsfall der Cayuga-Indianer im Jahr 1926 entschied das British and American Claims Tribunal, daß ein Indianerstamm kein Subjekt des Völkerrechts sei und daß er ein Rechtskörper nur in soweit sei, als ihn die Gesetzgebung des Landes, in dem er lebe, als solchen betrachte. Zwei Jahre später führte die umstrittene Souveränität der Insel Palmas zu einem anderen internationalen Schiedspruch, in dem der Richter Max Hubor es als eine Selbstverständlichkeit betrachtete, daß Verträge, die zwischen der Ostindischen Kompanie und Häuptlingen der Insel abgeschlossen worden waren, ,,nicht, im Sinne des Völkerrechts, Verträge oder Übereinkommen waren, die Rechte und Verpflichtungen schaffen können, wie sie üblicherweise nach dem Völkerrecht aus Verträgen hervorgehen." Der Ständige Internationale Gerichtshof kam zu einem ähnlichen Schluß im Fall des Status von Ostgrönland (1939), als er all das Territorium als terra nullius (Niemandsland) einstufte, das von ,,rückständigen" Völkern bewohnt war, deren politische Organisation nicht den westlichen Normen entsprach. Daraus folgte, daß diese Gebiete - ungeachtet der Wünsche der Ureinwohner - automatisch der erstbesten zivilisierten Macht zufielen, die sie zu besetzen beliebte.

Diese juristischen Entwicklungen hatten ihre Wurzeln in einer Vorstellung von Urvölkern, die sich mehr auf blinde Vorurteile stützte als auf wissenschaftliche Tatsachen. Und natürlich bot die Tatsache, daß den Einheimischen ein Rechtsstatus verweigert wurde, eine bequeme Rechtfertigung für den Drang des Westens nach territorialer Expansion. Eine verspätete Anerkennung des Unrechts, das auf diese Weise den eingeborenen Völkern zugefügt worden ist, kam vor nicht allzu langer Zeit durch den Internationalen Gerichtshof in seinem Gutachten über die Westsahara (1975) zum Ausdruck, wo der Gerichtshof schwerwiegende Bedenken äußert über die Anwendung der Terra-Nullius-Doktrin in bezug auf Land von eingeborenen Völkern. Der Vizepräsident des Gerichtshofes, Richter Fouad Ammoun, stützte sich vor allem auf die Argumentation, die der erste Verfechter der Rechte der Eingeborenen, Francisco de Vitoria, schon vor Jahrhunderten entwickelt hat. In ,,Reflectiones de Indis recenter inventis et de iure belli Hispanorum" (1557) behauptete Vitoria, daß nach internationalem Recht ,,... die Ureinwohner ohne Zweifel die rechtmäßige Oberhoheit sowohl in öffentlichen wie auch in privaten Angelegenheiten hätten, genau wie die Christen, und weder ihre Fürsten noch Privatpersonen dürften ihres Besitzes beraubt werden mit der Begründung, sie seien nicht dessen Eigentümer." Laut Richter Ammoun ist dies der Standpunkt, der heute eingenommen werden muß, während der Grundsatz der ,,res nullius", der ,,zu allen Zeiten bis ins 20. Jahrhundert hinein zur Rechtfertigung von Eroberung und Kolonisierung benützt wurde, heute verurteilt werden muß."

Es bleibt abzuwarten, ob das Gericht diesem Spruch in letzter logischer Konsequenz folgen und den eingeborenen Völkern den ihnen zustehenden Platz im Völkerrecht einräumen wird. Inzwischen wird jedoch die traditionelle Klassifizierung der eingeborenen Gemeinschaften als Objekte und nicht als Subjekte des Völkerrechts bestehen bleiben; und die verheerenden Auswirkungen dieser Klassifizierung werden die Sache der Eingeborenen weiter schwächen. Ein Volk mag ein Gebiet bewohnen, das weit größer ist als das Territorium vieler moderner Kleinstaaten, und er mag einen beträchtlichen Grad an sozialer und ökonomischer Unabhängigkeit aufweisen - trotzdem wird er keinen ,,locus standi" vor internationalen Gerichtshöfen erhalten. Seine Verträge und traditionellen Gesetze werden nur die Gültigkeit erhalten, die der Staat, in dessen Grenzen er lebt, ihnen zugesteht. Der höherstehende und grundsätzliche Rechtsanspruch auf Stammesgebiete wird als dem Staat zustehend betrachtet, auch wenn diese Gebiete nie von staatlichen Behörden erforscht oder vermessen worden sind. Auf diese Weise erhält die Urbevölkerung nur einen geringen oder keinen Gegenwert für ihr Land.

Kurz gesagt: die eingeborenen Völker werden effektiv daran gehindert, ihre Rechte auf den üblichen Wegen des Völkerrechts durchzusetzen. Daraus resultiert die Notwendigkeit des Intenationalen Tribunals über die Rechte der amerikanischen Indianer, das den Indianern Nord- und Südamerikas im Augenblick das einzig mögliche Forum bieten kann, um ihre Beschwerden an die Öffentlichkeit zu bringen.

Die Aufgabe des Tribunals ist klar. Es wird entscheiden, ob das Beweismaterial, das ihm sowohl von Indianern als auch von fachkundigen Zeugen unterbreitet wird, Verletzungen der jetzt international anerkannten Rechte der eingeborenen Völker durch nationale Regierungen bestätigt. Wenn es das Tribunal für angebracht hält, kann es Maßnahmen empfehlen, durch die bestimmte nachgewiesene Rechtsverletzungen abgestellt werden. Es kann auch prüfen, ob das Beweismaterial in einem besonderen Fall (im Sinne der ECOSOC-Resolution 1503) auf ein ,,ständig wiederkehrendes Muster grober und zuverlässig nachgewiesener Verletzungen der Menschenrechte" hinweist. Wenn ein solches Muster enthüllt worden ist, würde sich das Tribunal wahrscheinlich für eine Petition an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen entscheiden und dort um weitere Aktionen bitten.

Wenn das Beweismaterial auf eine oder mehrere Verletzungen der ILO (International Labour Organisation)-Konvention über eingeborene Völker hinweist, könnte das Tribunal überlegen, ob Schritte zur Darstellung des Falles oder zur Einreichung einer Beschwerde nach Art. 24 und 26 der ILO-Verfassung unternommen werden sollten.

Die Rechte der Urbevölkerungen, mit denen sich das Tribunal in erster Linie befassen wird, sind in zwei Kategorien einzuordnen:

- diejenigen, die in den Menschenrechtspakten und -übereinkommen der Vereinten Nationen enthalten sind
- diejenigen, die in der ILO-Konvention über eingeborene Völker zusammengestellt sind.

Offizielle Kopien all dieser Dokumente werden dem Tribunal natürlich vorliegen. Ihr Inhalt könnte folgendermaßen kurz zusammengefaßt werden:

1. Die UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord (Genozid) wurde am 9. Dezember 1948 angenommen und von mehr als 70 Ländern ratifiziert. Unter Genozid versteht man Handlungen, die in der Absicht unternommen werden, ethnische oder rassische Gruppen ganz oder teilweise zu vernichten. Darunter fällt auch ausdrücklich ,,das absichtliche Herbeiführen von Lebensbedingungen, die die physische Vernichtung einer Gruppe zum Ziel haben". Dies mag auch auf Entwicklungsprojekte und Bergbauunternehmungen zutreffen, die zwangsläufig die Umwelt zerstören, auf die marginalisierte Völker angewiesen sind.

2. Der UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte trat am 23. März 1976 in Kraft und wurde sowohl von Kanada als auch von den USA sowie von sieben lateinamerikanischen Staaten ratifiziert. Er wurde durch den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ergänzt, der am 3. Januar 1976 zum Gesetz erhoben wurde. Art. 1 (1) beider Konventionen besagt, daß „alle Völker ... das Recht auf Selbstbestimmung (haben). Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung." Artikel 1 (2) besagt: „Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen ... In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden."

Der Terminus „Völker" wird in keinem der Pakte definiert, aber es ist ziemlich eindeutig, daß er sich auch auf eingeborene Gruppen erstreckt, deren ethnische, rassische und soziale Merkmale sie von der Kultur der Mehrheit unterscheiden. Diese Auslegung wird von den Vorbereitungsarbeiten zu den Pakten gestützt, die dem Tribunal zur Einsicht vorliegen werden. Damit wird das Tribunal in der Lage sein, jegliches Beweismaterial daraufhin zu überprüfen, ob es den Vorwurf einer Verletzung des Art. 1 (1) erhärtet, d.h. ob einem Stamm das Recht auf politische Selbstbestimmung oder auf Selbstbestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung verwehrt worden ist oder ob er seiner Existenzgrundlage beraubt worden ist.

3. Art. 27 der Konvention über bürgerliche und politische Rechte besagt, daß Angehörigen ethnischer, religiöser oder sprachlicher Minderheiten „nicht das Recht vorenthalten werden darf, gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen." Diese Vorschrift wird ergänzt durch Art. 18 (2), der lautet: „Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der ihn in seiner Religions- und Glaubensfreiheit in irgendeiner Weise einschränkt." In diesem Zusammenhang ist „Zwang" nicht beschränkt auf körperliche Gewalt, sondern erstreckt sich auch, wie eine Studie der UN über religiöse Diskriminierung bereits ausgewiesen hat, auf Missionsarbeit unter Eingeborenen, denen eine materielle Belohnung für Abschwörung ihres traditionellen Glaubens angeboten wird. Demzufolge werden auch die Vorgehensweisen des Sommerinstituts für Linguistik ein Untersuchungsgegenstand des Tribunals sein.

4. Andere Bestimmungen des Paktes über bürgerliche und politische Rechte mit direktem Bezug zu den Urvölkern beinhalten: die Abschaffung von grausamen und erniedrigenden Strafen (Art. 7) und von Sklaverei und Zwangsarbeit (Art. 8); das Recht jedes einzelnen, im Fall einer gegen ihn erhobenen Anklage unverzüglich und detailliert in einer ihm verständlichen Sprache über Art und Grund des Vorwurfs unterrichtet zu werden (Art. 1 (4»; das Recht des Einzelnen auf Schutz vor willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben (Art. 1 (7». Außerdem muß das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 21 und 22) sicherlich auch Stammesversammlungen und -vereinigungen zugestanden werden, wie anderen Gruppen auch.

5. Die Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung wurde am 7. März 1966 zur Unterzeichnung vorgelegt und ist inzwischen von den meisten amerikanischen Staaten ratifiziert worden. Art. 2(2) erklärt: „Wenn die Umstände es erfordern, müssen vom Staat auf sozialem, wirtschaftlichem, kulturellem und anderem Gebiet besondere und konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um die angemessene Entwicklung und einen ausreichenden Schutz bestimmter rassischer Gruppen oder deren Angehöriger zu gewährleisten, um so sicherzustellen, daß sie in den vollen und gleichberechtigten Genuß der Menschenrechte und der grundlegenden Freiheiten gelangen."
Die verbindlichen Bedingungen dieses Artikels zeigen an (wie der Autor einer UN-Studie über Diskriminierung von Urvölkern bemerkt hat), daß „es die Pflicht des Staates ist, zum Wohle der Urbevölkerung in den unter seiner Rechtsprechung stehenden Gebieten besondere Maßnahmen zu ergreifen, besondere Rechte einzuräumen oder besondere Dienstleistungen zu erbringen, um damit seine Verpflichtung zu erfüllen, ihre ungünstige Lage zu verbessern." Viele Länder Nord- und Südamerikas haben hinsichtlich ihrer indianischen Völker „besondere Maßnahmen ergriffen, aber es wird Aufgabe des Tribunals sein, zu entscheiden, ob solche Maßnahmen zu ihrem Wohl waren oder nicht.

6. Zu den bürgerlichen Rechten, auf die lt. Art. 5 der Rassenkonvention jeder Mensch einen Anspruch hat, ungeachtet seiner Rasse, seiner Hautfarbe, seiner nationalen oder ethnischen Abstammung, gehört auch „das Recht, allein oder in Verbindung mit anderen Vermögen als Eigentum zu besitzen." Daraus folgt: wo nationale Gesetze dem weißen Siedler Eigentumsmittel an Land durch bloßen Besitz desselben zugestehen, muß es auch die Landansprüche der Urbevölkerung verteidigen: der Anspruch des Siedlers wie auch der des Ureinwohners basieren gleichermaßen auf Besitz, und eine Anerkennung des einen bei Mißachtung des anderen bedeutet unvermeidlich einen Verstoß gegen Art. 5. Das Recht auf Eigentum „in Verbindung mit anderen" ist ausdrücklich in diesen Artikel aufgenommen. Deshalb kann nicht behauptet werden, daß Ansprüche der Urbevölkerung hinfällig sind, weil die nationale Gesetzgebung gemeinschaftliche Rechtstitel nicht anerkennt. Im Rechtswesen mehrerer Staaten Südamerikas sind Gesetze eingeführt worden, die vorgeben, Indianerland vor Invasion zu schützen; auf der anderen Seite hindern sie Indianergemeinschaften daran, selbst zu ihrem Recht zu kommen. Das Tribunal könnte entscheiden, ob eine solche Gesetzgebung mit den Verpflichtungen aus Art. 5 in Einklang steht, die Staaten durch die Ratifizierung übernommen haben.

7. Jener Artikel muß in Verbindung gesehen werden mit Art. 11 der ILO-Konvention über eingeborene Völker und Stämme (Nr. 107). Diese letztere Konvention trat am 2. Juni 1959 in Kraft und wurde bis heute von 13 lateinamerikanischen Staaten ratifiziert. Kanada hat sie nicht ratifiziert, und die USA sind nicht einmal mehr Mitglied der ILO. Art. 11 besagt: „Die Eigentumsrechte der Angehörigen der genannten Bevölkerungsgruppen (d. h.: Angehörige in Stämmen lebender oder stammesähnlicher Bevölkerungsgruppen - d. Übers.) an dem von ihnen von alters her besiedelten Land sind anzuerkennen, gleichviel ob es sich um kollektive oder individuelle Rechte handelt."
Da die ILO-Delegierten sehr wohl wußten, daß der Anspruch der Ureinwohner normalerweise nur als Besitzanspruch betrachtet wird, deutet die ausdrückliche Verwendung des Wortes „Eigentum" darauf hin, daß die eingeborenen Völker das volle Eigentumsrecht über ihre angestammten Länder haben sollen. Die vorbereitenden Arbeiten (zu der Konvention) machen deutlich, daß der Terminus „Land" weit gefaßt ist und Flüsse, Seen und Wälder mitumfaßt. Und obwohl Art. 11 das Eigentum an Bodenschätzen nicht behandelt, bestimmt Art. 4 einer ergänzenden ILO-Empfehlung, daß die eingeborenen Völker „hinsichtlich des Eigentums an Bodenschätzen oder der Prioritätsrechte auf Ausbeutung derselben die gleiche Behandlung genießen (sollten) wie die anderen Angehörigen der Landesbevölkerung." Dies ist ein weiteres Gebiet, auf dem Untersuchungen durch das Tribunal notwendig sein könnten.

8. Von besonderer Wichtigkeit ist Art. 12 (1) der Konvention Nr. 107, der bestimmt, daß Stammesbevölkerungen „nicht ohne ihre freiwillige Zustimmung aus den Gebieten, in denen sie ansässig sind, ausgesiedelt werden (dürfen), es sei denn, daß dies im Einklang mit den Landesgesetzen aus Gründen der Landessicherheit, im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes oder der Gesundheit dieser Bevölkerungsgruppen geschieht." Ferner bestimmt Art. 12 (2), daß dort, wo eine Umsiedlung indianischer Gemeinschaften gerechtfertigt ist, ihnen „als Ersatz für ihren früheren Landbesitz Grund und Boden von mindestens gleich guter Beschaffenheit zuzuweisen (ist), dessen Ertrag ihre Bedürfnisse deckt und ihre künftige Entwicklung sicherstellt."
Die Terminologie von Art. 12 (2) weist eindeutig darauf hin, daß die Pflicht des Staates, irgendwo anders einen geeigneten Siedlungsraum zu finden, absolut und unabdingbar ist. Das Tribunal wird jedoch zu untersuchen haben, inwieweit dieser Pflicht bislang in Südamerika genügt worden ist.

9. Andere Aspekte der Konvention 107, die für das Tribunal von Bedeutung sein könnten, sind: das Verbot von Gewaltanwendung und Zwang gegen eingeborene Völker mit dem Zweck, ihre Integration in die nationale Bevölkerung voranzutreiben (Art. 2 (4); das Recht der eingeborenen Völker, „ihre Bräuche und Einrichtungen zu bewahren, soweit sie nicht mit der innerstaatlichen Rechtsordnung unvereinbar sind" (Art. 7 (2); und ihr Recht, frei zu sein von „persönlichen Dienstleistungen irgendwelcher Art, gleichviel ob entgeltlicher oder unentgeltlicher Art" (Art. 9).

Es wäre zwecklos, so zu tun, als stelle das Völkerrecht in seiner augenblicklichen Form einen ausreichenden Schutz der Rechte der Eingeborenen dar; seine Unzulänglichkeiten sind dafür viel zu offensichtlich. Aber es gibt doch einige grundlegende Rechtsnormen,

nach denen das Tribunal die Haltung und die Politik der amerikanischen Staaten ihren Indianervölkern gegenüber beurteilen kann. Es wird es dem Tribunal ermöglichen, festzustellen, ob die Indianer **gegenwärtig** die Rechte genießen, die ihnen ohne jeden Zweifel zustehen - ungeachtet der Ungerechtigkeiten, die ihnen in der Vergangenheit zugefügt worden sind.
So wird sich also das Tribunal auf eine höchst praktische Arbeit einlassen müssen; und in dem Maß, wie es auf der Grundlage von glaubwürdigem Beweismaterial Verletzungen der Eingeborenenrechte feststellt, wird sein Urteil eine Herausforderung an die Vereinten Nationen und an die ILO darstellen, der sich diese Organisationen kaum entziehen können.

Gordon Bennett
Rechtsberater von
Survival International

30. Juli 1979

DIE ANSTEHENDEN FÄLLE

Die zu verhandelnden Fälle werden sich voraussichtlich strukturieren lassen nach den Gebieten
- Genozid (Genozid – Völkermord)
- Ethnozid (u.a. Missionen; Verweigerung von Selbstbestimmung) (Ethnozid= kultureller Völkermord)
- Landraub
- andere Rechtsverletzungen

Eine Anzahl von Fällen liegt der WIP bereits vor.
Die folgende Auflistung ist jedoch weder endgültig, noch erhebt sie den Anspruch auf Vollständigkeit
- Dene: Recht auf Selbstbestimmung; Sicherung von Vertragsrechten
- Irokesen: Recht auf Selbstbestimmung
- Sioux: Uranabbau; Recht auf Selbstbestimmung; Sicherung von Vertragsrechten
- Hopi: Uranabbau; Recht auf Selbstbestimmung
- Surinam: Landrechte
- CRIC: Caucatal (Kolumbien): Landraub und Repressionen
- Yanomami: Landrechte; Ethnozid
- Aché: Genozid
- Aripuana, Brasilien: Landraub
- Bolivien: weiße Einwanderer aus dem südlichen Afrika
- Mapuche, Chile: neue Gesetzgebung 1979
- Missionen: am Beispiel des SIL/ILV

ZUR PRAKTISCHEN DURCHFÜHRUNG

1. Ort der Durchführung

Da die Idee zu diesem Tribunal in Holland aufkam, soll es dort auch stattfinden. Außerdem hat Holland in seiner kolonialen Vergangenheit zahlreiche Beziehungen zu Indianernationen gehabt (Irokesen, Brasilien, Surinam); mit der Irokesenkonföderation wurden sogar Verträge abgeschlossen, die diese als eigenständige Nation anerkannten.
Die Durchführung des Tribunals in einem der betroffenen Länder würde wahrscheinlich als Eingriff in innere Angelegenheiten des betr. Landes angesehen, und das würde die Organisation des Tribunals vermutlich sehr behindern, wenn nicht unmöglich machen.

2. Zeitpunkt

Das Tribunal soll Ende November 1980 stattfinden. Der Zeitpunkt einer eventuellen zweiten Sitzungsperiode ist noch ungewiß.

3. Zusammensetzung des Tribunals

Sachverständige und Zeugen
Zur Vorbereitung der Fälle werden Sachverständige eingeladen, die die Fälle dokumentieren und sie möglichst persönlich dem Tribunal vortragen soll. Die Sachverständigen sollen durch Aussagen von Augenzeugen und/oder Opfern unterstützt werden. Den Mitgliedern der Jury wird die Dokumentation der Fälle rechtzeitig zugehen.

Jury
Die Jury soll sich aus unabhängigen Persönlichkeiten zusammensetzen, die hinsichtlich der Menschenrechte international ein hohes Ansehen genießen. Sie soll nicht mehr als 15 Mitglieder umfassen. Von ihnen wird erwartet, daß sie eine objektive Position einnehmen. Während der Vorbereitungsphase werden sie die Fall-Dokumentationen erhalten, so daß sie sich auf die Sitzungsperiode vorbereiten können, die nur eine Woche dauern wird. Die Jury entscheidet, welche von den eingereichten Fällen vor dem Tribunal verhandelt werden sollen. Während der Sitzungsperiode selbst werden die Jurymitglieder die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen und sich so intensiver mit einigen Fällen zu befassen.

Beratungsausschuß
Neben der Jury und den Sachverständigen soll ein Beratungsausschuß gebildet werden. Dieser Ausschuß soll sowohl bei den Vorbereitungen beratend zu Seite stehen als auch das Tribunal moralisch unterstützen.

Gegenseite
Um ein möglichst abgerundetes Bild zu erhalten, wird die Organisation auch der Gegenseite (Multis, Missionen, Regierungen, Behörden) Gelegenheit geben, ihre Sicht der Dinge vorzubringen. Man wird sie informieren und um ihre Teilnahme bitten.

Finanzierung
Die Kosten für das Tribunal müssen mit ca. 500.000 hfl. angesetzt werden. Davon war bis Dezember 1979 ca. 1/3 gedeckt.
Ausgaben sind nötig für
- Vorbereitungsarbeiten
- Transport- und Aufenthaltskosten für Teilnehmer (Zeugen, Sachverständige, Jury, evtl. Beobachter)
- Kosten für Dolmetscher und entspr. technische Ausrüstung
- Miete für Konferenzräume
- Öffentlichkeitsarbeit (Pressearbeit, Drucksachen, Dokumentationen etc.) u.v.a.

MITARBEITER GESUCHT !

Der Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit sucht für das Tribunal
- Leute, die Erfahrung haben mit der Aktivierung der internationalen Presse und anderen Medien, vor allem auch der amerikanischen;
- Leute, die über das Tribunal Artikel schreiben können, vielleicht sogar in mehreren Sprachen;
- Übersetzer und Dolmetscher

Alle, die in irgendeiner Weise mithelfen wollen, wenden sich bitte an

Work Group Indian Project
P.O.Box 51.322
1007EH Amsterdam, Niederlande
Tel.: 020 - 766242 / 020 - 235984

Kontaktadresse in Deutschland:
Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 159
3400 Göttingen

Die Öffentlichkeitsarbeit für das Tribunal wird in allernächster Zeit auch in Deutschland anlaufen. Es empfiehlt sich, auf entsprechende Notizen in den Tageszeitungen zu achten oder auf Veranstaltungsankündigungen von Solidaritätsgruppen!

Übersetzungen: Lisl Chevallier, Ulla Schacht

UNTERSTÜTZUNG GESUCHT !

1. Spenden für das Tribunal, **die dringend benötigt werden,** können überwiesen werden an die Gesellschaft für bedrohte Völker, Sonderkonto 7400, PschA Hamburg, Stichwort „Indianertribunal"

2. WIP gibt zweimonatlich ein Informationsbulletin in englisch, spanisch und holländisch heraus, das für 20,- hfl. abonniert werden kann, und zwar bei Workgroup Indian Project, P. O. Box 51.322, 1007 EH Amsterdam, Niederlande
Der Abonnement-Betrag sollte überwiesen werden auf das Konto der Workgroup, Postgiro 4057800, Stichwort „Abonnement".

Zur Abwicklung der Unterschriftensammlung für den Aufruf zur Unterstützung des IV. Russell-Tribunals

24. - 30. November 1980 in Rotterdam/Holland

Zur Finanzierung des Russell-Tribunals in Holland und Anzeigen in großen deutschen Zeitungen haben wir die Unterstützung des Tribunals von der Zahlung eines Beitrages abhängig gemacht.
Jede/r, die/der sich an dieser Unterstützungsaktion für das Russell-Tribunal mit ihrer/seiner Unterschrift beteiligen möchte, zahlt **mindestens DM 20,– !** Die Überweisung und Unterschriftenleistung erfolgt unter Verwendung der untenstehenden Zahlkarte/Postüberweisung.

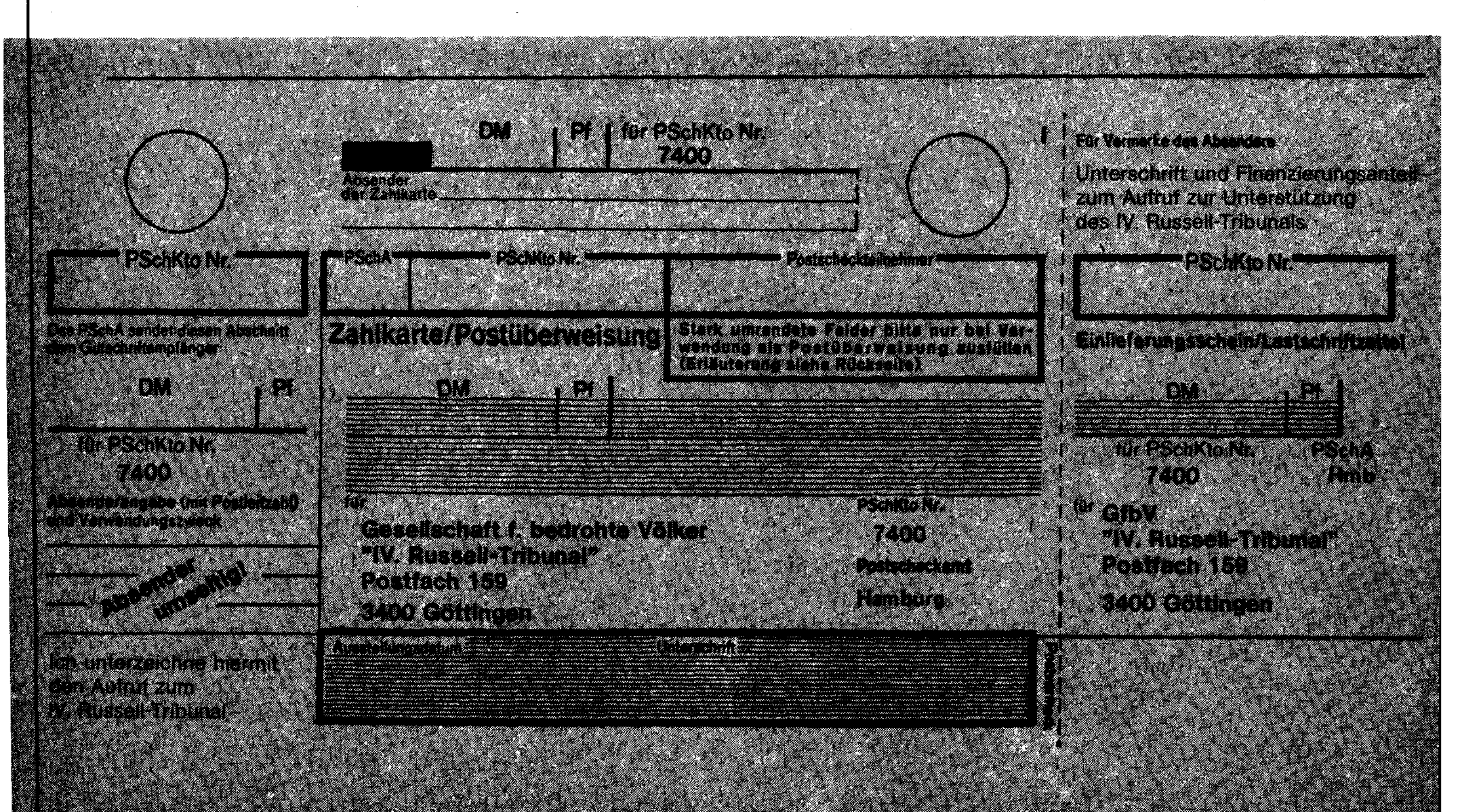
Damit die Aufzählung der vielen Namen in einer Anzeige übersichtlicher und interessant wird, damit die Namensliste gleichzeitig die politische Breite dieser Aktion deutlich macht, möchten wir die Namensliste in Gruppen aufschlüsseln. Bitte kreuzen Sie auf dem Empfängerabschnitt deutlich Ihre Gruppe an. Für den Fall, daß Sie evtl. zu zwei oder mehreren Gruppen zählen könnten, kreuzen Sie dennoch nur ein Feld an, und zwar das nach Ihrer Meinung am meisten zutreffende. Wir wollen die Unterschriften wie folgt aufschlüsseln:

(1) Arbeiter, Angestellte, Hausfrauen, Rentner, Arbeitslose
(2) Gewerkschafter, Betriebsräte
(3) Jugendleiter, Verbands- oder Organisationsvertreter
(4) Juristen
(5) Geistliche, Theologen, Vertreter des kirchlichen Lebens
(6) Künstler, Schriftsteller, Publizisten, Journalisten
(7) Hochschullehrer, Wissenschaftler
(8) Studenten, Schüler
(9) Pädagogen, Sozialpädagogen
(10) Ärzte, Heilberufe
(11) Architekten, Ingenieure, Techniker
(12) Parlamentarier, Vertreter politischer Parteien und Institutionen
(13) Wenn Sie sich in der vorstehenden Aufschlüsselung nicht wiederfinden, dann kreuzen Sie bitte diese Ziffer an und vermerken Sie gleichzeitig gesondert Ihren Beruf

Schreiben Sie bitte Ihren vollen Namen sowie Postleitzahl, Wohnort, Straße und Hausnummer sehr deutlich (also gut lesbar) auf den Empfängerabschnitt der Zahlkarte, denn dieser Abschnitt dient uns als Grundlage für die Zusammenstellung einer Zeitungsanzeige.

Geben Sie diese Aufforderung zur Unterstützung des Russell-Tribunals auch an Freunde, Kollegen und Bekannte weiter. Wir schicken Ihnen auf Anfrage gerne die erforderliche Zahl weiterer Vordrucke zu.

Alle Rückfragen an folgende Adresse:
Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 159
3400 Göttingen Tel. 0551/46861



DM | Pf | für PSchKto Nr. 7400
Absender der Zahlkarte
PSchKto Nr.
PSchA — PSchKto Nr. — Postscheckteilnehmer
Das PSchA sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger
Zahlkarte/Postüberweisung
Stark umrandete Felder bitte nur bei Verwendung als Postüberweisung ausfüllen (Erläuterung siehe Rückseite)
DM | Pf
für PSchKto Nr. 7400
Absenderangabe (mit Postleitzahl) und Verwendungszweck
Absender umseitig!
für
Gesellschaft f. bedrohte Völker
"IV. Russell-Tribunal"
Postfach 159
3400 Göttingen
PSchKto Nr. 7400
Postscheckamt Hamburg
Ausstellungsdatum — Unterschrift
Ich unterzeichne hiermit den Aufruf zum IV. Russell-Tribunal
Für Vermerke des Absenders
Unterschrift und Finanzierungsanteil zum Aufruf zur Unterstützung des IV. Russell-Tribunals
PSchKto Nr.
Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
DM | Pf
für PSchKto Nr. 7400 — PSchA Hmb
für GfbV
"IV. Russell-Tribunal"
Postfach 159
3400 Göttingen

Lieratur zur Situation der Indianer Nord-, Süd- und Mittelamerikas

Zu beziehen über: "Gesellschaft für bedrohte Völker", Postfach 153, 3400 Göttingen

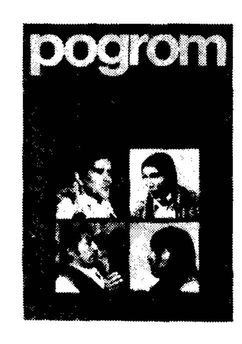
pogrom-Sonderausgaben:

Nr. 28 Lateinamerikas Tieflandindianer (3. Aufl. DM 3,80)
Nr. 46 Ostboliviens versklavte Indianervölker (2. Aufl. DM 3,80)
Nr. 47 Chiles Mapuche: Armee gegen Indianer (Restexemplare vorhanden)
Nr. 48 Argentinien – ein rein weißes Land ?
Nr. 49 Paraguays Indianervölker – Die Ache und andere Opfer – 1977 (DM 4,80)
Nr. 50/51 Indianer sprechen: Indianische Forderungen – Programme – Erklärungen – Proteste und Berichte aus Nord-Mittel- und Südamerika (2. Auflage DM 5,80)
Nr. 52 Der Anschlag auf Kanadas Norden: Dene-Indianer und Umweltschützer gegen Raubbau und Zerstörung in den Nordwestterritorien (DM 4,80)
Nr. 53 Unidad Indigena – Zeitung der Indianer Kolumbiens (DM 4,80)
Nr. 54/55/56 Indianer in Europa – Genfer Konferenz – Welteingeborenenrat in Kiruna – Zur indianischen Situation in 10 Ländern Nord-, Süd- und Mittelamerikas – Indianische Frauen – Kirchen und Indianer etc. (DM 7,50)
Nr. 74/75 Sonderausgabe zum Russell-Tribunal über die Situation der Indianer Nord-, Süd- und Mittelamerikas

Bücher:

Hrsg. von Mitarbeitern der GfbV

1. **Seit 200 Jahren ohne Verfassung – Indianer im Widerstand** ro ro ro – aktuell Nr. 4056, 3. Auflage (14-18.000) Reinbek 76/77, 170 S., DM 5,80, von Claus Biegert
2. **Die indianische Verweigerung** – Lateinamerikas Ureinwohner zwischen Ausrottung und Selbstbestimmung, ro ro ro aktuell Nr. 4274, DM 6,80, 1. Auflage 1978, herausgegeben von Mark Münzel
3. Arbeitskreis ILV: **Die Frohe Botschaft unserer Zivilisation - Evangelikale Indianermission in Lateinamerika.** Eine Dokumentation über den Einfluß protestantisch-fundamentalistischer Mission am Beispiel des Summerinstitute of Linguistics (ILV). Reihe pogrom (Nr. 66/67), September 1979, 190 Seiten, DM 7,80)





gen, wie ich es zu Beginn meiner Reise befürchtet habe. Dort wo ich Einfluß nehmen kann, auf der Ebene der direkten Begegnung mit den Otomis, haben sie die Kraft sich zu wehren. Im Gegenteil, ich habe den Eindruck, daß sie mir gegenüber die Überlegeneren sind im Valle del Mezquital.

Den letzten Monat, der mir von meiner Mexiko - Reise noch bleibt, will ich dazu benutzen, im Land herumzufahren. Auf meiner Rundreise kommen neue Eindrücke auf mich zu. Ich besteige die Pyramiden von Chichen Itza und Uxmal, ich erlebe den Anblick der Ruinen von Palenque am Fuß des subtropischen Regenwalds, ich fahre in klapprigen Bussen auf unbefestigten Strassen in 3 000 m Höhe und ich bade in den mächtigen Wellen des Pazifischen Ozeans.
In den Restaurants werde ich geneppt, die Männer werden aufdringlich wie die Fliegen, die um Abkauf handgefertigter Souveniers bettelnden Indios fallen mir auf die Nerven und von dem Höhen- und Klimawechsel bekomme ich Grippe und schlucke Antibiotika.
Manchmal habe ich den Eindruck, ich sei in einem anderen Land. Doch was sich geändert hat ist meine Funktion, ich bin nun nicht mehr nur Fremde, ich bin Touristin geworden. Mir wird klar, wie wichtig es für mich gewesen ist, 2 Monate lang im Valle del Mezquital gelebt zu haben. Das hat mir die Möglichkeit geboten, das mexikanische Leben ein wenig kennenzulernen. Als Touistin werde ich von dem eigentlichen Leben abgehalten, denn ich bewege mich auf den vom Tourismus vorgegebenen Pfaden. Während ich das Valle del Mezquital besucht habe, bleibt mir nun nichts weiter übrig, als mir den Rest des Landes anzusehen. Ich habe bei meinem Aufenthalt den Kontrast zwischen zwei Möglichkeiten des Reisens erlebt. Einerseits habe ich das Gefühl für das fremde Leben bekommen, andererseits bin ich von diesem Leben fergehalten worden. Ich habe deshalb keinen Gefallen daran ausführlich über den zweiten Teil meiner Reise zu berichten, den ich als den eigentlich touristischen bezeichnen möchte.

Im Anschluß an meinen Erfahrungsbericht möchte ich auf eine Fernsehserie aufmerksam machen, die umfassend auf die Problematik des Lebens der Otomi im Valle del Mezquital eingeht. Sie wird im 3. Programm des Norddeutschen Rundfunks, des Senders Freies Berlin, Radio Bremen, des Westdeutschen Rundfunks und des Hessischen Rundfunks ausgestrahlt:
30.7.1980, 20.15 Uhr „Dürstendes Land" (45 min.)
6.8.1980, 20.15 Uhr „Ungleicher Tausch" (45 min.)
13.8.1980, 20.15 Uhr „Ohne Gesicht" (45 min.)

bsm

Revolutions - Tourismus

Die Reisenden

Sie kommen her in den Kleidern der Überflußgesellschaft,
deren Stachel sie sind, deren „unzuverlässiges Element",
versehen mit akademischen Titeln und
Bücher schreibend für die Soziologie - Departments
der besten Universitäten
(von denen die Kosten getragen werden).
Schnell erhalten sie ihr Visum, sind
informiert über Antikriegskampagnen,
über Proteste gegen den Vietnamkrieg, mit einem Wort:
sie beschreiten den gerechten Weg der Geschichte.
Während sie sich niederlassen in den glänzenden Sesseln
der internationalen air - ports,
immer das Flugzeug
gegen die Gesetze nehmend, fühlen sie sich angenehm subversiv,
mit ruhigem Gewissen.
Sie sind die komfortablen Reisenden des Kommenden,
mit Rolleiflex *- Kameras, perfekt geeignet*
für das tropische Licht,
für die Unterentwicklung;
mit Informationstabellen für objektive Interviews,
wenn auch (versteht sich) ein wenig parteiisch,
denn sie lieben den Kampf,
die Guerillas,
die Zafras,
die Unbilden des Lebens
und das vulgäre Spanisch der Einheimischen.

Nach den Erfahrungen von zwei oder drei Wochen
(das ist das Maximum)
schreiben sie Bücher über die Guerilla
oder den cubanischen Nationalcharakter,
über die Unbilden des Lebens oder
das vulgäre Spanisch der Einheimischen.

Versehen mit Systemen, mit Methoden,
ist es klar, daß sie frustriert sind
von der fehlenden sexuellen Freiheit in Kuba,
vom fatalen Puritanismus der Revolutionen,
und das, mit ehrlicher Melancholie, definieren sie
als die Kluft zwischen Theorie und Praxis.
Privat (nicht in Büchern noch beim round - table)
bekennen sie, daß sie mehr Zuckerrohr schnitten
als der beste Machetero (der Typ machte den ganzen Tag Siesta).
Diese vierzehntägigen Helden erklären,
daß die Leute in den Herbergen tanzen wollen,
daß die Intellektuellen (völlig entpolitisiert)
fähig sind, sich noch der Poesie zu widmen;
in der Nacht vor der Rückkehr, sich zu ihren Frauen legend,
glauben sie,
sie hätten sich übernatürliche Muskeln erworben.

Ran gehen sie wie die Neger, wie die Verworfenen.
Die Mädchen, alle fünf Jahre geschwängert,
sind begeistert von diesen ungewohnten Ehemännern
jetzt unersättlich.
Daheim betrachten sie tagelang Diapositive,
auf denen der Held der Familie erscheint,
umgeben von Einheimischen, die ihn brüderlich umarmen. [...]

(Herberto Padilla [1])

[1] Herberto Padilla, Außerhalb des Spiels. Deutsch von Günter Maschke. Frankfurt am Main 1971. S. 113 - 115.

Stellungnahmen und Leserbriefe

Leserbrief zum Thema: „TOURISMUS"

Daß in den blättern des iz3w diese Diskussion läuft, finde ich außerordentlich wichtig und auch für mich sehr fruchtbar, da ich mich seit einer Lateinamerikareise im letzten Jahr damit beschäftige. Mir liegt in diesem Zusammenhang ein Thema des persönlichen Kulturimperialismus auf dem Herzen, das ansonsten bei derartigen Auseinandersetzungen entweder nur am Rande oder in wissenschaftlicher Distanz oder überhaupt nicht behandelt wird: Verlieben.

Ich hatte mich in einen indianischen Mann verliebt und während drei Monaten versucht, eine Beziehung zusammenzubasteln.

Am Schluß erfuhr ich, daß er verheiratet war und Kinder hatte. Ein schönes Erwachen, das mich dazu brachte, das ganze auch außerhalb des persönlichen Rahmens zu betrachten.

Wir, die Frauen der wie auch immer Linken, meist auch noch in irgendeiner Weise der Frauenbewegung zugehörig, kommen außer mit Rucksäcken und dem Wunsch, ganz anders zu sein und zu handeln, in den Ländern der Dritten Welt auch noch mit unseren Vorstellungen von Beziehungen und Moral an, und – losgelassen, da wir in der weiten Ferne nicht unmittelbar in die dort herrschenden Zwänge eingegliedert sind – stürzen wir uns auf die einheimischen Männer. Dies mag sich zwar persönlich sehr vielfältig gestalten, so daß das Wort „stürzen" vielleicht etwas krass ist, auch abgesehen davon, daß wir mit unseren Gefühlen sehr beteiligt sind, aber diesen Eindruck hinterlassen wir. Attraktiv sind diese Männer, wahrhaftig, und wir wissen auch, wo wir die Exotik unterbringen sollen, die sich sonst immer auf die gesamte Bevölkerung aufteilen muß. Und wir gewinnen an Prestige gegenüber denjenigen Rucksacktouristen, die auch alles anders machen, aber zu den indigenen Bevölkerungen keinen Kontakt bekommen, ebenso wie das Prestige der Männer gegenüber den Einheimischen steigt.

In der Beziehung selbst versuchen wir, die gegenseitig verliehenen Rollenzuschreibungen aufzubrechen, und stoßen unweigerlich an die Grenzen, die die verschiedenen Kulturen setzen, aber auch an die Grenzen des eigenen Interesses: wenn ich mich schon in ein von mir produziertes Imago verliebe, muß ich wohl auch verhindern, daß dieses zusammenbricht. Oder mich mit den Widersprüchen, die sich auftun, auseinandersetzen. Für die Männer sind wir in erster Linie die weiße, reiche Frau, die flachzulegen wohl erst einmal ein Triumph gegen die traditionsreiche Unterdrückung ist; über sie kommen sie auch in Genuß unserer westlichen Güter, sie fordern sie von uns. „Nicht wahr, das läßt du mir da, wenn du weggehst". Und in einer Kultur wie der lateinamerikanischen, in der der Machismo Markenzeichen ist, sind die eigenen Frauen wohl auch nicht so befriedigend. Die Weiße als heißblütige Frau, so das Bild, das dem der dort gezeigten Pornos etc. entspricht. „Die Frauen hier sind kalt" ... Wir erwarten von diesen Männern, daß sie unseren Wünschen nach hoher Potenz entsprechen, unseren Sehnsüchten nach Zärtlichkeit. Letzteres kann frau wohl erhalten, aber ansonsten ist die Sexualität sehr auf den Mann bezogen. Wir haben hier nicht umsonst lange kämpfen müssen, um in unseren Beziehungen einiges von unseren Ansprüchen an die Sexualität zu verwirklichen, und zu erwarten, daß in einer machistischen Gesellschaft irgendwie da was anderes sein sollte, ist pures Wunschdenken.

Ich hatte das Glück, mich in einen Mann zu verlieben, der politisch aktiv ist und mit seinen Mitteln und in seiner Umwelt versucht, etwas an den herrschenden Zuständen zu verändern. Glück insofern, daß wir das Schweigen, das aufgrund der unterschiedlichen (?) Ansprüche, den aus unterschiedlichen Kulturen resultierenden Mißverständnissen und der Fremdheit entstand, durch politische Diskussionen und der vielbeschworenen internationalen Solidarität – sie lebe hoch – überbrücken konnten. Nicht, daß ich solche Gespräche für unsinnig halte oder gar die Solidaritätsarbeit, die überall läuft, aber sie hatten innerhalb der Beziehung einen bestimmten Stellenwert: Verbundenheit zu schaffen, wo keine war.

Natürlich entsteht ein persönlicher Bezug, wenn man drei Monate oder länger zusammen ist. Natürlich ist da auch was da, was einen ganz tief berührt. Aber die Voraussetzungen zu einer solchen Beziehung behindern diese immer wieder. Diese Erfahrung habe nicht nur ich gemacht, in Gesprächen mit anderen „gringas" kam dies immer wieder heraus. Und, was hinterlassen wir? Den Traum von der idealen, leicht zu erobernden Frau (als Rache für die Conquista?)? Ich weiß nicht. Was wir auf jeden Fall hinterlassen, ist das, was uns am meisten stört: die Anmache, die wirklich entnervend sein kann, die Unsicherheit an Touristenzentren vor Vergewaltigungen, die Tatsache, daß Mestizen ihre Indianerfreunde in der Kneipe vorschicken, damit die uns aufreißen, weil doch die Gringas scharf auf die Indianer sind.

Was wir auch auf jeden Fall hinterlassen, sind die Frauen, deren Männer wir uns mal kurz schnappen, ohne daß diese Frauen die Möglichkeit hätten, sich gegen uns zu wehren. Ich weiß nicht genau, was diese Frauen empfinden, aber ich kann es mir vorstellen. Permanent vor den Augen habend, wie locker und flott w i r doch sind, während s i e in die Zwänge ihrer Kultur und Religion gepreßt werden. Das Gefühl, den eigenen Männern nicht zu genügen, sonst würden sie ja nicht scharenweise auf die Gringos Jagd machen. Ständig mit uns zu konkurrieren. Und letztendlich der Zwang, sich an die westlichen Werte anzupassen, um attraktiv zu bleiben; ein Ausverkauf (oder eine Prostitution?), den wir in erheblichem Maß fördern. Meine „Rivalin" hat ebenso von mir erfahren wie ich von ihr. Allerdings lernten wir uns nicht kennen. Sie hat mir aber einen Brief geschrieben, in dem sie mir mein Verhalten vorwirft. Sie beruft sich mir gegenüber auf die eigene Kultur, darauf, daß auch sie ein menschliches Wesen ist, das Respekt verlangt, und wieso ich dazu käme, ihre Gefühle zu verletzen und letztendlich Schwierigkeiten in ihre Ehe zu bringen. Sie, die Lateinamerikaner (spez. Ecuador) seien Kinder von Atahualpa (indianischer Freiheitskämpfer), bereit zu kämpfen für ihre Rechte, die sie vorenthalten bekommen, legitimiert im Kampf durch die Tradition und die Kultur (daß dabei auch Senor Dios herhalten muß, soll weniger eine Rolle spielen). Und wenn ich nochmal schreiben würde, ginge sie zur deutschen Botschaft, um dort mein Ansinnen und ihre Situation darzustellen (daß sie dort ganz schön abblitzen würde, verweist wiederum auf ihre Ohnmacht). Und sie stellt mir die ganz einfache Frage, ob wir in unserem Land keine Männer hätten – darauf weiß ich nichts mehr zu antworten.

Ich glaube, daß sie stellvertretend für die betrogenen Frauen spricht (sind sie im Kaufpreis für die Reise mit inbegriffen?). Und in diesem Licht wird auch das ganze Gerede von der internationalen Solidarität mit unseren unterdrückten Schwestern in der Dritten Welt fragwürdig, denn gerade auch wir Frauen, die sich nicht nur in Fragen des Tourismus als alternativ betrachten, versetzen unseren „Schwestern" harte Schläge unter die Gürtellinie. Und nicht nur denen, sondern auch uns und unseren Ansprüchen.

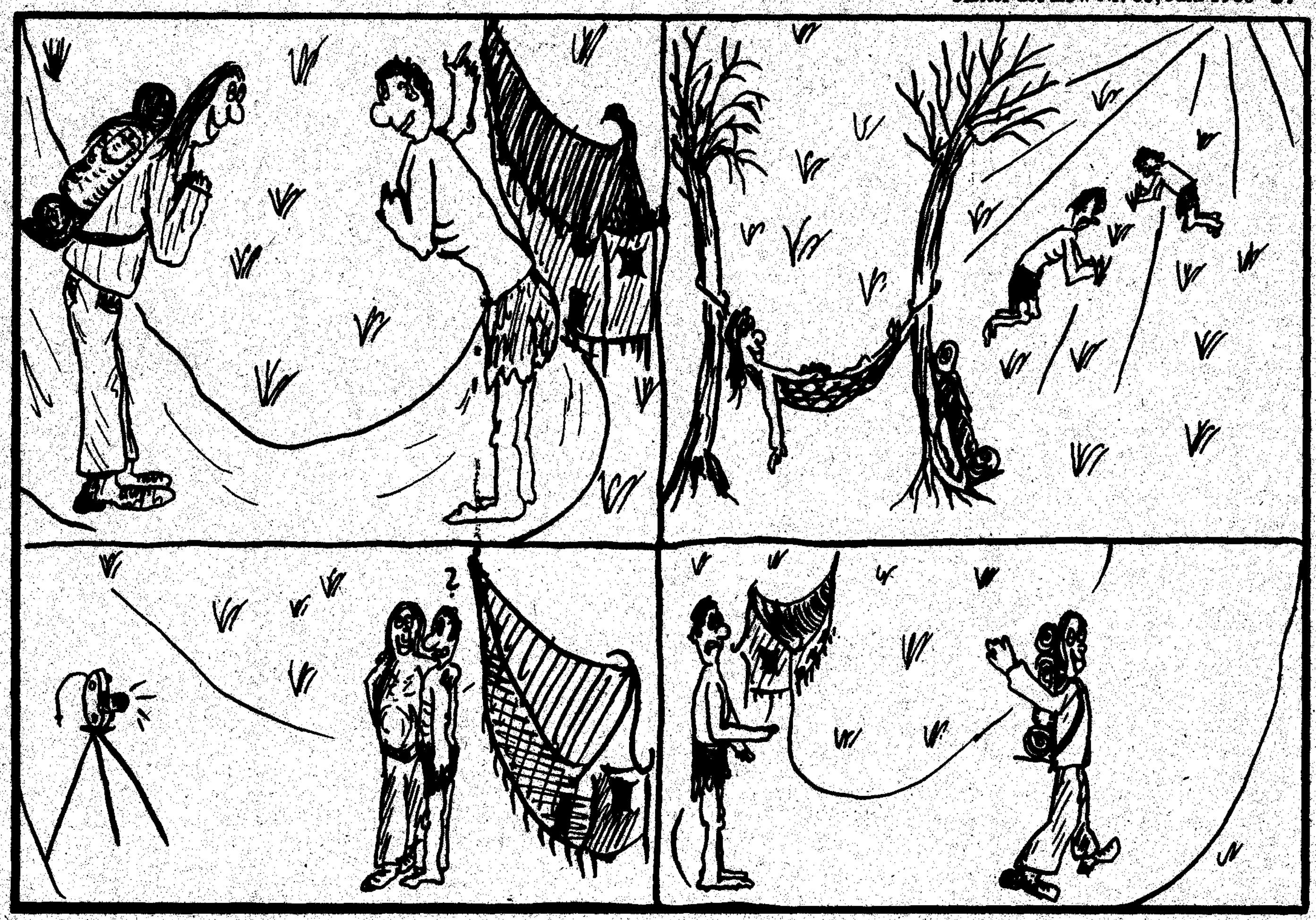
Ich habe lange gebraucht, bis ich mich hiermit an die Öffentlichkeit wenden konnte, vor lauter eigener Betroffenheit und Scham.

Vieles sage ich sehr brutal, so brutal halt, wie sich imperialistische Machtstrukturen realisieren. Ich würde mich freuen, wenn auch andere Frauen dazu etwas sagten und sich eine Diskussion darüber entwickeln könnte. Ich weiß, daß ich nicht die einzige bin, der solches passierte, und es würde mich interessieren, wie andere Frauen damit umgehen.

Nicole Becker, Heidestr. 70, 6000 Frankfurt 60

Liebe iz3w-ler

Habe Euren Tourismusartikel angefangen zu lesen — und nicht mehr aufgehört, bis ich von vorne bis hinten alles gelesen hatte. Vieles faßt darin eigene Gedanken, Vorstellungen und Wünsche zusammen — hat mich betroffen gemacht, weil ich es halt auch in der einen oder anderen Ausprägung bei mir selbst erlebt habe und weil ich von meinen beiden Reisen (Kenia und eine Busreise nach Jordanien) eine Menge schöne Erfahrungen, aber auch ein miserabel schlechtes Gewissen zurückbehalten habe. Schlechtes Gewissen — nun ja, nicht nur in Bezug auf nicht geschickte, aber versprochene Bilder — eigentlich mehr ein dumpfes Gefühl, Erwartungen geweckt zu haben, die ich nie und nimmer imstande war einzulösen — wobei ich mich dann durch einfaches Nichtbeantworten der Briefe aus der Affäre gezogen habe. Ich möchte etwas weiter ausholen: 1977 erfuhr ich von einer Freundin, die schon ein Jahr zuvor eine solche „Alternative Reise" gemacht hatte (eigentlich war das noch vor der Zeit, wo man alles „Alternativ" nannte) von den „Nothelfern" in Frankfurt (siehe eure Adressenliste), die workcamps anbieten. Durch die Erzählungen dieser Freundin hatte ich schon so ungefähre Vorstellungen von einem workcamp, nämlich daß so ein workcamp den Traum eines jeden Alternativtouristen erfüllen kann: Den Kontakt zur Bevölkerung. Unsere Gruppe von 14 Leuten traf sich 3 Tage vor Abflug in Frankfurt zu einem Vorbereitungsseminar, jeder mit einem Referat im Rucksack über Land und Leute. Ich hatte mich — was halt für mich als Medizinstudentin nahelag — auf Tropenkrankheiten vorbereitet — mal abgesehen von den vielen Reiseprospekten über Kenya, die ich durchblätterte. Selbst Spezialbibliotheken, die in Hamburg zur Verfügung stehen, hatte ich aufgesucht. Entsprechend hochmütig rümpfte ich auch zunächst einmal die Nase über einen anderen Mitstreiter, der sich vor allem auf die Löwen und Ele-



fanten freute und bei der Vorbereitung über Kenyas Safariparks referierte. Zwei andere, die im vorausgegangenen Jahr Kenya - workcamp - Erfahrungen gemacht hatten, berichteten einen Nachmittag lang davon, so daß die recht unterschiedlichen Erwartungen vor dem Abflug schon etwas mehr gemeinsame Konturen annahmen. Vor allem nahmen die beiden aber dem letzten die Illusionen, daß ein workcamp etwas mit Entwicklungshilfe zu tun hat. Als Projekt war der Ausbau eines Kindergartens angegeben — was sich aber bei der Ankunft in Nairobi als Irrtum herausstellte. Der dortige Ansprechpartner, der YMCA, hatte uns für ein Projekt in einem kleinen Dorf 40 km nördlich von Nairobi vorgesehen. Es handelte sich um ein „community center" das später auch ein „dispensary" (Krankenstation) einschließen sollte. Wir waren die erste Gruppe, der in diesem Sommer noch drei weitere folgen sollten. Um es gleich vorwegzunehmen: So heterogen unsere Gruppe war (10 Studenten, drei Berufstätige und ein Schüler — von Hamburg bis München bunt zusammengewürfelt, wobei sich aber nur zwei vorher kannten) — so sehr hatten wir auch Glück miteinander. Nicht daß es keine Konflikte, Gruppenbildung und Außenseiter gegeben hätte. Die uns völlig fremde Umgebung, die tausend neue Eindrücke brachte, weckte das Bedürfnis, dem vielen Fremden eine eigene Identität entgegenzusetzen; schmiedete eine feste Gruppe von Leuten, die unter anderen Umständen — an einem Strand in Spanien oder erst recht hier in der BRD — einen großen Bogen umeinander gemacht hätten. Von den 14 Leuten kamen beim letzten Kenya - Nachtreffen vor 4 Monaten doch immerhin noch 10. Dieses für mich einmalige Gruppenerlebnis ist eine Seite der positiven Bilanz dieser Reise. Zu dem Projekt, das wir damals starteten: Es ging um ein „community - center", wie wir am Flughafen von den YMCA - Leuten erfuhren, und unsere Aufgabe sollte es sein, erst einmal das Gelände zu roden und dann einen Zaun drumherum zu bauen. Das Zaunbauen kam uns zwar etwas komisch vor, aber man erklärte uns, sonst würden die kostbaren Materialien gestohlen (Zement, Sand usw). Und dieses Projekt sei ein „Harambee - Projekt", was soviel bedeuten soll wie „Helft euch selbst". Damals erklärten uns die örtlichen YMCA - Vertreter, wenn sich ein Dorf vornimmt, eine Krankenstation aufzubauen, so macht man Harambee - Versammlungen, auf denen Geld gesammelt wird und jeder nach seinen Möglichkeiten etwas gibt und baut gemeinsam an dem Projekt, bis die Gebäude stehen. Dann stellt der Staat die Gelder für das notwendige Personal. Nun, wir waren von der Idee des Projektes begeistert (Schlagwort: „Selbsthilfe"); die Kehrseite der Medaille zeigte sich erst nach einiger Zeit, als wir die Machtverhältnisse und die einzelnen Afrikaner selbst kennenlernten. Kehrseite insofern, als das Projekt nicht von der gesamten Dorfgemeinschaft getragen wurde, sondern von dem örtlichen YMCA, mit einigen sehr arroganten Vertretern; aber auch solchen, von deren Integrität wir auch heute noch überzeugt sind. Damit nahmen wir aber auch in Kauf, als Aushängeschild für eine streng christliche (ich glaube presbyterianische) Organisation zu fungieren, deren Projekt durch die Mitarbeit von Weißen enorm aufgewertet wurde. Wir waren die erste Gruppe; unsere Unterkunft war noch nicht ganz bezugsfertig — in aller Eile brachte man abends noch die Verkabelung für drei Glühbirnen an. Die Hütte in der wir schliefen, ist in etwa vergleichbar mit hiesigen Baubaracken mit rohem Lehmboden — im Vergleich mit anderen Behausungen des Dorfes aber durchaus luxuriös. Dann stand uns noch eine Kochhütte zur Verfügung (ganz im traditionellen Baustil des Dorfes), wo wir dann drei Wochen auf offenem Feuer Selbstversorgung betrieben. Ein zum Nachdenken anregendes Unterfangen, wenn man die Breite des hiesigen Lebensmittelsortiments gewöhnt ist — und plötzlich in einem einzigen Lädchen des Dorfes zwar Omo und Lux - Seife und Nestléprodukte, aber kein frisches Obst und Gemüse findet; fast nichts findet, aus dem man ein Essen zubereiten könnte — außer ein paar Tomatenbüchsen und Reis. Das stellte an die Phantasie der jeweiligen Küchenverantwortlichen große Ansprüche und war auch nur durch regelmäßige Fahrten auf den benachbarten Markt zu bewältigen (15 km entfernt). Und auch da machte uns die Erfahrung ganz schön betroffen, daß da so manche Marktfrau nicht mehr zu verkaufen hatte als 20 — 30 grüne Tomaten oder 3 - 4 verrostete Konservenbüchsen mit dicken Bohnen. Ein deutlicher Anschauungsunterricht, was Subsistenzwirtschaft bedeutet, aber auch, was biologisch - dynamischen Anbau betrifft: Die Menschen im Dorf ernährten sich hauptsächlich aus dem winzigen Feldchen um ihr Haus herum, die für unsere symetrie - gewohnten Augen recht chaotisch aussahen, weil einzelne Maisstengel neben Kartoffeln, Tomaten usw. scheinbar wild nebeneinanderwachsen. Schließlich auch dafür, wie schmal der Grad zum echten Hunger war bzw. wie oft dieser Grad auch überschritten wurde. Dies bekamen wir an einzelnen Hungerbauchkindern deutlich demonstriert (Kinder, die uns bei der Arbeit auf dem Feld zuguckten). Auch war den Afrikanern das, was wir kochten, suspekt; erst recht wie wir das Ganze zusammenstellten: Nestlé - Kakaopulver morgens aufs weiße Toastbrot, nach der Entdeckung des Marktes auch frische Ananas... Was uns an Essen ziemlich spartanisch vorkam — es stand doch auf der anderen Seite in enormem Kontrast zu dem, was die mit uns arbeitenden Afrikaner aßen, was die Menge und auch die Qualität anging. So würgten wir mittags so manchen Fraß herunter, meist mit einer Anerkennung der jeweiligen Köche verbunden, die sich redlich bemüht hatten. Ab und zu mal mit einem verdammt blöden Gefühl dabei, daß es in dieser Umgebung auf einmal einen völlig anderen Stellenwert hatte, satt zu sein.

Nach und nach wurden die YMCA - Leute, die mit uns auf dem Feld zusammenarbeiteten, auch zutraulicher; befragten uns nach unseren Lebensumständen, bewunderten unsere Jeans — wo es doch die ollen alten waren, die wir anhatten, — unsere festen Schuhe (dabei hatte ich

ein paar besonders olle an). Vor allem Jugendliche entwickelten Interesse an Kontakten in der Hoffnung, später einmal einen „responser" zu haben — einen „Freund" in Germany.
Ich lernte da z.B. einen 18-jährigen Jungen kennen. Er kam immer wieder aufs Feld um mitzuarbeiten, und da oft nicht genügend Material bzw. Werkzeug vorhanden war, gab es immer genügend Zeit für ein Schwätzchen. Eines Tages lud er mich dann ein (er wohnte im Nachbardorf) zu ihm zum Essen zu kommen. Die ganze Verwandtschaft empfing mich freundlich und ich fühlte mich durchaus wohl bei diesem freundlichen, offenen Empfang. Merkwürdig kam mir allerdings vor, wie er sich damit vor anderen Jugendlichen brüstete, daß ich seine Familie besucht hatte. Sonderbar auch, wie er seinen Raum dekoriert hatte: beklebt mit bunten Bildern aus Illustrierten - Werbung — alles was er halt irgendwie hatte auftreiben können an Illustriertenfetzen. Und wie er erzählte, daß er sich sehnlichst eine Jeans wünschte, obwohl das Geld noch nicht einmal fürs Schulgeld langte; wie stolz er mir andererseits das eine Schulbuch zeigte, das er besaß, und betonte, daß er sehr gerne in die Schule ging. Andererseits meine völlige Unfähigkeit, ihm zu vermitteln, was ich von diesem Konsumverhalten denke. Das war für mich eine ziemlich beunruhigende Erfahrung, bei der ich anfing mich zu fragen, was richte ich (oder wir als Gruppe) da eigentlich an. Durch meine Anwesenheit wecke ich in diesem kleinen Dorf eigentlich nur Wünsche, auch so „gut" (oder zumindest warm, denn in dieser Gegend war es verflucht naßkalt) gekleidet zu sein, oder im Lande umherzureisen (was für diesen Jungen ziemlich unerschwinglich war, da er über so gut wie kein Geld verfügte).
Bei mir war es dieser Junge. Doch fast jeder in unserer Gruppe machte auf die eine oder andere Weise ähnliche Erfahrungen. Z.B., daß konkrete Wünsche formuliert wurden wie: „Wenn du dir so eine Reise leisten kannst, dann kannst du mir doch auch eine Armbanduhr schicken!" Während der drei Wochen, die wir in diesem Dorf verbrachten, führten wir auch in der Gruppe darüber ständig Diskussionen, denn das Problem stellte sich gerade durch den ständigen Kontakt besonders dringlich.
Zurück in der BRD dauerte es auch nicht lange, bis der erste Brief dieses Jungen kam. Der erste Brief noch freundlich erzählend, welche Fortschritte das Projekt gemacht hatte — und das der YMCA sehr enttäuscht darüber war, daß die zweite workcamp - Gruppe es dort nur drei Tage ausgehalten hatte, weil sie mit den Wohnverhältnissen nicht zufrieden war. Der zweite und dritte Brief mit Klagen, daß das Geld für die Schule nicht reicht, ihm doch Geld zu schicken. Ich war erst ein wenig mißtrauisch bei seiner Eitelkeit und argwöhnte, daß er sich „nur" schick machen wollte und bat in der Antwort um eine Quittung des Schulleiters und schickte ihm die erbetenen 160 DM. Als dann ein Brief kam mit einer „Quittung", von der ich mit 99 % Sicherheit annehmen konnte, daß er sie selbst geschrieben hatte, war ich unheimlich enttäuscht und brach den Kontakt ab — trotz der vielen Briefe, die dann noch kamen. Vielleicht auch, weil es immer wieder Bettelbriefe waren.
Ich packte einfach den Konflikt nicht, ihm einerseits nicht klarmachen zu können, daß ich hier halt eine relativ arme Studentin war — andererseits darauf bestand, bzw. erwartete, daß er das Geld, das er von mir bekam, für die Schule verwendete — wo er es doch für etwas anderes vielleicht wichtiger brauchte, bzw. für ihn die Jeans halt im Augenblick so einen hohen Stellenwert hat. Mit welchem Recht eigentlich bestand ich darauf, daß er zur Schule geht für das Geld?
Noch so einen wunden Punkt habe ich von dieser Reise zurückbehalten: Ein Lehrer (Schuldirektor), Vater von 11 Kindern, der uns zu viert aufgenommen hatte (an Wochenenden unternahmen wir immer so kleine Spritztouren), hatte stolz von seinen Germany - Kontakten erzählt; hatte uns Quittungen gezeigt, wie er mit privaten Geldern aus Deutschland die kleine Gesundheitsstation aufgebaut hatte usw. Schließlich bat er uns ganz offen, ob wir nicht jemand wüßten, der eines seiner Kinder finanziell beim Schulgeld unterstützen könnte. Irgendwie schien er sich von mir besonders viel versprochen zu haben — ohne daß ich ein Versprechen gemacht hätte. Jedenfalls war ich kaum aus Kenya zurück, als hier ein Paket eintraf mit einem großen selbstgebastelten Korb seiner Frau und der Bitte, doch an die Ausbildung seiner Kinder zu denken. Das brachte mich doch in argen Konflikt, denn ich konnte niemand auftreiben, der regelmäßig Geld überwiesen hätte, und ich selbst war finanziell dazu nicht in der Lage. Andererseits hatte er aber auch zumindestens ein regelmäßiges Einkommen im Gegensatz zu dem Jungen. Schließlich wußte ich mir auch da nicht anders zu helfen, als den Kontakt ganz abzubrechen mit dem blöden Gefühl, mehr oder weniger unfreiwillig Wünsche und Hoffnungen geweckt zu haben, die ich nie in der Lage gewesen bin zu erfüllen — bzw. zu erfüllen nicht bereit gewesen wäre. Und in der einen oder anderen Variante erging es fast jedem so in der Gruppe.
So optimal eigentlich die Voraussetzungen waren, so gerne ich an das eine oder andere Erlebnis in diesem Dorf zurückdenke und so viele gute Diskussionen wir mit den Afrikanern geführt haben, und obwohl ich mir einbilde, ein ganz kleines bißchen afrikanische Mentalität dort zumindestens in Ansätzen verstanden zu haben — das Ganze war eine höchst einseitige Angelegenheit und letztlich waren wir Wegbereiter für neue Gruppen.
Und welches Selbstbewußtsien sollen diese Menschen, die am relativen Existenzminimum leben, dem Europöer entgegensetzen, der doch scheinbar alles hat, was sie brauchen. Und wo immer der Kontakt nicht oberflächlich sondern persönlicher wird, nimmt auch diese Provokation zu, weil man sich persönlich angesprochen fühlt zu helfen mit Mitteln, die im Grunde nur abhängig machen.
Insoweit kann ich eure kritischen Bemerkungen zum Alternativ - Tourismus nur bestätigen. Traurig aber wahr: ein „Alternativ"- Urlaub, der für mich persönlcih alle positiven Erwartungen übertroffen hat, der aber für die Betroffenen im Gastland die Vorboten einer modernen Kolonisation brachte. Allerdings brachte er aber auch unterm Strich für mich persönlich einen ganz schönen Blick über den eigenen Suppentassenrand und eine gehörige Portion Sympathie für diese Menschen.

* * *

Fällt mir zum Schluß noch eine Geschichte ein, die ich damals in Kenya erlebt habe: Wir waren glaube ich, gerade am Löcher graben. Zum Teil schaufelten wir halt mangels Werkzeug mit den Händen die locker gehackte Erde aus den Löchern. Da kam ein alter Mann vorbei und sah uns staunend zu. Später übersetzte mir jemand den Dialog, den dieser alte Mann mit den übrigen Einheimischen auf dem Feld geführt hatte: Er habe von unserer Arbeit hier gehört, das aber nicht geglaubt. Deshalb sei er selbst gekommen um sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, daß Weiße so mit ihren Händen arbeiten. Vielleicht ein kleiner Pluspunkt im Sinn der Verständigung? Doch das entkräftet halt leider nichts an dem Vorhergesagten.
Ich bin gespannt auf den 2. Teil Eurer Tourismusserie!
Mechtild Heel, Köln



... Man kann durchaus eine Reise unternehmen, schöne Augenblicke erleben, jedoch sollte man dann mit ganzem Herzen dabei sein, sich mit dem Erlebten auseinandersetzen, die Augenblicke so wie sie sind erfassen und nicht gleich daran denken, diese für später konservieren zu müssen (zu fotografieren).
Dies setzt jedoch eine andere Grundeinstellung gegenüber dem Erlebten voraus; Ich konsumiere es nicht, ich nehme aktiv daran teil. Diese aktive Teilnahme setzt wiederum ein anderes Reisen voraus, denn sie läßt sich nicht mit einem konsumorientierten Reisen vereinbaren.
Es mag sein, daß dies für den einen oder anderen schwer zu verstehen ist. Ich möchte das Reisen grundsätzlich nicht verdammen, ich halte es jedoch für sinnlos, eine Reise nur zu unternehmen, um Erlebtes wieder reproduzieren zu können. Es ist daher sehr wichtig, daß man sich vor einer Reise und speziell eine Reise in die Dritte Welt über seine Grundeinstellung intensiv Gedanken macht.
Ich unterscheide eine Reise von einem Urlaub in etwa so:
Reisen: Ein intensives Auseinandersetzen mit einer anderen Kultur, mit anderen Menschen, ein Offensein gegenüber neuen Erlebnissen, Anschauungen und Gewohnheiten.

Urlaub: Abschalten, entspannen, sich treiben lassen, passiv Erlebnisse konsumieren, oberflächlich bleiben –
und das sollte man in der Tat besser im eigenen Land, da kann es nicht soviel Schaden anrichten, wie in der Dritten Welt.
Ich möchte nun zu den Aspekten übergehen, die ich für mich selbst bei einer Reise in die Dritte Welt als unbedingt Notwendig erachte:
Mich über die Dritte Welt Problematik allgemein und über Sprache, Kultur, über die Menschen des Landes in das ich reisen will, speziell zu informieren.
Mir bewußt zu machen, daß ich einen ganz bestimmten Sozialisationsprozeß durchgemacht habe und noch mache und daß mein Denken und Handeln von unserer Gesellschaft geprägt ist und daß sich das alles von dem der Menschen in anderen Ländern gänzlich unterscheidet.
Daß ich die Sprache der Menschen, mit denen ich in Kontakt komme, soweit beherrsche, um kommunizieren zu können.
Dies ist für mich einer der wichtigsten Punkte überhaupt. In Afrika wäre es nur bedingt Englisch und Französisch. Klar könnte ich mich mit vielen Afrikanern dann unterhalten, jedoch sind dies die Sprachen der ehemaligen Kolonialherrn, der Unterdrücker und der Oberschicht. Will ich mich in Afrika mit diesen Sprachen verständigen, so muß ich mir darüber im Klaren sein. Denn damit benutze ich nicht die Sprache derjenigen, mit denen ich mich hierzulande eigentlich solidarisch erkläre.
Daß ich eine Reise unternehme, bei der ich die Menschen, zu denen ich gelange, näher kennenlerne, bei der die Menschen mich näher kennenlernen, kurz, ich versuche tiefergreifende Kontakte zu knüpfen, wobei ich jederzeit bereit bin und auch meine Arbeitskraft mit einzubeziehen.
Ich glaube, wenn ich das alles mitnehme auf meine Reise in die Dritte Welt, daß ich dann nicht allzu verwirrte Menschen bei meinem Abschied zurücklasse.

Siegfried

Lieber AK-Tourismus!
Zunächst einmal unsere Anerkennung für Eure Arbeit zu diesem großen und aktuellen Themenkreis.
Dennoch vermißten wir das Aufzeigen von positiven Alternativen oder zumindest die Erarbeitung der Kriterien hierfür. Die abschließende Stellungnahme des AK auf Seite 50 erscheint uns allen zu pessimistisch und eher als eine Herausforderung zu anderm Handeln. Zitat: „Gerade wenn die Bevölkerung nicht aggressiv reagiert, werden Schamgefühle und Erniedrigung hervorgerufen, denn die Anwesenheit der Touristen konfrontiert schmerzhaft aufs Neue mit den Normen und Wertmaßstäben der herrschenden Gesellschaft." Von unseren Beobachtungen hier in Tansania – obwohl wir nur gelegentlich die Rolle des Touristen einnehmen – haben wir dem ganz andere Erfahrungen entgegenzusetzen. Wenn wir als Europäer irgendwo auftauchten, fanden wir erstaunlich oft Herzlichkeit, Offenheit und Freude, manchmal auch ungehemmte Neugier, die jedoch so natürlich war, daß wir nicht auf den Gedanken kämen, uns darüber zu beklagen (es ist nicht die Art von Neugierde eines überdrüssigen Europäers, der um jeden Preis etwas Neues erleben will). Besonders wohltuend und konfrontationsauflösend empfanden wir die ungewöhnliche Fähigkeit vieler Afrikaner, über Europäer zu lachen, an ihrer Andersartigkeit das Komische auszukosten, wann immer es möglich ist. Das nicht wahrhaben zu wollen, würde von Überheblichkeit zeugen. Nach unseren Erfahrungen bringen unsere „Normen und Wertmaßstäbe – solange man sie ihnen nicht aufzwingen will oder sie mit herablassender Verachtung demonstriert – weit öfter zum Lachen, als daß sie sich durch sie verunsichert fühlen. Gegen jede Art von herablassendem oder verächtlichen Verhalten sind viele Tansanier allerdings sehr empfindlich.
Anwesenheit von Touristen muß also für die Bevölkerung keineswegs immer „Erniedrigung" bedeuten, und Begegnung muß nicht immer „schmerzliche Konfrontation" sein. Reisen in die 3. Welt brauchen weder zwangsläufig den Einheimischen die „Lebensgrundlagen entziehen" (z.B. durch illegalen Devisenhandel, auf dem Schwarzmarkt, bei Touristen sehr beliebt), noch unbedingt „auf Kosten der Einheimischen" gehen. Letztlich entscheidet darüber vor allem das Handeln und Einfühlungsvermögen des Gastes.

Hanno und Juliane Maus
Moshi, Tansania

Literaturverzeichnis

Für alle Leser, die sich intensiver mit Problemen des Tourismus auseinandersetzen wollen und an weiterführender Spezialliteratur interessiert sind, haben wir dieses Verzeichnis zusammengestellt. Es enthält, schwerpunktmäßig Titel zum Problem des Tourismus in der 3. Welt, doch wurden für den ersten, allgemeinen Teil auch einige andere empfehlenswerte Bücher aufgenommen. Diese Liste enthält natürlich nur die wichtigsten Titel, ausführlichere Bibliographien finden sich vor allem bei Armanski, Helmich, Resch und in der Zeitschrift für Kulturaustausch.

Touristik allgemein

G. Armanski: Die kostbarsten Tage des Jahres. Massentourismus – Ursachen, Formen, Folgen; Berlin 1978 (Rezension in diesem Heft)

R. Bergmann: Cuba libre in Benidorm. Roman; Frankfurt 1977 (Rezension in diesem Heft)

M. Beutel/M. Greverus/R. Schanze/E. Speichert/H. Wahrlich: Tourismus. Ein kritisches Bilderbuch; Bensheim 1978 (päd. extra buchverlag)

R. Ehrhardt: Tourismus – die programmierte Völkerwanderung; Berlin 1977

H. M. Enzensberger: Eine Theorie des Tourismus, in: Merkur, Heft 126/1958; auch abgedruckt in: ders.: Einzelheiten Bd. I; Frankfurt 1962

K. Gröper: Der verkaufte Tourist; Wien 1973

D. Kramer: Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft; Köln 1975

J. Krippendorf (Hg.): Fremdenverkehr im Wandel; Frankfurt/Bern 1974

ders.: Die Landschaftsfresser; Bern/Stuttgart 1975

D. MacCannell: The Tourist. A New Theory of the Leisure Class; London/New York 1976

H. R. Scherrieb: Der westeuropäische Massentourismus; Würzburg 1975

H. Prahl/A. Steinecke: Der Millionen-Urlaub. Von der Bildungsreise zur totalen Feizeit. Neuwied 1979

Studienkreis für Tourismus (Hg.): Tourismus – Entwicklung und Gefährdung? Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Tourismus; Starnberg 1978

Tourismus und Dritte Welt

Arbeitskreis 'Tourismus und Entwicklung' (Hg.): Reisen in die 3. Welt; Basel 1976

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Hg.): Tourismus und Entwicklungspolitik, in: Entwicklungs-Politik, Materialien Nr. 54, Bonn 1976

M. Grupp: Die Bedeutung des Fremdenverkehrs für Entwicklungsländer, in: Geographische Rundschau, Heft 2/78 (Unterrichtsmaterialien für Sekundarstufe II).

G. Helmich: Stellungnahme zur wachsenden Kritik touristischer Entwicklungshilfe; St. Gallen 1977

E. Meueler (Hg.): Kenia – oder: Urlaub der Reichen in den Ländern der Armen, in: Unterentwicklung Bd. I; Reinbek 1974

W. Meyer: Ferntourismus. Vorstellungen über Ceylon – Kenia – Tansania – Tunesien als Urlaubsländer; Starnberg 1973 (StfT)

W. Resch: Fremdenverkehr und Dritte Welt. Anspruch und Wirklichkeit. Ein Leitfaden; Stein b. Nürnberg 1977

Studienkreis für Tourismus (Hg.): Teilnehmende Beobachtung bei Fernreisen; Starnberg 1979

Studienkreis für Tourismus (Hg.): Tourismus in Entwicklungsländern. Beiträge der Arbeitsgruppe Ferntourismus des StfT 1974–1978; Starnberg 1979

Hrsg.: Thailand Informations- und Solidaritätskomitee (8 München 43, Postfach 430209) Thailand-Correspondenz 7/8: Tourismus in der Dritten Welt

A. Wirth: Massentourismus und abhängige Entwicklung: Kritik der herrschenden Theoreme zum Tourismus in der Dritten Welt; Marburg 1976 (Dissertation)

Ökonomische Aspekte des Tourismus

R. Baretje/P. Defert: Aspects économiques du tourisme; Paris 1972

H. Bensmann: Die Reisegesellschaft. Deutschlands Urlauber und die Tourismusindustrie; Düsseldorf 1976

K. Frentrup: Die ökonomische Bedeutung des internationalen Tourismus für die Entwicklungsländer; Hamburg 1969

H. Meinke: Tourismus und wirtschaftliche Entwicklung; Hamburg 1967 (Dissertation)

C. Riess: Jedes Jahr ins Paradies. Das Geschäft mit dem Urlaub; Hamburg 1973

Studienkreis für Tourismus (Hg.): Werbung im Tourismus; Starnberg 1973

Sozio-kulturelle Aspekte des Tourismus
B. Benzing: Das Ende der Ethnokunst; Fulda 1978

K. D. Hartmann: Auslandsreisen. Dienen Urlaubsreisen der Völkerverständigung?; Starnberg 1974 (StfT)

U. Mees: Vorausurteil und aggressives Verhalten. Eine experimentelle Untersuchung von Beziehungen zwischen Urteilen über Völker und aggressivem Verhalten gegenüber Angehörigen dieser Völker; Stutgart 1974

V. L. Smith: Hosts and Guests; Oxford 1978

Studienkreis für Tourismus (Hg.): Ferntourismus. Ein Mittel der Entwicklungshilfe und Völkerverständigung?; Starnberg 1974

ders.: Motive – Meinungen – Verhaltensweisen. Einige Ergebnisse und Probleme der psychologischen Tourismusforschung; Starnberg 1969

Zeitschrift für Kulturaustausch Nr. 3/1978: Tourismus und Kulturwandel (Rezension in diesem Heft)



Empirische Länderstudien
J. Boutillier u.a.: Le Tourisme en Afrique de l'Ouest. Panacée ou nouvelle traite?; Paris 1978 (Maspero)

T. Hamer: Tourismus und Kulturwandel. Soziokulturelle und ökonomische Auswirkungen des Tourismus auf die Indios von Panjachel in Guatemala; Starnberg 1979 (SfT)

L. Nettekoven: Massentourismus in Tunesien. Soziologische Untersuchung an Touristen aus hochindustrialisierten Gesellschaften; Starnberg 1972 (StfT)

R. Schawinski: Die sozio-ökonomischen Faktoren des Fremdenverkehrs in Entwicklungsländern: Der Fall Guatemala; Bern/Stuttgart 1973

A. Vielhaber: Tourismus in Ägypten. Eine empirische Pilotstudie über soziokulturelle Wirkungen des Tourismus in Ägypten; Starnberg 1979 (StfT)

Jugendreisen
R. Antoch/J. Renlecke/C. Schricker: Von Urlaubgebern und Urlaubnehmern. Provokation zum Thema Jugendtourismus; Wuppertal 1974

Jahrbuch für Jugendreisen und internationalen Jugendaustausch; Bonn 1970 und 1974

H. W. Opaschowski: Jugendauslandsreisen. Geschichtliche, soziale und pädagogische Aspekte; Bern/Neuwied 1970

G. Winter: Einstellungsänderung durch internationale Begegnung. Sammelbericht über sozialpsycholog. Beiträge zum Thema „Völkerverständigung durch Auslandsreisen und internationale Jugendtreffen"; Starnberg 1974 (StfT)

Alternativtourismus
Sabine Decker-Horz: Alternative Konzepte des Tourismus für die Dritte Welt und ihre entwicklungspo[illegible] Bedeutung, Diplomarbeit (Bahnstr. 1, 6222 Geisenheim[illegible]

Zentrum für Entwicklungsbezogene B[illegible]arbeit (Hg.): Dritte Welt Tourismus – Alternativer Tourismus. Teil I: Bericht einer Tagung im März 1977, Teil II: Bericht einer Tagung im September 1978; beide Stuttgart 1978
(zu beziehen über: ZfEB, Gerokstraße 17, 7000 Stuttgart 1)

Zahlen und Statistiken
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (Hg.): Internationaler Tourismus. Daten und Analysen; erscheint jährlich zur Internationalen Tourismus-Börse Berlin (kostenlos zu beziehen über: DIW, Königin-Luise-Str. 5, 1000 Berlin 33 oder Ausstellungs-Messe-Kongress-GmbH, Postfach 191740, 1000 Berlin 19)

Organisation of Economic Cooperation and Development (OECD), Paris: International Tourism and Tourism Policy in OECD Member Countries; erscheint jährlich

World Tourism Organisation (WTO), Madrid: World Travel Statistics; erscheint jährlich

International Union of Official Travel Organisations (IUOTO), Genf: International Travel Statistics; erscheint jährlich

Zusätzliche Informationen und weiteres Material
über
Studienkreis für Tourismus, Dampfschiffstraße 2, Postfach 1629, 8130 Starnberg

Arbeitskreis 'Tourismus und Entwicklung' Missionsstraße 21 CH-4003 Basel

Gruppe Neues Reisen, Hallgartenstraße 5, 6000 Frankfurt 60

Zusammenstellung: psc

Übersicht über den Themenblock

Reise- und Tourismusverzicht als Perspektive eines anti-imperialistischen Kampfes?

Bemerkungen zu den Resultaten des Arbeitskreis Tourismus

Der Arbeitskreis-Tourismus analysiert den Tourismus als ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft und als einen Zweig der kapitalistischen Industrie. Dieser hat die gleichen, vorkapitalistische Kulturen zerstörenden Wirkungen wie andere Weisen der imperialistischen Kapitalakkumulation; auch liegt, entgegen allen anderslautenden Propagandaklischees, der Geschäftsvorteil wieder bei den Metropolen. Außerdem wird gezeigt, daß sich die Alternativtouristen mit ihrem Bewußtsein, etwas besonders Aufgeklärtes zu sein, in bloß elitär-arroganter Einbildung gerieren. Sie mokieren sich über die „armseligen" Neckermann-Massentouristen, obwohl sich der Alternativtourismus im Hinblick auf seine Konsequenzen letztlich in nichts vom Massentourismus unterscheidet. Das Alternative ist blanke Ideologie.
Aus der gesamten Darstellung des Arbeitskreises (sowie aus den redaktionellen Diskussionen) haben wir allerdings den Eindruck gewonnen, als sei mit dem Tourismus ein ganz besonderer Sektor der kapitalistischen Industrie mit einer besonderen Form kapitalistischer Zerstörung entdeckt worden, die sich anscheinend von den üblichen Formen unterscheidet. Denn anders als aus der Anschauung, daß der Tourismus etwas Besonderes sei, ist diese eigentümliche Schlußfolgerung nicht zu begreifen, die sich zu dem Appell zuspitzt: „Wer in die 3. Welt reist, um zu reisen, der könnte auch woanders reisen." (iz3w Nr. 84, S. 27) Es wird für touristische Enthaltsamkeit plädiert. Das Plädoyer der Enthaltsamkeit weiß sich aber unsicher, es formuliert keine Forderung. Stattdessen nimmt es sein Anliegen zurück und die ganze politische Perspektive wird zu einem „Verzichtkonflikt" stilisiert, den jeder für sich persönlich entscheiden muß und daran sein politisches Bewußtsein qualifizieren kann, indem er die große Reise nicht antritt. „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust ..."
Mit anderen Worten: was sich als politische Antwort verstehen will, können wir allenfalls moralisch nennen.

3. Welt – und die Moral des Konsumverzichts

Jene „Forderung" ist nicht allein moralisch und hilflos, weil die Folgerung aus der Analyse bloß irgendwelchen persönlichen Wertungen anheimgestellt wird und aus ihr ohnehin nichts folgt, da sie nichts verändern kann, sondern sie ist auch inkonsequent. Denn es muß erstaunen, daß der Konsumverzicht nur auf die touristische Reise bezogen wird. Sollte tatsächlich eine Strategie darin erblickt werden, den Ländern der 3. Welt zu helfen, indem man verzichtet, ihre Waren zu konsumieren, um ihre Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt und damit ihre Ausbeutung zu unterbinden, so müßte konsequenterweise auch der Verzehr aller anderen Waren aus der 3. Welt unterbleiben. Denn mit dem Genuß jederKaffeebohne, die allmorgendlich unsere Geister weckt, halten „wir" jene Warenströme mit der 3. Welt aufrecht und sind damit an der Reproduktion des ganzen Ausbeutungssystems beteiligt. Indes, genausowenig wie bisher jemand verlangt hat, keine in bundesdeutscher Lohnarbeit hergestellten Waren zu konsumieren, da diese mit der Ausbeutung von Proleten verbunden sind, ist jemand auf die glorreiche Idee gekommen, 3. Welt-Waren zu boykottieren. Es wäre aber auch aberwitzig.
Das Verlangen nach Reiseverzicht in Sachen Südamerika, Asien und Afrika, um nicht das Geschäft der kapitalistischen Konzerne zu besorgen, erscheint wie der groteske Kampf Don Quichotes gegen die Windmühlen, die er für Drachen hielt. Der „Tourismusdrachen" hat nur einen marginalen Anteil an der imperialistischen Durchdringung und Zerstörung der Welt, von der kaum noch ein Flecken nicht vom Bazillus unserer so eindrucksvollen Zivilisation infiziert ist; übrig sind allenfalls noch unzugängliche, weil bisher wirtschaftlich uninteressante Regionen.
Hierfür sorgten und sorgen andere als die touristischen Industrien und nicht mehr allein die Kapitalien und Bürger der traditionell imperialistischen Nationen.
Der Alternativtourist mag zwar als Pfadfinder des Massentourismus fungiert haben, den Kapitalismus exportierte er nicht. Vor ihm waren andre da, die es ihm überhaupt ermöglichten, dorthin zu gelangen – unberührte, „ursprüngliche" Gesellschaften sind längst schon dahin.
Das Pathos des „Verzichtkonfliktes" scheint uns nicht so sehr das Produkt einer irrigen Analyse, ihm liegt eine, persönlich vermutlich kränkende Erfahrung zugrunde: die alternativen Billigreisen profitieren von den imperialistischen Ausbeutungsverhältnissen d.h. sie sind nur derentwegen möglich. Deshalb empfindet sich manch einer als „Imperialist", ebenso wie die Heimgesuchten in ihm – trotz seiner „geistigen Solidarität" – einen Vertreter reicher, imperialistischer Gesellschaften sehen. Sie beneiden ihn, da er, verglichen mit ihnen, allemal noch reich ist, und sie deswegen hungrig zu ihm aufblicken, sie seinen geschätzten Errungenschaften nacheifern wollen.
Dies muß dem linken anti-imperialistischen Bewußtsein unterträglich sein, weiß es doch auch – was es aber nicht vermitteln kann –, wie der beneidete Reichtum akkumuliert wurde. Das Destilat dieser schmerzlichen Erfahrung: „Die Gesellschaft, aus der wir kommen, ist wie eine ansteckende Krankheit, mit der wir infiziert sind. Auch wenn wir sie gar nicht haben wollen, wenn wir sie bekämpfen, bleiben wir ihr Überträger. Dagegen hilft nur der Entschluß, sich von denen fernzuhalten die noch nicht angesteckt sind." (iz3w Nr. 84, S. 44) Als gäbe es ohne Tourismus und ohne Reisen auch keinen Kapitalismus in der 3. Welt!
Der „Entschluß" dieser Selbstbezichtigung ist nicht frei von Larmoyanz: nicht selbst mitschuldig sein zu wollen an der imperialistischen Zerstörung in der Welt, sein integres Linksbewußtsein auch praktisch rein zu halten. Der Appell an persönlich/politische Haltungen wird also nur möglich, da die reisenden Personen die Resultate des Imperialismus konkret erleben können, die sich sonst nur durch den theo-

retischen Zugriff auf die fernen, unpersönlichen Ströme der Waren und Kapitalien erschließen; den morgendlichen Kaffeebohnen ist eben nicht einfach anzumerken, durch wen und wie sie produziert wurden.
Die Aufforderung, in der 3. Welt keinen Urlaub zu machen, impliziert jedoch auch die Verurteilung derer, die dies tun, denn diese beteiligen sich dann an der kapitalistischen Verseuchung, führen sich „imperialistisch" auf – hinsichtlich bundesdeutscher Lohn- und Gehaltsempfänger eine gelinde Anmaßung. Sie werden dafür verurteilt, daß sie sich dort einen Urlaub leisten, wo es relativ billig ist und ihre banalen oder exotischen Imaginationen aus dem trist maschinellen Alltag einen Hauch von Wirklichkeit gewinnen können. Daß in die Länder der 3. Welt noch relativ preisgünstig gereist werden kann, liegt nicht an den Arbeitern und Angestellten, und haben diese auch nicht dadurch zu verantworten, indem sie ihre Erholung und Unterhaltung, ihre exotische Abenteuerlust in teuren Ländern zu suchen haben.
Der Einwand, daß die Reisen in die 3. Welt nur ein bourgeoises Vergnügen sei, das sich bundesdeutsche Lohn- und Gehaltempfänger ohnehin nicht leisten können, greift nicht: Neckermann macht's möglich! Tunesien ist nicht mehr fern – bezahlbar geworden, dank Masse! Außerdem kann die mittlerweile touristisch schon erschlossene und zerstörte südeuropäische Peripherie in diesem Zusammenhang nicht übergangen werden. Die Sätze vom Beginn der 3. Welt in Europa meinen schon etwas Richtiges. Zudem wird die wirtschaftliche Entwicklung der urlaubshungrigen Metropolen in Relation zu den armen Ländern dafür Sorge tragen, daß bald noch mehr Leute auf Billig-3.Welt-Reisen gehen können. Über die letzte Schranke, die Angst vor der Fremde, jubelt dann die Werbung hinweg.
Gewiß, nur weil es nationale Reichtumsgefälle gibt in dieser Welt, wird der Urlaubstourismus als Massenveranstaltung der kapitalistischen Nationen in diesem Umfang erst möglich: die sogenannten Billigländer sind die notwendige Bedingung, um die entwickelten Erholungsbedürfnisse derjenigen erfüllen zu können, die den Reichtum in den Metropolen produzieren – allein zu dem Zweck, daß dies auch weiterhin so gewährleistet ist (wobei gleichzeitig damit noch verdient wird). Die Armut der 3. Welt oder allgemein: die ungleiche kapitalistische Entwicklung, sind auch in diesem Zusammenhang – Regenerierung der Arbeitskraft in touristischer Gestalt – eine reproduktionstechnische Systemnotwendigkeit. Daß dieses System auf Lohnarbeit beruht, weiß bald jeder, doch Lohnarbeiter hat noch niemand für die imperialistische Welteroberung verantwortlich gemacht.

Es kann daher auch nicht einleuchten, weshalb irgend jemand hiervon ausgenommen werden soll, etwa weil er als Studierter das Weltgeschehen besser durchschauen sollte oder nur weil er nicht unmittelbar deprimierenden Zusammenhängen der Lohnarbeit in Fabrik und Büro ausgesetzt ist.
Denn die Kostenfrage, und nicht allein die, zählt auch für die Alternativtouristen, die da sind: Studenten, Lehrlinge, Schüler und alle Sorten von Tunixen und Alternativlern; von ihren Attitüden und Einbildungen im Augenblick einmal abgesehen.

So, wie der Arbeitskreis-Tourismus ausführt, daß sich Massen- und Alternativtourismus hinsichtlich ihrer Verlaufsformen und F o l g e w i r k u n g e n in nichts voneinander unterscheiden, letzterer nur die elitäre Variante des ersten ist, so können auch keine Illusionen mehr bestehen, daß eine wirkliche Alternative zum Alternativtourismus gefunden werden kann. Solange Ungleichheit das Mal und die Rechengrundlage dieser Welt sind, kann es keine ernsthafte Rede von einem „alternativen" Alternativtourismus geben.

Im Augenblick bleibt nichts anderes zu konstatieren, als daß die Reisen in die 3. Welt zu den Erscheinungsformen des Imperialismus zählen.

Reisen als Erfahrungsmöglichkeit des Fremden?
Es ist nicht allein der wirtschaftliche Aspekt, der am Tourismus und an den Reisen kritisiert wird. Gleichermaßen wird die sozial-kulturelle Dimension dieser Veranstaltungen angegangen. Doch scheint uns die absolut pessimistische Beurteilung der touristischen Kulturkontakte, daß sie notwendig nur immer Ressentiments und Rassismus förderten, Vorurteile aufbauten und verfestigten (iz3w Nr. 84, S. 25) keineswegs ausgemacht.
Das Material, das Gerhard Armanski in seinem Buch über den Tourismus (G. Armanski, Die kostbarsten Tage des Jahres, Berlin 1977, Rotbuch Verlag) zu dieser Frage zusammengestellt hat, beweist davon nichts; es spricht eher vorsichtig von positiven Wirkungen der zwischenmenschlichen Begegnungen in der Fremde. Etwa: „Mit wachsender Reiseintensität konnten sich jedoch immer mehr Personen vorstellen, im Reiseland zu leben und dort eine Heimat zu finden." (Zitiert bei Armanski, S. 79).

KABARETT!
„Made in Germania": Wer hat Angst vor'm schwarzen Mann?
Unser neues Stück „Wer hat Angst vor'm schwarzen Mann?" ist fertig. Wir machen jetzt seit vier Jahren zusammen Kabarett und wollen mit unserem neuen Stück einen Diskussionsbeitrag zur Problematik „Dritte Welt" bzw. zu unserem Verhältnis zur dritten Welt leisten.
Im Gegensatz zu den bürgerlichen Medien haben wir versucht aufzuzeigen, daß die Ursachen für die herrschenden Zustände in der dritten Welt nicht dort, sondern in erster Linie bei uns zu suchen sind.
Ein totemstes Drama ist unser Stück allerdings nicht geworden. Wir versuchen vielmehr mit den darstellerischen Mitteln des Kabaretts (d.h. durch Sketche, Lieder und Texte) etwas rüberzubringen.
Im einzelnen sprechen wir folgende Bereiche an:
– Massentourismus und seine Folgen;
– die Darstellung der dritten Welt in den Massenmedien;
– die Wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Industriestaaten und der dritten Welt;
– die Firmenpolitik deutscher Firmn, die aktiv diktatorische oder rassistische Regime unterstützen;
– die militärischen und strategischen Interessen der Supermächte und die Verschiebung der Kriegsschauplätze in die dritte Welt;
– eine der makabersten Erscheinungen der Ausbeutung der dritten Welt: der internationale Bluthandel durch die Pharmaindustrie.
Als Hauptdarsteller erscheinen in unserem Stück arbeitslose Diktatoren, Hausmeister , Vampire, Neckermänner und Freaks und 'ne Menge Militär!
Zu uns dreien ist zu sagen: Conny (27) Schülerin; Simone (25) Grafikerin; Uli (26) Elektriker.
Wenn Ihr Interesse an unserem Stück habt, schreibt uns oder ruft uns einfach an!

KONTAKTADRESSE:
Simone Fleck
Werderstr. 16, 4600 Dortmund 1, Tel.: 0231/512382

Sicherlich sind die Ergebnisse solcher Untersuchungen mit großer Vorsicht zu behandeln – wer wird schon bei einer Befragung offen zugeben, daß er gegenüber anderen Völkern Vorurteile hat, weiß er doch als welterfahrener Bürger, daß man dergleichen nicht haben darf.
Daß jemand sich vorstellen kann, in einem fremden Land zu leben, besagt natürlich nicht, er habe keine Vorurteile mehr; diese können in subtil versteckter Weise weiterleben. Immerhin aber scheint eine Bereitschaft zur Annäherung vorhanden zu sein, das Fremde wirkt nicht mehr nur bedrohlich und verachtungswürdig.
Auf der anderen Seite – als illusionär hat sich auch weitgehend das Programm der Völkerverständigung durch Reisen erwiesen: der brave bürgerlich-christliche Glauben an die Güte und Gleichheit aller Menschen, die, gleich welcher Hautfarbe und Kultur, einmal zusammengeführt, Vorurteile und Rassismus ganz von selbst verlieren; und in alle Ewigkeiten herrsche Frieden – den leider nur die bösen Mächte des schnöden Materialismus stören.
Reisen beinhaltet die Konfrontation mit einer unbekannten Welt, mit einer anderen Kultur, die neben einer Faszination zunächst Unsicherheit hervorruft. Unsicherheit und Angst verstärken den Bezug auf die eigene Kultur, an der die unbekannte, fremde gemessen und abgeurteilt wird. Der Ethnozentrismus steht zwischen den Menschen verschiedener Gesellschaften, und die Schwierigkeiten, diesen zu brechen oder zu überwinden, sind immens.
Indes, nur der direkte Kontakt, die Bereitschaft, sich der unmittelbaren Erfahrung des Anderen auszusetzen, enthält bedingt die Möglichkeit, sich diesem zu nähern, die Angst zu überspringen und zu lernen, die Anderen so zu sehen und zu akzeptieren, wie sie sind und wie sie sein wollen.
Reisen birgt in beschränktem Rahmen etwas von diesen Möglichkeiten zur Erfahrung des Fremden. Selbst ghettoisierten Massentouristen ist dies nicht vollständig beschnitten, wie die Untersuchung über die Supermarktreisen nach Tunesien zeigt (iz3w Nr. 86), auch wenn dort oft nur ein obskures Theater von Tradition und Brauchtum à la Hollywood vorgeführt wird. Nichts destoweniger wird etwas gesehen, erlebt und erfahren; Material, meist dürftiges, sammelt sich an, das die aus der Heimat mitgebrachten, von Massenmedien und aus Erzählungen vermittelten Bilder über das fremde Land füllt, Vor-Urteile zu Urteilen werden läßt.
Über dieses Material kann geredet werden, es ist zu bearbeiten; keineswegs müssen die Bilder und Meinungen so bleiben, wie sie sich festgesetzt haben. Und hier hat die „Bildungsreise" ihre Aufgabe. Nicht jene bildungsbürgerliche Veranstaltung ist gemeint, die nur auf die Besichtigung von Altertümern und Exoten aus ist, die dann lexikalisch der menschheitsgeschichtlichen Chronoligie irgendwo eingeordnet werden, um allein die Bestätigung für unsere entwickelte „Hochkultur" zu leisten – im übrigen aber von der gegenwärtigen Realität nicht unbedingt etwas wissen will, bzw. tunlichst daran vorbeiführt.
In einer anderen Form der „Bildungsreise", die vorbereitet ist und die Bereitschaft mitbringt für Menschen, nicht nur im Vorübergehen, liegt eine Chance: die zur A u f k l ä r u n g, zuhause! Hierbei kann die Reise dienen, wenn sie Wissen und Erfahrung gewinnt, die vermittelt werden können. Dies zu der Frage, wem die Bildung einer Reise nutzt (iz3w Nr. 84, S. 27).
Adalbert von Chamisso, bekannt als der Verfasser von „Peter Schlemihls wundersame Geschichte" – des Märchens jenes Schattenlosen, der mit Siebenmeilenstiefel-Schritten forschend um die Welt eilt –, begab sich Anfang des 19. Jahrhunderts selbst auf eine Weltreise. Von ihr berichtet er in seinem Buch „Reise um die Welt". Sein Ansinnen darin ist Desillusionierung, die allerdings auf Grenzen



stieß – er schrieb „Desillusionsromantik", wie Fritz Kramer es nennt (F. Kramer, Verkehrte Welten. Zur imaginären Ethnographie des 19. Jh., Frankfurt 1977, S. 73). Chamisso suchte aufzuräumen mit den Vorstellungen von den abenteuerlichen Gefahren einer Weltreise, die es zu bestehen nicht gab; er schrieb gegen die abgeschmackten Phantasien, die unter Europäern über die „Wilden" kursierten, gegen Exotik und gegen die Mystifizierung der tropischen Welt, die er dem europäischen Publikum näher zu bringen und verständlicher zu machen suchte. Er erzählt auch von der Verheißung und seiner Freude, mit Menschen zusammenzukommen, von einem Freund, den er fand. Dies alles konnte er nur vollbringen, weil er selbst Anschauung gewann von der Welt, von der Andere bloß phantasierend, projezierend und verfremdend berichtet hatten.
An eine solche Tradition kann die „Bildungsreise" anknüpfen und sie fortführen. Sind die Bedingungen und die Inhalte zum Teil heute auch ungleich andere, so bleibt die Aufgabe wesentlich die gleiche: berichten, informieren und erklären von anderen Welten.
Wissen und Aufklärung tragen an den Malen des Widerspruchs. Einer wissenschaftlichen Institution, die zur Ausbildung britischer Kolonialbeamtn geschaffen wurde, schlug man ins Wappen: „Knowledge is Power" (Wissen ist Macht). I h r Zweck war Herrschaftswissen.



Britische Ethnologen wurden entsprechend beauftragt, bestimmte Gesellschaften zu erforschen, die sich nicht ohne kostspielige Gewaltanwendung der Pax Britannica unterwerfen ließen; diese sollten im Rahmen der indirect rule friedlich verwaltbar werden. Die Ethnologen lieferten das angeforderte Material ab, doch brachten sie mehr mit: sympathisierend den konkreten Nachweis, daß es bevölkerungsreiche, funktionsfähig integrierte Gesellschaften o h n e S t a a t, ohne eine Zentralinstanz, ohne einen „polizeilichen" Herrschaftsapparat gibt. Das heißt, daß Gesellschaft und Herrschaft nicht „naturnotwendige" Entsprechungen sind, kine universelle Erscheinung der Menschheit, wie immer behauptet wird – daß Vergesellschaftung und Anarchie

nicht bloß eine träumerische Spekulation irgendwelcher Spinner und ewig pubertierender Staatsfeinde sind, sondern geschichtliche Tatsache. Die Ambivalenz ist offensichtlich; (und die Verwaltbarkeit jener Gesellschaften wurde wegen dieser Erkenntnis nicht leichter). Um Herrschaft anzugehen, muß jener Wappenspruch gewendet werden – eigenes Wissen angeeignet werden.
Die Mitglieder des Arbeitskreis-Tourismus scheinen dies und sich selbst vergessen zu haben; sie schreiben gegen ihre eigene Geschichte der 3. Welt-Reisen an, die einige von ihnen zur Mitarbeit im *iz3w* erst bewog. Vielleicht verbirgt sich dahinter die Hilflosigkeit angesichts der verbreiteten Resultate einer vielgeübten Reisepraxis. Denn oft bleiben wenig mehr als die persönlich vielleicht wichtige Erfahrung, die Verkehrsprobleme in der Fremde gemeistert zu haben, und eine jener imposanten Serien elend romantischer Farbdias, die meist beziehungslos nur noch verkünden: hier bin ICH gewesen!
Vermutlich bezeichnet dies nur die diffusen Erwartungen und unrealistischen Ansprüche vor der Reise, die dann unerfüllt bleiben müssen, wie exemplarisch ein Erfahrungsbericht bezeugt (iz3w Nr. 84, S. 45/6).
Wer die bloß konsumptive Haltung ertragen kann, halbe Kontinente mit Siebenmeilenstifel-Schritten in Wochen zu erledigen, soll dies tun – das Wort wollen wir diesem Trip nicht reden; nur soll er sich nicht einbilden, viel kennengelernt zu haben und sich souvenierbehangen etwa zum Anwalt von Indios aufspielen zu können. Auch mancher linke „Polit-Tourismus", der den Sozialismus in der 3. Welt aufspüren will, wirft solche Schatten.
Die „Bildungsreise", die Vorbereitungszeit, Sprachkenntnisse und meist auch mehr Reisezeit bedarf, ist natürlich zunächst Privileg derer, die entsprechende Bildungs- und Lebensvoraussetzungen genießen und den entsprechenden Aufwand betreiben können. Daraus folgt uns jedoch nicht ein zwanghaftes Postulat an alle derart Privilegierte, 3. Welt-Reisen nur im Dienste der Aufklärung aller Nicht-Privilegierten zu veranstalten, und alle eigenen Bedürfnisse diesem Pathos zu unterwerfen. Oft genug ist erst einmal mit eigenen Borniertheiten und Verblendungen fertig zu werden, dies allein wäre schon viel.
Auf die Erfahrungsmöglichkeiten der Reisen in die Fremde wollen wir hinweisen, auf die nicht verzichtet werden kann. Diese sind notwendig, zumal sich mehr als nur „berechtigte Glücksansprüche" (iz3w Nr. 84, S. 44) erfüllen lassen und oft mehr mit einer Reise – auch der touristischen – verbunden und von ihr berührt wird.
Denn, alle Vorstellungen von anderen Ländern und alle die im Alltag geborenen Sehnsüchte nach einem anderen Leben, mögen sie auch Sozialromantik sein, prägen die Wahrnehmung; sie bestimmen, wie die verschiedenartigsten „Informationen", die während der Reise aufgenommen, interpretiert werden. Der heimatliche Alltag und die „Bilder" der Fremde sind nicht voneinander abzutrennen und gesondert für sich zu behandeln; sie stehen in direktem Zusammenhang zueinander, gehen in Eins und bilden ein gewiß kompliziertes Arbeitsmaterial.
(Einzelne Ansätze hierzu sind in dem zitierten Buch von G. Armanski (S. 96 ff.) zu finden.)

Zusammenfassend:
Die Kritik am Tourismus verweist auf die Gesellschaft, die ihn hervorgebracht hat, ist Gesellschaftskritik. Der Ak-Tourismus schreibt zwar von den Gestehungsbedingungen seines Gegenstandes, doch gehen diese nicht in seine Schlußfolgerungen ein. Er denunziert bloß verengt aus dem Zusammenhang gelöste Erscheinungen, so als wäre der Tourismus eine außerordentliche Form des Imperialismus, seine wegbereitende, der isoliert begegnet werden könne. Daher kann er zu der unentschlossenen Moralität des Reise- und Tourismusverzichts gelangen, der, tatsächlich durchgeführt, folgenlos bliebe. Dabei kommt der Arbeitskreis unbewußt zu einer Haltung, die der der kritisierten Alternativtouristen nicht fern ist: sich über die Borniertheit der Massen erhaben zu zeigen, ohne zu begreifen oder zu berücksichtigen, weshalb diese so borniert sind.

Und noch etwas: das Autorendoppel ist doppelt gemischt. Nur e i n Teil kann auf das Vergnügen einer 3. Welt-Reise zurückschauen. Der andere mag solche Reisen nicht sonderlich; er liebt mehr die Metropolen und weiß sich darin mit jenem Chamisso einig, der am Ende seiner Weltreise, in sieben Tagen in London mehr erlebte als während des jahrelangen „Turns" um das Erdenrund.

GE/DE

»Vampire des Elends?«

– oder: einige Einstellungen zum Filmen in den Tropen

1. Erinnerungen mit Farbstich
(Aus dem Tagebuch eines Saharafilmers)

„Messerscharf, jedoch in weichen Rundungen zeichnen sich die Dünenkämme gegen den Himmel ab. Die Sonne geht unter – leuchtendes Rotgold des Sandes gegen das satte Blau des Himmels – ein Leckerbissen für jeden Farbfilmer ..."

„Berittene Tuareg überraschten uns heute bei der Mittagsrast am Landrover. Ein prächtiger Anblick, diese blauen Ritter der Wüste, hoch aufgerichtet auf ihren Kamelen. Für ein paar Zigaretten und Kaffee ließen sie sich von allen Seiten filmen und fotografieren..."

„Mir war, als trete mich ein Kamel, als der Führer erklärte, das Filmen sei bei Strafe verboten. Neuester Erlaß des Ministeriums von Algier. Bestechungsversuche, die sonst ihre Wirkung selten verfehlten, blieben erfolglos..."

„Wir sind jetzt einen Tag unterwegs in einer Märchenwelt. Unserem Fremdenführer haben wir weigemacht, ich hätte Verdauungsschwierigkeiten und müsse deshalb etwas öfter als üblich hinter dem Felsen zurückbleiben. In Wirklichkeit wird dann ruck zuck der Rucksack geöffnet und die Kamera herausgenommen, die natürlich trotz Verbots dabei ist. In Wildwestmanier, praktisch aus dem Hinterhalt und der hüfte, werden dann schnell ein paar Bilder mit dem Tele geschossen ...
Der Auslöser vibriert und an manchen Tagen läuft die Kamera regelrecht heiß..."

„Schwer zu sagen, wo Sie aufhören und die Kamera beginnt! Mit einer Minolta können Sie die Reichweite Ihrer Phantasie erproben." (Werbetext für einen Fotoapparat).
In der Zeitschrift „Filmkritik" finde ich folgendes Zitat: Tom Harrisson schreibt in „Savage Civilization": „... es ist erforderlich, daß man tanzt und kämpft, bevor man alles versteht ..."
Genau das Gegenteil dieser Haltung verkörpert für ihn Hollywood, das eines Tages während seines Aufenthalts auf Malekula in Gestalt von Douglas Fairbanks senior und seiner Luxusyacht an der Küste auftauchte, und eine komplette Filmcrew, Geld, Kameras und Luxus-Mobiliar hinterließ, um rund 10 000 Meter „Eingeborenen-Film" zu produzieren. Diese Leute hatten ihre eigene, unerschütterliche Vorstellung wie Eingeborene, und insbesondere Kannibalen, zu sein hatten. Sie wußten alles schon vorher und wollten das, was in ihren Köpfen war, an Ort und Stelle mit Hilfe eines Spezialisten für Eingeborene – diese Rolle hatte man Tom Harrisson zugedacht – filmen. Sie verstießen, da sie nichts vom Leben dieser Menschen wissen wollten, ununterbrochen gegen deren Tabus – und das, um zu produzieren, was in den Augen dieser Hollywoodleute ein „echter Wilder" war. Eine der unbegreiflichsten Erfahrungen, die sie machen mußten, war, daß diese Eingeborenen nicht bereit waren, auch nicht gegen Erhöhung der Bezahlung, Dinge zu tun, die Hollywood von ihnen verlangte."
Und dabei fallen mir all die Zeitungsberichte der vergangenen Monate ein, wo ich erfuhr, welche Schwierigkeiten die Jibaro-Indianer in Peru mit dem deutschen Filmregisseur Werner Herzog bekamen, als er bei ihnen daran ging mit Hilfe einer US-Major Company sich den alten Wunsch zu erfüllen, einen teueren, großen und bunten Film aus der Geschichte indianischer Ausbeutung zu realisieren und dabei vergaß, die Opfer selbst zu fragen...

„Als die Weißen kamen, begann für uns der Wilde Westen" – schrieb ein nordamerikanischer Indianer.

Eine Sache, die mich ärgert
Die Ausbeutungsgebiete für Rohstoffe und auch für Bilder liegen auf der südlichen Halbkugel. Der Reporter Karl-Heinz Holocaust bereist heute im Auftrag des Fernsehens den Globus geil nach den Bildern des Elends, der Katastrophen, des Hungers und der Waffen, der Toten und der Abfälle. Kulinarisch versucht er die Ausbeutung zu vermarkten und arbeitet mit den Allegorien des Elends dem Medienmarkt der „Wohlstandsbürger" zu. In unserer Konsumkultur sind Genuß und zwanghaftes Verhalten eng verbunden. Auch und gerade auf der Mattscheibe und Leinwand. Filme sind immer auch Retortenerzeugnisse eines an Absatzchancen orientierten Produktionsapparates. Und die Produktionsbedingungen sind danach. Dokumentarisches wird verhindert: Der Hunger nach falschen Abbildungen und die Leistungszwänge behindern die Reflexion. Ein Script wird aus Angelesenem zusammengezimmert und es gibt Journalisten, die im Tropenkoller ihr Team dann anhand eines vorgefertigten Kommentartextes nach bildhaften Vorurteilen aus der Heimat jagen lassen: „Hier brauche ich 40 Sekunden Fahrt durch die Villenviertel der Superreichen und dort 1 Minute Slums. Und stark wäre auch ein Kinderbegräbnis..." Ein Redakteur, soeben aus einem asiatischen Land zurückgekehrt, hat kürzlich mir klagend und doch stolz erzählt, er hätte in weniger als 6 Wochen ganze 4 Fernsehfilme dort abgedreht. – Übrigens war es sein erster Aufenthalt in diesem Land.

Ein überlebter Dokumentarist?
In den sechziger Jahren wurde in einer afrikanischen Kolonie ein Damm gebaut. Ein Filmproduzent erhielt von dem Konsortium der ausführenden deutschen Konzerne den Auftrag, einen Industriefilm darüber herzustellen. Die Befreiungsbewegung bekämpfte den Dammbau der Ausländer. Der Film stellte sie also als Terroristen dar. Im Verlauf der mehrjährigen Bauarbeiten wurde das Land unabhängig. Aus „Terroristen" wurden Regierende. Der Filmhersteller überlebte auch das und drehte weiter. Neue Fassungen des Films für die neue Regierung entstanden. Am Ende hatte der Filmemacher das Geschäft mit beiden Seiten gemacht: 16 unterschiedliche Fassungen des Auftragsfilmes an verschiedene „Kunden" verkauft...

Affenliebe
Als Patentrezept gegen die Winterlangeweile ihrer Schützlinge haben die Affenwärter im Zoo der westungarischen Stadt Veszprem das Fernsehen entdeckt. Weil sie befürchteten, daß Schimpansen, Gorillas und Paviane wegen des in der kalten Jahreszeit nachlassenden Besucherstroms nicht mehr genügend Aufregung haben und deswegen zu inaktiv werden, was wiederum die Gefahr von Erkältungskrankheiten erhöht, stellten sie TV-Geräte in die Käfige. Nun läuft von morgens bis abends das Programm bei voller Lautstärke.
(Aus einer Meldung der Nachrichtenagentur „Reuter")

Mattscheibe
Die Flucht in scheinhaftes Gerede der Berichterstatter hat die Fähigkeit zur Erfahrung bei den Zuschauern verwüstet.

Vor dem Fernsehen initiieren Bilder aus der Fremde so Gefühle des Rausches, der leisen Panik und der Bedrohung. Situationen abgetrennt von allem worüber konkrete Menschen sich verständigen könnten. Ferngehalten von der Erkenntnis, daß dies alles sie gemeinsam betrifft. Nach einem spannungsreichen, doch scheinbar erlebnisarmen Arbeitstag sind die Betrachter seelisch aufbereitet in eine unterhaltsame Erlebnisebene umzusteigen. Damit Schlacke abgebaut werden kann. Und die Medien haben diesen psychohygienischen Auftrag übernommen. Das bißchen übriggebliebener Seele der Zuschauer schlüpft allabendlich in die Glotze, verliert sich dort für seine Zeit und geht irgendwann vollgefüllt mit den bunten Bildern des Herrn Agfa, mit Herrchen getröstet ins Bett.
Bokassa und Pinochet, Khomeiny und Mogadischu – die journalistischen Fabelverwerter haben die ästhetische Operation an den wirklich Betroffenen vor und auf der Mattscheibe erfolgreich geschafft.
Der Film über die Dritte Welt schafft das Bewußtsein, daß man aus und in der Ersten Welt ist. Und er dient so der Ablenkung von den Problemen im eigenen Land, welches sich damit mittelbar als das Heilere in die Köpfe der Zuschauer schleicht. Es liegt ja auch dem Sprachgebrauch nahe: Nennt man doch diese ganz andere, ferne Welt die Dritte, also wohl auch die drittklassige?
„Es ist notwendig, wenn man etwas betrachtet, genau festzustellen, in welchem Verhältnis der Beobachter zu dem beobachteten Ding steht. Das ist heutzutage eine wichtige Voraussetzung der wissenschaftlichen Beschreibung." (Roman Jakobson)

Machtergreifungen
Sind denn Reporter und Redakteure böse? Oder gar dumm dazu? Und wer ist ihre „Anstalt"? Sind letztlich nicht wir selbst ein Rad im Getriebe der Medienkonzerne? 1978 wurde bei den Journalisten des Bayerischen Rundfunks und des Norddeutschen Rundfunks eine Umfrage zur Berufssituation gemacht:

- o 96 % beim BR und 92 % beim NDR waren der Meinung, daß ihre Karriere-Chancen stark davon abhängen, ob sie auf einer bestimmten politischen Linie liegen.
- o 73 % beim BR und 65 % beim NDR meinten, daß es in ihren Sendern viel Selbstzensur gibt.
- o 41,6 % der „linken" Redakteure meinten in den Arbeitskontakten „bessere schauspielerische Fähigkeiten" als früher zu entfalten.

„Was wollen Sie mit eigenen Ideen beim Fernsehen? Zum Fernsehen damit zu gehen ist so, wie wenn Sie in den Puff gehen würden und fragen, wer ein Kind von ihnen will". (Ein Ausspruch der Vlado Kristl nachgesagt wird)

Die Dritte Welt – ein Markt rechter und linker Mythen
Filme, speziell solche von fernen Ländern, sind teuer. Und mit dem Geld kauft man sich auch Bedingungen ein. Wer Filme machen will, ist auf Geld angewiesen. Geld vom Fernsehen, von staatlichen oder kirchlichen Institutionen. Diese „Auftraggeber" betreiben Untehaltung, Information und Bildung in unserer Gesellschaft. Sie sind Schaltstellen unserer eigenen Entwicklungsförderung. Ihr Anspruch sollte es sein zu Solidarität und gemeinsamen Verständnis zu erziehen, Demokratie zu schaffen und auf die Emanzipation der einzelnen Mitglieder unserer Gesellschaft hinzuarbeiten. Dem Anspruch gegenüber steht die Realität. Dazwischen Kompromisse, Opportunismus und Behinderung. Die Medienproduzenten verkommen meist zu Agenturen bestehender Interessen. Sie versuchen dann von eigentlichen Problemen abzulenken. Sie tun dies nicht mehr bewußt, sie haben es verinnerlicht. Sie produzieren Zerrbilder der Realität. Sie stellen Informationsdefizite her.
Ich mache seit elf Jahren Filme – bin etabliert, im Apparat verstrickt. Die formale Ambition meiner Arbeit ist die filmische Dokumentation. Inhaltlich versuche ich den Schwerpunkt meines Interesses im Problembereich „Entwicklungspolitik/Unterentwicklung" festzumachen. Diese „Vorliebe" ist das Ergebnis vieler Reisen in fremde Kontinente und arme Länder. Reisen mit Rucksack und Kamera. Die Faszination der Erfahrung der Fremde, aber auch der Betroffenheit über die Andersartigkeit sozialer Probleme. Das Erleben von Armut, Elend und Ausbeutung. Das Nachsinnen über deren Ursachen wurde zum Antrieb meiner Arbeit als Filmschaffender. Das Ziel stellte sich nun klar: Nicht die Berichterstattung über fremde Länder, Gesellschaften und Kulturen. Nein, unsere Begegnung mit ihnen, unsere Einwirkung auf sie, die Motive unserer kulturellen und wirtschaftlichen Mission sind Sache. Im Mittelpunkt meiner Filmarbeit soll also die Problematisierung der Beziehungen unseres Landes zur sogenannten Dritten Welt stehen. Die Struktur dieser Beziehungen spiegelt die Wirklichkeit unserer eigenen Gesellschaft bildhaft wider. Darum also „entwicklungspolitische" Filme – u n s e r e Entwicklung ist das eigentliche Thema. Solche Filme sind unbeliebt. Sie werden dringend benötigt.
Einer, der davon lebt, Filme über „Entwicklungshilfe" zu machen? Für ein Publikum dem geholfen werden soll, sich zu entwickeln, sich zu öffnen zu mehr Solidarität und weniger Eigennutz gegenüber der armen Welt im Süden. Filme als Entwicklungshilfe? „Ein Helfer", der selbst nicht schlecht von der „Hilfe" lebt, auf nichts verzichten mag, kaum Konsequenzen für sich selber ziehen muß? Einer, der davon lebt, daß er andere, die vielleicht Fehler machen, kritisiert?
„Man muß die Dinge sehen, kennenlernen und erfassen, bevor man sie kritisiert!" – Wie nützlich wird einem der Leitsatz bei der eigenen Lust zum Reisen. Und wie viele Filmer

sind beschäftigt auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt; irren auf dem Globus mit viel Aufwand herum, um nicht zu sich selbst finden zu müssen? Sind solche Fragen überhaupt, angesichts der Kräfteverhältnisse erlaubt? Fehlt diesen Fragen Solidarität – falle ich Kollegen in der „Szene" in den Rücken? Aber hat man sich selbst nicht oft genug dabei ertappt, daß man Bedürfnissen nachgeben wollte, so wie der vorgenannte Fernsehreporter Karl-Heinz Holocaust zu reagieren – verbrämt hinter hohler, modischer Progressivität?



Jagdfieber

„Ich war schweißgebadet vor Angst etwas Neues zu erleben und dabei das Einschalten der Kamera zu vergessen..." (Der Traum einer befreundeten Filmemacherin in der Nacht vom 18. Dezember 1979)

Die Formen der Aneignung müssen sich ändern. Wir müssen über die fremde Welt, die Welt der Slums von Rio aber auch der von Kreuzberg und Duisburg reden und zugleich über uns selbst reden. Politische Filme müssen auch politisch hergestellt sein, sollen sie nicht zu Slogans verkommen. „Der Filmemacher ergreift Partei und stellt sein handwerkliches Können den Betroffenen zur Verfügung" – habe ich selbst in medium 6/78 die Filmarbeit in Übersee definiert. Doch mehrfach mußte ich in eigener Arbeit das Scheitern spüren: Da nimmt man schlechte Arbeitsbedingungen, knappes Geld, Strapazen der Reise, Ärger mit Bürokratie, Hitze und Krankheiten in Kauf, damit diese Leute endlich zu Wort kommen können. Verbringt Tage im Gespräch, erklärt Absichten, will sich vermitteln und der „schwarze Typ da" verlangt von dem leidenden, reichen weißen Mann noch Backschisch. Und dabei müßte er doch merken, daß der Filmemacher für ein paar Stunden mitleidet! – Wo bleibt da die Dankbarkeit?

Der Betrachter wird zum Problem

An Versuchen mich den Menschen vor der Kamera zu nähern hat es nicht gefehlt. In Südostasien haben wir 3 Monate lang mit Chinesen und Malayen zusammen in Mietshäusern gewohnt, bevor wir dort mit Dreharbeiten begannen. In Südamerika wochenlanges Familienleben mit seinen Ritualen über uns ergehen lassen. In Afrika durch die Freundschaft, Vertrauen und sehr intensive Zusammenarbeit mit einheimischem Filmemacher versucht, die Ferne zu überwinden. Ich habe probiert, mich gegen Normen, Logik und Zwänge dieser Industrie zu verhalten. Ich bin dennoch ein „Edeltourist" geblieben. Und wenn einmal der Fremde vor der Kamera spontan eine Entfernung gar nicht aufkommen läßt, packen einen die Skrupel: – Mein Gefühl der Peinlichkeit, das ich nicht loswerde, solange der schwarze Mann vor der Kamera so spricht, als wolle er mir etwas sagen und nicht dem Zuschauer...

Es gibt Versuche, diese Widersprüche im Film selbst aufzunehmen, deutlich zu machen und stehen zu lassen. Im Fernsehen sind in letzter Zeit melancholische Streifen aus der exotischen überseeischen Welt Mode geworden, die einem dauernd sagen „dieser Film ist nur ein Film". Depressive Ablichtungenaus der armen Welt, wo einem der verwirrte Filmemacher bei jeder prachtvollen Aufnahme des Elends vorrechnet, wie aberwitzig teuer, vergleichsweise zur Armut des Abgebildeten, jeder Filmmeter war. Der Filmhersteller – verlegen – versucht die Vermittlung zum Vehikel einer produktiven Irritation beim Zuschauer werden zu lassen. Angeödet, meint dieser schließlich einen koketten Versuch des Filmemachers zu erkennen und schaltet ab. Sind solche narzistischen Posen des Autors nicht ein Ausdruck der eigenen Ängste vor der Impotenz?

Ist es besser wegzusehen?

Der Fernsehkrieg ist schon da. Niemand kann daran vorbeisehen, welche Bilderberge die Anstalten heute, zu selbstkreierten „Krisenzeiten" investieren, damit dem Zuschauer bundesdeutsche Außen- und Wirtschaftspolitik gegenüber der südlichen Welt eingebleut wird.

Wird dürfen da nicht mitmachen. Wir müssen uns wehren. Wir sind ein Teil des Systems, Helfershelfer im Unglück und kommen mit der teueren, abhängigen Filmindustrie aus Widersprüchen schwer heraus. Aber außenpolitische Filme müssen gemacht werden. Und sie sollen anders gemacht werden.

Peter Heller



Film

DAS VOLK VERLADEN ODER DIE VAMPIRE DES VOLKES (Agarrando Pueblo)

von Carlos Mayolo und Luis Cspina, Kolumbien 1978. Verleih: Cineterz, Bonn

„Agarrando Pueblo" ist ein Spielfilm von einer halben Stunde über die Produktion eines Dokumentarfilmes in der Dritten Welt. Ein Film, der die Ausbeutung durch die Kameras der Reichen aus dem In- und Ausland zum Thema nimmt. Der eine Warnung vor gekauften und käuflichen Bildern des Elends sein will.

Ein Filmteam bereitet Aufnahmen in den Elendsvierteln von Bogotá vor. Benutzt Arme wie Möbel und Slums als Kulisse. Verkleidet, manipuliert und geht über die Betroffenen zynisch hinweg. Will rücksichtslos sein Produkt schaffen: Einen der Dutzend Filme, die Hunger und Elend als Naturkatastrophen verkaufen, die Rückständigkeit und Hilflosigkeit der Armen ausweiden und die schließlich wirtschaftliche und politische Hintergründe eher verschleiern. Man dreht einen Film für das Spendenbewußtsein der „überlegenen" Zuschauer in Europa.

Das dargestellte Team trifft am Ende auf einen Slumbewohner, der sich gegen die ausbeuterischen „Dokumentaristen" wehrt. Sich mit dem Bestechungsgeld der Filmleute den Hintern auswischt und ihnen die Leviten liest.

Dieser mutige und anarchisch-schlaue Typ aus den Slums wird von einem authentischen Schuhmacher aus den Elendsvierteln von Bogotá im Film dargestellt – Luis Ospina ist der Co-Autor des Spielfilms „Agarrando Pueblo". – Der Filmemacher Mayolo hat mit einem der Opfer einen komischen, heiteren Film mit ernstem Hintergrund geschaffen. Auch Carlos Mayolo selbst spielt die Hauptrolle im Spielfilm: Als Regisseur des „Dokumentarfilmes".

Mayolo sucht die Komplizenschaft mit dem Zuschauer und es gelingt ihm über weite Strecken mit brillanter Satire.

In Kolumbien wird „Agarrando Pueblo" (Vampire des Volkes) von dem bekannten Dokumentaristen Carlos Alvarez verliehen: In Gewerkschaften, Slums und Universitäten. Er ist eine populäre Komödie geworden, aus der die Leute lernen, mit Medien umzugehen: Das Volk soll eben wissen, daß nicht alle Kameras ihm freundlich gesinnt sind!



GESPRÄCH MIT DEM REGISSEUR

Der kolumbianische Filmemacher Carlos Mayolo nennt unsere herkömmlichen entwicklungspolitischen Filme, die so auch in Kolumbien gedreht werden, „Antidokumentarfilme par excellence". Er erläutert in einem Gespräch seine Absichten, die er in dem Film „Vampire des Volkes" verwirklicht hat. Sie zeigen einen möglichen Weg auf, wie man andere Filme über die Dritte Welt machen kann.

Frage:
Welche Absicht haben Sie bei der Verfilmung von „Vampire des Volk es" verfolgt?

Antwort:
Der Film „Vampire des Volkes" entstand ursprünglich aus einer Reihe von kritischen Betrachtungen über die Entwicklung des kolumbianischen Films, der – sogar innerhalb des lateinamerikanischen Filmschaffens – wertvolle Ansätze aufweist, heutzutage aber durch die Zunahme der kommerzialisierten Kurzfilme in die Vermarktung der Armut geraten ist. Das Elend wird als ein exotischer und spektakulärer Aspekt unsererWirklichkeit gezeigt; dabei bleiben freilich die Suche nach neuen Wegen ihrer Interpretation und di Erforschung neuer filmischer Möglichkeiten auf der Strecke.

Auf diese Weise entstand, unbemerkt von der Filmkritik, dr Antidokumentarfilm par excellence, dessen Methode darin liegt, den im voraus vom Regisseur willkürlich arrangierten Bildfolgen einen unverständlichen und demagogischen Begleittext hinzuzufügen.

Uns war schon immer klar, daß der Kern des Problems eben in der Methode liegt, nämlich wie die Menschen dazu zu bringen sind, sich aus ihrer eigenen Notlage heraus zu artikulieren, ohne daß wir dabei die Funktion eines „Souffleurs" übernehmen müssen.. (...)

In dem Film „Vampire des Volkes" setzt sich also diese Tendenz fort, durch unterhaltende Entlarvung in Form einer Komödie zu zeigen, wo die Mystifikationen liegen, wie beispielsweise der offene Opportunismus vor der europäischen Vermarktung des Elends. Hier wurde also Filmkritik geleistet, und daß wir dazu die Form der Komödie gewählt haben, ist eine ernstzunehmende Sache.

Frage:
Hat der Film „Vampire des Volkes" seine ursprüngliche Idee verwirklicht?

Antwort:
Seine kritischen Absichten hat der Film meines Erachtens erfüllt, und ich glaube, daß er damit das lahme kritische Bewußtsein des Zuschauers gegenüber der kolumbianischen Filmproduktion aufgerüttelt hat. Der Film erreicht also seine kritischen Ziele dadurch, daß die Zuschauer in dieser Komödie der Gefilmten gegen die Filmemacher hinter den Kulissen den Mehrwert oder das Marktprodukt entdecken, ein Marktprodukt übrigens, das wie jedes exotische Erzeugnis unseres Landes exportierbar ist.

Frage:
Glauben Sie, daß die Filmproduktion für den europäischen Konsum dem kritischen Film in Lateinamerika geschadet hat?

Antwort:
Der für Europa gemachte Film ist nichts anderes als die Kupplerin bei der Vermarktung des Elends. Solche Filme stellen eine grobe Vereinfachung der Vielfältigkeit unserer Wirklichkeit dar, die dahin führt, daß der Europäer uns mit seelsorgerischem Blick betrachtet, daß er seine Schemata und Theorien verifiziert sieht oder neue produziert, um uns zu klassifizieren. Das Phänomen und das Problem der Kommunikation dort, wo der Film entstanden ist, verliert völlig an Gewicht. Das Phänomen der Kommunikation hat sich einfach umgedreht: Es werden nicht mehr Filme für Lateinamerika gedreht, sondern für die europäischen Metropolen. Es ist also höchste Zeit, dies an den Pranger zu stellen.

Berufsverbotspraxis 1979/80

Die Liberalisierung hat nicht stattgefunden!

Die Diskussion um die Liberalisierung des sogenannten Radikalenerlasses und die dieser Diskussion folgenden neuen „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue" der Bundesregierung vom Januar letzten Jahres haben in der Öffentlichkeit den Eindruck erzeugt, als handele es sich bei den wenigen Berufsverboten, die heute hin und wieder bekannt werden, um bürokratische Nachhutgefechte oder um Aktionen in CDU-regierten Ländern. Stimmt dieser Eindruck? Eine Arbeitsgruppe des Komitees für Grundrechte und Demokratie hat die Berufsverbotspraxis nach der „Liberalisierung untersucht. Das im folgenden referierte Ergebnis ihrer Untersuchung: Die Wirklichkeit lebendigen Berufsverbots entspricht nicht den regierungsamtlichen Verheißungen.

Der sogenannte Radikalenerlaß, 1972 von den Ministerpräsidenten beschlossen, führte zu einigen hunderttausend Überprüfungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst und zu unzähligen Berufsverboten; er hat scharfe Kritik im In- und Ausland hervorgerufen. Er verunsicherte gerade viele Auszubildende in der Wahrnehmung ihrer Grundrechte, jedes Engagement, und sei es die Unterschrift für die Freilassung eines politischen Gefangenen in Lateinamerika oder gegen den Abriß eines Wohnhauses, war, besonders bei vielen Lehrerstudenten, mit der Angst vor Folgen bei der späteren Einstellung verbunden. In Reaktion auf die Kritik an der Überprüfungspraxis und als Ergebnis von Kosten-Nutzen-Überlegungen derart, ob diese Praxis nicht „das Potential der Gegner der Verfassung eher stärkt als schwächt" (P. Glotz), wurde in den sozialliberalen Parteien über die „Liberalisierung" der Überprüfungen diskutiert. Ergebnis dieser Diskussion: Die Bundesregierung erstellte im Januar letzten Jahres für die Verwaltung des Bundes neue „Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue". Anfragen beim Verfassungsschutz dürfen gemäß dieses Beschlusses nicht mehr routinemäßig erfolgen. Die Weitergabe von Daten sei streng an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu binden. Die Beurteilung der „Verfassungstreue" erfolge unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles. Dieser Beschluß, von den SPD/FDP-regierten Ländern übernommen, hat in der Öffentlichkeit den Eindruck erzeugt, als sei das Problem Berufsverbot bis auf wenige bürokratische Nachhutgefechte und einige Vorfälle im hintersten Bayern erledigt. Auch viele politisch Aktive scheinen aus den Liberalisierungsrichtlinien diesen Schluß gezogen zu haben: Die Berufsverbote haben als Thema in kritischen Publikationen deutlich an Bedeutung verloren; Berufsverbotsinitiativen sind zerfallen.

Berufsverbotspraxis 1979/80

Der Schein aber trügt. Eine hauptsächlich von Hochschullehrern aus Berlin, Hannover und Oldenburg gebildete Arbeitsgruppe des im letzten Jahr gegründeten Komitees für Grundrechte und Demokratie hat die Berufsverbotspraxis nach der „Liberalisierung" gründlich untersucht. 258 Fälle von im letzten und in diesem Jahr anhängigen Verfahren in Sachen Berufsverbot konnte die Arbeitsgruppe zusammentragen. Da Berufsverbotsfälle von keiner Institution systematisch erfaßt werden, muß eine hohe Dunkelziffer angenommen werden. In der in ihrem Umfang unbekannten Dunkelziffer sind auch die Fälle vieler Betroffener, die Angst davor haben, durch Information der Öffentlichkeit ihre Chancen auf Einstellung weiter zu verschlechtern. Diese Angst besteht nicht zu unrecht. Eine Bewerberin in Bayern habe, so die Begründung des Ablehnungsbescheides, durch den Vortrag ihres Falles vor dem Russel-Tribunal von vorneherein das Vertrauensverhältnis zu ihrem künftigen Dienstherrn, dem Staat, zerstört und hierdurch ihre charakterliche Nichteignung unter Beweis gestellt. Bei der Post, also im Geltungsbereich der „Liberalisierung", geschah ähnliches. Von den 258 bekannten Berufsverbotsverfahren sind sozialdemokratisch-regierte Länder und der Bund in gleicher Weise betroffen wie die CDU-regierten Länder. Eine gewisse Massierung von Fällen ist bei der Bundesbahn und Bundespost, in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zu beobachten. Die gegenüber Bewerbern oder Beschäftigten des öffentlichen Dienstes getroffenen Maßnahmen wie Anhörung, Einstellungsverzögerung und Nicht-Einstellung bzw. Versetzung, Nicht-Verbeamtung, Disziplinarverfahren und Entfernung aus dem öffentlichen Dienst werden in Dreiviertel der Fälle mit parteipolitischen Aktivitäten begründet. Hiervon ist zu mehr als 70 % die DKP tangiert, gefolgt von Organisationen wie KPD und KBW. Beim Rest der Fälle wurde den Betroffenen Aktivitäten und Kandidatur für studentische Organisationen sowie die Mitarbeit in sogenannten Nebenorganisationen von als verfassungsfeindlich angesehenen Parteien vorgeworfen. Hierzu werden von den Einstellungsbehörden etwa die Liga gegen den Imperialismus oder die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes gerechnet. Aber auch die Mitarbeit in einem Komitee gegen Berufsverbote kann, wegen Verleumdung des Staates, der so etwas nicht macht, zu einem Berufsverbot führen.

Politisch Unorganisierte sind in den gesammelten Fällen kaum vertreten, da ihre politischen Aktivitäten vom Verfassungsschutz schwerer zu erfassen sind; wohl aber auch, weil sie noch schwerer Mut finden ihren Fall zu veröffentlichen. Bei den Berufen der Betroffenen dominieren eindeutig Lehrer, gefolgt von den Beschäftigten bei Bahn und Post; der Bereich der Hochschule stellt die drittgrößte Gruppe.

Bei der Würdigung von 258 bekanntgewordenen Berufsverbotsverfahren muß auch die Vorbeugewirkung berücksichtigt werden, die die politische Disziplinierung durch Berufsverbote erwirkt hat: der Rückgang studentischen politischen Engagements, durch die politische Disziplinierung zumindest mitverursacht, hat zwangsläufig einen Rückgang der potentiell vom Berufsverbot Betroffenen ergeben. Selbst wenn heute die Zahl der Berufsverbote geringer sein sollte als in der Mitte der Siebziger Jahre, ist dies weniger Ergebnis der Liberalisierung als Anzeichen dafür, daß die Wirkung der Berufsverbote weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus geht.

Versuch, die Verletzung von Grundrechten zu liberalisieren

Der Radikalenerlaß 1972 und die ihm nachfolgenden Beschlüsse schufen – ohne gesetzliche Grundlage – auf dem Erlaßweg neues Recht, indem sie eine Pflicht der Einstellungsbehörde konstruierten, die Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst und von bereits Beschäftigten präventiv und fortlaufend zu prüfen. Dieses

neue Recht griff in grundgesetzlich verbürgte Rechte, insbesondere das Recht auf gleichen Zugang zum öffentlichen Dienst und auf Schutz vor Diskriminierung ein. Die aufs Grundgesetz bezugnehmende beamtenrechtliche Bestimmung „Ernennungen sind nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ohne Rücksicht auf ... politische Anschauungen ... vorzunehmen" wurde unterlaufen. Die politische Gesinnung wurde zu einem Bestandteil der Eignung eines Bewerbers hingebogen, der den Bewerber ebenso wie intellektuelle Unfähigkeit für den Beamtendienst untauglich mache. Den Einstellungsbehörden bzw. den Verfassungsschutzämtern wurde die Kompetenz eingeräumt, legale politische Aktivitäten und Organisationen mit dem Stigma der Verfassungsfeindlichkeit zu belegen. Von dieser neu erlangten Kompetenz wurde, wie die Begründungen für Berufsverbotsverfahren belegen, extensiv Gebrauch gemacht. Für den öffentlichen Dienst wurde ein politisches Sonderrecht geschaffen. Die Mitgliedschaft in als verfassungsfeindlich gebranntmarkten Organisationen begründete Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers, die in aller Regel zu seiner Ablehnung führten. Ein Automatismus Mitgliedschaft – Zweifel – Ablehnung war gegeben.
Von den Vorschlägen zur Liberalisierung (nicht Beseitigung) dieses politischen Sonderrechts war der 1978 erfolgende Vorschlag des Hamburger Bürgermeisters Klose der weitestgehende. Klose postulierte „für jeden Bewerber die positive Vermutung der Verfassungstreue", die „nur durch aktives Handeln gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung widerlegt werden" könne, während – diesem Vorschlag gemäß – Mitgliedschaft und Funktion in einer Organisation für sich genommen die Ablehnung eines Bewerbers nicht begründen dürfen. Dieser Verstoß wurde bis zum Beschluß der Bundesregierung im Januar 1979 mehrfach verwässert. Von der Vermutung der Verfassungstreue ist keine Rede mehr, das einer Einzelfallprüfung zugrundeliegende Verhalten wird nicht qualifiziert und ist somit beliebig dehnbar. Auch weiterhin kann die Mitgliedschaft in einer Partei oder Organisation als einziges Element zur Begründung der Verfassungsuntreue herangezogen werden, es sei denn, der Betroffene ist eine reine Karteileiche. Weiterhin ist die einstellende Behörde mit der Kompetenz ausgestattet, mißliebige politische Aktivitäten als verfassungsfeindlich zu bezeichnen. Die sogenannte Einzelfallprüfung hat den je nach Opportunitätserwägungen auszufüllenden Entscheidungsspielraum der Einstellungsbehörde noch vergrößert. Die neuen Richtlinien haben die Gesinnungsüberprüfung im Vorbereitungsdienst z.B. für Lehrer gefördert; in dieser Zeit soll die Einstellungsbehörde Anhaltspunkte sammeln, die zu einer Anfrage beim Verfassungsschutz berechtigen.

Wie weit greift das Verbot der Regelanfrage?
Selbst das in dem Beschluß des Bundesregierung ausgesprochene Verbot der Regelanfrage schützt nicht vor regen Kontakten zwischen Einstellungsbehörde und Verfassungsschutz. Auf vielfältige Weise kann die Einstellungsbehörde zu Anhaltspunkten gelangen, die sie zu einer Anfrage beim Verfassungsschutz berechtigen. Sie bezieht Amtsblätter, in denen die Namen aller Kandidaten zu Landtags-, Kreistags- oder Kommunalwahlen veröffentlicht werden. In einer Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 16.10.1979 wurden Namenslisten von Mitgliedern verfassungsfeindlich eingestufter Organisationen öffentlich und damit auch den Einstellungsbehörden zugänglich gemacht. Anhaltspunkte ergeben sich auch aus den von den Bewerbern auszufüllenden Personalfragebögen; ein Ermittlungsverfahren wegen Sachbeschädigung (Sprühen einer Parole) kann eine Anfrage beim Verfassungsschutz verursachen. Denkbar ist auch eine „Rasteranfrage", die nicht auf einzelne Personen zielt, sondern auf alle Personen mit bestimmten Merkmalen, und die somit der Einstellungsbehörde präventive Erkenntnisse verschafft. Leicht zu praktizieren wäre auch der kurze Kontakt zwischen Einstellungsbehörde und Verfassungsschutz. Von privater Seite gegebene Hinweise dürfen zwar nicht zur Begründung eines Ablehnungsbescheids herangezogen werden, können aber zu einer Anfrage beim Verfassungsschutz führen. Zudem bleibt es der Bürokratie überlassen, welche Einstellungsbereiche sie als „sicherheitsempfindlich" deklariert; für diese Bereiche ist auch in den sozialdemokratisch regierten Ländern die Routineanfrage durchzuführen. Berücksichtigt man all diese Möglichkeiten, so sieht man im Verbot der Regelanfrage eine Maßnahme zur Verwaltungsvereinfachung, nicht zum Schutz demokratischer Rechte.

Aus einigen der dokumentierten Fälle
Auch heute werden den Betroffenen haarsträubende Erkenntnisse vorgehalten: „Sie zeichneten presserechtlich verantwortlich für die vom Clausthaler Aktionskomitee gegen Rassismus herausgegebene Informationsbroschüre zur Situation in Südafrika und Namibia" (Niedersachsen) „Sie waren Teilnehmer an der Jahreshauptversammlung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes." (Bundesbahninspektor z.A.) Einem Bewerber in Nordrhein-Westfalen wird ein eingestelltes Ermittlungsverfahren „wegen Mitführens von Spruchtafeln mit der Aufschrift Ami go home" sowie die Anmeldung einer Vietnam-Demonstration 1966 vorgehalten. Über einen anderen Bewerber im gleichen Bundesland berichten die Akten, er sei „bekannt als Sammler von Geldspenden für Personen, die wegen ihrer Zugehörigkeit zur DKP nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt werden."
Eine Kindergärtnerin in Berlin soll drei bis fünf Jahre alten Kindern" das Gedankengut der SEW eingehämmert" haben. Ein Bewerber in Nordrhein-Westfalen hatte, so die Erkenntnisse, an der Veranstaltung „Die KPD und die Opposition in der DDR" teilgenommen.
Die dokumentierten Fälle machen auch deutlich, daß die Einstellungsbehörden, wird ihrer Ablehnung von einer unteren Instanz der Verwaltungs- oder Arbeitsgerichte widersprochen, den Marsch durch alle Instanzen antreten. Dabei sind in der Rechtsprechung Tendenzen erkennbar, den Bereich der gerichtlichen Nachprüfbarkeit der Entscheidung der Einstellungsbehörde einzuschränken, also dieser einen noch weiteren Ermessensspielraum zuzubilligen.

Die Berufsverbote müssen wieder Teil der politischen Auseinandersetzung werden
Die „Liberalisierung" hat also nicht stattgefunden. Der Skandal der Berufsverbote ist kaum geringer geworden, aber durch die staatlichen Versicherungen, er sei beseitigt, wird er kaum noch bemerkt. Gerade weil die Einstellungsbehörden einen großen Ermessensspielraum haben, kann durch öffentlichen Druck, durch Berichterstattung, durch Protest von Eltern die Kosten-Nutzen-Abwägung der Einstellungsbehörde zugunsten des vom Berufsverbot Bedrohten verschoben werden. Voraussetzung für solche Aktivitäten ist, daß die Illusion, die Frage der Berufsverbote sei entschärft, zerstört wird. Verstärkte Aktivität gegen Berufsverbote in der BRD selbst würde auch den so nützlichen Protest im Ausland wieder anregen.

gc

Besonderheiten der islamischen Revolution im Iran

von M. Massarat

Landflucht, Slums und die Rolle der Slumbevölkerung in der sozialrevolutionären Umwälzung des Iran

Die iranische Revolution vom Februar 1979 ist hinsichtlich des Verlaufs, der sozialen Basis, der Ideologie und der Führung zweifellos eine neue Variante der bisher bekannten sozialen Revolutionen. Wenn nicht der Sturz des Schah-Regimes, so hat doch diese Revolution mit ihren Besonderheiten alle überrascht. Trotz gewisser gemeinsamer Züge sondert sie sich nicht nur von der französischen Revolution, sondern insbesondere von jenen bedeutenden Revolutionsmodellen unseres Jahrhunderts ab, die für die Länder der Dritten Welt am ehesten erwartet wurden: die russische und die chinesische Revolution. Ein grober Vergleich der sozialen Träger dieser Revolutionen mit der sozialen Basis der Revolution im Iran erlaubt, einen wichtigen Unterschied hervorzuheben.

Waren in Rußland und China Arbeiter und Bauern die sozialen Träger der Revolution, so haben diese Klassen nach dem derzeitigen Informationsstand in der iranischen Revolution eine zweitrangige Rolle gespielt. Die Beteiligung der Bauern hatte offensichtlich regionale Bedeutung. Insbesondere in Kurdistan und Asarbaidjan (nationale Minderheiten) waren Bauern am Widerstand gegen das Schah-Regime und an der Zersetzung von dessen Machtorganen beteiligt. Ansonsten blieb ihr Anteil an der Revolution auf die reibungslose Versorgung der Streik- und Kampfkomitees der Städte mit Grundnahrungsmitteln beschränkt.

Eine größere Rolle spielten die Arbeiter, insbesondere jene der südiranischen Ölindustrie (Ahwas, Abadan). Zwar haben die Ölarbeiter durch ihren unbefristeten Streik die staatliche Macht stark finanziell geschwächt, die Industriearbeiter von Teheran mit ihren immer wieder durchgeführten befristeten Streiks ihre Solidarität mit den militanten Massenaktionen gegen die Polizei und Armee des Schah-Regimes bekundet. An den letztlich den Armeeapparat zersetzenden, anfänglich gewaltfreien, schließlich aber bewaffneten Massenaktionen und Straßenkämpfen haben sich die Industriearbeiter aber kaum beteiligt. Die Hauptlast der Revolution, in der es ca. 60 000 Tote und ca. 100 000 Invalide gab, hat offensichtlich eine soziale Schicht getragen, die hinsichtlich ihrer Quantität, aber auch ihrer materiellen sowie psychischen Verelendung weder die europäische noch die russische und chinesische Geschichte der Neuzeit kennt: es handelt sich um den Teil der städtischen Bevölkerung, der sich aus **Kleinstproduzenten, Besitzern von Kleinläden, fliegenden Händlern und Gelegenheitsarbeitern**, kurz den ärmsten aller unterdrückten sozialen Klassen und Schichten, zusammensetzt, die zumeist in den letzten 20 Jahren dem Land den Rücken gekehrt und sich in den Slumvierteln der Städte niedergelassen hat. Von den ca. 4,3 Mio. städtischen Erwerbstätigen im Jahre 1976 gehörten statistisch mindestens 1,3 Mio. zu diesen Gruppen (Massarrat 1979). Samt ihren Familienangehörigen machen sie mit 4,8 Mio. Menschen rd. 30 % der städtischen Bevölkerung aus.

Die als „weiße Revolution" bezeichnete Entwicklungsstrategie des Schah-Regimes hatte die Freisetzung einer großen Masse der ländlichen Arbeitskräfte zur Voraussetzung. Mit ihnen sollte ein ausreichendes Reservoire an Arbeitskräften in den Städten gesichert werden, das eine am Weltmarkt orientierte Industrialisierung begünstigen sollte. So war die „Agrarreform" auch ein Eckpfeiler der „weißen Revolution". Durch sie wurden die Grundbesitzer größtenteils zwar formell enteignet, die Masse der Kleinbauern wurden aber nicht mit den notwendigen finanziellen, technischen und organisatorischen Hilfen in die Lage versetzt, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. So waren die Kleinbauern gezwungen, die Dörfer zu verlassen und ihr Heil in den Städten zu suchen. Diese Konsequenzen der vom Schah verfolgten Entwicklungsstrategie dürften freilich nur zum Teil beabsichtigt gewesen sein. Das tatsächlich erreichte Ausmaß der Landflucht muß eher der blühenden Korruption innerhalb der staatlichen Bürokratie zugeschrieben werden. Ein bedeutender Teil der für Kleinbauern vorgesehenen Kredite hat das auf ein Personal von 60 000 Menschen aufgeblähte Landwirtschaftsministerium entweder nie verlassen oder aber wurde von den Großplantagen in Anspruch genommen. So hat also innerhalb von 20 Jahren eine gewaltige Bevölkerungs-Verschiebung stattgefunden. Der Anteil der Landbevölkerung von 69 % im Jahre 1956 war 1976 auf 53 % herabgesunken. Rund 5 Mio. Menschen hatten die Dörfer verlassen und waren in die Städte geflüchtet.

Landflucht und Slums: ein weltweites Phänomen

Landflucht ist durchaus nicht eine Besonderheit des Iran und auch nicht allein die Folge der in diesem Land verfolgten Entwicklungsstrategie. Sie ist, wenn auch in unterschiedlichen Formen, eine Erscheinung in jenen Ländern der Dritten Welt, die eine weltmarktorientierte Industrialisierungs-Strategie eingeleitet haben. Die lateinamerikanischen Länder Argentinien, Mexiko, Brasilien, Chile u. a. sind Vorreiter solcher Industrialisierungsstrategien. Landflucht und Slumbildung sind auch hier unvermeidliche Begleiterscheinungen einer Entwicklungsstrategie, die die Befriedigung von Grundbedürfnissen der großen Masse der Menschen kaum berücksichtigen kann.

Landflucht und Herausbildung einer Reservearmee in den Städten, dies sind allerdings Bedingungen eines von Marx als „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals" bezeichneten Prozesses, den es auch in europäischen Ländern des 18. und 19. Jahrhunderts gegeben und die Industrialisierung dieser Region entscheidend vorangetrieben hat. Die historische Parallele der gegenwärtigen sozialstrukturellen Veränderungen in den Ländern der Dritten Welt mit jenen Europas der vergangenen Jahrhunderte kann nicht bestritten werden. Dennoch scheinen diese Prozesse nicht identisch zu sein. Folgende Hauptmerkmale könnten die Besonderheiten dieser zwei Entwicklungen hervorheben:

- Die Bevölkerungsverschiebungen und Veränderungen in der Sozialstruktur Europas vollzogen sich während einiger Jahrhunderte, in den Ländern der Dritten Welt finden sie in wenigen Jahrzehnten statt.
- In Europa durchläuft die Entwicklung der Technologie (Produktivitätssteigerung bzw. Substitution der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine) einen zähen und langwierigen Prozeß (seit Ende des 18. Jhs.), während in den Ländern der Dritten Welt mit einer am Weltmarkt orientierten Industrialisierungsstrategie in der Regel die längst anderswo entwickelten Technologien zum Einsatz kommen.

Diese zwei sich in ihrer Wirkung verstärkenden Komponenten mögen erklären, weshalb die Aufnahme der freigesetzten ländlichen Arbeitskraft von der Industrie der Länder der Dritten Welt heute, verglichen mit dem Europa der letzten Jahrhunderte, auf so große Hindernisse stößt. Während in Europa die Hauptmasse der freigesetzten Bauern in den kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozeß integriert werden konnte, lediglich ein Bruchteil davon als Reservearmee funktionierte, kann in der Dritten Welt offensichtlich genau umgekehrt nur ein Bruchteil der freigesetzten Bauern in den städtischen Industrie- und Akkumulationsprozeß integriert werden. Die Hauptmasse dieser Menschen bleibt ökonomisch außerhalb des produktiven Wirtschaftskreislaufs und auch außerhalb der relativ intakten städtischen Sozialstruktur, nämlich in den Slums der Großstädte. Dies dürfte nicht nur auf die beschränkte Aufnahmefähigkeit der Industrie, sondern auch auf die Weigerung der in



Slums im Süden Teherans

die Städte geflüchteten Bauern zurückzuführen sein, sich in relativ kurzen Zeiträumen einem für sie gänzlich fremden Tagesrhythmus und einer industriellen Arbeitsdisziplin anzupassen. Tradition, althergebrachte Lebensgewohnheiten, insbesondere der Hang nach einer Selbständigkeit, die sie, zumindest hinsichtlich des Tagesablaufes auf den bäuerlichen Feldern besaßen, sind offensichtlich stärker als die Anziehungskraft von geregeltem Einkommen, das sie mit der Aufgabe ihrer Identität eintauschen müßten. Höchst unproduktive und parasitäre Tätigkeiten im Bereich der Kleinproduktion und des Kleinhandels, durch die sie glauben, das alte selbständige Leben in der Stadt fortsetzen und so die eigene Identität bewahren zu können, sind bevorzugte Quellen eines Geldeinkommens, das zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist.
Durch die räumliche, ökonomische, soziale und kulturelle Sonderstellung nehmen die ehemaligen Bauern und neuen Slumbewohner zwischen den beiden Hauptpolen der Gesellschaft, zwischen Land und Stadt, eine Sonderstellung ein. Das Dorf haben sie verlassen, ohne in der Stadt integriert zu werden. Der Landwirtschaft haben sie den Rücken gekehrt, ohne sich der Industrie unterordnen zu können. Physisch befinden sie sich vor den Stadttoren, bewußtseinsmäßig und kulturell haben sie längst noch nicht die Barrieren des bäuerlichen Lebens überwunden.
Das Nebeneinander von zwei sozioökonomischen Gebilden ohne organische Vermaschungen in der Gestalt der Metropole (Stadt) und Peripherie (Slums), d. h. also der Dualismus von Großeigentum, Großproduktion, großhandelsabhängigen Industriearbeitern und Angestellten einerseits, unproduktive, aber scheinbar selbständige Kleinstproduktion und Kleinsthandel andererseits, hat bisher dort am intensivsten die Sozialwissenschaft zum Nachdenken und zur Diskussion veranlaßt, wo diese Verhältnisse bereits am deutlichsten herausgebildet sind: in Lateinamerika. Der reale Hintergrund jener in der lateinamerikanischen „dependencia" formulierten Erklärungsansätze, wie Metropole – Satellit (Frank 1968) und strukturelle Heterogenität (1) (Córdova, 1973), ist u. a. die sozialstrukturelle Polarisierung in den und um die Großstädte einiger großen Länder dieses Kontinents. Am deutlichsten wurde dieses Phänomen in dem Marginalitätsansatz (2) (Quijano, 1974). Die Schlußfolgerungen dieser Ansätze, wonach die Entwicklung der lokalen und regionalen Metropolen und „hegemonialen Produktionsweisen" (3) im Weltmaßstab auf der Ausbeutung der Marginalisierten beruhe, sind in der Entwicklungstheorie-Diskussion umstritten. Dennoch beschreiben diese Ansätze begrifflich die Lage peripher städtischer Bevölkerungsschichten bäuerlicher Herkunft, deren reale Lebensbedingungen sie in Lateinamerika und anderswo zum sozialen Sprengstoff ersten Ranges macht. Bemerkenswert ist allerdings, daß dieser nicht in Lateinamerika – wo er schon länger existiert –, sondern im Iran zur Explosion gekommen ist.

Die Bedeutung der Slumbevölkerung und des Islams in der islamischen Revolution des Iran.

Das Weiterbestehen einer despotisch-asiatischen Herrschaft in der Gestalt der Pahlawi-Dynastie im Iran hat sich auf die städtische Slumbildung besonders nachteilig ausgewirkt und die sozialen Gegensätze zusätzlich verschärft. Das hohe Tempo der Industrialisierung des Iran war ohne den Despotismus der Pahlawi-Dynastie nicht denkbar. Im Unterschied zu den wichtigsten Ländern Lateinamerikas konnte der Staat jedweden sozialen Protest als Folge des forciert vorangetriebenen sozialstrukturellen Wandels im Keime ersticken: so wurde z. B. der Aufstand im Frühjahr 1963 blutig niedergeschlagen – mindestens 10 000 Tote – Khomeini wurde ins Ausland verbannt.

Eine durch den sozialen Druck von unten ausgelöste Korrektur zur Entschärfung sozialer Spannungen wurde also vom Regime selbst verhindert. Statt dessen vertraute es einer Industrialisierungsstrategie, die im Dienste kurzfristiger Interessen einer dünnen Schicht von Reichen den Einsatz und die Anwendung von kompliziertesten Technologien sogar bevorzugte, an den realen Bedürfnissen der Masse der Bevölkerung aber kaum orientiert war. Anstelle eines an der Modernisierung der Landwirtschaft orientierten Aufbaus der Infrastruktur und der Verlangsamung der Landflucht setzte das Schah-Regime, vor allem in den letzten Jahren, bedeutende Mittel des Landes für die Finanzierung von Atomkraftwerken sowie den Aufbau von kostspieligen Infrastruktur-Voraussetzungen dieser Technologie ein.
Auf das Land und auf die Landwirtschaft brauchte deshalb nicht Rücksicht genommen zu werden, da der iranische Staat – und hierin besteht ein weiterer Unterschied zu den

meisten lateinamerikanischen Ländern – diese Industrieprojekte nicht aus dem agrarischen Überschuß, sondern durch Öleinnahmen finanzierte. Der buchstäbliche Ruin der traditionellen Agrikultur und der hieraus folgende Rückgang der Agrarproduktion reichte zu einer Korrektur der angestrebten Entwicklungsstrategie nicht aus, da das Regime auch hier dank der Öleinnahmen die wachsende zahlungsfähige Nachfrage der Städte nach Grundnahrungsmitteln durch den rigorosen Import von den Weltmärkten decken konnte.

Hinter den vom Schah-Regime mit Hilfe der Staatsgewalt durchgesetzten weltmarktorientierten Entwicklungsstrategie auf der Basis Öleinnahmen gegen Spitzentechnologie plus Nahrungsmittel vollzog sich jener hinsichtlich des Tempos beispiellose Prozeß der massenhaften Entwurzelung der Bauern aus ihren traditionellen Lebenszusammenhängen und der Slumbildung an der Peripherie der Großstädte. Ein Prozeß also, der diesem Regime schließlich zum Verhängnis wurde.



Slum, wie er im Umkreis der lateinamerikanischen Städte überall entsteht.

Subjektive Faktoren der islamischen Revolution

Nicht nur hinsichtlich der objektiven, sondern auch im Bezug auf die subjektiven Faktoren grenzen sich die iranischen Verhältnisse von jenen lateinamerikanischer Länder ab.

Im sozialen und religiösen Milieu von einigen Millionen – von der alten Gesellschaft (dem Dorf) losgelösten und von der neuen Gesellschaft (der Stadt) ausgeschlossenen – im wahrsten Sinne des Wortes verelendeten und entrechteten Menschen konnten die sozialrevolutionären Komponenten des schiitischen Islams – der in der iranischen Geschichte des öfteren zum Sturz von Dynastien beigetragen hatte (Keddi 1966, Algar 1969, Schröder 1979) – großen Zuspruch finden.

In einem Islam, der diesen Menschen Gerechtigkeit und Wiedergewinnung der zerstörten alten Beziehungen versprach, entdeckten sie einen unersetzlichen geistigen Rückhalt, von dem sie annahmen, daß er allein sie aus ihrer verzweifelten Lage retten würde. Die seit Beginn der siebziger Jahre im Iran eingeleitete islamische Renaissance war möglicherweise die Form der Verarbeitung jener sozialpsychologischen Krisen der Slumbevölkerung und der übrigen ärmsten Schichten der Stadtbevölkerung, die durch Identitätsverlust und Entwurzelung verursacht waren. Sie war auf jeden Fall eine positive politische Antwort auf diese Krise mit weitreichenden Konsequenzen nicht nur für den Iran. An die progressive Komponente der islamischen Tradition im Iran anknüpfend, begründete der wichtigste Vertreter eines sich erneuernden Islam, Ali Schariati, in seinen zahlreichen Schriften die Notwendigkeit einer kulturellen Emanzipation. Die Erfahrungen der algerischen Revolution, insbesondere Frantz Fanons Analyse ihrer sozialpsychologischen und kulturellen Wurzeln (Fanon 1966), beeinflußten sehr stark das schriftstellerische und agitatorische Wirken Schariatis, das in den Jahren 1976 – 1977 (kurz vor seinem Tod) seinen Höhepunkt erreichte.

In der Entfremdung von der eigenen Geschichte, der eigenen Kultur und der eigenen Person sah Schariati die Wurzeln der Fortexistenz neokolonialistischer Strukturen und der despotischen Herrschaft begründet (Schariati 1977). Durch ein „Zurück zu sich selbst" und die „Wiedererlangung der eigenen Identität" können – so folgerte Schariati – auch die ökonomische und politische Souveränität erlangt und die die Lebensgrundlage der Menschen zerstörenden westlichen Einflüsse zurückgedrängt werden. So ist auch durchaus logisch, daß Schariati, der zur Islamisierung des Widerstandes gegen das Schah-Regime im progressiven emanzipatorischen Sinne am meisten beigetragen hat, innerhalb jenes Teils der antimonarchistisch-religiösen Opposition seine Anhänger fand, der in der Slumbevölkerung am stärksten verankert ist.

Ein weiterer ebenso wichtiger subjektiver Faktor hat den Sturz des Schah-Regimes begünstigt: die gut funktionierende und in allen Bevölkerungsschichten verankerte Organisation des Klerus. Die Volksnähe des schiitischen – in Abgrenzung vom sunnitischen – Islams (Khaled 1979) ermöglichte den Priester-Kadern (ihre Zahl wird auf ca. 170 000 im gan-



Staatspräsident Bani-Sadr macht „Imam" Khomeiny im Krankenhaus seine Aufwartung

zen Iran geschätzt), die zahlreichen Massendemonstrationen gegen das Schah-Regime zu organisieren. Schließlich und endlich muß Khomeinis Rolle als ausschlaggebender Faktor für den Sturz des Schah-Regimes bewertet werden. Machte das enthaltsame Leben und die außergewöhnliche Fähigkeit Khomeinis, die Erwartungen gerade der Slumbevölkerung und anderer ärmster Bevölkerungsschichten in ihrer eigenen Sprache zu artikulieren, ihn zum glaubwürdigsten Interessenvertreter der verelendeten Menschen, so konnte er sich durch seine kompromißlose politische Haltung gegenüber dem Schah-Regime jene politische Autorität verschaffen, der sich alle oppositionellen Strömungen, einschließlich der bürgerlichen (die Nationale Front) unterordnen mußten.

Die besonders krasse materielle und psychische Lage der Slumbevölkerung der iranischen Städte in Verbindung mit der Erneuerung des Islams als sozialrevolutionäre Kraft durch Schariati, der Organisation des Klerus und die politisch-religiöse Führungsrolle Khomeinis sind jene wichtigsten Faktoren, die erklären könnten, weshalb

- nicht die Arbeiter und Bauern, sondern – zum ersten Mal in der Geschichte – die Slumbevölkerung die wichtigste soziale Basis der Revolution werden konnte
- diese Revolution nicht in Lateinamerika, wo diese Bevölkerungsschicht eine längere Geschichte vorweisen kann, sondern im islamischen Iran stattgefunden hat.

Für die Charakterisierung der islamischen Revolution hat diese selbst einen Begriff geschaffen, der ihrem sozialen Inhalt am besten gerecht wird: Revolution der Mostasafin (der Entrechteten).

Die Besonderheit dieser Revolution erschöpft sich nicht in ihrer sozialen Basis, sondern sie besteht auch darin, daß diese Basis bisher große Eigenständigkeit erwiesen hat. Eigenständigkeit hinsichtlich der politischen Führung der Revolution in der Gestalt der radikalisierten islamischen Geistlichen und Eigenständigkeit hinsichtlich des künftigen Entwicklungsweges. In Abgrenzung vom Westen (Kapitalismus) und Osten (Sozialismus) strebt die islamische Revolution im Iran die „monotheistische islamische Gesellschaft" (Banisadre, 1977, und U.I.S.A., 1979), eine „klassenlose Gesellschaft mit legalem Privateigentum an Produktionsmitteln" an, die allen Ländern der Dritten Welt einen neuen Weg weisen will. Der universellen Bedeutung dieses Entwicklungsweges soll die Gründung einer „Internationale der Entrechteten" Nachdruck verleihen.

Anmerkungen

1) Der Begriff „strukturelle Heterogenität" bezeichnet eine zunehmende Auseinanderentwicklung in der Gesellschaft: Entwicklung der Industrie bei gleichzeitig sich verstärkender Unterentwicklung in der Landwirtschaft (Red.)
2) „Marginalisierung" bedeutet: das Abwandern von jungen, arbeitsfähigen Menschen aus der Landwirtschaft in die industriellen Zentren. Die Folgen sind ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion und gleichzeitig das Herausfallen dieser Menschen aus dem Wirtschaftsprozeß, weil sie in den Städten in der Regel keine Arbeit finden. (Red.)
3) Mit „hegemonialen Produktionsweisen" sind die der industrialisierten Länder gemeint (Red.)

Literatur

Algar, Hamid: Religion and State in Iran 1785 – 1906. The Role of the Ulama in the Qajar Period, Berkeley/ Los Angeles 1969

Bani Sadr, Abolhassan: Eghtessad-e Touhidi (Monotheistische Wirtschaftsordnung), Teheran 1979

Cordova, Armando: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt M. 1973

Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt/M. 1966

Frank, Andre Gunder: Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt/M. 1973

Keddi, Nikki R.: Religion und Rebellion in Iran, London 1966

Khalid, Detlev: Das Wiedererstarken des Islams als Faktor sozialer Umwälzungen, in: Politik und Zeitgeschichte, B 10/1979

Massarrat, M.: Iran – von der ökonomischen Krise zur sozialen Revolution, Offenbach Feb. 1979

Quijano, Anibal: Marginaler Pol der Wirtschaft und marginalisierte Arbeitskraft, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Peripherer Kapitalismus, Frankfurt/M. 1974

Schariati, Ali: Basgascht be khischtan (Zurück zu sich), Teheran 1977

Schröder, Günter (Hrsg.): Schah und Schiia, Gießen 1979

United Islamic Students Association in Europe (U.I.S.A.): Die Bedeutung der islamischen Opposition im Iran für den Kampf gegen das Schah-Regime und wirtschaftliche Fremdherrschaft, in: Tilgner, Ulrich: Umbruch im Iran, Reinbek b. Hamburg 1979

DRITTE WELT IM UNTERRICHT

Rezension: Unterrichtsbeihilfen des BMZ zum Thema Entwicklungspolitik

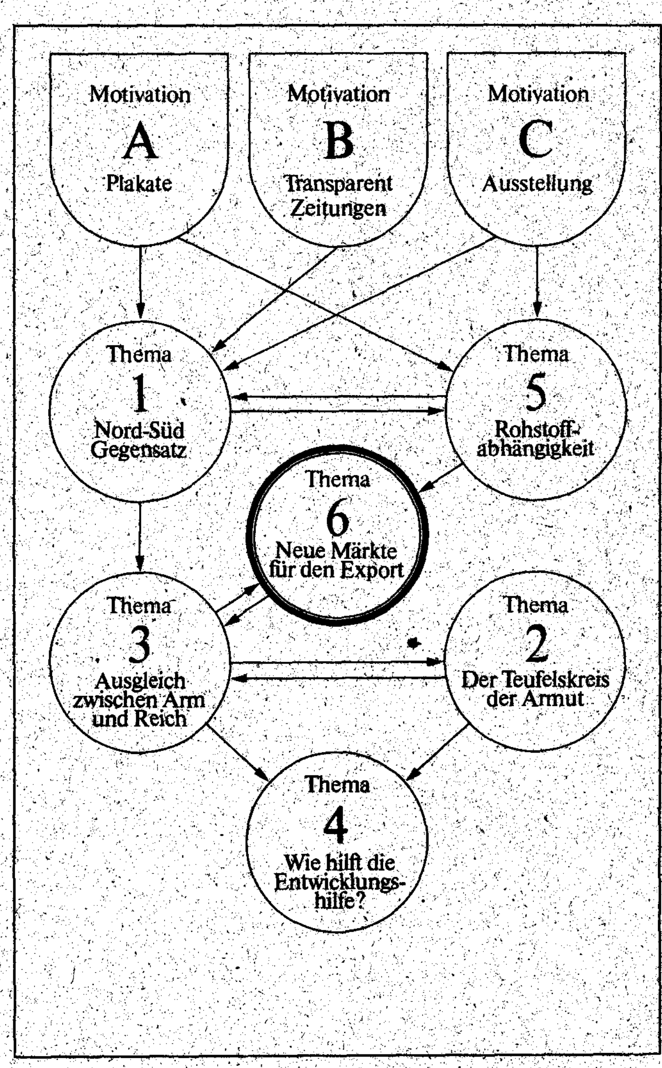
Kostenlos erhältlich bei: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Karl Marx Str. 4-6, 5300 Bonn 1

Es gibt keinen Zweifel: Didaktisch aufbereitetes Einführungsmaterial zum Thema Entwicklungspolitik für die Sekundarstufe I ist Mangelware. Das BMZ hat sich den Vorstoß in diese Marktlücke etwas kosten lassen.
Das Teuerste und Beste ist gerade gut genug, um es den Lehrern, die entwicklungspolitische Themen für ihren Unterricht planen wollen, kostenlos ins Haus zu schicken.
Ein Lehrerbegleitheft, ein Lehrertext „Politik der Partner", der Schülertext „So sieht die Praxis aus" (alles auf Hochglanzpapier), 13 Folien, 8 Dias, 12 Arbeitsblätter und sechs Plakate werden geboten.
Die Tatsache, daß es sich um technisch ziemlich perfekt gemachtes Material handelt, spricht ja eigentlich nicht gegen dieses.
Doch schaut man sich die Inhalte an, vor allem das Lehrerbegleitheft, das dieses teilweise ganz gute Schülermaterial in den richtigen Kontext stellen soll, so sieht das anders aus.

Anmerkungen zum Lehrerbegleitbrief[1]): Werden Lehrer und Schüler für dumm verkauft?
„Viele reden über Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik, ohne richtig zu wissen, was alles hinter diesen Begriffen steckt." (S. 3) Diesen misslichen Zustand will das BMZ durch die hier zu besprechende *Unterrichtseinheit für Haupt-, Real- und Berufsschulklassen überwinden.*
Doch was wissen die Schüler, wenn sie die 6 vorgeschlagenen Themenbereiche während 12 Unterrichtsstunden bearbeitet haben?
- daß es schwer ist, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen und sich die einzelnen Segmente dieses Kreises gegenseitig bedingen;
- daß wir mit den Ländern der Dritten Welt zusammenarbeiten müssen, da in vielfältiger Form eine gegenseitige Abhängigkeit besteht;
- daß die für unsere Waren bestehenden Absatzmärkte gesichert und neue Märkte erschlossen werden müssen;
- daß man einem Land,das kein Geld hat, nichts verkaufen kann, also auch nicht unsere Industriegüter;
- daß die Entwicklungsländer für uns Partner[2]) sind.

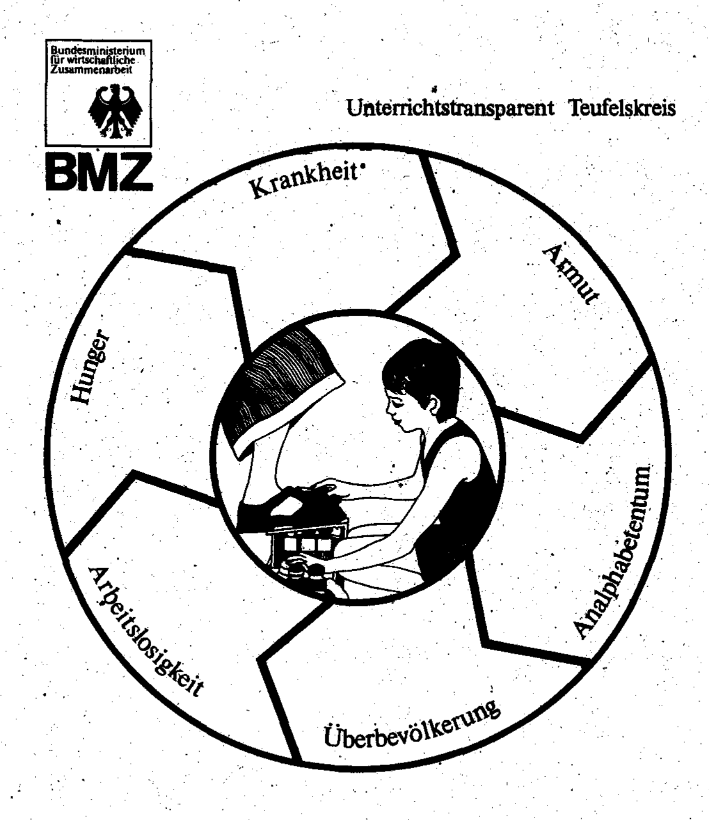
Nachdem die Problemstellung so klar ist, wird mit den für die Motivation und den Einstieg vorgeschlagenen Plakaten auch gleich der richtige Weg angedeutet:
„Helfen wir den anderen, ihre Probleme friedlich zu lösen, denn ihre Konflikte bedrohen auch uns."
„Sorgen wir für die anderen, damit ihre Wüsten nicht weiter wachsen und unser Klima zerstören".
„Sorgen wir für die anderen, damit sie uns weiter mit Rohstoffen versorgen können."
„Sorgen wir für die anderen, damit aus ihren Basaren Märkte für unsere Wirtschaft werden."
Die 3,9 Milliarden DM, die 1978 für die Entwicklungshilfe verausgabt wurden, waren also gut angelegt. Damit der nützliche, aber doch beträchtlich hohe Betrag dem einzelnen nicht so weh tut, wird dem Lehrer ein kleiner Hinweis gegeben: „Damit diese Summe zustande kommt, hätte jeder von uns ungefähr 67 DM im Jahr hergeben müssen. Tatsächlich stammt dieses Geld aus den Steuereinnahmen der Bundesregierung sowie der Länderregierungen." (S. 33)

Die Interessengegensätze bleiben verborgen!
Auch dem desinteressierten und unaufmerksamen Schüler kann so nach 12 Unterrichtsstunden nicht verborgen bleiben, daß die Entwicklungshilfe für *uns* sehr nützlich und auch notwendig ist: „Die Meinung, daß diese Gelder sinnlos angelegt seien, findet hiermit ihre Entkräftigung" (S. 38). Da ein großer Teil der Unterrichtseinheit auf diese Argumentation abhebt, ist es nicht verwunderlich, daß der Autor gegen Ende des Heftes mit erhobenem Zeigefinger betonen muß: „Es muß aber an dieser Stelle ausdrücklich davor gewarnt werden, die Entwicklungspolitik nur als ein Instrument der eigenen wirtschaftlichen Interessen zu betrachten." (S. 38)
Allerdings bleibt es bei dieser Warnung. Auf die Wirkung



der Entwicklungshilfe, auf die Probleme bei der Projektdurchführung, auf die unterschiedlichen Interessen zwischen
- der Bundesrepublik Deutschland und dem Entwicklungsland
- den privaten Investoren und der Bevölkerung des Entwicklungslandes
- den einzelnen Gesellschaftsgruppen im Entwicklungsland und auf die Widersprüche zwischen der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung einerseits und den Zielen der Entwicklungshilfe auf der anderen Seite wird kaum eingegangen.

Im Hinblick auf die Eigennutzaspekte ist diese Unterrichtseinheit überaus ehrlich. Verschwiegen wird jedoch, daß zwischen der Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik und anderer Industrieländer und dem immer größer werdenden Elend in den Ländern der Dritten Welt ein enger Zusammenhang besteht. Verschwiegen wird auch, daß die von der Bundesregierung bevorzugte und angestrebte Weltmarktorientierung der Entwicklungsländer die gegebenen gesellschaftlichen Ungleichheiten in diesen Ländern eher stabilisiert als schwächt und somit die Unterentwicklung eher gefestigt als aufgebrochen wird.



Unterrichtstransparent Teufelskreis

Heute Schüler, morgen Wähler ...

Das Ziel des BMZ ist deutlich erkennbar, auch wenn es in der Einleitung und in der Begründung für die Unterrichtshilfen nicht erwähnt wird: Das Bundesministerium will schon junge Menschen, spätere Wähler und Steuerzahler, davon überzeugen, daß der Einsatz von mehr Steuergeldern für die Entwicklungshilfe gerechtfertigt ist und will damit verschleiern, daß diese mehr den Interessen der westdeutschen Industrie als dem Erreichen entwicklungspolitischer Ziele dienen. Um dies zu verdeutlichen, ist dem BMZ nichts zu teuer:

Daß die Kosten für das aufwendige Heft und die auf Hochglanz getrimmten Begleithefte keine Rolle spielen, ist bei dem Gedanken, um welche Beträge es für „unsere" Wirtschaft geht, nicht verwunderlich. Erstaunlicher ist es schon, daß das BMZ sich nicht scheut, Lehrer als Werkzeug für seine zweifelhaften Ziele zu benutzen, indem sie den Schülern teils plumpe, teils geschickt aufgemachte Ideologie verkaufen. Auch die Gefahr, daß der eine oder andere Lehrer sich für dumm verkauft vorkommen muß, nimmt das BMZ offensichtlich in Kauf, wenn es einerseits auf die Bedeutung der UNCTAD und der Veränderungen des Weltwirtschaftssystems hinweist, die reale Politik des Bundesministeriums jedoch gerade diesen Forderungen entgegenwirkt.

Mehr Geld genügt!

Mißt man das besprochene Werk an seinen eigenen Ansprüchen: „Diese Unterrichtseinheit ... will und soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Vermittlung von Wissen über die Dritte Welt alleine nicht genügt. Vielmehr muß das Ziel sein, nicht nur Einsichten zu vermitteln, sondern Verhalten zu ändern." (S. 4) So bleibt nur festzustellen, daß dieses Lernziel mit diesem Heft nicht erreicht werden kann. Da das Heft zum Teil völlig verdrehte Einsichten vermittelt, können daraus auch keine sinnvollen Anregungen für Verhaltensänderungen oder Aktionen gewonnen werden. Weshalb auch? Glaubt man den Ausführungen des Lehrerheftes, so bedarf es gar keiner Verhaltensänderung: Mehr Entwicklungshilfe genügt! So muß nur noch der (zukünftige) Steuerzahler überzeugt werden, daß seine Abgaben in den Entwicklungsländern sinnvoll investiert sind.

Wir tragen keine Schuld

Die geschichtliche Entwicklung der Unterentwicklung und der Bezug zur Gegenwart sind in der Unterrichtseinheit sehr neutral, fast etwas zu unbeteiligt dargestellt: „Die Wirtschaftsbeziehungen wurden in der Kolonialzeit gegründet. Damals wurden diese Länder zu Rohstofflieferanten der Industrieländer." (S. 11)

Kein Wort, daß *heute* in zunehmendem Umfang tropische Früchte in die Bundesrepublik eingeführt werden und unser Vieh die möglichen Grundnahrungsmittel der Bevölkerung in der Dritten Welt verfüttert bekommt.

Materialien für die Hand des Schülers

Im Folgenden sollen vor allem die Arbeitsblätter und die Transparente für den Tageslichtprojektor kritisch unter die Lupe genommen werden. Obwohl besser als das Lehrerbeiheft, findet man auch hier einige gravierende Mängel.

So ist die Idee, Schüler Informationen zu Entwicklungshilfeprojekten (A 1) aus dem Textheft „So sieht die Praxis aus", erarbeiten zu lassen zwar gut, doch das Heft selbst bietet nur eine bestimmte Auswahl an Informationen. Dem Projekt zuwiderlaufende Informationen werden meist ausgespart, so daß eine kritische Einschätzung für den Schüler kaum möglich ist. Alles sieht ziemlich rosig aus. So schafft der Hafen San Pedro in der Elfenbeinküste (vgl. Heft S. 16–19) zwar einige Arbeitsplätze, aber der Raubbau, der an einer wichtigen Rohstoffquelle betrieben wird, wird so gut wie nicht problematisiert. Ebensowenig wird gefragt, wem die erwirtschafteten Erlöse zu Gute kommen.

Das zweite Arbeitsblatt, in dem die Meinung der Schüler zur Entwicklungshilfe erfragt werden sollen, ist geradezu gefährlich. Die Idee ist als Einstieg zwar brauchbar, doch die vorgegebenen Antworten sind teilweise katastrophal: Sie sind eine bunte Mischung aus Vorurteilen, Halbwahrheiten und Tatsachen. Meist sind die Fragestellungen so formuliert, daß derjenige Schüler, der ein Gespür dafür hat, was der Lehrer hören will, merkt, daß die Vorgaben unerwünschte Antworten oder Vorurteile darstellen. Beispiel:

„Man sollte, wenn schon Entwicklungshilfe gezahlt werden soll, nur Geld an Länder geben, die
- uns Rohstoffe liefern
- uns in politischen Fragen unterstützen
- das Geld auch wieder mit Zinsen zurückzahlen können
- dann auch genau tun, was wir von ihnen verlangen
- dazu habe ich eine andere Meinung ....

Sieht man mal von dem Wörtchen „nur" ab, so treffen diese

„Vorurteile" ziemlich genau die eigentlichen Zusammenhänge. Eine Trennung zwischen „Vorurteil" und Realität dürfte so auch manchem Lehrer schwer fallen.
Die Arbeitsblätter, wie auch die Folien zum Nord-Süd-Gegensatz, auf denen es um die Verbreitung des Hungers, des Analphabetentums und der ungleichen Verteilung von Einkommen auf der Welt geht, sind gut einsetzbar. Die Arbeitsblätter A 4/A 5 mit der Geschichte des äthiopischen Jungen Aklilu, die die Identifikation mit einem etwa gleichaltrigen Betroffenen ermöglicht, spricht die Schüler emotional an. Auch die dazu gehörenden Arbeitsfragen sind brauchbar. Problematisch dagegen sind die daraus gezogenen Schlußfolgerungen, die direkt zum Teufelskreis der Armut führen (T 3). Dieser kann allenfalls beschreiben, jedoch nicht – und das wird hier suggeriert – Ursachen erklären. Ansätze zu einer Veränderung werden nicht aufgezeigt.
Die Folien und Arbeitsblätter zum Thema Rohstoff sind gut, die Bearbeitung des Themas im Lehrerheft ist allerdings fragwürdig. So wird mit Hilfe der Folien aufgezeigt, daß die Produktion unserer Zivilisationsgüter rohstoffabhängig ist. Ein großer Teil dieser Rohstoffe kommt aus den Entwicklungsländern. Das Fazit, das in diesem Material aus dieser Tatsache gezogen wird, heißt: mehr Entwicklungshilfe, daß unsere Rohstoffinteressen besser gesichert sind. Eine Übereinstimmung dieser Interessen mit denen der Entwicklungsländer wird suggeriert. Gleichzeitig wird einer Industrialisierung nach dem Vorbild der Industrieländer das Wort geredet (Aufholstrategie).
Kein einziges Mal ist die Rede davon, daß die Industrieländer – wie während der Kolonialzeit – die natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer ausbeuten, daß diese daran gehindert werden, sich autonom zu entwickeln und für die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu produzieren. – Das Planspiel, das auf S. 38 zu diesem Thema vorgeschlagen wird, ist zwar eine gute didaktische Idee, jedoch völlig ungenügend vorbereitet und von daher kaum durchführbar.
Mit dem Entwicklungshilfeprojekt Iferouane wurde sicher eines der fortschrittlicheren und positiveren gewählt und das ist auch begrüßenswert. Ob allerdings die Schüler die Aufgabe, sich in den Projektleiter hineinzuversetzen und zu überlegen, wie s i e den Einwohnern geholfen hätten, leisten können, ist zweifelhaft. Zum anderen fördert eine solche Aufgabe das Denken, daß die Hilfe nur von den überlegenen Weißen kommen kann. Diese Tendenz zieht sich durch die ganze Unterrichtseinheit: die Europäer haben schon so viel Positives geleistet, wir können stolz sein auf unser Land mit seinem hohen Lebensstandard. Die Länder der Dritten Welt sind zu dumm und zu schwach, um sich selbst zu helfen.
Die Schaubilder T 6 und T 7 über den Zusammenhang von Handel und Entwicklungshilfe zeigen ganz unverblümt die eigentliche Aufgabe der Entwicklungshilfe auf: sie soll helfen 'unsere' Exportmärkte zu sichern. Hier, wie bei der Rohstoffsicherung, wird aller humanitäre und ideologische Ballast, den man sonst auch noch mit dem Begriff Entwicklungshilfe verbinden könnte, über Bord geworfen und es wird ganz offen ökonomisch argumentiert: Je höher die Entwicklungshilfe, desto größer unser Export in die Entwicklungsländer.

Welche Alternativen gibt es?
Von einer Verwendung der Unterrichtseinheit in dem Sinne, wie das BMZ es vorsieht bzw. vorschlägt, ist dringend abzuraten. Es ist geradezu schon gefährlich und indoktrinierend eine Unterrichtseinheit in diesem Kontext durchzuführen. Da es im Moment aber kaum eine echte Alternative gibt, schlagen wir vor, das Unterrichtsmaterial kostenlos beim BMZ zu bestellen, Teile der Schülermaterialien zu verwenden, das Hintergrundmaterial aber zu ersetzen und sich aus anderen Quellen Informationen zu beschaffen.

Empfehlungen:

- *Strahm, R., Überentwicklung – Unterentwicklung*, Nürnberg, 1978, Lätare-Verlag. (Preis: 7,80). Zahlreiche Schaubilder mit erläuternden Texten vermitteln die komplexe Problematik und sind didaktisch gut einsetzbar, um die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen dem Reichtum der Industrieländer und der Armut der Entwicklungsländer aufzuzeigen.
- Zur *Teufelskreisideologie* sind in den blättern des iz3w zwei Beiträge erschienen: Kritik am Lehrsatz vom Teufelskreis, Nr. 19, S. 8 und: Ein armes Land ist arm, weil es arm ist, Nr. 36, S. 53.
- *Interessen und Auswirkungen der Entwicklungspolitik* sind anhand von vielen Beispielen belegt, in: Entwicklungspolitik – Hilfe oderAusbeutung? Freiburg 1978, Preis: 10,80 DM, zu beziehen über: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg oder Con-Medien, Osterstr. 36, 2800 Bremen
- Eine Vielzahl von *Anregungen für den* entwicklungspolitischen *Unterricht* bietet: Meueler, E. (Hrsg.): Unterentwicklung. Arbeitsmaterialien für Schüler, Lehrer und Aktionsgruppen, Reinbek bei Hamburg, 1974,Band 1, 432 Seiten, Band 2,368 Seiten, Preis: DM 9,80 pro Band.
- Eine einführende *Lektüre für Schüler* ist beim iz3w erschienen: Gemeinsam. Probleme der Dritten Welt, Freiburg 1978, 48 Seiten, Preis: DM 1,50.

Anmerkungen:
1) Die Seitenzahlen beziehen sich auf das Lehrerbegleitheft
2) Zum Verständnis des Wortes: „Für uns sind die Entwicklungsländer Partner. Wir sagen ihnen klar, was die Ziele und Grundsätze unserer Entwicklungspolitik sind." (S. 33)

hiwe, ds

Durch einen Irrtum wurde bei der Rezension der „Unterrichtsmaterialien" - Loseblattsammlung Nr. 4, G.A. Rakelmann „Die Zigeuner", in der Nr.85 der „blätter" S. 67 die Bestelladresse vergessen: Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung, c/o C. Neven - du Mont, Elsässerstr. 43, 7800 Freiburg

AKTIONEN

Politische Diskussion als organisiertes Theater

Dritte Welt im Bundestagswahlkampf

Im folgenden Artikel soll über die derzeit laufenden Aktivitäten berichtet werden, das Thema „Dritte Welt" im Bundestagswahlkampf zur Sprache zu bringen. Die Initiatoren dieser Bemühungen haben sich zu einem recht erstaunlichen Vorgehen entschlossen: Einerseits soll die gesamte entwicklungspolitische Basis – Aktionsgruppen, kirchliche Jugend, Dritte-Welt-Läden – angeregt werden, das Thema in Wahlversammlungen anzusprechen; gleichzeitig und, ohne daß die entwicklungspolitische Basis hiervon erfahren soll, kanalisieren und organisieren die Initiatoren diese Diskussion, indem sie den Bundestagskandidaten eine Art Redemanuskript zur Verfügung stellen, mit dem sie entwicklungspolitische Fragen beantworten können. Die politische Diskussion als organisiertes Theater?

Frühere Wahlkampfaktionen

Versuche, entwicklungspolitische Fragen im Bundestagswahlkampf anzusprechen, gibt es seit 1969. Wesentliches Mittel dieser Bemühungen war es stets, durch Fragen zur Dritte-Welt-Politik in Wahlversammlungen die Kandidaten zu veranlassen, Stellung zu mehr oder weniger konkret formulierten Forderungen (z.B. Erhöhung der Entwicklungshilfe, Entgegenkommen der Industrieländer bei der UNCTAD) zu beziehen. Die Stellungnahmen waren oft – wie die anderen Aussagen im Wahlkampf auch – sehr allgemein und unverbindlich gehalten. Zumindest 1969 hat das BMZ durch Ausarbeitung eines auf die kritischen Fragen der Aktionsgruppen hin abgestimmten Antwortkatalogs den Kandidaten die Mühe einer eigenen Stellungnahme und oft wohl auch eine Blamage erspart. Eine solche zentrale Organisierung der Antworten wird es auch in diesem Jahr geben; allerdings zum ersten Male durch die selben Leute, die auch die Fragen initiieren.

Die Initiatoren

Der Arbeitskreis Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein loser Zusammenschluß der Bildungs- und Öffentlichkeitsreferenten wichtiger meist staatlicher, staatlich finanzierter oder kirchlicher Organisationen im Bereich der Entwicklungspolitik. Diesem Arbeitskreis gehören unter anderen die GTZ, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, der DED, die Carl-Duisberg-Gesellschaft, die Friedrich-Ebert-Stiftung, kirchliche Stellen, auf katholischer Seite Misereor, die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe, der Katholische Arbeitskreis Entwicklung und Frieden, auf evangelischer Seite Brot für die Welt, Dienste in Übersee und der Arbeitskreis Kirchlicher Entwicklungsdienst an. Auch der DGB und einige kleinere Organisationen sind vertreten. Ein Teil dieser Organisationen betreibt keine Bildungsarbeit, sondern lediglich Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer Werbearbeit für die eigene Organisation.

„Doppelstrategie"

Dieser Arbeitskreis hat bereits 1978 beschlossen, als ersten Versuch einer gemeinsamen Aktivität, eine Aktion zur Bundestagswahl '80 durchzuführen. Es wurde ein Vorgehen gewählt, das im Arbeitskreis als „Doppelstrategie" bezeichnet wurde: einerseits den Kandidaten eine Handreichung, genauer gesagt, eine Art Redemanuskript zur Verfügung zu stellen, andererseits in den vertretenen Organisationen darauf hinzuwirken, daß Gruppen an der Basis durch Befragung der Kandidaten das Thema in den Wahlversammlungen ansprechen. Die bisherige Arbeit hat sich auf den ersten Teil dieser Doppelstrategie beschränkt. Das Vorhaben wurde mit den vier im Bundestag vertretenen Parteien abgesprochen und prinzipielle Zustimmung der Parteizentralen von Bonn bis München erreicht. Über deren Apparate soll die Handreichung an die Kandidaten verteilt werden. Diese hat im Auftrag des Arbeitskreises der Bonner Vertreter der GTZ entworfen. Sie hat den Charakter einer „Spreche", einseitiger Druck soll es ermöglichen, daß der Kandidat Teile des Textes leicht in seine Redeunterlagen einordnen kann. Es wurde bewußt einen „relativ niedrigen Informationsgehalt" gewählt und – als Preis für die Bereitschaft der Parteien zur Mitarbeit – alle kontroversen und zwischen den Parteien strittigen Fragen ausgeklammert.

Zum Inhalt der Handreichung

Entsprechend dünn mußte der Inhalt der Kandidatenhandreichung ausfallen. Die Ursachen der Unterentwicklung, die Benachteiligung der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt, die Verschlechterung der Terms of Trade werden in ganz wenigen, meist nachträglich in den Entwurf



Das Chamäleon erklärt, es sei glücklich und stolz darauf, wie immer die Meinung aller Welt zu teilen.

eingefügten Sätzen erwähnt. Der eindeutige Schwerpunkt der Handreichung liegt bei der staatlichen Entwicklungshilfe: die absoluten Zahlen, der Anteil am Brutto-Sozialprodukt, die organisatorische Struktur, multilaterale Organisationen, private Träger, Überwachung des Mitteleinsatzes. Aufgrund dieser Schwerpunktsetzung muß der Text die Illusion festigen, Unterentwicklung sei ein durch, vielleicht quantitativ ausgeweitete, Entwicklungshilfe lösbares Problem. Wenige relativierende Sätze können diesen Eindruck nicht verändern: sie fallen quantitativ nicht ins Gewicht und sind zudem – schließlich sollen die Parteien nicht verprellt werden – viel zu allgemein formuliert, wenn beispielsweise von einer „aktiven Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer vorausschauenden Strukturpolitik in den Industrieländern selbst" die Rede ist.

Ein Satz dieser Allgemeinheit tut niemand weh und kann somit auch keine Bewußtseinsprozesse auslösen.

Besonderen Wert hat der Autor der Handreichung darauf gelegt, die (realen oder vermeintlichen) Eigeninteressen der Besucher der Wahlversammlungen herauszustellen. So wird verwiesen auf die Export- und Rohstoffabhängigkeit der westdeutschen Industrie, auf die vom Export abhängigen Arbeitsplätze, hervorgehoben wird der hohe Anteil des Entwicklungshilfe-Geldes, der in Form von Aufträgen in die BRD zurückfließt. Allerdings wird an keiner Stelle die Frage gestellt, ob diese Lieferungen den armen Massen in der Dritten Welt zugute kommen.

Hier liegt der Text auf der Linie der Öffentlichkeitsarbeit des BMZ's.

Kanalisierung der Diskussion

Wenn die Handreichung Erfolg hat, also in den Wahlkampfunterlagen und nicht im Papierkorb der Kandidaten landet, so ist sie nicht als Beitrag zur entwicklungspolitischen Bewußtseinsarbeit anzusehen: Sie isoliert die Entwicklungshilfe aus dem Geflecht der Entwicklungsprozesse verhindernden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Sie öffnet somit nicht den Blick für die Notwendigkeit der Veränderung dieser Beziehungen. Gleiches gilt für Interessensunterschiede in den Industrieländern selbst. Die unterschiedlichen Interessen zwischen herrschenden Eliten und armen Massen in der Dritten Welt werden nur in einem Satz angesprochen. Da alle kontroversen Punkte mit Rücksicht auf die Parteien ausgeklammert wurden, stützt die Handreichung das, was ohnehin Kennzeichen von Wahlkampfauseinandersetzungen ist: die Verdeckung von Interessen und Konflikten in allgemeinen Redensarten.

Hintergangen werden damit die Zuhörer solcher Wahlversammlungen. Ihnen wird der Eindruck vorgespiegelt, der Kandidat würde *s e i n e* politische Position vortragen, für die er sich als Abgeordneter einsetzen wird, während ihm in Wirklichkeit ein zentral organisierter Einheitsbrei vorgesetzt wird; in All-Parteien-Koalition vertrieben.

Haben Öffentlichkeitsreferenten Angst vor der Öffentlichkeit?

Der eigentliche Skandal im Vorgehen des Arbeitskreises Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit besteht jedoch in der Geheimniskrämerei. Aus Angst, einige Kandidaten könnten sich hintergangen fühlen, wenn der Text der Handreichung auch den Aktionsgruppen, kirchlichen Jugendgruppen etc. bekannt ist, die schließlich durch ihre Fragen das Thema in den Wahlversammlungen ansprechen sollen, will der Arbeitskreis verhindern, daß die Handreichung an die Basis gelangt. Obwohl das BMZ bereit war, 20 000 Exemplare zu finanzieren, hat der Arbeitskreis beschlossen, nur 6 000 Exemplare drucken zu lassen, damit – wie der Vorsitzende die Diskussion zusammenfaßte – „schon von der Zahl her ausgeschlossen ist, daß das Material an die Aktionsgruppen kommt." Für die beteiligten Organisationen steht die Handreichung nur zum internen Gebrauch zur Verfügung. Einzeln geäußerte Bedenken, daß durch dieses Vorgehen die Aktionsgruppen hintergangen werden, wurden in der Diskussion des Arbeitskreises nicht aufgegriffen.

Neben der Rücksichtnahme auf die Kandidaten – diese hätten sich bei stärkerer Verbreitung der Handreichung ja noch eigene Gedanken machen müssen – war noch ein zweites Motiv für die Geheimniskrämerei entscheidend: Mehrere Teilnehmer wollten den bewußt konfliktbereinigten Text nicht als gemeinsames entwicklungspolitisches Credo der beteiligten Organisationen erscheinen lassen. Ein Vertreter Misereors malte die sichtlich unangenehme Vision eines kritischen Artikels in der Frankfurter Rundschau an die Wand.



Was tun?

Das Vorgehen des Arbeitskreises, insbesondere die Weigerung, die Handreichung auch der entwicklungspolitischen Basis bekannt zu machen, verstärkt die in Wahlversammlungen ohnehin vorhandene Benachteiligung von Fragestellern: sie sind rhetorisch nicht so geschult, sie verfügen nicht über das Mikrophon, es ist äußerst schwierig, in Fragen genügend Informationen zu vermitteln, aus denen die Relevanz der Frage für die Zuhörer hervorgeht. Oft erlaubt der Veranstaltungsverlauf es nicht, durch Nachfragen den Kandidaten zu konkreten, klaren Aussagen zu zwingen.

Diese Schwierigkeiten müssen entwicklungspolitisch interessierte Gruppen berücksichtigen, wenn sie sich entschließen, in Wahlversammlungen aktiv zu werden. Die hierbei gegebenen engen Wirkungsmöglichkeiten sollten zumindest dann genau abgewogen werden, wenn – durch die begrenzt Leistungsfähigkeit jeder Gruppe bedingt – auf Aktivitäten in anderen Bereichen, Kirchengemeinde, Jugendgruppe, Schule, verzichtet werden muß, um sich an der Wahlkampfaktion zu beteiligen. Unbedingte Voraussetzung einer sinnvollen Beteiligung ist eine umfangreiche Vorbereitung, die befähigt, konkrete, genau formulierte Fragen und Forderungen zu stellen und die bisherige entwicklungspolitische Praxis umfaßt, um allgemeinen Redensarten entgegentreten zu können. Auch die Kenntnis der Handreichung kann dies erleichtern. Die Kontakte der Basisgruppen zu einzelnen Mitarbeitern der Institutionen sind, zum Glück, gut genug, um zu verhindern, daß ihnen die Handreichung faktisch vorenthalten werden kann.

gc

Fotokopien der Handreichung sind über das iz3w Freiburg (7800 Freiburg, Postfach 5328) zu beziehen. Bitte DM 3,– in Briefmarken beilegen.



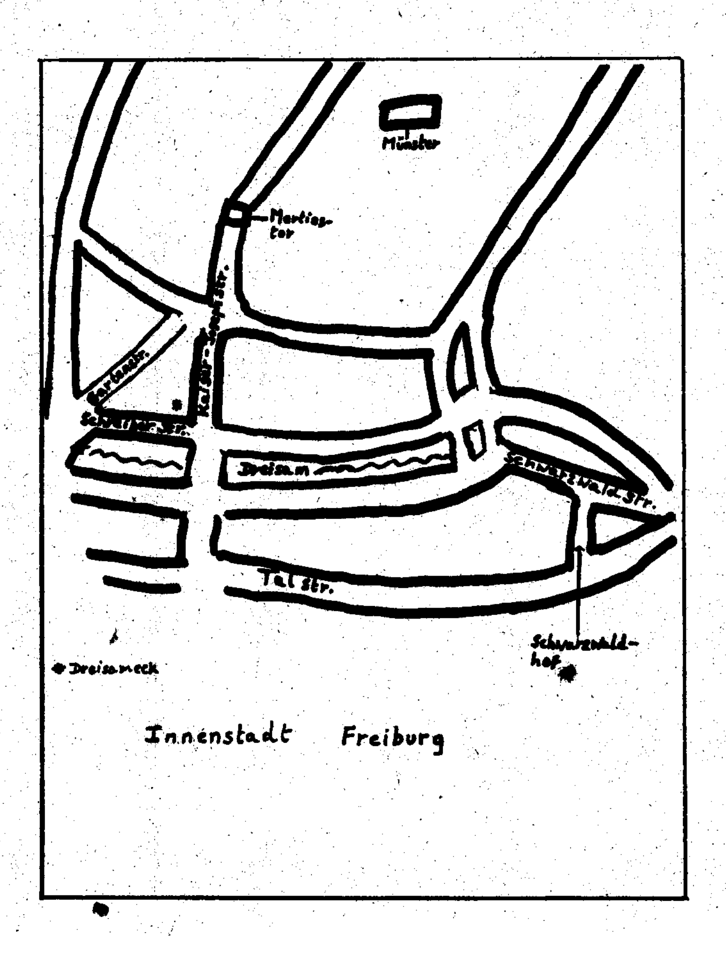
HÄUSERKAMPF IN FREIBURG

In dieser Ausgabe der „blätter des iz3w" greifen wir ein lokales Freiburger Ereignis auf, welches keinen direkten Bezug zur Dritten - Welt - Problematik besitzt. Wir berichten in zwei Artikeln über den Freiburger Häuserkampf, der im Juni 1980 seine Eskalation durch die polizeiliche Räumung des „Dreisamecks" und der anschließenden Besetzung „Frei"burgs durch die Polizei fand.

Wir schrieben deswegen darüber, weil wir unsere Internationalismus - Arbeit nicht isoliert verstehen, weder isoliert von den Verhältnissen in der Bundesrepublik — über die Repression in der BRD wird regelmäßig in den „blättern" berichtet — noch isoliert von unserem lokalen Freiburger Rahmen. Weil wir hier in Freiburg leben, weil wir hier schwer Wohnungen finden, und weil wir hier mit dem Polizeistaat konfrontiert werden, wollen wir unsere Erfahrungen auch den Lesern unserer Zeitschrift, den an der 3. Welt interessierten, mitteilen. Für uns, die „Aktion Dritte Welt", für jeden einzelnen von uns, für Freiburg war die Woche nach der Räumung eine Ausnahmesituation. Am Sonntag, dem Tag der Räumung waren 5 000 zu einer spontanen Demonstration in der Stadt. Montag kamen über 10 000, dienstags 7 000. Am Freitag noch einmal 7 000, die gegen die Räumung und Vernichtung des billigen innenstadtnahen Wohnraums und des Kommunikationszentrums „Dreisameck", gegen die polizeiliche Belagerung protestierten, ihren Widerstand dokumentierten. Die Polizei, der Stadtrat, das Kapital, sie haben uns die Häuser genommen, wir nahmen uns die Straße. Tausende feierten Feste auf vierspurigen Hauptverkehrsstraßen, blockierten stundenlang den Individualverkehr, die Polizei konnte nicht eingreifen, wollte sie nicht eine weitere Eskalation provozieren.

Und diese Erfahrung war für uns sehr wichtig: Viele von uns spürten zum erstenmal und sehr massiv, was die Parole „Repression erzeugt Widerstand" bedeutet. Über die Repression und Widerstand in der Dritten Welt haben wir viel reflektiert, analysiert und geschrieben. Diese Juni - Woche in Freiburg waren wir unmittelbar betroffene.

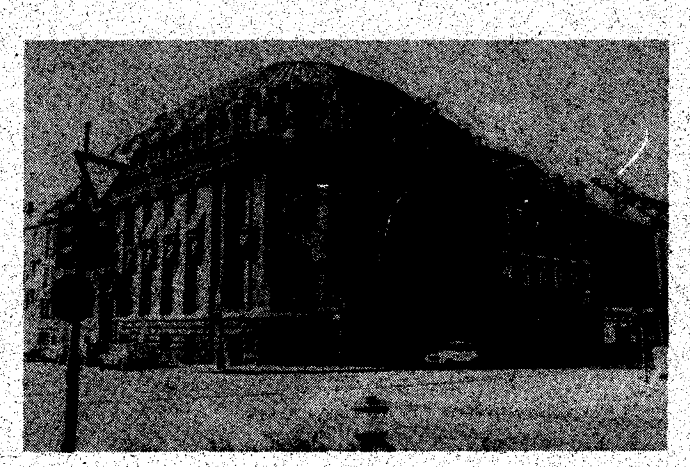
In dem Artikel „Freiburg — Polizeiburg!" wird die Geschichte des Häuserkampfes ums „Dreisameck" dargestellt. Es schließt sich ein Erfahrungsbericht mit der Polizeigewalt während der Räumung an: „Die Herren des Morgengrauen".



»Freiburg – Polizeiburg«

Zur Vorgeschichte
1975. Die Dresdner Bank zieht aus ihrem zu eng gewordenen Hauptsitz in der Kaiser - Josefstraße („KA - JO") in ein neu erstelltes Gebäude am Rande der Innenstadt um. Dort verkehrsgünstig am Bahnhof sollen die großen Verwaltungsbetriebe angesiedelt werden, um die Innenstadt wieder belebter zu machen. Bereits 1969 hatte die Dresdner Bank ihre Häuser am Dreisameck an den stadtbekannten Spekulanten Selz „verkauft". Jahre später wird offengelegt, daß es sich dabei um ein typisches Spekulantengeschäft gehandelt hat: Der Kaufvertrag sieht eine 5 % - Anzahlung des Kaufpreises von 2 Millionen DM vor. Die Mieteinnahmen aus den Häusern fliessen an die Dresdner Bank zur Deckung der Zinsen. Bei Verkauf der Häuser an Dritte hat Selz die fehlenden 95 % des Kaufpreises zu entrichten, darüber hinausgehende Erträge werden 50 : 50 zwischen Selz und der Dresdner Bank aufgeteilt. Im Klartext: Selz, der in Freiburg ohnehin als notorischer Spekulant unbeliebt ist, soll für die feinen Herren von der Bank die Drecksarbeit, den Verkauf und Abriß der Häuser übernehmen. Dafür bekommt er 50 % von dem Erlös — über 2 Millionen DM. Für die Bank ein Geschäft ohne Risiko ...

Neue Bewohner ziehen in die Ka -Jo ein — ein Spekulant zieht in den Knast um.
Nach dem Auszug der Bank braucht Selz für die Zeit, bis er einen Käufer gefunden hat, neue Mieter. In Freiburg kein Problem, denn gerade um diese Zeit werden von der Stadt die Häuser in der „Freiau" wegsaniert. Über 200 Bewohner sitzen auf der Straße bzw. suchen neue Wohnungen. Umstrittene Zusatzklauseln in den Selz'schen Mietverträgen sollen sicherstellen, daß auch Selz die Mieter jederzeit auf die Straße setzen kann. Die Mieter ziehen ein (zunächst nur in die Ka - Jo 284). Renovieren in wochenlanger Arbeit die Wohnungen. Bauen Duschen und Bad ein. Finden zusammen, planen gemeinsame Aktionen.
Sommer 77. Das seit Jahren leer stehende Nachbarhaus, ebenfalls in Besitz von Selz, wird besetzt. Direkt an der wichtigsten Geschäftsstraße Freiburgs gelegen, spricht sich die Aktion schnell herum. Presse und Bevölkerung zeigen Verständnis für die Besetzung; die Machenschaften und Pläne des Herrn Selz sind bei vielen unbeliebt. Selz, der zunächst nicht einmal mit den Besetzern reden wollte, sieht sich gezwungen, mit ihnen normale Mietverträge abzuschliessen. Zusatklauseln sollen sicherstellen, daß die Mieter jederzeit rausfliegen können ... Das leerstehende Hinterhaus wird nun ebenfalls vermietet. Da waren es schon drei Häuser ...
Die Bewohner: Kinder, Schüler, Lehrer, Arzthelfer und Mediziner, Studenten, Handwerker und Sozialarbeiter; arbeitslos, angestellt oder verbeamtet. Alternative , Tu - Nixe, Poona - Fahrer. Es gibt Auseinandersetzungen und Konflikte. Manche ziehen aus, manche fliegen raus. Andere ziehen ein. Viele Kontakte, gemeinsame Anliegen: Fotolabor und Werkstatt, Musikkeller und Fetenraum werden eingerichtet. Die Ka -Jo wird zu einem Inbegriff für alternatives Leben in Freiburg.
Zurück zu den Geschäften. Selz' Plan, den gesamten Komplex abzureißen und an ein Kaufhaus zu verscherbeln, scheitert. Der ehemalige Prunksitz der Dresdner Bank steht innen und aussen unter Denkmalschutz (für so etwas hatte Selz nichts übrig). Ein Umbau würde sehr teuer. Zudem will die Stadt neue Kaufhäuser eher zwischen Innenstadt und Bahnhof ansiedeln. Da macht Selz, der gewiefte Geschäftsmann,plötzlich Pleite. Nachdem er vermutlich die gesunden Betriebe an seine Familie überschrieben hat, meldet er für die restlichen Unternehmungen Konkurs an. Die Schulden gehen in die Millionen, Hunderte von Arbeitnehmern bangen um ihre Arbeitsplätze, einigen wurden in der letzten Zeit die Sozialbeiträge nicht bezahlt. Selz setzt sich rechtzeitig in die Schweiz ab, die dem nach wie vor millionenschweren Wirtschaftskriminellen ihren Schutz angedeihen läßt. Erst Monate später gelingt es den Geprellten, Selz auch Delikte nachzuweisen, die von der Schweizer Justiz nicht als Kavaliersdelikte angesehen werden. Jetzt müssen die Schweizer Behörden Selz verhaften und ausliefern. Selz sitzt in Freiburg im Knast, ganz Freiburg frohlockt, zumal die Konkursverwaltung öffentlich kund tut, daß kein Mieter der Selz - Häuser die Kündigung zu befürchten hat. Die Mieter sicher, der Spekulant hinter Gittern: ein happy end im Spekulationsskandal? Ganz sicher nicht, denn das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden.



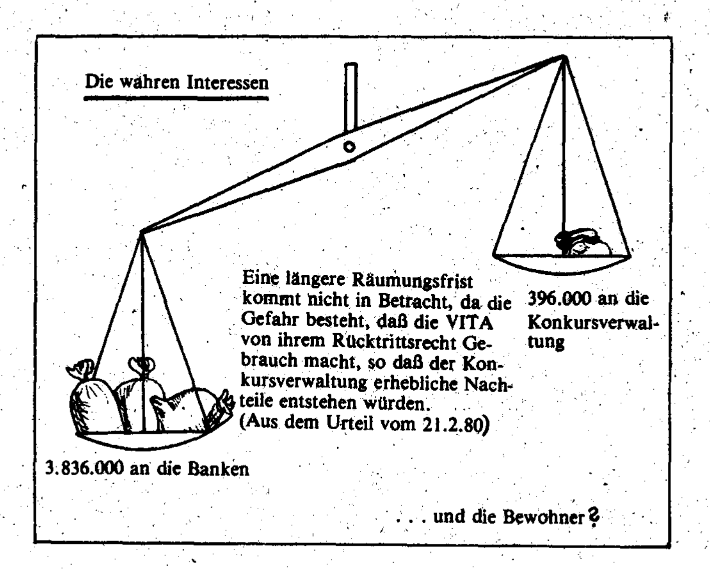
Das Dreisameck – guter, stadtnaher Wohnraum

Die Pleite des Herrn Selz macht für die VITA das Spekulieren lohnend.
Der zweite Akt der Geschichte ums Dreisameck beginnt: Auf die Bühne des Geschehens tritt Bernt Waldmann, seines Zeichens SPD - Stadtrat, Rechtsberater der durch den Selz - Konkurs geschädigten Arbeitnehmer, Rechtsanwalt des Konkursverwalters, Führungsmitglied der Städtischen Sparkasse — alle diese zum Teil widersprüchlichen Funktionen auf sich in Personalunion vereinigend. „In seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt des Konkursverwalters" (Orginalton) schickt er im April 78 den Bewohnern des Dreisamecks, also den Mietern der Häuser Ka - Jo 282 inclusive Hinterhaus, 284, 286, Schreiberstraße 2 und 4 die Kündigung zum 1. Juli 1978 ins Haus. Die Häuser müßten verkauft und abgerissen werden, da nur so ein Erlös für die Konkursmasse und die geprellten Arbeitnehmer, die er in einem Prozeß gegen Selz vertrete, zu erzielen sei. Die Bewohner sind fassungslos und empört, daß hier zwei schwache Gruppen — Mieter und Arbeitnehmer — gegeneinander ausgespielt werden sol-

len. Denn durch den Konkurs sind ihre Rechte als Mieter erheblich eingeschränkt. Die Bewohner beginnen mit der Öffentlichkeitsarbeit: Straßentheater und ein sleep - in auf dem Rathausplatz machen auf die Not der Mieter, denen kein Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt werden soll, aufmerksam. Die lokale Presse greift die pfiffigen Aktionen auf und benutzt sie als Aufhänger für Berichte über die allgemeine Wohnungsnot in Freiburg. Die Distanz zu einzelnen Redakteuren kann abgebaut werden, die Berichte in der Presse werden sachlicher und wohlwollender. Ganz Freiburg wird jetzt regelmässig über die Ereignisse am Dreisameck informiert.
Monate vergehen, die Kündigung wird gar offiziell zurückgezogen, da flattern erneut blaue Briefe ins Haus. Die VITA, eine Schweizer Lebensversicherung, habe die Häuser erworben und wolle einen neuen Versicherungspalast errichten. „Zum Bedauern" der Konkursverwaltung müßten die „sehr geehrten Damen und Herren Mieter" deswegen ausziehen. Es werde eine Umzugsentschädigung angeboten. Auch wenn ein Spekulant in's Gras gebissen hatte, die Spekulation ums Dreisameck war weitergegangen. Die Stadt hatte von ihrem Vorkaufsrecht keinen Gebrauch gemacht und so den Anlageprofis von der VITA das Feld überlassen: Diese hatten in den Verhandlungen mit der Konkursverwaltung den Kaufpreis gedrückt, und die Konditionen bestimmt. Denn die Konkursverwaltung mußte das Dreisameck unter Zeitdruck loswerden, zumal der Rest der Konkursmasse bereits verkauft und das daraus erzielte Kapital brach lag. Die smarten Herren von der Versicherungsgesellschaft spekulierten erfolgreich auf die Zwangslage der Konkursverwaltung; die wiederum gab den Druck an die Schwächsten, nämlich die Mieter weiter: Rausschmiß ohne Ersatzwohnraum! Das gleiche Spiel mit veränderten Namen: den feinen Herren von der Versicherung sind die Bewohner ein Hindernis für die profitable Geldanlage. Die Drecksarbeit, den Rausschmiß schieben sie der Konkursverwaltung zu, die laut Kaufvertrag nur Geld sieht, wenn die Häuser bis Ende 1979 abgerissen sind. Durch die Zwangslage der Konkursveraltung werden auch die Rechte der Mieter, z.B. das Anrecht auf Ersatzwohnraum, eingeschränkt. Wie praktisch!

Nachforschungen decken auf, daß auch die Dresdner Bank an dem Geschäft beteiligt ist.

Die Konkursverwaltung bietet den Mietern Umzugsentschädigung an, wenn sie zu einem von ihr zu bestimmenden Termin ausziehen. Mündlich wird der Spät-

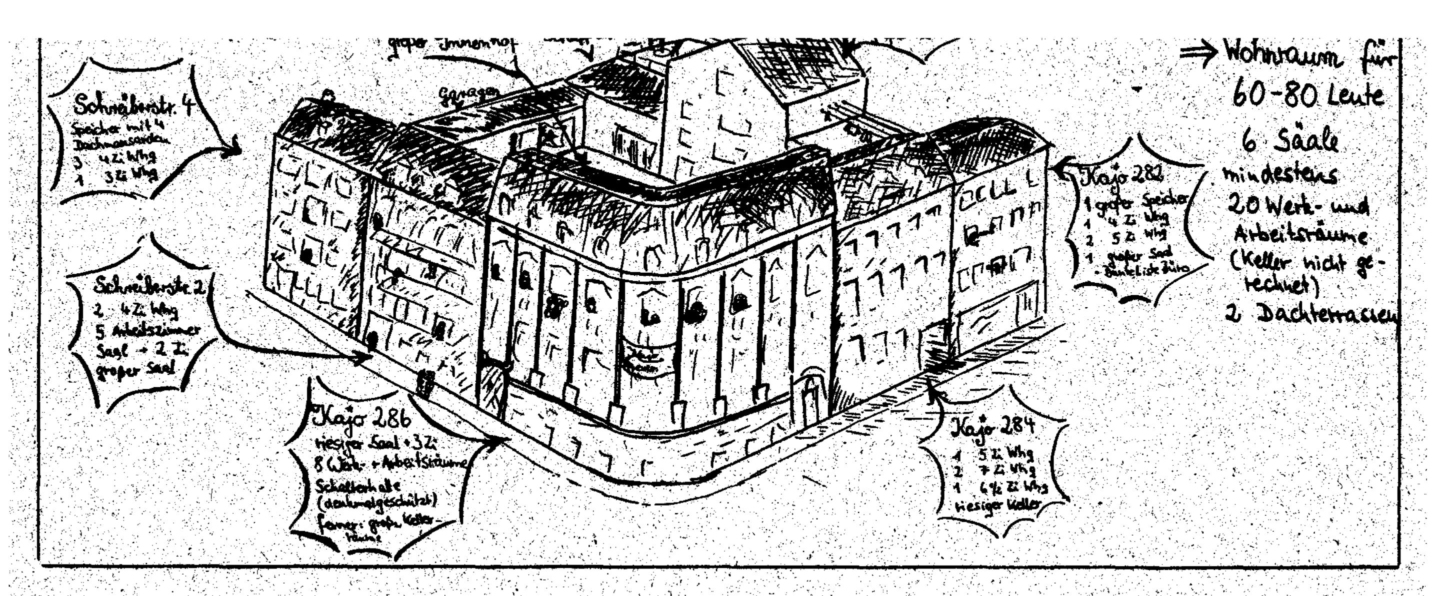


Das große Geld	KaJo 282	KaJo 284/86 Schreiberstr.2	Schreiberstr. 4
VITA zahlt: Bank kassiert	1,6 Mio 1,6 Mio Dresdner	2,236 Mio 2,118 Mio Dresdner	380 000 200 000 Sparkasse
Konkursverwaltung	—	118 000 + 100000 (als Geschenk)	180 000

herbst 79 als Auszugstermin zugesagt. Doch als die Bewohner diese Silberlinge verschmähen, soll auf einmal im Juni geräumt werden, da die Abrißbagger schon für Juli bestellt seien. Es kommt zum Prozeß, den die Rausschmeißer aufgrund einer fehlenden Unterschrift sang- und klanglos verlieren. Inzwischen haben sich die Bewohner organisiert; wöchentlich finden Versammlungen statt. Allen Ungereimtheiten wird auf den Grund gegangen: Auf dem Wasserwirtschaftsamt wird festgestellt, daß die geplante Tiefgarage das Grundwasser beeinträchtigen wird (sowie, daß dieses Amt mit der städtischen Baubehörde in Fehde liegt). Auf dem Grundbuchamt kommt raus, daß drei der Häuser nach wie vor der Dresdner Bank gehören, da der Kaufpreis nur angezahlt war. Die Konkursverwaltung hätte diese Häuser ohne weiteres an die Dresdner Bank zurückgeben können, den Mietern gar nicht kündigen müssen. Für ein weiteres Haus, so wird ermittelt, gab es einen Käufer, der bereit war, 1,3 Millionen DM zu zahlen und die Mieter im Haus zu lassen. Wieso hat die Konkursverwaltung diese für sie einfache Lösung nicht wahrgenommen?
Bernt Waldmann, diesmal in seiner Eigenschaft als SPD - Stadtrat, hält den Abriß der Häuser für wünschenswert; ein Konsum- und Versicherungspalast würde besser ins Stadtbild passen; die Thesen von der Auslagerung von Verwaltungsbetrieben aus der Innenstadt seien überholt. Doch noch ein dritter hat Interesse am Verkauf der Häuser an die VITA! Die Dresdner Bank hatte Selz auf einige der Grundstücke hohe Hypotheken bew. Grundschulden geliehen. Dieses Geld würde sie nicht oder nur sehr geschmälert wiedersehen, wenn sie drei der Häuser zurücknehmen müßte und ein weiteres „nur" zu 1,3 Millionen verkauft würde. So wäscht — wie allerdings erst im erneuten Räumungsprozeß im Winter 79/80 ans Licht kommt — eine Hand die andere: Die Grundstückspreise innerhalb des Gesamtkomplexes wurden so „berechnet", daß die Dresdner Bank ihr Hypothekengeld zu 100 % sicher hat. Die VITA, der es egal sein kann, ob die Quadratmeterpreis für benachbarte Grundstücke erheblich schwanken, kauft das Gesamtareal zum günstigen Preis. Sie muß aber erst zahlen, wenn abgerissen ist. Und der Konkursverwaltung verbleiben nach einer Milchmädchenrechnung 400 000 DM für die Konkursmasse freilich erst, wenn sie Rausschmiß und Abriß bewerkstelligt hat. Ganz nebenbei bekommt der Bankrotteur Selz seinen Konkurs über die Bühne. Der Wirtschaftsstraftäter wurde von der Justiz inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt — der Millionenschuldner hinterlegte 500 000 DM als Kaution.

„Stadtrat, VITA, Dresdner Bank — Für den Profit Hand in Hand!"

Auch der Stadtrat scheint's zufrieden, verspricht doch das geplante Objekt anstatt lebendiger Unruhe in der Innenstadt sicher fliessenden Gewerbesteuereinnahmen für den Stadtsäckel. So leisten auch die städtischen Gremien ihren Beitrag zum Zustandkommen des Geschäfts: die für die Umwandlung von Wohn- in Geschäftsräume nötige „Zweckentfremdungsgenehmi-



gung" wird anstandslos erteilt. Die Mieter finden heraus, daß dabei Zahlen aus den 60er Jahren zu Grunde gelegt wurden. Damals wohnten sechs Leute in den Häusern, jetzt sind es über sechzig ... Der städtische Beamte hatte die aktuelle Lage ignoriert, aber nach Meinung der Behörden seine Pflicht nicht verletzt. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde wird abgeschmettert. Auf der entscheidenden öffentlichen Sitzung des Bauausschusses darf kein Vertreter der Dreisameck - Bewohner reden. Die Stadträte diskutieren, ob die Dachrinne des geplanten Neubaus zwei Meter höher oder tiefer als bisher liegen soll. Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, daß es für die 60 Leute — und nicht nur für sie — um wesentlich wichtigeres geht: Um die Möglichkeit in Hausgemeinschaften zu leben; in Häusern, die nicht steril sind, sondern vielfältige Aktivitäten erlauben; daß es um die Erhaltung eines zentral gelegenen, billigen Wohnraums geht, das unwideruflich und ersatzlos — bis auf die Jugendstilfassade — vernichtet werden soll. Die Herren vom Bauausschuß billigen das Neubauprojekt — ohne Gegenstimme und ohne den Betroffenen das Wort erteilt zu haben. Der Stadtrat akklamiert die Beschlüsse des Finanzkapitals; die Interessen der Wohnraum suchenden Bürger kümmern ihn nicht. Die Frage, wo die 60 Leute einmal wohnen sollen — dem Stadtrat ist's egal. Doch die Bewohner können und wollen nicht gute Miene zum bösen Spiel machen; treu und brav akzeptieren, daß ihre Lebensgemeinschaften zerrissen und sie in die Schlafstädte abgedrängt werden sollen; daß der Kommerz ihren Lebensraum und ein weiters Stück Innenstadt zerstört; daß in Zukunft nur noch Wohlstandsbürger die Vorzüge der Innenstadt exclusiv geniessen können.

Ein Prozeß geht verloren, doch der Kampf ums Dreisameck geht weiter.

Neben dem juristischen und politischen Hick - Hack betreiben die Mieter weiter Öffentlichkeitsarbeit. Organisieren ein Sportfest, Feten, Informationsabende. Überreichen dem Bürgermeister auf einer Stadtratsitzung den „Ziegelstein am laufenden Band", machen mit einer kurzzeitigen Besetzung des Wohnungsamtes auf die Wohnraumnot aufmerksam, fordern die VITA - Funktionäre bei einem „Besuch" zur Diskussion ums Dreisameck auf. Doch zwei Jahre mit der Kündigung im Hinterkopf leben, geht an die Nerven. Schon längst unterläßt die Hausverwaltung notwendige kleine Reparaturen an den Häusern; auch die Bewohner machen kaum noch das nötigste. Manche ziehen weg, aus diesen oder jenen Gründen. Andere ziehen nach. Für Wochen? Für Monate? Einige resignieren, die meisten, gestärkt durch jahrelanges solidarisches Zusammenleben, halten aus: „Das woll'n sie doch bezwecken, daß wir die Waffen strecken, schon vor dem großen Streit"! Februar 80: Die Mieter unterliegen in den juristischen Auseinandersetzungen. Sicher scheint: Kein Richter hat das Recht gebeugt. Aber bestehende Ermessensspeilräume wurden nicht genutzt. Der Nachweis, daß die Konkursverwaltung gar nicht gezwungen war, die Häuser an die VITA auf Abriß zu verkaufen, — die Richter berücksichtigen ihn nicht. Die fehlerhafte Erlösrechnung der Konkursverwaltung keinen Richter interessiert's. Die politischen Kräfteverhältnisse, das „soziale Klima", ist für Spekulanten nicht ungünstig, für Spekulationsopfer nicht günstig. Das Recht, Grund und Boden in der Innenstadt als profitträchtige Anlage zu nutzen, erscheint wichtiger als das Gebot der sozialen Verpflichtung von Eigentum; die Interessen der Anlagemanager, die fremde Gelder verwalten, zählen mehr als die Interessen derjenigen, die von der Wohnraumnot betroffen sind: Kein Ersatzwohnraum, Räumungsfrist bisweilen knapp sechs Wochen! Die Mieter gehen in die Berufung — eine Rechtschutzversicherung macht's möglich. Erwirken für zwei Häuser Räumungsaufschub bis Ende Mai. Die Häuser in der Schreiberstraße sind inzwischen von den meisten privaten und gewerblichen Mietern verlassen. Am 16. März soll abgerissen werden ... Da werden die Häuser besetzt. Hunderte junger Leute verschanzen sich in der Nacht vor dem Abrißtermin in drei der Gebäude. Die Konkursverwaltung sieht angesichts dieser Übermacht vom Abriß vorläufig ab. Der dritte Teil der Geschichte vom Dreisameck beginnt:

Für Kultur,, von unten" hat die Stadt nichts übrig

In den weitläufigen Räumen richten die Besetzer in eigener Regie ein Kultur- und Kommunikationszentrum ein. Jeder kann mitmachen, eigene Ideen vorbringen und verwirklichen. Die Wände werden bemalt, eine Kneipe eingerichtet. Abends gibt's Diskussionen und



1200 Polizisten räumen das Dreisameck

Veranstaltungen. Leute mit bekannten Namen und Leute von nebenan treten auf. Das Programm spricht viele Interessen an: Rock, Jazz und Klassik; Pantomime und Dichterlesung; Dritte Welt, Drogen, Poona; Atomkraftbewegung und Gewaltfrage — hier kann vorgetragen und diskutiert werden. Getränke gibt's zum Billigpreis, Eintritt wird selten verlangt, Sperrstunde unbekannt. Natürlich gibt es Konflikte, Ärger, Probleme, aber auch viel Spaß: das Dreisameck lebt, soll am Leben erhalten werden. Ein Finanzexperte tüfftelt einen Finanzierungsplan aus, der es ermöglichen soll, die Häuser zu kaufen. Juristen basteln an einem Genossenschaftsmodell. Einige Stadtratskandidaten — in Freiburg stehen Wahlen an — setzen sich für den Erhalt der Häuser ein. Jetzt werden auch die etablierten Parteien wach. Vertreter des Dreisamecks werden zu Gesprächen mit den wichtigsten Stadträten eingeladen. Diese hören sich die Pläne an, wollen weitere Berechnungen vorgelegt bekommen. Jetzt liegt vieles an der VITA: für 4,2 Millionen hat sie die Grundstücke erworben, 5 Millionen sollen ihr für den Weiterverkauf an die zu gründende Genossenschaft gezahlt werden. Doch die VITA lehnt ab, will sich den günstigen Brocken aus der Konkursmasse nicht nehmen lassen. Auch zeitlichen Aufschub — Zeitgewinn für die Genossenschaft — will sie nicht länger dulden. Zum baldmöglichen Termin soll abgerissen werden — auch wenn für einige Mieter die Berufungsverhandlung noch aussteht. (Juristisch ist ein Abriß auch dann schon möglich) Im Fernsehen wird live und öffentlich zwischen Vertretern des Dreisamecks, der Parteien, der Stadt diskutiert — Vertreter der VITA bleiben der Diskussion fern; sie sabotieren die politische Auseinandersetzung um Stadtzerstörung und den Sinn des neuen Projekts. Auch die Stadt verzichtet darauf, Druck auf die VITA auszuüben. Sie bezuschußt das Stadttheater jährlich mit zehn Millionen, plant ein Kongreßzentrum für 100 Millionen, doch für das Kulturzentrum am Dreisameck, das Tag für Tag dutzende und hunderte von jungen Leuten anzieht, macht sie keinen Finger krumm, keinen Pfennig locker ...

Der staatliche Gewaltapparat muß auffahren ...

Nach wie vor kämpfen die Bewohner juristisch um Aufschub der Räumung — gleichzeitig beginnen sie sich zu verschanzen. Telefonketten werden organisiert, um Unterstützer heranrufen zu können. Barrikaden werden errichtet, Farbeier bereitgestellt. Unter den Leuten vom Dreisameck herrscht Niedergeschlagenheit, Wut, Unsicherheit, Angst. Angst vor den Knüppeln der Staatsmacht, den drohenden Strafverfahren, der Kriminalisierung. Freitag, 6. Juni: der letzte Räumungsaufschub aus sozialen Gründen — im Haus wohnt eine im sechsten Monat schwangere Frau, die erst für Mitte Juli ein neues Domizil gefunden hat — wird abgelehnt. Die Gerüchte verdichten sich: Sonntag nacht kommt das Räumkommando.

Viele überwinden ihre Angst. Bleiben in den Häusern, kommen für die Nacht in die Häuser. Gespannte Atmosphäre; dann ein Telefonanruf vom Beobachtungsposten: „Bullenkonvois auf der Autobahn!" Die Unterstützer werden alarmiert. Vier- Fünfhundert kommen. Errichten auf den Straßen aus alten Möbeln und Sperrmüll kleine Barrikaden. Dann geht es los, trotz allem plötzlich: ein Spezialkommando stürmt in ein Nachbarhaus, klettert von dort auf die besetzten Häuser, deckt die Dächer ab, und dringt im Handumdrehen in eines der Häuser ein. Jetzt riegeln sie auch die Straßen, hunderte, in dichten Ketten. Sie sind da: Behelmt, mit Schilden und Stöcken bewaffnet; gekommen, um mit ihrer Macht die Bewohner zu vertreiben, die Häuser zu zerstören, ein lebendiges Stück Gemeinschaft auseinanderzureißen. Sie sind da: Verflogen sind auch die letzten Hoffnungen, die Gedankenspielereien mit harmonischem Ende. Alle Argumente, Kooperationsangebote — vorbei. Bis Freitag durfte gehofft werden, waren viele der Bewohner „legale". Jetzt sind sie da, ohne daß noch ein Angebot gemacht worden wäre, ohne Vorwarnung. Ein ganzes Heer. Eine der Barrikaden geht in Flammen auf, Eier und Farbbeutel fliegen gegen den langsam vorrückenden Körper - Panzer. „Bullen weg vom Dreisameck!" Die Demonstranten auf der Straße bilden vor den Häusern eine schützende Kette. Sie werden von den Wasserwerfern abgespritzt, von Gummiknüppeln auseinandergetrieben. Wut, Aggressivität und Angst auf beiden Seiten. Eine kleine Gruppe steht noch immer vor den Häusern, eingekeilt. Da stürmt ein Spezialkommando heran: Mit Wehrmachtshelmen (ohne Visier und Nackenschutz), ohne Schilde, dafür aber mit extra langen Holzknüppeln für die Offensive ausgerüstet, knüppeln diese „Spezialisten" wie wild die Straße frei. Inzwischen sind auch die Häuser verlassen. Die drinnen waren sind angesichts der Übermacht über einen rechtzeitig angelegten Fluchtweg geflüchtet. Gewaltfreier Widerstand angesichts der schwingenden Knüppel — unsinnig.

Die Häuser leer, die Straße frei: die Bürgerkriegsübung läuft planmäßig ab. Die Straßen werden im großen Umkreis abgeriegelt, das ganze Gelände mit Stacheldraht abgesperrt. Vor den Absperrungen stehen die Bewohner, Freunde, Sympathisanten: erschöpft, niedergeschlagen, mit einer ohnmächtigen Wut im Bauch. Beobachten, wie die Häuser systematisch unbewohnbar gemacht werden. Können es immer noch nicht fassen ...

... und erkämpft einen Pyrrhussieg: „Freiburg — Bullenburg!"

Tagsüber in der Stadt. Kirchgänger und Spaziergänger staunen über das riesige Polizeiaufgebot. Die wichtigste Geschäftsstraße ist unpassierbar, Straßenbahnen fahren nicht, Busse werden umgeleitet. Auch die wichtigste Durchgangsstraße ist abgesperrt; der Verkehrsfunk rät, Freiburg zu meiden. Hinter den Stacheldrahtrollen hunderte von Polizisten, kriegsmäßig ausgerüstet mit Kampfanzug, Pistole, Schlagstock, Schild, Tränengassprüher und Gasmaske. Die Passanten reagieren betroffen. Auch vor dem Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden ist Polizei aufgezogen. Markiert den Ausnahmezustand. Einlaß in's Münster nur nach Gesichtskontrolle. Kolonnen von Polizeifahrzeugen bewe-

gen sich durch die Stadt ...
Auf einer Kundgebung abends erfaßt ein älterer Mitbürger die Stimmung: „Die staatliche Autorität will uns mit diesem Polizeieinsatz demonstrieren, daß — wo immer Widerstand sich regt — sie Polizei aus dem ganzen Lande zusammenziehen wird, um ihrer Autorität uneingeschränkt Geltung zu verschaffen!" (sinngemäß) Ein spontaner Protestzug formiert sich. „Freiburg — Bullenburg!" „Bullen raus aus Freiburg!" Die Menge läuft zum Wohnhaus einer der Bürgermeister der Stadt. Farbbeutel fliegen, Scheiben gehen zu Bruch. Der Zug marschiert zurück in die Stadt. Ständig strömen mehr Leute hinzu. Eine improvisierte Kundgebung. Einer der Bewohner vom Dreisameck: „Wir fordern Euch auf, dezentrale Aktionen zu unternehmen! Informiert in den Theatern, Kinos, Kneipen über das, was hier läuft!" Pfiffe, Buh - Rufe. Kaum einer will jetzt auseinandergehen. Die meisten strömen zu den Absperrungen. Auch in der Gartenstraße ist jetzt abgeriegelt. Wütende Sprechchöre, vereinzelte Rangeleien. Spät nachts, als immer noch hunderte von Demonstranten auf den Straßen sind, greifen die Spezialkommandos an. Kesseln im Überfall Gruppen von Leuten ein, knüppeln drauflos, verhaften. Am nächsten Morgen heißt es in der lokalen Presse: „Die Polizeiaktion, mit der am frühen Sonntagmorgen der Weg für den rechtlich rundum abgesicherten Abbruch der vier Häuser am Dreisameck freigemacht werden sollte, war unausweichlich und gerechtfertigt." Der Machtapparat des Staates so der Chefredakteur — sei angetreten, um die Gemeinschaft vor chaotischen Rechtsbrechern zu schützen. Daß Fensterscheiben zu Bruch gingen wird groß vermerkt. Aber kein Wort von der alltäglichen Zerstörung unserer Städte durch fensterlose Warenhausbunker, Stadtautobahnen, seelenlose Wohnsilos. Kein Wort von der alltäglichen, aber lautlosen Gewalt in Form von Kündigungsschreiben („Wirtschaftliche Interessen — leider, leider — Kündigung/Entlassung"), den alltäglichen Drohungen mit Justiz und finanziellen Sanktionen. Keinerlei Einsicht, daß die exakte Befolgung von Paragraphen nicht automatisch Gerechtigkeit schafft; daß der Polizeiknüppel in Freiburg keineswegs die Interessen aller, sondern nur die der Spekulanten durchgesetzt hat; daß Stadtzerstörung und Wohnraumnot keine juristischen und polizeitaktischen, sondern soziale und politische Probleme darstellen ...

„Geh'n Bullen an die Häuser 'ran, wird Freiburg bald zu Amsterdam!"

Montag nachmittag: Tausende versammeln sich zu einem spontanen Protestzug. Jeder kennt die Probleme mit der Wohnungssucherei, die Wut über die hohen Mieten. Doch, daß so viele kommen, überrascht jeden. Zehntausend marschieren durch die Stadt. Farbbeutel klatschen an Banken und Versicherungsgebäude. An einigen Straßenzügen ist fast jedes Haus bunt ... Parolen werden gesprüht, einige Fensterscheiben zertrümmert. Diese Art von Gewalt, die nicht mit Paragraphen einherschreitet, flößt vielen Angst ein. „Aufhören, aufhören!" rufen viele. Doch nach der Kundgebung bleiben alle da. Gehen zu den Absperrungen, schreien und pfeifen. Die Staatsgewalt läßt sich von den Sprechchören nicht beeindrucken, die Abbrucharbeiten am Dreisameck gehen weiter. „Jeder Stein, der abgerissen wird von uns zurückgeschmissen!" Steine und Flaschen fliegen aus der Menge. Wenige tun es, tausende billigen es. Die Gegenseite greift an. Schlagstöcke wirbeln. Tausende rennen in Panik, trampeln über Gestürzte. Die staatlichen Ordnungshüter schlagen und verhaften.



Mit der größten Demonstration seit Jahren wurde gegen den Abriß und den Polizeieinsatz protestiert

Ein Polizeikonvoi fährt mit Vollgas in die Menge. Es gibt Verletzte. Jetzt hagelt es Steine und Flaschen. Nachts, 2 Uhr: Noch immer sind hunderte auf der Straße. An den Absperrungen mit mannshohem Stacheldraht wird gepöbelt und geschimpft: „Hier beginnt die DDR!" „Befehlsempfänger!", „Sieg, Heil!". Durch die vorderste Polizeikette tritt ein Polizeioffizier an die Absperrung, sprüht aus einer Spraydose; beiläufig, gelassen. Die Umstehenden sehen es, bemerken eine leichte Reizung der Nase und Augen. Da geht ein junger Mann zu Boden, brüllt, wälzt sich wie wild. Die Die Umstehenden halten ihn für einen schlecht und übertrieben schauspielernden Simulanten. Es wirkt zu unwirklich. Erst als die Scene andauert, die Krämpfe sich nicht lösen, realisieren sie: der Mann wurde mit einem Nervengift angesprüht! Zehn, fünfzehn Minuten wälzt sich der Mann wie bei einem epileptischen Anfall. Ringt nach Luft, zuckt, hat einen irren Blick. Als sich die Krämpfe endlich lösen, ist er schweißgebadet, seine Haut brennt, die Augen schmerzen. „Bullen - Schweine, Bullen - Schweine!" — der Offizier hört kaum hin, gibt Anordnungen; sachlich.
Dienstag. Schauspieler, die sich mit den Demonstranten solidarisieren, wird eine öffentlich Parteinahme verboten. Die Stadtverwaltung droht als Dienstherr mit Sanktionen und dem Abbruch des internationalen Theaterfestivals. Kulturpolitik in Freiburg. In städtischen Räumen — auch in langfristig verpachteten — wird die Aufführung eines Videofims über die Ereignisse untersagt. Abends wieder ein Protestzug. Wieder 6 000 - 7 000. Ein Haus, zentral gelegen, zum größten Teil leerstehend, wird geöffnet und vorübergehend besetzt. Auf den Straßen wird getanzt, gebechert und gefeiert. „Wem gehört die Stadt? Uns!"
Mittwoch. Oberflächliche Ruhe. Presse, Funk und Fernsehen beschäftigen sich mit dem Aufstand in Freiburg. Freiburg ist kein Einzelfall. Die Kommentatoren ergreifen das Wort. Mehr Wohnungen für kinderreiche Familien, Studenten, Alte werden gefordert. Für die einen Studentenheime, für die anderen Altersheime. Warum keine Stadtplaner- und Kommentatorenheime. Haben sie nicht gehört, um was es den Demonstranten auf Freiburg's Straßen ging: Gegen den Polizeistaat. Gegen die Zergliederung der Stadt in Schlaf-, Arbeits- und Konsumzentren. Gegen die Spekulation, das Geschäft mit unserer Stadt! Für den Erhalt gewachsener Stadtviertel. Für ein selbstverwaltetes Kulturzentrum. Viel ist in den Medien die Rede von einem Auseinanderfallen der Gesellschaft in Teile ohne gegenseitige gemeinsame Kommunikation. Liegt's nicht auch an sol-

chen Kommentaren?
Der Ausnahmezustand in Freiburg dauert an. Immer wieder besonders nachts, kommt es zu Zwischenfällen. Schlagstockhiebe, Verhaftungen von Fotographen und Flugblattverteilern, angeblich auch Verhaftungen weit abseits vom Ort der direkten Konfrontation — im „Geheimen". Man hört von Verletzten. Sieht ab und zu jemanden mit verbundenem Kopf, blutunterlaufenem Auge, zerschundenem Gesicht. Niemand weiß etwas genaues über die Zahl der Verletzten und Festgenommenen. Treffs werden arrangiert, damit alle gemeinsam gegen die erwarteten Maßnahmen des Staates vorgehen können; damit nicht wieder, wie schon oft, einzelne „Rädelsführer" rausgepickt und exemplarisch bestraft werden. Denn die unsichtbare Maschinerie der Justiz hat bereits zu arbeiten begonnen: Nach der Festnahme folgte fast immer erkennungsdienstliche Behandlung; für später sind dann Strafanzeigen, Kriminalisierung, u.U. Berufsverbot zu erwarten. Unsichtbare Gewalt, die mit den Mitteln Dorhung, Einschüchterung, Existenzangst arbeitet. „Wehrt Euch, leistet Widerstand, gegen Repression in unserm Land! Schließt Euch fest zusammen!
Donnerstag. Noch immer ist die Innenstadt mit Stacheldraht und Polizeifahrzeugen blockiert. Da kommt es zu einem schweren Zwischenfall. Ein Kombi fährt beim Wenden rückwärts in die Absperrung. Stacheldraht verfängt sich — ob gewollt herbeigeführt oder durch ein Mißgeschick ist ungeklärt — an der Stoßstange. Der Fahrer startet zu einer Amokfahrt; schleift den Draht mit dem Wagen mehr als 100 Meter hinter sich über die Straße. Sechs Passanten verfangen sich in den rasiermesserscharfen Widerhaken des Nato -Drahts und werden zum Teil schwer verletzt. Der Einsatz von Kriegsgerät in der Freiburger Innenstadt hat Opfer gekostet. Der Fahrer des Unglückswagens flieht zunächst, stellt sich später der Polizei, beteuert seine Unschuld.

„Der Schwarzwaldhof stand leer — jetzt nicht mehr!"

Freitag. Erneut ist zu einer Demonstration aufgerufen. Wider kommen tausende. Wie die vorherigen Demonstrationen und Aktionen ist auch diese nicht offiziell angemeldet. Die Ordnungshüter wissen nicht, wo's lang geht. Es geht zunächst in die Innenstadt, anschließend schnurstracks zum Schwarzwaldhof. Ein Gelände am Rande der Innenstadt, ebenfalls als Spekulationsobjekt vom Abriß bedroht. Ein Mischgebiet mit Wohnungen, Geschäften, Werstätten, großen Höfen und einer Strasse mit Kopfsteinpflaster. Die Häuser werden besetzt, während die Demonstranten eine schützenden Ring um das Gelände bilden. Doch kein Ordnungshüter läßt sich blicken. Dafür taucht beld ein Lieferwagen mit Getränken auf. die Freiburger Scene - Band fährt ihre Anlage auf. Eine Fete organisiert sich. Nachts verteilen gut informierte Kreise eine „Sonderbeilage der Badischen Zeitung" mit aktuellen Nachrichten und Hintergründen. Die Verwirrung ist teilweise groß; so hautnahe Artikel ist man gewöhnlich von der „Badischen Zeitung" nicht gewöhnt.

Tage später. Die neuen Bewohner des Schwarzwaldhofs beginnen sich einzurichten. Verhandlungspartner finden sie nicht. Auch niemand, an den sie Miete überweisen könnten, wie sie es vorhaben. Denn die Eigentumsverhältnisse bezüglich des Geländes sind verworren. Ein Spekulant hatte es aufgekauft, teilweise bereits weiter verkauft. Der Spekulant ist vor ein paar Monaten gestorben. Jetzt blickt keiner richtig durch.
Auch die Stadt hält sich zurück, niemand weiß, wie's weiter geht. Doch eines scheint klar geworden zu sein: „Geh'n Bullen an die Häuser ran, wird Freiburg bald zu Amsterdam!"

Bene

Die Herren des Morgengrauen

Seit einer Woche verdichten sich jeden Abend die Gerüchte, daß am nächsten Morgen geräumt wird. Am Freitag ist es so gut wie sicher: Sonntagmorgen kommen die Bullen. Sie werden die Gunst der Stunde, den autofreien Sonntag, für ihre Aktion nutzen, denn das Dreisameck liegt an zwei Hauptverkehrsstraßen, die werktags stark befahren werden. Zudem schläft die „Öffentlichkeit" am Sonntag länger, Flugblätter werden keine Abnehmer finden.
Sonntagmorgen halb zwei, ich will gerade ins Bett gehen, klingelt das Telefon: „Hier Verteiler Stadtstraße. Um vier an der Johanneskirche." Jetzt sind wir zu nervös, um noch zu schlafen. Wir holen die Zitronen aus der Gemüseschale, stecken den Personalausweis und 23 Pfennig in die Hosentasche, schreiben die Telefonnummern von zwei Anwälten in die Handflächen. Den Jungbullen in der Polizeischule Lahr ist erzählt worden, daß in den Häusern 5 000 Flaschen lagern. Wir haben Angst, daß sie auf der Straße schon die Sau 'rauslassen; als Training dafür, was sie in den Häusern angeblich erwartet. Um Viertel vor drei kommt der zweite Anruf: Soeben sind 13 Busse in Lahr weggefahren. In die Angst mischt sich ein Hauch von Selbstvertrauen; Organisation war bisher sicher nicht unsere Stärke, auf den Unterstützertreffen der letzten Tage ist es bisweilen verworren gelaufen, — aber heute scheint es zu klappen. Immerhin funktioniert das telefonische Verteilernetz, wir werden auf der KaJo nicht allein mit der Polizei sein

Um halb vier stehen vor den Häusern in der Kaiser - Josef - Strasse etwa 200 Leute. Wir bauen aus Schreibtischen und alten Polstermöbeln dürftige Barrikaden und überschütten sie später mit Benzin. Über den puren Symbolcharakter der Feuer sind wir uns einig. Aus den Häusern schallt Musik von Ton, Steine, Scherben und Tommy. Ständig kommen mehr Leute



und bringen Informationen, die vom bevorstehenden Bürgerkrieg künden: Die Telefonzellen an der Johanneskirche sind tot, an der Kronenbrücke wird die Ampelanlage umgestellt. Dort und am Schwabentor sind die Zufahrtsstraßen bereits dicht.
Ich laufe hin und her, freue mich, wenn ich ein bekanntes Gesicht sehe. Mit Leuten, die ich gut kenne, spreche ich über meine Angst. Es ist beruhigend, daß

es allen ähnlich geht und wir uns darüber verständigen können. Wir haben in Freiburg nicht viel Erfahrung im direkten Kontakt mit Hundertschaften. Hier ist nicht Berlin oder Frankfurt oder Heidelberg, und Wyhl ist schon länger her. Ich will nicht freiwillig die Straße vor den Häusern räumen, mit denen soviel Erinnerung, Hoffnung und vorsichtige Antizipation eines lustvolleren Alltags verbunden ist. Doch ich kann mir noch nicht vorstellen, wie es ist, stehenzubleiben, wenn sich die durchsichtige Mauer der Plastikschilde mit den weiß - grünen Robotern dahinter auf uns zubewegt. Jetzt beginnt es zu dämmern. Ich schaue die KaJo entlang. Die Häuser schwarz vor dem dreckigen dunkelgrauen Himmel, das Martinstor, mir vertraut, alt, dahinter die Fußgängerzone, tabu für Mannschaftswagen — denke ich noch, bin entsetzt und sauwütend, zu sehen, wie die grellen Scheinwerfer des ersten Wasserwerfers doch tatsächlich unter dem Martinstor auftauchen.



Ich denke an weiße Mäuse und Tierversuche der Rattenpsychologie, wie die Bullen aus den Bussen auf die KaJo strömen. Am Amtsgericht stellen sie sich auf: Drei Reihen, zwanzig Meter Platz, drei Reihen, dazwischen der Wasserwerfer. Die gleiche Inszenierung staatlicher Macht auf der Dreisam- und Schreiberstraße. Vor zwei Stunden sind mir nur 700 noch als unvorstellbar viel erschienen. Doch die brutale Realität ihres Erscheinens übertrifft alle Erwartungen: Fünf Wasserwerfer, Bundesgrenzschutz, SEK, Einsatzpolizei auch aus Göppingen, St. Georgen, Tübingen, Reutlingen und Karlsruhe — insgesamt 1 200 Uniformen. (In den nächsten Tagen sollten sie sich noch mehr als verdoppeln).
Von der Schreiberstraße kommt die Nachricht, daß sie bereits in der Nr. 6 sind. Wir rufen es den Genossen am Küchenfenster der 282 zu. Die Straßenbullen stehen jetzt direkt an unserer Barrikade, wir getrauen uns nicht mehr, diese anzustecken. Ich treffe endlich meine Freunde und gehe mit ihnen an die Ecke des ehemaligen Bankgebäudes. Dort stehen wir, untergehakt, eingekeilt in einen großen Pulk von Genossen. Zitronengetränkte Tücher vor dem Gesicht, brüllen wir „Hände weg vom Dreisameck", ducken wir uns, als uns die ersten Schauer des Wasserwerfers treffen. Es geht zu schnell, um noch zu denken. Für die Genossen auf der KaJo und der Schreiberstraße haben die Rollkommandos vielleicht fünf Minuten gebraucht: Als sie der Aufforderung, die Straße zu räumen, nicht nachkamen, setzten die Bullen ihren Gewaltapparat brutal ein. Der Wasserwerfer trieb die Reihen an den Barrikaden auseinander. Kaum daß sich die Leute wieder zusammenstellen konnten, schlugen die Bullen mit Holzknüppeln auf sie ein. Besonders hart „griffen" sie dann zu, als einige Demonstranten zwischen zwei Wasserwerfer gerieten: Unbewaffnet, in einer Sackgasse wurden diese von Knüppeln maltraitiert.

Jetzt sind beide Straßen geräumt, die Fronten treffen sich an der Ecke. Die Polizei will die Räumung offensichtlich zügig abwickeln. Also wird der Wasserwerfer bis auf 2,50 m an die Demonstranten herangezogen. Zwischen den „Wasserschüssen" drängen die Bullen die Leute mit ihren Schilden zusammen. Oder die erste Schildereihe öffnet sich, und von hinten kommen die Schlagstock - bewaffneten Spezialmannen und schlagen drauf und zu.

Diese Hilflosigkeit ist zum Kotzen. Warum habe ich nicht wenigstens einen Helm, eine Öljacke, war ich bei der Verteilung der Eier zu schüchtern? Was nützen unsere verbalen Angriffe, wenn der Gegner mit paramilitärischer Gewalt antwortet? Uns tränen die Augen, dem Dreisamwasser der Wasserwerfer ist Tränengas oder sonst was beigemischt. Ein Wasserstrahl schießt meinem Nachbarn die Brille weg. Aufheben unmöglich. Wir halten uns, froh noch ein wenig Wärme an diesem Morgen zu spüren. Mit Sprechchören versuchen wir, Herr über unser Gefühl der Ohnmacht zu werden. Die Genossen vor mir stemmen sich den Plastikschilden entgegen. Ich werde weggedrängt, bin eingeklemmt zwischen Menschen und Hauswand. Ich halte es nicht mehr aus und renne auf die andere Straßenseite. Der Wasserstrahl trifft mich mit voller Wucht in den Rücken; bis auf die Haut naß, sehe ich vor mir eine neue Front: Bullen sperren die Brücke. Es ist entwürdigend, mit welcher Selbstherrlichkeit sie wie Viehtreiber für eine Versicherungsgesellschaft Häuser und Straßen von hunderten von Menschen „säubern". Schließlich stehe ich auf der anderen Dreisamseite. Wie begossene Pudel schauen wir uns an und sehen fassungslos, wie der stahlhelm - geschützte Bundesgrenzschutz die letzten Verteidiger über die Brücke treibt. Am nächsten Tag werde ich in der Zeitung lesen, daß sich die Lage auf der Brücke kurzfristig zugespitzt hatte, da die nachrückende Bullengruppe nicht wußte, ob sie uns durchlassen dürfe. Jetzt kommen die Bewohner der Häuser, die durch ein Nebenhaus ihre Wohnungen verlassen haben, als sie die Eroberer auf dem Speicher hörten. Erleichterung darüber, daß ihnen nichts passiert ist, mischt sich mit unserer Wut. Dieses „Freiburger Modell" der absoluten polizeilichen Übermacht, es zeigt so klar, welche Interessen in der BRD berücksichtigt werden. Es macht wütend und klarsichtig zugleich: Denn an diesem Sonntagmorgen wird deutlicher als in Programmen und Reden, was von den Mächtigen in diesem Staat zu erwarten ist.
Benommen von dieser Präsentation staatlicher Gewalt und von Stockhieben, stehen wir hinter der Absperrung, sehen zu, wie die Bullen ihre Eroberung der letzten halben Stunde weiträumig mit Natodrahtl absichern. Sie werden ihn brauchen. Der Belagerungszustand hat begonnen.

DE

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg